

Die approbierte Originalversion dieser Diplom-/Masterarbeit ist an der Hauptbibliothek der Technischen Universität Wien aufgestellt (<http://www.ub.tuwien.ac.at>).

The approved original version of this diploma or master thesis is available at the main library of the Vienna University of Technology (<http://www.ub.tuwien.ac.at/englweb/>).



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
WIEN

Vienna University of Technology

Diplomarbeit

Österreichs schrumpfende Regionen in der europäischen Regionalpolitik

**EU-Strukturförderungen und ihre Wirkungen auf die österreichische
Regionalentwicklung**

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades

einer Diplom-Ingenieurin

unter der Leitung von

Univ.-Ass. Dipl.-Ing. Dr. Gerlinde Gutheil-Knopp-Kirchwald

E 280/3 Fachbereich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik

Department für Raumplanung

eingereicht an der Technischen Universität Wien

Fakultät Architektur und Raumplanung

von

Stephanie Essig

0725728

Lambertgasse 15/9, 1160 Wien

Wien, am 25.03.2013

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in der vorliegenden Diplomarbeit keine geschlechtsneutrale Sprache verwendet, alle Begriffe sind trotz maskuliner Schreibweise auf beide Geschlechter gleichermaßen zu beziehen.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	v
1 Einleitung.....	1
1.1 Forschungsinteresse	1
1.2 Struktur und Konzept der Arbeit	2
1.3 Fragestellungen und Hypothesen	3
1.4 Methodische Vorgehensweise	5
2 Schrumpfung – vom Phänomen zum Befund	11
2.1 Definition und Herkunft des Begriffs.....	11
2.2 Historischer Wandel und aktuelle Tendenzen.....	14
2.3 Ursachen von Schrumpfungprozessen	21
2.4 Unterschiedliche Ebenen von Schrumpfungprozessen.....	25
2.5 Wachstum als allgegenwärtiges Planungparadigma?.....	26
2.6 Zwischenfazit.....	31
3 Beitrag der europäischen Regionalpolitik zur Unterstützung schrumpfender Regionen	33
3.1 Die europäische Regionalpolitik	33
3.2 Analytierte Programmdokumente (Kurzanalyse).....	43
3.3 Detaillierte Analyse ausgewählter Programmdokumente	46
3.4 Ergebnisse und dahinterstehende Theorien und Konzepte.....	64
3.5 Zwischenfazit.....	67
4 Österreichische schrumpfende Regionen und Gemeinden	69
4.1 Schrumpfung in Österreich.....	69
4.2 Indikatoren zur Abbildung von Schrumpfungprozessen.....	74
4.3 Typisierung österreichischer Regionen (NUTS-III-Level).....	77
4.4 Typisierung niederösterreichischer und steirischer Gemeinden	84
4.5 Zwischenfazit.....	94
5 EU-Förderungen in schrumpfenden österreichischen Regionen.....	97
5.1 Bundeslandbetrachtung	97
5.2 Gegenüberstellung der verwendeten Fördermittel.....	102
5.3 Gegenüberstellung der thematischen Schwerpunkte	113
5.4 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd	121
5.5 Fallbeispiel Obersteiermark Ost	132
5.6 Zwischenfazit.....	138
6 Schlussfolgerungen und Empfehlungen	141

6.1	Gewonnene Erkenntnisse und Schlussfolgerungen	141
6.2	Empfehlungen für die Programmplanungsperiode 2014-2020	150
	Zusammenfassung	152
	Abstract	153
7	Verzeichnisse	154
7.1	Quellenverzeichnisse	154
7.2	Abbildungsverzeichnis	169
7.3	Tabellenverzeichnis	171
	Anhang A – Beitrag der europäischen Regionalpolitik	A
	Anhang B – Österreichische schrumpfende Regionen und Gemeinden	D
	Anhang C – EU-Förderungen in schrumpfenden Regionen	P

Abkürzungsverzeichnis

BBR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BRP	Bruttoregionalprodukt
Bspw.	Beispielsweise
Bzw.	Beziehungsweise
EAGFL-A	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
ESF	Europäischer Sozialfonds
Etc.	lateinisch für: et cetera; die übrigen Dinge
ETZ	EU Ziel Europäische Territoriale Zusammenarbeit der Haushaltsperiode 2007-2013
EU	Europäische Union
EU-25	25 Mitgliedsstaaten der EU ab 2004 (seit 2007: 27 Mitgliedsstaaten)
F&E	Forschung und Entwicklung
FTE	Forschung, Technologie, Entwicklung
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
INTERREG-III-A	frühere Gemeinschaftsinitiative der EU zur Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit benachbarter Gebietseinheiten
KMU	Klein- und Mittelunternehmen
LAG	Lokale Aktionsgruppe (LEADER)
LEADER	französisch für: Liaison entre actions de développement de l'économie rurale; Förderaktion zur Unterstützung des ländlichen Raumes
NÖ	Niederösterreich
NSRP	Nationaler Strategischer Rahmenplan
NUTS-III	französisch für: Nomenclature des unités territoriales statistiques; Systematik der Gebietseinheiten, bezeichnet in Österreich Bezirksgruppen
Objective 2	Objective of the European Union until 2006 to support areas experiencing structural challenges
ÖGR	Österreichische Gesellschaft für Raumordnung

ÖIR	Österreichisches Institut für Raumplanung
OP	Operationelles Programm
ÖROK	Österreichische Raumordnungskonferenz
RCE	EU Objective Regional Competitiveness and Employment
RWB	EU Ziel Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung der Haushaltsperiode 2007-13
SME	Small and medium enterprises
SSCR	Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken
STMK	Steiermark
strat.at	Nationaler Strategischer Rahmenplan Österreich
TFZ	Technologie-Transferzentrum
Vgl.	Vergleiche
Ziel 1	EU Ziel der Haushaltsperiode 2000-06 zur Förderung der Entwicklung und Anpassung von Regionen mit Entwicklungsrückstand (Vorläufer des Zieles Konvergenz)
Ziel 2	EU Ziel der Haushaltsperiode 2000-06 zur Unterstützung von Regionen mit Strukturproblemen (Vorläufer des Zieles RWB)

1 Einleitung

Neben dem grundlegenden Forschungsinteresse der Diplomarbeit werden in diesem Kapitel die Struktur und der Aufbau der Arbeit, das generelle Konzept, die leitenden Fragestellungen und Hypothesen sowie die verwendete Methodik kurz dargestellt und erläutert.

1.1 Forschungsinteresse

Die Europäische Union hat sich mit ihrer aktuellen Strategie Europa 2020 grundlegende Ziele gesetzt, die auf dem Begriff des Wachstums aufbauen. Einerseits wird intelligentes Wachstum durch die Entwicklung einer Wirtschaft basierend auf Wissen und Innovationen, andererseits nachhaltiges Wachstum durch die Förderung einer Wirtschaft, die schonend mit Ressourcen und ihrer Umwelt umgeht und trotzdem wettbewerbsfähig ist, angestrebt. Zusätzlich gilt das sogenannte integrative Wachstum als Schwerpunkt, wobei ein hoher Beschäftigungsanteil innerhalb der Wirtschaft unterstützt wird (vgl. Europäische Union, 2010: 12).

Europa 2020 zeigt, dass die Union auch nach der (Wirtschafts-) Krise am Wachstumsparadigma festhält und so eine wettbewerbsfähige Gemeinschaft unterstützen will. Das Forschungsinteresse der Diplomarbeit umfasst die Rolle schrumpfender Regionen in der europäischen Regionalpolitik und diskutiert die Fragestellung, wie Wachstum und gleichzeitig stattfindendes Schrumpfen von Städten, Gemeinden und Regionen im Rahmen einer an Wachstum orientierten europäischen Strategie behandelt und unterstützt werden können.

Wie begegnet also die Europäische Union Regionen, welche kein Wachstum (mehr) verzeichnen, sondern ganz im Gegenteil schrumpfen? Hierbei scheint die Nebenbemerkung im Rahmen des dritten Schwerpunktes der Europa 2020 Strategie als wesentlich: „*Integratives Wachstum – Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und wirtschaftlichem, sozialem und territorialem Zusammenhalt*“ (Europäische Union, 2010: 12). Die Hervorhebung des räumlichen Zusammenhalts innerhalb der Europäischen Union lässt darauf schließen, dass auch schrumpfende Regionen in ihrer Entwicklung durch die Union maßgeblich unterstützt werden.

Trotzdem scheinen die Ziele der Europa 2020 Strategie teilweise widersprüchlich zu sein; einerseits werden Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, andererseits Konvergenz in sozialen, territorialen und auch wirtschaftlichen Belangen forciert. Eine treibende Fragestellung der Diplomarbeit ist es, diesen scheinbaren Widerspruch innerhalb der Zielvorstellungen der Europäischen Union zu diskutieren und zu klären. Im Zuge der Diplomarbeit werden die genannten Ziele der EU diskutiert und nach klaren Aussagen über die Unterstützung von schrumpfenden Regionen durch die Europäische Union recherchiert. Es wird angenommen, dass keine klaren Ziele seitens der Union oder deren Mitgliedsstaaten in Bezug auf schrumpfende Regionen formuliert wurden, daher wird im Rahmen der Analyse vorwiegend auf indirekte Verweise geachtet und nach diesen in europäischen beziehungsweise nationalen Dokumenten geforscht.

Das Thema Schrumpfung hat in den vergangenen Jahren einen großen Stellenwert im regional- und stadtpolitischen Diskurs erhalten. Besonders in Deutschland wird es schon seit längerer Zeit intensiv diskutiert, und auch in Österreich scheinen sich die Begrifflichkeiten zum Themenkomplex – nach jahrzehntelanger Diskussion der sogenannten Landflucht, welche bereits seit der Industrialisierung besteht – verändert zu haben. Wesentliche Fragestellungen der Diplomarbeit sind das Thema der Polarisierung der österreichischen Gemeinden und Regionen in Be-

zug auf ihre Entwicklung beziehungsweise auf Schrumpfungsprozesse sowie die Varianz ihrer Förderungen durch die europäische Regionalpolitik zur Zielerreichung der angestrebten europäischen Kohäsion.

1.2 Struktur und Konzept der Arbeit

Die Diplomarbeit gliedert sich in fünf thematische Hauptkapitel, welche von einleitenden Erklärungen, der Darstellung der methodischen Vorgehensweise und den Erläuterungen zur verwendeten Literatur ergänzt werden (Kapitel 1).

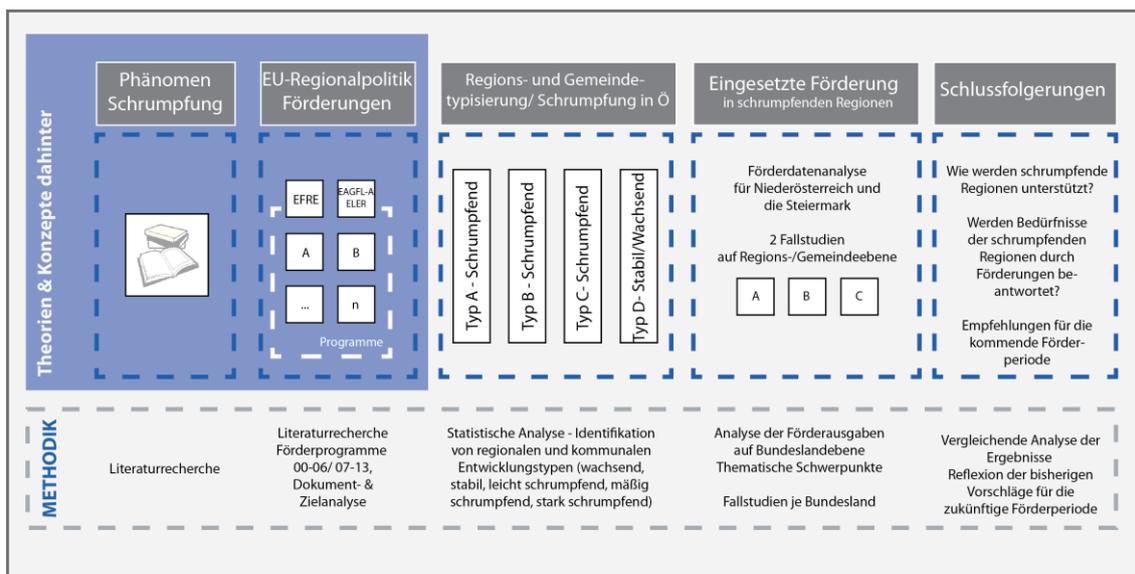


Abbildung 1: Konzept und Aufbau der Diplomarbeit. Quelle: Eigene Konzeption und Darstellung, 2013. Bildquelle: JVA Vechta, 2013: online.

Kapitel 2 widmet sich dem Phänomen Schrumpfung (vgl. Abbildung 1). Die Auseinandersetzung mit dem Begriff Schrumpfung soll eine erste Einführung zum Thema geben, das im Rahmen der Arbeit behandelt wird. Neben einem Vergleich verschiedener Definitionen des Phänomens soll eine eigene Definition sowie ein gültiger Befund über historische und aktuelle Ausprägungen des Prozesses gefunden werden. Daher wird der Begriff historisch beleuchtet, sowohl frühe Schrumpfungsprozesse des Mittelalters und der Frühen Neuzeit, als auch aktuelle Entwicklungen werden kurz dargestellt. Darüber hinaus werden Ursachen für Schrumpfung und verschiedene räumliche Ebenen der ablaufenden Prozesse vorgestellt, und der Begriff seinem Pendant – dem Wachstum – gegenübergestellt; hierbei wird dem scheinbar immer noch allgegenwärtigen Wachstumsparadigma im Bereich der Planung (aber auch in weiten Teilen der Wirtschaftswissenschaften) auf den Grund gegangen.

In Kapitel 3 wird der Beitrag der europäischen Regionalpolitik zur Unterstützung schrumpfender Regionen thematisiert. Dieses Kapitel bietet einen ersten Einstieg in den Gegenstand der europäischen Regionalpolitik. Einerseits werden Ideen und Prinzipien der Politik, andererseits Veränderungen und Strategien während der letzten beiden Programmplanungsperioden (2000-2006 und 2007-2013) kurz erläutert. Neben einer überblicksartigen Darstellung der relevanten Strukturfonds werden jene Programmdokumente ausgewählt, welche in weiterer Folge einer Kurz- beziehungsweise Detailanalyse in Bezug auf den Begriff der Schrumpfung unterzogen werden.

Kapitel 4 widmet sich schrumpfenden Regionen in Österreich. Neben der Abbildung von Schrumpfungsprozessen in österreichischen Regionen bietet das Kapitel einen Überblick über mögliche Indikatoren zur Darstellung regionaler und kommunaler Schrumpfungsprozesse. Außerdem wird ein Indikatorenset zur Typisierung der österreichischen Regionen und der niederösterreichischen und steirischen Gemeinden entwickelt und vorgestellt, welches auf Basis bereits gewonnener Erkenntnisse zur Schrumpfungsthematik entwickelt wird. Darüber hinaus werden erste Analyseergebnisse der Gemeinde- und Regionstypisierung nach Schrumpfungsindikatoren dargestellt und interessante Ergebnisse vergleichend diskutiert.

Das fünfte Kapitel zum Thema EU-Regionalförderungen in schrumpfenden österreichischen Regionen diskutiert die gewährten europäischen Regionalförderungen in österreichischen Gebietseinheiten. Das Kapitel basiert stark auf den Erkenntnissen der vorangegangenen Ausarbeitungen zum Thema der Schrumpfungsprozesse in Österreich und der Regions- und Gemeindetypisierung nach Entwicklungstyp. Neben grundlegenden Aussagen über die Höhe der Förderungen in niederösterreichischen und steirischen Gemeinden und Regionen werden besonders die Fokussierung der geförderten Projekte je Entwicklungstyp abgebildet, die Fallstudien Niederösterreich-Süd und Obersteiermark Ost werden analysiert und die gewonnenen Ergebnisse ausführlich diskutiert.

Im Kapitel der Schlussfolgerungen werden die grundlegenden Erkenntnisse der Diplomarbeit dargestellt, anfangs formulierte Fragestellungen behandelt, artikuliert Hypothesen diskutiert und Handlungsempfehlungen für die nächste Haushaltsperiode der europäischen Regionalpolitik in Bezug auf schrumpfende Regionen gegeben.

1.3 Fragestellungen und Hypothesen

Schrumpfung, als eine Ausprägung negativer Entwicklungstendenzen in Regionen oder Städten, ist durch mittel- bis langfristige Transformationen geprägt. Diese Veränderungen – sozialer oder auch räumlicher Natur – resultieren oft aus demographischen Veränderungen wie der Abwanderung von Bevölkerung oder dem Verlust von Arbeitsplätzen. Ein Hauptanliegen der Ausarbeitungen ist es, den Stellenwert beziehungsweise die Rolle von schrumpfenden Regionen innerhalb der europäischen Regionalentwicklung darzustellen. Durch die Arbeit soll analysiert werden, inwiefern die europäische Regionalentwicklung – beziehungsweise deren Umsetzung in Österreich – in der Lage ist, die speziellen Bedürfnisse schrumpfender Regionen anzusprechen. Außerdem ist die Art der Förderung dieser Regionstypen von Interesse, wobei sowohl der finanzielle Rahmen der gewährten Förderungen als auch deren thematische Ausrichtung näher beleuchtet werden.

Neben einer grundlegenden Definition des Phänomens Schrumpfung als auch einer Identifikation wesentlicher Bedürfnisse schrumpfender Regionen in Österreich, werden die ausgewählten Förderprogramme der Regionalpolitik, welche durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER beziehungsweise EAGFL-A) unterstützt werden, ausführlich untersucht. Als Abgrenzung für den Begriff der Europäischen Regionalpolitik wurde eine Einschränkung der Förderungen beziehungsweise Fonds auf den EFRE und den EAGFL-A (Ziel 1, Ziel 2, LEADER+ und INTERREG-III-A für die Förderperiode 2000-2006, darüber hinaus Ziel Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung und Ziel Europäische Territoriale Zusammenarbeit für

die Förderperiode 2007-2013) sowie den ELER (Schwerpunkt 4 LEADER für die Förderperiode 2007-13) getroffen.

Im Zuge der Ausarbeitung wird eine Typisierung der österreichischen NUTS-III-Regionen sowie niederösterreichischer und steirischer Gemeinden nach Entwicklungstyp vorgenommen und die gängigen Herangehensweisen der Entwicklungsförderung in den verschiedenen Typen von schrumpfenden Regionen und Gemeinden näher untersucht. Betrachtete Praktiken – sowohl hinsichtlich der Höhe der Förderung als auch der thematischen Ausrichtung der geförderten Projekte – werden eingehend analysiert, um gegebenenfalls Unterschiede in der Förderung zwischen Regionen aber auch im Laufe der Entwicklung der Förderschienen identifizieren zu können.

Wesentliche übergeordnete Fragestellungen, welche den angestrebten Erkenntnisgewinn der Arbeit stützen, werden als folgende definiert:

- ▶ Zielen die analysierten EU-Förderungen und deren zugrundeliegenden Theorien und Konzepte auf die Unterstützung schrumpfender Regionen ab?

Es wird untersucht, inwiefern die Zielsetzungen im Rahmen des EFRE und des EAGFL-A/ELER explizit auf die Förderung von schrumpfenden Regionen ausgerichtet sind, oder ob die durch diese Fonds unterstützten Programme indirekt auf die Unterstützung schrumpfender Regionen verweisen. Es soll außerdem dargestellt werden, ob die Programme auf identifizierte Bedürfnisse von Schrumpfungsräumen Rücksicht nehmen und ob thematische Variationen im Rahmen der betrachteten Programme erkennbar sind.

Als weiterführende Frage wird gestellt:

- ▶ Wie werden schrumpfende Regionen im Rahmen der europäischen Regionalpolitik gefördert?

Diese Frage wird hauptsächlich von der Idee oder Hypothese geprägt, dass die im Rahmen der Arbeit analysierten Programme und Fonds auf unterschiedliche Art und Weise wenn nicht explizit dann implizit auf die Bedürfnisse von schrumpfenden Regionen fokussiert sind. Daher wird besonders für ausgewählte schrumpfende österreichische Regionen untersucht, auf welche Weise diese im Rahmen der europäischen Regionalpolitik mit den daraus eingesetzten Fördermitteln in ihrer Entwicklung unterstützt werden (Höhe der Zuwendungen).

Zusätzlich ist eine wesentliche Fragestellung:

- ▶ Welche thematischen Unterschiede hinsichtlich europäischer Unterstützungen können zwischen verschiedenen Typen von Schrumpfungsräumen in Österreich erkannt werden?

Zu untersuchende Unterschiede, die hierbei von Interesse sind, sind beispielsweise variierende und unterschiedlich hohe Fördersummen in den Gebietseinheiten, aber auch verschiedene thematische Ausrichtungen der Projekte, welche durch EU-Förderungen initiiert werden. Es wird angenommen, dass schrumpfende Regionen, welche sich in ihrer Intensität zu schrumpfen unterscheiden, auch in unterschiedlicher Weise gefördert werden und verschieden thematische Schwerpunkte aufweisen.

Um die grundlegenden Fragestellungen der wissenschaftlichen Auseinandersetzung bearbeiten zu können, wurde weiters eine Untergliederung offener Fragen für die ersten Hauptkapitel gewählt. Daher wurden den Kapiteln, welche sich theoretisch mit dem Begriff Schrumpfung sowie

der EU-Regionalförderung auseinander setzen, wesentliche Fragen unterlegt, um die Belegung oder Widerlegung der Hypothesen und Hauptfragestellungen zu stützen.

Dem Hauptkapitel zum Themenbereich Schrumpfung, das sich vorwiegend mit der Definition und Herkunft des Begriffs und überdies mit dessen historischen und aktuellen Ausprägungen beschäftigt, werden folgende Fragen zu Grunde gelegt:

- Wie wird der Begriff Schrumpfung definiert?
- Wie können die historische Entwicklung des Begriffs sowie Ausprägungen des Phänomens über die Zeit erklärt werden?
- Welche Indikatoren können diesen Begriff abbilden?
- Auf welchen unterschiedlichen Ebenen kann Schrumpfung stattfinden?
- Wie zeigt sich Schrumpfung räumlich?

Das Kapitel zur theoretischen Zielausrichtung der EU-Regionalpolitik und deren Unterstützung schrumpfender Regionen widmet sich folgenden Fragestellungen:

- Spricht die EU-Regionalpolitik die Bedürfnisse schrumpfender Regionen an?
- Welche Konzepte und Theorien stehen hinter den analysierten EU-Förderungen? Welche Ansätze werden verfolgt?
- Zielen diese Theorien auf die Unterstützung schrumpfender Regionen ab?
- Welche Unterschiede bezüglich der grundsätzlichen Zielsetzungen lassen sich hier erkennen?

1.4 Methodische Vorgehensweise

Zur Bearbeitung der Forschungsfragen werden drei Analyse- beziehungsweise Typisierungsmethoden verwendet, welche auf der vorangehenden Literaturrecherche basieren. Wie in der folgenden Abbildung ersichtlich, bildet sowohl die Literaturrecherche zum Thema Schrumpfung allgemein als auch die Recherche zum Bereich der europäischen Regionalpolitik beziehungsweise die darauffolgende Kombination beider Thematiken die Grundlage für die anschließende Dokument- und Zielanalyse, die Typisierung österreichischer NUTS-III-Regionen und ausgewählter Gemeinden und die Analyse der bewilligten Förderungen durch die europäischen Fonds EFRE, EAGFL-A und ELER.

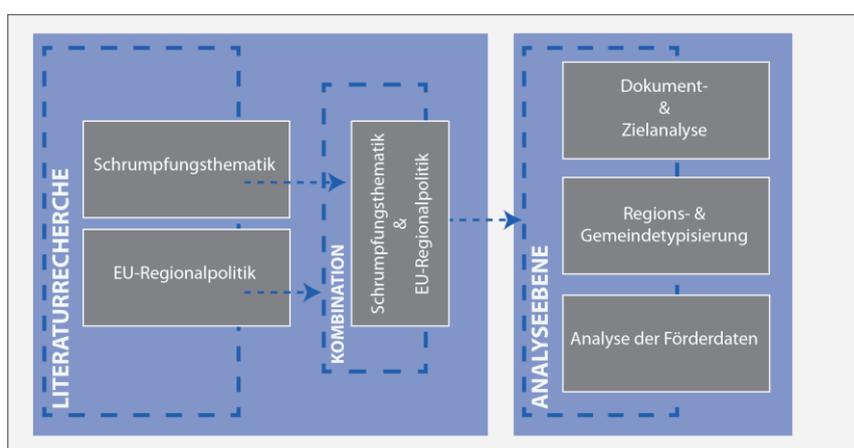


Abbildung 2: Methodendarstellung und Ablauf. Quelle: Eigene Konzeption und Darstellung, 2012.

1.4.1 Literaturrecherche

Die Literaturrecherche wird vorwiegend von den detaillierten Fragestellungen abgeleitet, die im Kontext der Themenbereiche Schrumpfung und europäische Regionalpolitik bereits definiert wurden (vgl. Kapitel 1.3). Bryman definiert in seiner Publikation von 2008, dass während Forschungsprozessen im Allgemeinen vier verschiedene Typen von Dokumenten wesentliche Informationsquellen darstellen:

- *Offizielle staatliche Dokumente* sind nach Bryman relevante Informationsquellen für den Forschungsprozess, da unter anderem wichtige statistische Informationen gewährt werden (vgl. Bryman, 2008: 521, zit. nach Chew et al., 2011: 52).
- *Offizielle private Dokumente* stellen eine heterogene Masse an Informationen dar, daher sind bestimmte Evaluierungskriterien wie beispielsweise Authentizität, Plausibilität oder Repräsentativität der Quellen und Materialien zu beachten (vgl. Bryman, 2008: 516, zit. nach Chew et al., 2011: 52).
- Dokumente aus dem Bereich *Massenmedien* beinhalten sowohl Zeitungs- als auch Magazinartikel (vgl. Bryman, 2008: 523f. zit. nach Chew et al., 2011: 52).
- *Virtuelle Dokumente*, die im Internet publiziert wurden, können nach Bryman in zwei Klassen eingeteilt werden: einerseits in Informationen von diversen Websites, andererseits Informationen von Internetforen (Blogbeiträgen, Forenbeiträgen etc.) (vgl. Bryman, 2008: 525, zit. nach Chew et al., 2011: 52).

Themengebiet Schrumpfung

Betrachtet man die Klassifizierung nach Bryman, so stellen sowohl der breite und inhomogene Bereich der offiziellen privaten Dokumente als auch virtueller Dokumente einen Großteil der verwendeten Literatur zur Schrumpfungsthematik dar. In den Bereich offizieller privater Dokumente fallen unterschiedlichste Publikationen, welche sich mit dem Themenbereich der Schrumpfung beschäftigen. Beispiele hierfür sind verwendete Sammelbände und Schriftenreihen, die sich dem Thema widmen, wie die Publikationen von Lampen und Owzar oder der Österreichischen Gesellschaft für Raumplanung (ÖGR).

Auch online wird eine Vielzahl an wissenschaftlichen Artikeln zum Thema veröffentlicht. Diese beschäftigen sich häufig mit Schrumpfung im historischen Kontext beziehungsweise mit aktuellen Entwicklungen. Interessante Informationsquellen behandeln mitunter die heutigen Entwicklungen in Ostdeutschland sowie aktuelle Initiativen zum Thema, wie die Initiative Shrinking Cities in Deutschland oder die beiden 2011 und 2012 stattgefundenen Leerstandskonferenzen in Österreich. Offizielle staatliche Dokumente stammen vorwiegend aus Deutschland, wobei sich verschiedene Bundesministerien mit der Thematik beziehungsweise mit Problemlösungsmöglichkeiten auseinander gesetzt haben (bspw. BBR und BBSR, BMVBS, etc.).

Themengebiet europäische Regionalentwicklung

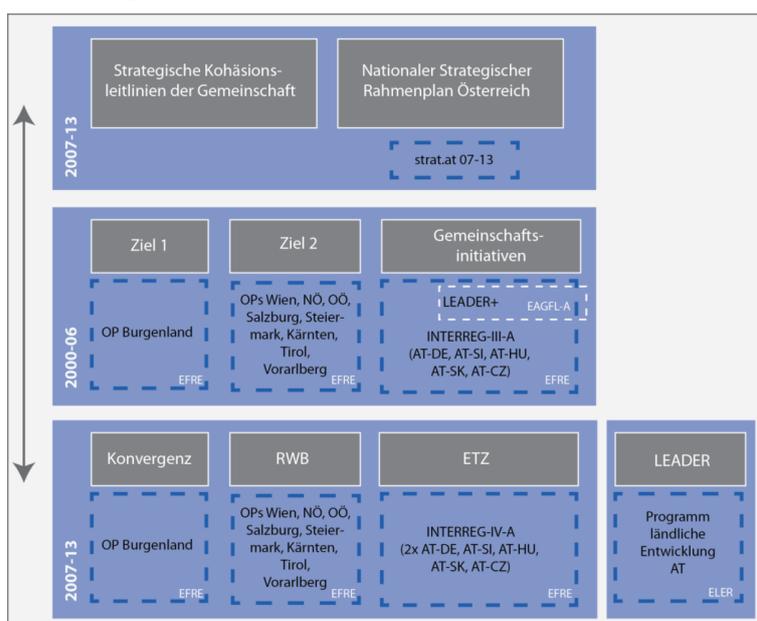
Im Bereich der europäischen Regionalentwicklung stellt der Bereich offizieller staatlicher Dokumente (in diesem Fall Dokumente von vorwiegend extraterritorialen Organisationen) eine wesentliche Informationsquelle dar. Informationspublikationen, Richtlinien und gemeinsame Strategiepapiere der EU sind wesentlich für die Abbildung der europäischen Regionalpolitik und deren Entwicklung während der letzten Programmplanungsperioden. Zusätzlich sind Publikationen österreichischer Organisationen (bspw. der ÖROK) von Interesse, welche sich mit der Um-

setzung der europäischen Regionalpolitik in Österreich beschäftigen beziehungsweise wesentliche Veränderungen während der Programmplanungsperioden analysieren sowie die Operationellen Programme der österreichischen Bundesländer innerhalb der betrachteten Programmplanungsperioden und der unterschiedlichen Zielformulierungen (Ziel 2, RWB, ETZ, etc.). Auch offizielle private Dokumente sind für das Themengebiet aufschlussreich, da beispielsweise außeruniversitäre Forschungsinstitute Analysen der Entwicklung der Regionalpolitik veröffentlichen oder sich mit europäischen Strategien beschäftigt haben (vgl. hierzu die Publikationen von Becker beziehungsweise Becker und Zaun).

1.4.2 Dokument- und Zielanalyse

Im Rahmen der Dokument- und Zielanalyse findet die erste Verknüpfung der beiden Themenbereiche Schrumpfung und europäische Regionalpolitik statt. Die europäischen Strategiedokumente, Programmplanungsdokumente ausgewählter österreichischer Bundesländer und die aktuelle nationale Strategie Österreichs (strat.at) werden sowohl im Bereich der Bestandsanalyse als auch der Zielformulierung auf ihre Aussagen zum Thema Schrumpfung analysiert. Um die Bezugnahme der ausgewählten Dokumente auf schrumpfende Regionen abzubilden, wird eine Kurzanalyse von insgesamt 35 Dokumenten durchgeführt. Ausgewählt werden jene Dokumente, welche mit Mitteln des EFRE beziehungsweise des EAGFL-A/ELER während der Haushaltsperioden 2000-06 und 2007-13 unterstützt wurden beziehungsweise werden. In der Kurzanalyse wird die Anzahl der direkten Nennungen ausgewählter Schlagworte festgestellt, wobei die Auswahl der Schlagworte auf der vorgelagerten Literaturrecherche basiert. Die folgende Abbildung bietet einen Überblick über die analysierten Dokumente, welche in der Kurzanalyse enthalten sind. Die Auswahl der Dokumente, welche auch im Rahmen der darauffolgenden Detailanalyse behandelt werden, basiert auf den ersten Erkenntnissen der Kurzanalyse.

Der zweite Analyseschritt beschäftigt sich mit der Kurzdarstellung der OPs und Strategiedokumente sowie der Diskussion direkter als auch indirekter Hinweise auf die Schrumpfungsthematik im Programmtext. Ziel der Detailanalyse ist es, neben direkten Verweisen auch indirekte



Hinweise auf Schrumpfungsprozesse, mögliche Lösungswege und Entwicklungsalternativen zu filtern. Die Leitfragen der Detailanalyse umfassen die Themenbereiche der Bezugnahme des Dokuments auf die Schrumpfungsthematik, der Diskussion des Begriffs in der Bestandsanalyse oder die Nennung möglicher Ursachen von Schrumpfung. Außerdem wird darauf geachtet, ob auf strukturschwache und

Abbildung 3: Analytierte Programmplanungsdokumente. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.

potentialarme Räume Rücksicht genommen wird und ob spezielle Zielvorstellungen und Maßnahmen für schrumpfende Regionen formuliert wurden.

Die Detailanalyse erfolgt in textlicher Ausarbeitung. Eine Darstellung der Leitfragen und der Berücksichtigung dieser Themenstellungen je ausgewähltem Programm wird überblicksartig in Matrixform zusammengefasst.

1.4.3 Regions- und Gemeindetypisierung nach Schrumpfungstyp

Um die österreichischen NUTS-III-Regionen und niederösterreichische sowie steirische Gemeinden nach ihrem Entwicklungstyp einzuteilen, wird eine Auswahl an relevanten Indikatoren getroffen. Diese orientiert sich an der vorangegangenen Literaturrecherche zur Schrumpfungsthematik und an ähnlichen Studien zur Regionstypisierung (bspw. Palme, 1995). Eine wesentliche Problem- beziehungsweise Fragestellung bei der Raumtypisierung ist, jene Gemeinden und Regionen in Österreich zu identifizieren, welche stark schrumpfen oder von Schrumpfungsprozessen betroffen sind. Dazu wird die Ausprägung jedes Indikators nach Gebietseinheiten berechnet und zu dem finalen Ergebnis – auf Regions- beziehungsweise Gemeindeebene – aufsummiert.

Damit alle Indikatoren und Merkmalsgruppen auf gleiche Weise in die Analyse einfließen, werden die ausgewählten Indikatoren nach ihrer Relevanz gewichtet.

Die Darstellung der Analyse erfolgt in textlicher und kartographischer Form. Beide Analysen auf regionaler wie auch auf kommunaler Ebene werden auf zwei Varianten durchgeführt, wobei die Gewichtung der Indikatoren der Varianten unterschiedlich gewählt werden, um die Korrektheit der Indikatorengewichtung und der Berechnungsmethodik zu überprüfen (einfache Sensitivitätsanalyse).

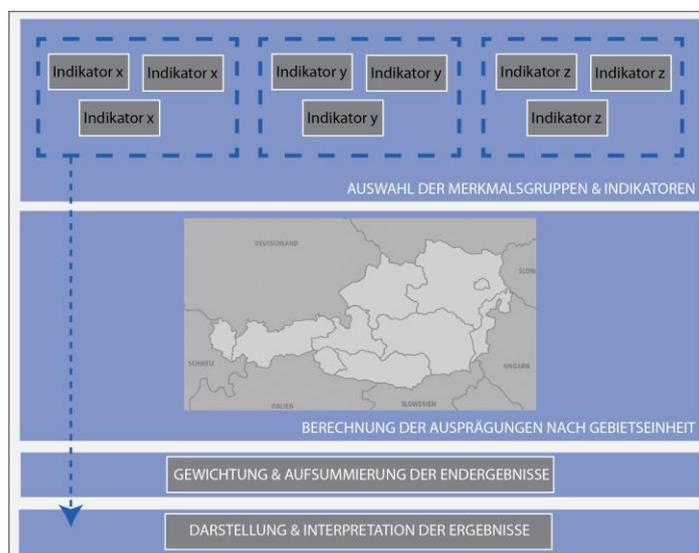


Abbildung 4: Ablauf Regions- und Gemeindetypisierung. Quelle: Eigene Darstellung, 2013. Bildquelle: ÖBB, online: 2013.

1.4.4 Analyse der Förderdaten

Um die grundlegenden Fragestellungen zur Förderung von schrumpfenden Regionen im Zuge der europäischen Regionalpolitik zu klären, werden im Hauptkapitel zu den Regionalförderungen Förderdaten für Niederösterreich und die Steiermark für die beiden EU-Haushaltsperioden 2000 bis 2006 und 2007 bis 2013 (2007-09) näher analysiert. Dabei wird einerseits ein allgemeiner Überblick über die untersuchten Programme gegeben und andererseits je Bundesland und Programm die Gesamtfördersumme, die thematische Ausrichtung des jeweiligen OPs, sowie die Anzahl der unterstützten Projekte diskutiert.

Außerdem werden die Fördermittel durchleuchtet und eine Darstellung der Gesamtfördermittel wie auch der durchschnittlichen Pro-Kopf-Förderquoten nach regionalem Entwicklungstyp erarbeitet. Um darüber hinaus auch die zweite Fragestellung bezüglich der Unterschiede hinsicht-

lich europäischer Unterstützungen zwischen verschiedenen Typen von Schrumpfungsregionen in Österreich zu klären, wird der thematische Fokus der geförderten Projekte in den Entwicklungstypen analysiert. Dadurch soll erklärt werden, ob wachsende und stark schrumpfende

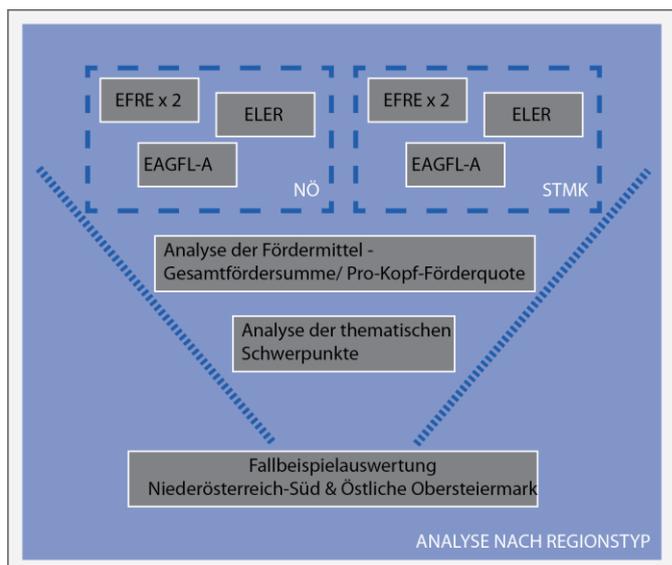


Abbildung 5: Ablauf Förderdatenanalyse. Quelle: Eigene Darstellung, 2013.

Regionen in Österreich ähnliche oder gänzlich konträre Schwerpunktausrichtungen verfolgen.

Zur Spezifizierung dieser Ausarbeitung werden zwei Fallbeispiele – die NUTS-III-Regionen Niederösterreich-Süd und Östliche Obersteiermark – im Detail auf Fördermittelausgaben und thematische Kernbereiche untersucht, des Weiteren wird ein Kurzeinblick in ausgewählte Projekte und interessante regionale Kernbereiche gewährt.

2 Schrumpfung – vom Phänomen zum Befund

Die Auseinandersetzung mit dem Begriff Schrumpfung soll eine erste Einführung zum Thema geben, das im Rahmen der Arbeit behandelt wird. Neben einer Gegenüberstellung gängiger Definitionen des Phänomens Schrumpfung sollen eine eigene Definition sowie ein gültiger Befund über historische und aktuelle Ausprägungen des Begriffs gefunden werden. Daher wird der Begriff historisch beleuchtet, sowohl frühe Schrumpfungsprozesse des Mittelalters und der Frühen Neuzeit als auch aktuelle Entwicklungen werden kurz dargestellt. Darüber hinaus werden Ursachen für Schrumpfung und verschiedene räumliche Ebenen der ablaufenden Prozesse vorgestellt, und der Begriff seinem Pendant – dem Wachstum – gegenübergestellt; hierbei wird dem scheinbar immer noch allgegenwärtigen Wachstumsparadigma im Bereich der Planung auf den Grund gegangen. Das Kapitel bietet eine erste theoretische Einbettung des Begriffs, die spezifische Auseinandersetzung mit der österreichischen Situation folgt in Kapitel 4.

2.1 Definition und Herkunft des Begriffs

Während der vergangenen Jahre hat der Begriff der Schrumpfung immer mehr Einzug in die stadt- und regionalpolitische Debatte genommen. Es wird von Städten und Regionen gesprochen, die sich in einem räumlichen, aber auch sozialen Transformationsprozess weg vom Wachstum hin zu Schrumpfungsprozessen befinden. Verfolgt man Diskussionen über den Begriff der Schrumpfung, so gibt es unterschiedliche Definitionen. Die Bezeichnung scheint unscharf zu sein, teilweise widersprüchlich verwendet zu werden und je nach Zusammenhang werden verschiedene Charakteristika und Inhalte unter dem Begriff eingeordnet.

Es wird daher angenommen, dass der Begriff bereits einen fest verankerten Platz im Bereich der Stadt- und Regionalforschung einnimmt, klare Definition und Abgrenzung aber noch nicht vorhanden sind beziehungsweise stark variieren (vgl. Doehler-Behzadi et al., 2005: 72; Brandstetter et al., 2005: 13; Föbker, 2008: 7; Klemme, 2005: 11; Wirth, 2007: 1).

Im Bereich der Stadt- und Regionalforschung wird eine schrumpfende Stadt oder Region meist dadurch definiert, dass sich diese negativ verändert (vgl. Giffinger, Kramar, 2008: 10). Eine gängige Definition geht über diese allgemeine Beschreibung negativer Modifikation hinaus und beschreibt schrumpfende Regionen mit dem Hauptmerkmal der rückgängigen Bevölkerungszahl; es werden also demographische Entwicklungen beschrieben. Dieses Merkmal der abnehmenden Bevölkerungszahl bildet den grundlegenden Rahmen der Diskussionen rund um das Thema. Damit verbundene Faktoren, Konsequenzen und Folgeprozesse bilden zusätzliche Bestandteile gängiger Begriffsdefinitionen (vgl. Föbker, 2008: 8; Schulitz, Knoblauch, 2011: 24; Weith, 2008: 115).

So bezieht sich beispielsweise Owzar in seinem Artikel zu schrumpfenden Städten in der Gegenwart auf Philipp Oswald und Tim Rieniets, welche eine schrumpfende Stadt als jene definieren, die *„vorübergehend oder dauerhaft signifikant Einwohner verloren hat, d.h. mindestens 10 Prozent oder über ein Prozent pro Jahr“* (Owzar, 2008: XV). Oswald benennt weiters die Tatsache, dass *„der Urbanisierungsprozess [...] seinen Zenit erreicht hat und [...] rückläufig ist, die Wirtschaft wächst zwar noch geringfügig, aber die Beschäftigung nimmt schon seit einiger Zeit stetig ab“* (Oswald, 2004: 12). Diese Definition geht auch mit Lang und Tenz einher, welche bemerken, dass die schrumpfende Stadt *„durch zwei ursächliche Prozesse gekennzeichnet [ist]:*

erstens durch den Verlust von Einwohnern und zweitens durch eine nachlassende wirtschaftliche Dynamik“ (Lang, Tenz, 2003: 103). Dies teilen auch Bürkner, Kuder und Kühn in ihrem Artikel über die Regenerierung schrumpfender Städte. Zusätzlich zu Bevölkerungsverlust und wirtschaftlichen Krisen benennen sie *„ausbleibendes natürliches Bevölkerungswachstum und Abwanderungen der Wohn- und Erwerbsbevölkerung, verbunden mit Beschäftigungsrückgängen und hoher Arbeitslosigkeit“* (Bürkner et al., 2005: 3) als jene Ausprägungen, die massive Krisen auslösen.

Ebenso findet sich im Handwörterbuch der Raumplanung eine ähnliche Definition, hier wird festgestellt, dass *„Schrumpfung, Rückgang oder Abnahme [...] quantitative Aspekte bei der Bevölkerungsentwicklung, bei Veränderungen von Arbeits- und Wohnungsmarkt oder bei Versorgungseinrichtungen sowie Infrastrukturen in den Vordergrund [stellen]“* (Gans, 2005: 1004). Diese Definition geht in gewissen Punkten auch mit Oswald einher, der in seiner Publikation von 2004 *„Schrumpfende Städte, Band 1: Internationale Untersuchung“* bemerkt, dass Schrumpfung an sich als problematischer Begriff gilt, da er *„zunächst lediglich ein Phänomen [bezeichnet]: den Verlust von städtischer Bevölkerung und von wirtschaftlicher Aktivität“* (Oswald, 2004: 12).

Schrumpfung wird häufig als ein kumulativer Prozess definiert, welcher sich selbst verstärkt, Regionen in Abwärtsspiralen drängt und einen sogenannten Teufelskreis darstellt (vgl. Schulitz, Knoblauch, 2011: 24; Giffinger, Kramar, 2008: 11; Häußermann, 2008: 237; Weber, Höferl, 2012: o.S.). So definieren unter anderem Giffinger und Kramar Schrumpfung als einen *„Prozess von einander gegenseitig beeinflussenden rückläufigen Entwicklungen in mehreren Dimensionen [...] Von Schrumpfung kann daher erst dann gesprochen werden, wenn mehrere negative Entwicklungen in verschiedenen Bereichen, über einen längeren Zeitraum und in bestimmten Intensitäten auftreten, die sich gegenseitig beeinflussen und verstärken“* (Giffinger, Kramar, 2008: 11).

Dies untermauert auch Schulitz' und Knoblauchs These, dass besonders Bevölkerungsrückgang und wirtschaftlicher Niedergang, wie beispielsweise Arbeitslosigkeit oder die Abnahme von Arbeitsplätzen, in schrumpfenden Regionen als jene Auslöser fungieren, welche weitere Herausforderungen und damit einhergehend eine negative regionale Entwicklungsspirale verursachen (vgl. Schulitz, Knoblauch, 2011: 25ff.). Die sogenannte Abwärtsspirale der räumlichen Entwicklung wird auch in einer Studie von Cavelti und Kopainsky über Strategien zum Umgang mit potentialarmen Räumen in der Schweiz thematisiert, diese Räume werden im Rahmen der Studie als jene Räume definiert, *„deren mittel- bis längerfristige wirtschaftliche (Über-) Lebensfähigkeit und die Aufrechterhaltung der heutigen Strukturen gefährdet sind. Es kumulieren sich in diesen Räumen verschiedene Prozesse zu einer Abwärtsspirale, die schlussendlich dazu führt, dass anhaltende Abwanderung und die Gefährdung der eigenständigen wirtschaftlichen Überlebensfähigkeit erwartet werden müssen“* (Cavelti, Kopainsky, 2008: 3). Potentialarme Räume können also als eine Vorstufe zu schrumpfenden Regionen – bereits gekennzeichnet von kumulativen negativen Prozessen – interpretiert werden.

Auch Owzar beschreibt, dass sich heutige Ausprägungen von schrumpfenden Regionen im Wesentlichen durch die ökonomische Strukturkrise, Leerstände im Bereich Wohnen und Gewerbe als auch durch einen starken demographischen Rückgang definieren lassen; es zeigen sich also nicht nur demographische Veränderungen für Schrumpfungstendenzen verantwortlich, sondern zusätzliche damit einhergehende Entwicklungen (vgl. Owzar, 2008: XVI).

Im Raumordnungsbericht 2005 des deutschen Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ist außerdem bemerkt, dass Schrumpfung ein mehrdimensionaler Prozess ist, der neben dem Rückgang von Bevölkerung und Arbeitsplätzen auch Folgeprozesse nach sich zieht, wie beispielsweise rückgehende Infrastruktur, verminderte Kaufkraft und Reduktionen im Human- sowie Sachkapital (vgl. BBR, 2005 zit. nach Giffinger, Kramar, 2008: 11; Lang, Tenz, 2003: 103; Schubert, 2008: 203).

Diese Thesen aus der Literatur bestätigen, dass eine Region erst dann als schrumpfend gilt, wenn Rückgang in verschiedenen Bereichen und über längere Perioden hinweg erkennbar ist (Näheres vgl. Kapitel 4.2 zur Indikatorenauswahl und Giffinger, Kramar, 2008: 14). Im Allgemeinen scheinen die Meinungen zum Thema der Schrumpfung allerdings zu divergieren, Schrumpfung gilt heute als modernes Schlagwort, das in seiner Definition schwammig bleibt und an dem daher oft auch Kritik geübt wird.

Neben der generellen Beanstandung der bleibenden Orientierung an Wachstumsideologien (weitere Ausführungen siehe Kapitel 2.5) übt beispielsweise Wiest Kritik, der meint, dass je *„nach Fragestellungen [...] wirtschaftliche, demographische, bauliche, finanzielle oder funktionelle Faktoren in den Vordergrund [treten]“* (Wiest, 2004: 5 zit. nach Föbker, 2008: 8). Hier wird also eine gewisse Beliebigkeit der Begriffsverwendung unterstellt. Auch Doehler-Behzadi et al. erkennen Klärungs- und Abgrenzungsbedarf im Bereich des Begriffs, da ihrer Meinung nach die Beschäftigung mit Schrumpfung *„dadurch erschwert [wird], dass die Phänomene oftmals nicht eindeutig und räumlich präzise abgrenzbar auftreten. Selbst in der Fachdiskussion wird häufig nicht sauber benannt, was schrumpft“* (Doehler-Behzadi et al., 2005: 73; vgl. außerdem: Klemme, 2005: 11).

Einen Hauptgrund für mangelnde Begriffsschärfe erkennen Brandstetter, Lang und Pfeifer in ihrem Artikel in der Tatsache, dass *„Schrumpfung sowohl einen Prozess beschreibt, der analytisch-objektiv untersucht werden kann als auch ein Begriff ist, mit dem bestimmte – bisher überwiegend negative – normative Wertvorstellungen verbunden werden“* (Brandstetter et al., 2005: 1). Der wissenschaftliche Artikel verwendet eine Definition, welche mehrdimensionale stadtreionale Wandlungsprozesse in den Vordergrund stellt, die *„über rein demographische und ökonomische Prozesse hinausgehen, sich gegenseitig vielfach überlagern und tiefgreifende Auswirkungen auf alle städtischen Lebensbereiche haben“* (Brandstetter et al., 2005: 1). Dies teilt auch Benke in seinem wissenschaftlichen Artikel über historische Umbrüche, der meint, dass Schrumpfung nicht nur als demographischer Vorgang verstanden werden soll, *„sondern als vielschichtiger Umbruchprozess begriffen [wird], der ökonomische, soziale und kulturelle Dimensionen beinhaltet“* (Benke, 2004: 7). Diese Vielfalt und Komplexität benennen Lang und Tenz als ein wesentliches Charakteristikum von Stadtschrumpfung (vgl. Lang, Tenz, 2003: 4, zit. nach Brandstetter et al., 2005: 7).

Schrumpfung ist also ein komplexer, vielfältiger und meist zeitlich begrenzter Transformationsprozess, wobei Giffinger und Kramar in ihrem Artikel bemerken, dass rückläufige regionale Entwicklungen nicht immer Teil eines Schrumpfungsprozesses sein müssen, sondern *„häufig auf temporäre Phänomene zurückzuführen [sind] und [...] Folge von Umstrukturierungsprozessen (wirtschaftlicher Strukturwandel, bauliche Erneuerung, sozialer Wandel, ...) oder Teil von zyklischen Entwicklungen im Konjunkturverlauf sein [können]“* (Giffinger, Kramar, 2008: 11). Auf diese Komplexität sowie besonders auf eine differenzierte Betrachtung von Schrumpfungspro-

zessen hinsichtlich ihrer Fristigkeit weist auch Hesse in seinem Artikel von 2008 hin, welcher als Plädoyer für eine differenzierte Betrachtung von Schrumpfungstendenzen bezeichnet werden kann (vgl. Hesse, 2008: 325).

2.2 Historischer Wandel und aktuelle Tendenzen

Schrumpfung kann nicht als Erscheinung bezeichnet werden, die erst seit den letzten 40 Jahren zum Thema der Stadt- und Regionalforschung wurde; auch ist es, wie oft angenommen, kein typisch ostdeutsches Phänomen, sondern sollte einerseits in einem globalen Kontext betrachtet, andererseits im historischen Zusammenhang dargestellt werden (vgl. Brandstetter et al, 2005: 9; Kil, 2004: 44ff.).

Betrachtet man daher den Begriff Schrumpfung historisch, so lassen sich über die Zeit unterschiedliche Schrumpfungsphasen und städtische Niedergangsprozesse erkennen. Schrumpfung an sich stellt daher kein neues Thema dar, Experten nehmen an, dass sich lediglich die Wahrnehmung der handelnden Akteure verändert hat und ein neues Bewusstsein für die heutigen Entwicklungen entstanden ist (vgl. Brandstetter et al, 2005: 2; Doehler-Behzadi et al., 2005: 73; Klemme, 2005: 19; Oswalt, 2010: 24; Rieniets, 2004: 20; Schulitz, Knoblauch, 2011: 23; Weith, 2008: 115; Wirth, 2007: 3).

Im historischen Rückblick findet man viele Beispiele von schrumpfenden Regionen und Städten¹. Die Grundannahme eines stetigen Wachstums und das heute immer noch vorherrschende Wachstumsparadigma bestehen erst seit der Epoche der Industrialisierung. Davor waren besonders Stadtentwicklungsprozesse von aufeinander folgenden Phasen von Wachstum und Expansion, Stagnation, aber auch Schrumpfung und Krisen geprägt, welche durchaus stärker ausgebildet waren als heute erkennbar. Vor der Industrialisierung war eine stetige Anpassung an neue Gegebenheiten und Rahmenbedingungen durchaus üblich (vgl. Benke, 2004: 7; Brandstetter et al., 2005: 3). Ergründet man frühe Schrumpfungsprozesse, so waren diese sowohl auf Kriege als auch auf Epidemien und Katastrophen zurückzuführen (vgl. Rieniets, 2004: 20f.).

2.2.1 Mittelalter und Frühe Neuzeit

Im Mittelalter gab es beispielsweise nur wenige Auflösungen von Städten, doch durch Epidemien und Krisen kam es zu (Dorf-)Wüstungen, die ihren Ursprung in Urbanisierungsprozessen hatten. Küntzel erwähnt in seinem Bericht zu Stadtwüstungen während des Mittelalters und der Neuzeit zusätzlich Fehden (bspw. Blankenrode in Nordrhein-Westfalen oder Wien durch die Türkenbelagerung), Schadensfeuer oder Überschwemmungen als mögliche Anlässe für Stadtwüstungen (vgl. Küntzel, 2008: 122). Weiters konnten Epidemien und Kriege wie auch veränderte Handelsrouten Ursachen für Bevölkerungsrückgang und Schrumpfung sein. Rieniets erwähnt in seinem Beitrag, dass der Niedergang von Städten *„meistens als schicksalhafte Katastrophe dargestellt wird“*, dennoch *„beweist die Auswertung historischer Populationsdaten der jüngsten Vergangenheit, dass schrumpfende Städte keine Ausnahmerecheinungen mehr sind. In vielen Regionen sind schrumpfende Städte [...] zum Regelfall geworden“* (vgl. Rieniets, 2004:

¹ In der folgenden Abfolge von historischen Epochen und damit einhergehenden Schrumpfungsprozessen wird zwischen der schrumpfenden Stadt oder Stadtregion, der schrumpfenden Region und der schrumpfenden Nation unterschieden. In Bezug auf das Mittelalter wird in der verwendeten Literatur (fast) ausschließlich die schrumpfende Stadt behandelt, in den darauffolgenden Epochen wird eine klare Unterscheidung zwischen den Gebiets-einheiten vorgenommen.

20). Dies unterstreicht Benkes Aussage, dass es als wesentlich für mittelalterliche Städte galt, dass Schrumpfung an sich nur sehr selten zur Aufgabe ganzer Städte geführt hat. Mittelalterliche Städte sind aufgrund der gesundheitlichen Gegebenheiten ständig geschrumpft, es war also eine allgegenwärtige und generelle Erscheinung (vgl. Benke, 2004: 7f.); eine solch negative Konnotation wie heute, beziehungsweise wie bereits seit der Industrialisierung üblich, kam zu dieser Zeit nicht vor.

Betrachtet man das Thema der Stadtwüstungen im Mittelalter, aber auch in der darauffolgenden Neuzeit näher, so können drei unterschiedliche Typen von Wüstungen identifiziert werden. Einerseits führten sowohl Bevölkerungsverlust als auch eine Verringerung an Fläche und Bausubstanz zu Wüstungserscheinungen auf materieller Ebene, andererseits gab es Wüstungen aufgrund von Einbußen hinsichtlich Funktionalität und Status sowie Wüstungen, die auf einem Standortwechsel² der Stadt (bei verbleibendem Stadtrecht) beruhten (vgl. Küntzel, 2008: 123). Betrachtet man die Häufigkeit von Stadtwüstungen, so ist ein Zusammenhang zwischen den Wüstungen mit der allgemeinen Stadtentwicklung feststellbar. Besonders im 12. und 13. Jahrhundert – einer Hochphase der Stadtentwicklung in Mitteleuropa – und im 16. und 17. Jahrhundert – zur Hochblüte der landesfürstlichen Territorien – kam es zu einer Vielzahl an Wüstungen. Die folgende Graphik stellt Ursachen für Stadtwüstungen dar, wobei das Hauptaugenmerk besonders auf langfristig wirkende negative Faktoren gelegt wird. Schrumpfung und Niedergang wurden allerdings selten nur von einem Faktor sondern meistens von einer Kombination unterschiedlicher Faktoren ausgelöst (vgl. Küntzel, 2008: 127ff.).

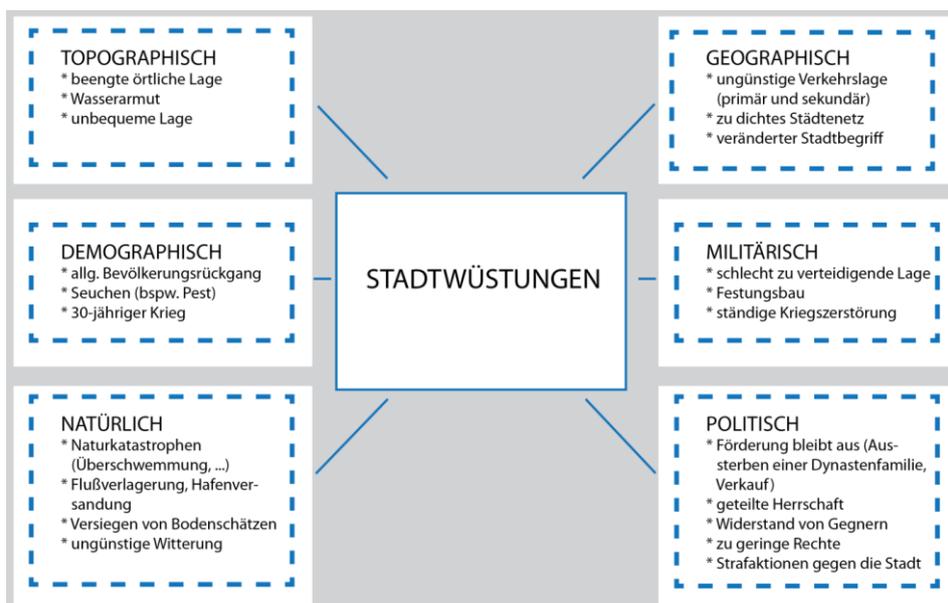


Abbildung 6: Negative Faktoren für die Stadtentwicklung. Quelle: Küntzel, 2008: 129. Eigene Bearbeitung.

In der Frühen Neuzeit bildeten sich sowohl schrumpfende als auch wachsende Städte heraus, was auf die damalige Spezialisierung der Städte zurückzuführen war. Hoffmann-Rehnitz definiert die Frühe Neuzeit als wesentliche Epoche für die Geschichte der schrumpfenden Städte, da sich dieser Zeitraum besonders „durch ein gleichgewichtiges Nebeneinander von schrumpfenden, stagnierenden und wachsenden Städten sowie durch ein gebremstes Fortschreiten der Urbanisierung und teilweise sogar, wenn auch zumeist in zeitlich wie räumlich begrenzter Form,

² Beispielsweise wurde die Stadt nach großen Bränden in nur geringer Distanz zum bisherigen Standort wieder aufgebaut.

durch Prozesse der *De-Urbanisierung* auszeichnet“ (Hoffman-Rehnitz, 2008: 146). Ähnlich wie im Mittelalter waren wesentliche städtische Charakteristika, die zu Wachstum oder Schrumpfung beitrugen, Handelsrouten und politische Verhältnisse. Verluste durch Kriege oder Epidemien wurden während der Frühen Neuzeit meist durch Wiederaufbau und Modernisierung von Städten entgegengewirkt und dadurch überwunden. Besonders starkes Schrumpfen wurde durch den Dreißigjährigen Krieg ausgelöst, welcher zum Niedergang einer Vielzahl von Städten führte (bspw. Bevölkerungsverluste zwischen 70% und 80% in Frankfurt/Oder und Magdeburg). Schrumpfung hat auch zu dieser Zeit keine Ausnahmeerscheinung dargestellt, sondern war wegweisend für die Stadtentwicklung (vgl. Benke, 2004: 8; Hoffmann-Rehnitz, 2008: 146).

2.2.2 Beginnende Industrialisierung

Schrumpfende Städte und Stadtregionen

Im Gegensatz zu den vorangegangenen Epochen nahm die Stadtbevölkerung im 19. Jahrhundert wieder zu, viele Städte konnten erneut den Bevölkerungsstand des Mittelalters erreichen. Wachstum und die ersten Phasen der Industrialisierung stärkten bislang stagnierende Städte erneut. Damit einher ging ein Differenzierungsprozess, es kam aufgrund ihrer Begünstigung im Zuge der Industrialisierung zur Polarisierung zwischen Städten. Dies bestätigt die grundsätzliche Annahme, dass Städte während der Industrialisierung beziehungsweise auch im 19. Jahrhundert schrumpften, stetiges Wachstum war also auch zu dieser Zeit nicht gegeben (vgl. Benke, 2004: 9; Benke, 2008: 181).

Es kann aber angenommen werden, dass die Ausprägungen des Phänomens zu dieser Zeit wesentlich geringer waren als in den vorangegangenen Epochen. Mitunter hatten viele Städte durch kriegerische Aufstände und soziale Transformationen einen Bedeutungsverlust zu verzeichnen. Dieser Prozess dauerte von 1800 bis 1815/1838 und wurde von der beginnenden Industrialisierung und der im Zuge dessen zunehmenden Polarisierung des Städteneetzes sowie der Phase der Hochindustrialisierung abgelöst (vgl. Benke, 2008: 183). Wesentlich für den Bedeutungsverlust von manchen Städten während des 19. Jahrhunderts waren einerseits die veränderten Bevölkerungszahlen, andererseits auch die Reduktion der „*städtischen sozialen und ökonomischen Differenziertheit*“ (Benke, 2008: 183) und fehlende Anschlussstellen zu übergeordneten Verkehrsverbindungen (vgl. Benke, 2008: 183).

Rieniets berichtet in seinem Artikel, dass Schrumpfung während des 20. Jahrhunderts weniger durch exogene Ausprägungen, sondern eher durch endogene Einflussfaktoren geprägt wurde. Steigender Wohlstand und Friedenszeiten von längerer Dauer wirkten ursprünglichen Schrumpfungsfaktoren des Mittelalters oder der Neuzeit entgegen. Vorwiegend waren es Wirtschaftskrisen als auch die beiden Weltkriege, welche während des 20. Jahrhunderts zu Schrumpfungprozessen führten (vgl. Rieniets, 2004: 20f.). Rund 100 Jahre nach Beginn der Industrialisierung trat das Thema der Schrumpfung wieder vermehrt in den Vordergrund. Europäische Städte, die zu dieser Zeit schrumpften, waren unter anderem London, Liverpool oder Manchester wie auch die deutschen Städte Berlin, Dresden und Leipzig (vgl. Rieniets, 2004: 20f.). Betrachtet man Städte in den USA, so kam es erst in den 1950er Jahren zu Schrumpfungprozessen, allerdings fanden diese in wesentlich größerem Ausmaß als in Europa statt. Bekannte Beispiele schrumpfender Gebiete in den USA sind industriell geprägte Städte wie Chicago, Philadelphia und Detroit, die in der Zeit des Postfordismus massiv an Bevölkerung verloren haben.

Essentiell für die Entwicklung in den USA war außerdem, dass Schrumpfung bereits früher als in Europa (1990er) intensiv besprochen und diskutiert wurde (vgl. Owzar, 2008: XV; Rieniets, 2004: 21), was zusätzlich daran ersichtlich ist, dass „mit der Begriffsverschiebung von ‚Urban decay‘ und ‚Urban decline‘ zu ‚Shrinking Cities‘ bereits ein solcher Wertewandel ansatzweise erkennbar“ (Oswalt, 2012: online) ist³. In Deutschland wurde die Schrumpfungsdebatte erst im Jahr 2000 durch die Untersuchungen der Leerstandskommission aufgegriffen, die erste Phase der Tabuisierung von Schrumpfung wurde so beendet und die zweite Phase der Problematisierung startete auch in Deutschland (vgl. Großmann, 2007: 22-24, zit. nach Pumberger, 2010: 15).

Schrumpfende Nationen – Das Beispiel DDR

Keht man zurück nach Europa, so wurde auch in der DDR bereits 1950 ein erster Rückgang der Bevölkerung verzeichnet, was sich auch nach 1950 nicht verändert hat. Um 1950 wurde Schrumpfung lediglich als singuläre Entwicklung interpretiert, welche nur in abgegrenzten Gebieten stattfindet und stellenweise negative Tendenzen repräsentiert (vgl. Oswalt, 2004: 13; Kress 2008: 239). Trotzdem nahm die Gesamtbevölkerung der DDR im Zeitraum von 1949 bis 1989 um rund zwei Millionen Menschen ab (vgl. Benke, 2004: 11). Diesen Rückgang bemerkt auch Gans in seinem Artikel, welcher beschreibt, dass die DDR „seit ihrer Gründung Abwanderungsland [war], und die natürlichen Bevölkerungsbewegungen [...] den Migrationsverlust nicht kompensieren [konnten]“ (Gans, 2005: 1005). Auch Wirth – der sich auf die Zeit der Wiedervereinigung Deutschlands bezieht – betont in seinem Artikel, dass Ostdeutschland seit 1989 konstant an Bevölkerung verliert. Man nahm wohl zuerst an, dass diese Bevölkerungsverluste auf die Wiedervereinigung Deutschlands zurückzuführen waren und nach einer erfolgten Anpassung Ostdeutschlands an den Westen im Bereich Wirtschaft nur temporär stattfinden würden, diese These wurde jedoch widerlegt (vgl. Wirth, 2007: 2).

Beobachtet man die Entwicklung anderer Staaten im 20. Jahrhundert, so folgten Schrumpfungsprozesse während der 1970er Jahre auch in Teilgebieten von Italien und Japan. Allgemein stellten die 1970er und 1980er den vorläufigen Höhepunkt der Rückgänge dar. Zwischen 1960 und 1990 schrumpfte bereits jede sechste Stadt der Welt. Räumlich gesehen waren bis dahin vorwiegend – insgesamt Dreiviertel aller schrumpfenden Städte – Industrieländer und besonders die USA und Großbritannien betroffen. Dabei ist Schrumpfung meist räumlich konzentriert aufgetreten ist, wie zum Beispiel in Mittelengland oder im Nordosten der USA, im sogenannten Rustbelt (vgl. Rieniets, 2004: 21, 32; Munck, 2004: 50); allerdings prognostizierte zu dieser Zeit beispielsweise auch das deutsche Statistikaamt Bevölkerungsverluste für die kommenden Jahre (vgl. Schulitz, Knoblauch, 2011: 23), und auch Häusermann und Siebel haben sich bereits 1987 mit dem Begriff beschäftigt und auf Schrumpfung und urbanen Niedergang hingewiesen. Rieniets weist in seinen Ausführungen zusätzlich auf den technischen Fortschritt und die damit einhergehenden Unglücke und Zerstörungen in der Geschichte hin. Besonders in den 1970er und 1980er Jahren gab es eine Vielzahl an Katastrophen, die einen starken Bevölkerungsrück-

³ Ähnliche Diskussionen wurden beispielsweise in Deutschland im Jahr 2005 geführt, hier wurde im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Planloses Schrumpfen“ auf die Notwendigkeit einer Begriffsänderung hingewiesen. Der Begriff Schrumpfung sollte durch Transformation ersetzt werden, um sich von „unnötigen Horrorszenarien wie Wüstungen oder Entleerungen“ (Klemme, 2005: 25) zu entfernen. Außerdem beschreiben Liebmann und Bernt in ihrer Publikation aus 2013 den Begriff der Peripherisierung, welcher die „Kehrseite von Wachstums-, Innovations- und Zentralisierungsprozessen [beschreibt]“ (Liebmann, Bernt, 2013: 11); periphere Regionen geraten – ähnlich wie schrumpfende Gebiete – in „eine Abwärtsspirale aus wirtschaftlichen, demographischen und sozialen Problemen“ (Liebmann, Bernt, 2013: 11).

gang verursacht haben. Rieniets nennt hier zum Beispiel die Chemieunfälle von Seveso im Jahr 1976 und Bhopal 1983 sowie den Reaktorunfall in Tschernobyl 1986 und betont neben regional kleinräumigem Bevölkerungsrückgang besonders die globalen Umweltfolgen der Vorfälle (vgl. Rieniets, 2004: 28f.).

Schrumpfende ländliche und periphere Räume

In Österreich scheint der Diskurs über das Thema der Schrumpfung noch nicht beziehungsweise gerade erst gestartet zu haben, stößt man doch erst innerhalb der letzten Jahre auf Diskussionen zum Begriff der Schrumpfung. Betrachtet man allerdings die Bezeichnung der sogenannten Landflucht in Österreich, so kann die Hochphase dieses Phänomens in Österreich bereits vor 1914 identifiziert werden. Exner et al. schreiben in ihren Ausführungen, dass der Höhepunkt der Landflucht *„bereits vor dem Ersten Weltkrieg erreicht [wurde]. Der Zuzug in die Städte hielt aber auch in der Zwischenkriegszeit trotz hoher Arbeitslosigkeit in den Städten noch an“* (Exner et al., 2004: 275). Der Begriff der sogenannten Landflucht ist also bereits lange in Diskussion, da erste Erscheinungen von Landflucht schon während der Industrialisierung in Österreich vorgekommen sind.

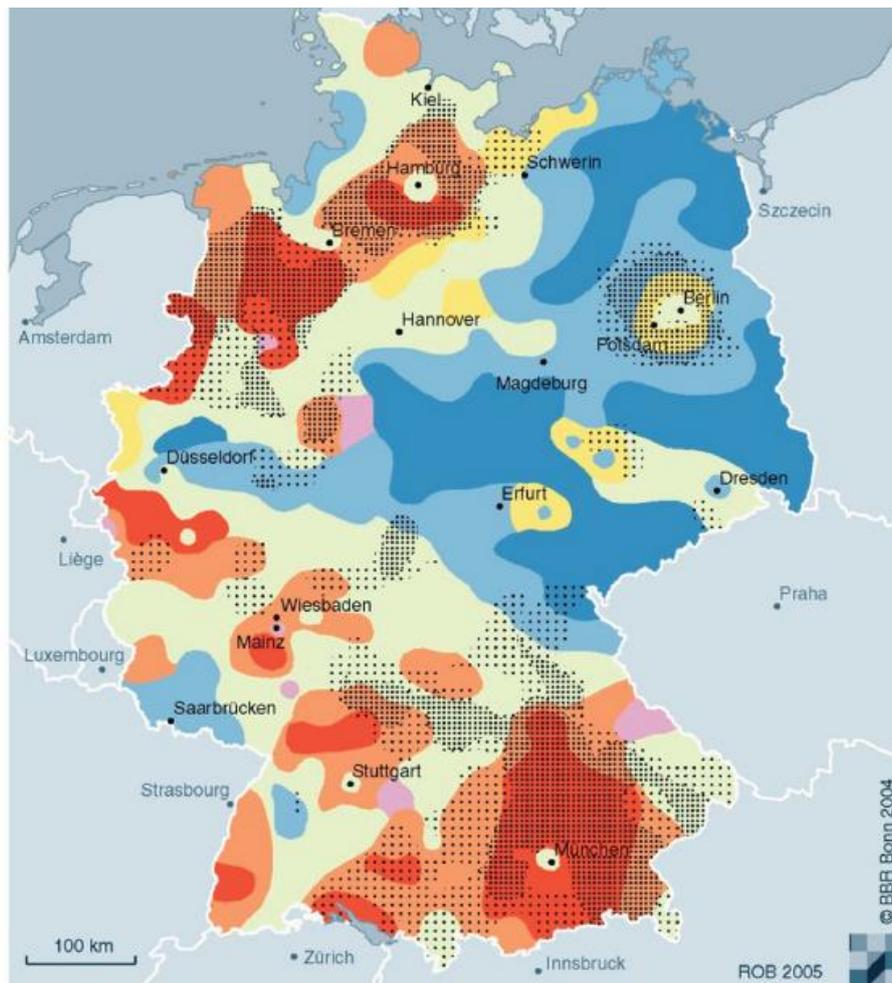
Nach Klaus stellt der Begriff Landflucht *„jene übermäßige Abwanderung [dar], die in der Landwirtschaft zu Arbeitskräftemangel führte“* (Klaus, 1935: 16, zit. nach Exner et al., 2004: 280). Auf etwas generellerer Ebene kann der Begriff der Landflucht durch *„die rasche Abwanderung von Teilen der ländlichen Bevölkerung in Städte, was eine übersteigerte Urbanisierung bewirkt [definiert werden]. Die Migranten versprechen sich selbst in der urbanen Marginalität Verbesserungen gegenüber den Verhältnissen auf dem Lande: Fehlender Besitz an Boden und Wasser, niedrige Produktivität, Arbeitslosigkeit, Vernachlässigung des Agrarsektors“* (Schaich, 2012: online).⁴ Der Begriff Landflucht definiert beziehungsweise kennzeichnet also Schrumpfungsprozesse in ländlichen Gebieten. Überdies wird in Österreich auch der Begriff der strukturschwachen Gebiete verwendet, Machold schreibt in ihrem Bericht zur regionalen Ungleichheit in der Daseinsvorsorge, dass strukturschwache Regionen, durch *„eine geringe Wirtschaftskraft und [...] durch oft lang anhaltende Bevölkerungsverluste geprägt [sind]. Entleerungsprozesse dieser peripheren Regionen treffen mit sozio-ökonomischen Benachteiligungen zusammen, die in vielen Fällen zu einer Negativspirale von Abwanderung, Arbeitsplatzverlust und Rückgang der Dienstleistungen führen“* (Machold, 2010: 7). Diese Ausprägungen und die kumulativen negativen Entwicklungen sind gleichzusetzen mit bereits identifizierten Charakteristika von Schrumpfungsprozessen (vgl. Kapitel 2.1).

2.2.3 1990er Jahre und aktuelle Tendenzen

Während der 1990er Jahre lässt sich eine leichte Entspannung der Schrumpfungsprozesse in den westlichen Industrieländern erkennen, allerdings ist es durch den Zusammenbruch der Sowjetunion zu solchen grundlegenden politischen Transformationen gekommen, *„dass zahlreiche Städte von heute auf morgen in einen Zustand politischer, wirtschaftlicher und demografischer Instabilität fielen“* (Rieniets, 2004: 28).

⁴ So wurden der Begriff und mögliche Lösungswege zum Beispiel im Rahmen einer Tagung des Österreichischen Gemeindebundes 2008 zum Thema *„Land ohne Leute?“* diskutiert (vgl. Österreichischer Gemeindebund, 2008: online).

Rieniets schreibt in seinem Artikel von 2004, dass durch diesen Transformationsprozess die Zahl schrumpfender Städte in allen betroffenen Staaten dramatisch anstieg, am stärksten betroffen waren Rumänien, die Ukraine (bspw. die Stadt Donezbecken) und Polen. Rieniets identifiziert diese politischen Entwicklungen als jene Ereignisse, welche die demographische Entwicklung der Stadt am stärksten erschüttert hat (vgl. Rieniets, 2004: 28; 32). Doch auch in Ostdeutschland war Schrumpfung nach wie vor ein Problem, und Ende der 1990er Jahre herrschte Gewissheit darüber, dass der frühere Mangel an Wohnungen oder der bisherige hohe Nutzungsdruck in einen Überschuss umgekehrt wurde (vgl. hierzu Abbildung 7).



Räume, in denen die Entwicklung der Bevölkerung und der Beschäftigung geprägt ist durch

- starke Schrumpfung
- geringe Schrumpfung
- divergierende Trends (schrumpfende Bevölkerung, wachsende Beschäftigung)
- Stagnation
- divergierende Trends (wachsende Bevölkerung, schrumpfende Beschäftigung)
- geringes Wachstum
- starkes Wachstum

Siedlungsflächen- und Verkehrswachstum

- stark
- sehr stark

Abbildung 7: Trends in der Raumentwicklung Deutschland. Quelle: BBR, 2005: 85, zit. nach Mergele, 2009: 11.

Initiativen und Antworten auf Schrumpfungsprozesse

Durch den hohen Überschuss an Wohnungen, der in Ostdeutschland identifiziert wurde, wurde das Programm Stadtumbau Ost gegründet, um die Wohnqualität ostdeutscher Städte zu steigern und negative kommunale Entwicklungen zu stabilisieren. Das BMVBS schreibt in seinem Bericht über das Programm Stadtumbau Ost, dass *„nicht nur in den Altbauquartieren, sondern auch in den Plattenbausiedlungen [...] immer mehr Wohnungen leer [standen]. Insgesamt waren es zur Jahrtausendwende mehr als eine Million Wohnungen“* (BMVBS, 2012a: 7).

Zwischen 2002 und 2006 *„haben sich in Ostdeutschland insgesamt 269 Städte mit integrierten Stadtentwicklungskonzepten als Voraussetzung für die Förderung von Rückbau und Abriss beteiligt“* (Heineberg, 2006: 245). Von 2002 bis zum Jahr 2011 wurden rund 2,7 Milliarden Euro im Rahmen des Programmes investiert (vgl. BMVBS, 2012b: online). Hesse schreibt in seinem Artikel von 2008, dass das Programm Stadtumbau *„mit einem angepassten Instrumentarium an der Reparatur des fragmentierten Stadtkörpers [arbeitet]“* (Hesse, 2008: 327). Das Programm verwendet sowohl harte (beispielsweise Abriss) als auch weiche (wie Partizipation oder kommunikative Strategien) Instrumente zur Entwicklungssteuerung (vgl. Hesse, 2008: 327).

Im Allgemeinen ist feststellbar, dass heute eine Aufarbeitung des Themas sowie Bewusstseinsbildungsprozesse stattfinden. Die Phase der Tabuisierung wurde beendet und eine neue Phase der Problematisierung hat begonnen (vgl. Großmann, 2007: 22-24, zit. nach Pumberger, 2010: 15). Zwar war nach Hesse im Jahr 2000 im Rahmen der Weltstädtebaukonferenz Urban 21 Schrumpfung noch kein großes Thema⁵, doch wurde beispielsweise im Rahmen des Projektes *Shrinking Cities* schon während der Jahre 2000 und 2008 in Deutschland versucht die bisher vernachlässigte Herausforderung zu diskutieren und im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verankern (vgl. Hesse, 2008: 326).

Daher wurde das Initiativprojekt *Shrinking Cities* – gefördert durch die Kulturstiftung des Bundes – gestartet und Schrumpfungsprozesse wurden in verschiedenen Städten untersucht. Im Rahmen der Studie wurden Hypothesen zu Schrumpfungstendenzen (in Städten) aufgestellt, welche einerseits Charakteristika bisheriger Schrumpfungsprozesse definieren, andererseits Zukunftsszenarien darstellen und eine differenziertere Betrachtung des Begriffes Schrumpfung ermöglichen. Dies spiegelt den Phasenablauf nach Großmann wider und stellt nach ihrer Gliederung die dritte Phase im Umgang mit Schrumpfung, die sogenannte Differenzierung des Begriffs, dar (vgl. Großmann, 2007: 22-24, zit. nach Pumberger, 2010: 16).

Oswalts Hypothesen lauten:

- *„Im 21. Jahrhundert wird die historisch einmalige Wachstumsepoche, die mit der Industrialisierung vor 200 Jahren begann, zu Ende gehen. Am Ende des 21. Jahrhunderts werden sich städtische Schrumpfungs- und Wachstumsprozesse die Waage halten – wie auch vor der industriellen Epoche.“*
- *Während bislang das Denken der modernen Gesellschaften wesentlich von Wachstumsvorstellungen geprägt war und Schrumpfen als Unfall und Ausnahme betrachtet wurde, wird sich in Zukunft eine Kultur des Schrumpfens entwickeln.“*

⁵ *„Vielmehr wurde differenziert über die Probleme dreier verschiedener Stadttypen nachgedacht: der ‚reifen‘ Städte in den westlichen Industriegesellschaften [...], der Transformationsstädte in Mittel-/Osteuropa sowie der stürmisch wachsenden Megacities der sogenannten Dritten Welt“* (Hesse, 2008: 326).

- Während im 20. Jahrhundert besonders Industrieareale und verdichteter Wohnungsbau von Leerstand und Aufgabe betroffen waren, werden Deurbanisierungsprozesse im 21. Jahrhundert vermehrt Vorstädte und Büroquartiere betreffen.
- Das Versiegen der Ölquellen und anderer fossiler Energien sowie der Klimawandel werden die globale Siedlungsentwicklung im 21. Jahrhundert maßgeblich beeinflussen.
- Schrumpfungsprozesse führen zu dualen Gesellschaften: Stadtentwicklung, Wirtschaftsentwicklung, Lebensstile und vieles mehr unterscheiden sich zwischen den Zonen des Wachstums und der Schrumpfung grundsätzlich.
- Städtebau und Architektur in schrumpfenden Städten stehen grundsätzlich vor neuen Aufgaben. Während das Gebaute bislang als Ziel architektonisch-städtebaulichen Handelns angesehen wird, ist es hier der Ausgangspunkt“ (Oswalt, 2012: online).

Diese Hypothesen, welche aus dem Projekt *Shrinking Cities* resultieren, zeigen einerseits bisherige Entwicklungen von Schrumpfungsprozessen auf, andererseits wagt der Autor einen Ausblick in die weitere Entwicklung; so prognostiziert er den Industriestädten des 21. Jahrhunderts einen weiteren Rückgang der Bevölkerung und zugespitzte Entwicklungen. Dies wird auch weiter auf wirtschaftliche Aktivitäten Einfluss nehmen und beispielsweise die Gesamtwirtschaftsleistung (bei konstanter beziehungsweise sogar steigender Produktivität) sinken lassen (vgl. Oswalt, 2012: online). Ähnliches berichtet auch Hesse, welcher in seinem Artikel die Bevölkerungsprognose des Statistischen Zentralamtes von Deutschland zitiert, und schreibt, dass „die Gesamtbevölkerung Deutschlands bis zum Jahr 2050 von 82,5 Mio. Ende 2005 je nach Variante auf Werte zwischen 69 und 74 Mio. zurückgehen [wird]“ (Hesse, 2008: 326). Das Statistische Zentralamt prognostiziert einen geringeren Rückgang bis 2030 und nimmt eine beschleunigte Abnahme zwischen 2030 und 2050 an. Räumlich gesehen werden alte Industriestandorte – in Westdeutschland beispielsweise das Ruhrgebiet, aber auch ostdeutsche Gebiete – weiter abnehmen. Wachstum verzeichnen vorwiegend suburbane Gebiete, als Beispiele nannte Hesse hier nordwestdeutsche Kernstädte wie das Gebiet zwischen Bonn und Mannheim (entlang des Rheins) und Bayern (vgl. Hesse, 2008: 326f.).

Und auch Rieniets erwähnt neben der steigenden Weltbevölkerung im Allgemeinen, dass die Einwohnerzahl mancher Länder (Transformationsländer, Russland, Japan, etc.) abnehmen und daher Schrumpfung auch in Zukunft eine relevante und global wirkende Herausforderung sein wird (vgl. Rieniets, 2004: 33).

2.3 Ursachen von Schrumpfungsprozessen

Wie bereits dargestellt, waren kriegerische Auseinandersetzung und Naturkatastrophen, aber auch Epidemien und veränderte Handelsrouten Ursachen für Schrumpfungsausprägungen des Mittelalters. Küntzel fand in seinem Artikel bereits eine Einteilung nach topographischen, demographischen, natürlichen, geographischen, militärischen und politischen Faktoren, welche als Ursache für Stadtwüstungen genannt werden können (vgl. Abbildung 6). Und auch in der Frühen Neuzeit waren Handelsrouten und politische Verhältnisse wesentliche Charakteristika, die über die Siedlungs- und auch Bevölkerungsentwicklung entschieden haben (vgl. Kapitel 2.2). Doch stellt sich hierbei die Frage, welche Ursachen Schrumpfungsprozesse des 20. und 21. Jahrhunderts vorwiegend haben. Allgemein lassen sich die bereits genannten Entwicklungen mit Braumanns Erkenntnis beschreiben, dass „*Erosionsprozesse im Siedlungssystem [...] als*

nachteilige Veränderungen durch Herausfallen oder Funktionsverlust wichtiger Teilkomponenten betrachtet werden“ (Braumann, 2008: 103) können.

Ursachen von aktuellen städtischen Schrumpfungprozessen werden in der Wissenschaft üblicherweise in zwei verschiedene Prozesse unterteilt beziehungsweise durch zwei Motive beschrieben. Es werden einerseits die Deindustrialisierung und andererseits die Suburbanisierung als wesentliche Entwicklungsvorgänge innerhalb der Forschung definiert (vgl. Couch et al., 2003: o.S., zit. nach Bürkner et al., 2005: 30). Oswald und auch Prigge ergänzen zu diesen beiden Quellen von Schrumpfung außerdem den postsozialistischen Strukturwandel in Osteuropa (vgl. bspw. Prigge, 2004: 42).

Im Bereich der regionalen Schrumpfungsprozesse (unter anderem auch in peripheren Gebieten) wird vorwiegend die Deindustrialisierung beziehungsweise der Rückgang des Agrarsektors als Ursache für Schrumpfungprozesse genannt (vgl. Schipfer, 2005: 16). Abnahmen im landwirtschaftlichen Bereich haben bereits früher – einhergehend mit Zunahmen im Bereich der Industrie (sogenannte industrielle Revolution) – stattgefunden. Diese Entwicklungen haben in weiterer Folge zu Urbanisierungsbewegungen geführt.

Deindustrialisierung als Anlass für Schrumpfungprozesse

Beobachtet man das Phänomen oder den Prozess der Deindustrialisierung näher, so erkennt man – auch nach genauerer Betrachtung historischer Entwicklungen (vgl. Kapitel 2.2) –, dass besonders Industriestädte, welche durch Monostrukturen geprägt sind, am stärksten von Schrumpfungprozessen betroffen waren beziehungsweise immer noch betroffen sind. Als besonders beeinträchtigte Branchen können hier die Auto-, Stahl-⁶ oder Textilindustrie genannt werden. Munck erwähnt in seinem Artikel von 2008, dass zu *„Mitte des 20. Jahrhunderts [...] der Circulus virtuosus der Industrialisierung in einen Circulus vitosus der Deindustrialisierung“* (Munck, 2004: 50) umschlug und sich alle kapitalistischen Staaten von 1970 an deindustrialisiert haben (vgl. Munck, 2004: 50f.).

Gründe für die fortschreitende Deindustrialisierung divergieren und reichen – je nach länderspezifischem Diskurs – vom Rückgang der Landwirtschaft und Aufholen der Dienstleistungen über eine zu starke Exportabhängigkeit der betroffenen Länder, die Veränderung der Arbeitsteilung bis hin zu ökonomischen Versäumnissen (vgl. Munck, 2004: 51).

Ausprägungen von Schrumpfungprozessen waren in den betroffenen Regionen ein Rückgang der Erwerbsbasis sowie steigende Arbeitslosigkeit in den betroffenen Sektoren; beobachtet man die Entwicklungen in Großbritannien, so waren um 1950 rund 48 Prozent der Gesamtbeschäftigten im Industriebereich beschäftigt (vgl. Munck, 2004: 50). Dies zeigt die Ausprägungen der negativen Effekte der Deindustrialisierung. Die damit einhergehenden Wanderungsbewegungen führen genau zu jenem kumulativen Prozess, welcher die betroffenen Regionen in Abwärtsspiralen zieht und so selbstverstärkend wirkt (vgl. Bürkner et al., 2005: 30).

Philipp Oswald definiert den Prozess der Deindustrialisierung als Krise von monostrukturierten Industriestandorten (vgl. Oswald, 2012: online). Es kam also durch das Aufgeben und durch den Rückgang von Industrien mit einer hohen Beschäftigtenrate zu Schrumpfungprozessen und damit einhergehend verschwand auch ein wesentliches Argument für verdichtetes Wohnen (→ Suburbanisierung) (vgl. Müller, 2004: 36).

⁶ Vergleiche hierzu auch die Ausarbeitungen der Fallbeispiele der österreichischen altindustriell geprägten Regionen in Kapitel 5.

Müller beschreibt weiters die Globalisierung (vgl. beispielsweise die internationale Arbeitsteilung) als einen wichtigen wie auch wesentlichen Faktor zur Beschleunigung von Deindustrialisierung. Er schreibt, dass es durch die Liberalisierungswelle während der 1980er Jahre zum „Niedergang altindustrieller Zentren, Unternehmenszerlegungen, die Verlegung von Standorten in Niedriglohnländer [und] die Abkopplung der Kapitalmärkte von der Realwirtschaft“ (Müller, 2004: 36) kam. Prigge nennt als Fallbeispiele, in denen durch die Deindustrialisierung Schrumpfungsprozesse ausgelöst wurden, die Städte Manchester und Liverpool (vgl. Prigge, 2004: 42). Munck erwähnt hierzu aber, dass „die Deindustrialisierung einst maßgeblicher Industriegebiete in den achtziger und neunziger Jahren [...] nicht nur in Großbritannien zu beobachten [war], sondern auch im östlichen Ruhrgebiet in Deutschland und im Rustbelt in den USA, wo infolge des Niedergangs der ‚blue-collar blues‘ anhub“ (Munck, 2004: 50).

Um Schrumpfungsprozesse ausgleichen zu können beziehungsweise die betroffenen Regionen sozioökonomisch wieder herzustellen, nennen Bürkner et al. als Lösungsvorschlag keine Entwicklung zurück zu einer erneuten Steigerung der Industrie (Reindustrialisierung), sondern einen wesentlichen Wandel der wirtschaftlichen Struktur hin zu einer Gesellschaft, welche auf Dienstleistungen und Wissenschaft aufbaut (vgl. Bürkner et al., 2005: 30).

Suburbanisierung als Ursache für schrumpfende Städte und Regionen

Neben der Deindustrialisierung gilt die Suburbanisierung als zweites Motiv für Schrumpfungprozesse. Oswalt meint, dass die Suburbanisierung, definiert durch eine „regionale Verlagerung von Aktivitäten und Menschen ins Umland der Städte“ (Oswalt, 2012: online) als eine essentielle Ursache für Schrumpfung in entwickelten Industrieländern gilt.

Als Auslöser für Suburbanisierungstendenzen im Bereich von Wohnen als auch Gewerbe gilt eine allgemeine Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstandes. Höhere Ansprüche der Bewohner an ihre Wohnsituation und damit einhergehende Steigerungen im Flächenverbrauch gelten als jene Motive, weshalb Haushalte ins Umland von Städten ziehen. Bei diesen Entwicklungen kommt es zu einer negativen Bevölkerungsentwicklung in der Kernstadt, doch die funktionalen Verflechtungen zwischen Stadt und Suburbia bleiben aufgrund der geringen Distanz oft bestehen (vgl. Bürkner et al., 2005: 30).

Einen Zusammenhang zwischen dem Grad der Suburbanisierung und dem Wohlstand der Gesellschaft konstatiert auch Rieniets, der schreibt, dass sowohl Suburbanisierung und Mobilität als auch eine niedrige Geburtenrate einen hohen Level an Entwicklung voraussetzen (vgl. Rieniets, 2004: 32). Rieniets erwähnt in seinem Artikel außerdem, dass auch in den USA die zunehmende Suburbanisierung zu verstärkten Schrumpfungerscheinungen beigetragen hat, was bereits während der 1950er Jahre begann und deren Ausmaße in einer Verdoppelung der Einwohnerzahl der US-amerikanischen Suburbs bis zum Jahr 1970 erkennbar ist (vgl. Rieniets, 2004: 32).

Als bekannte Beispielstadt, in der die Suburbanisierung einen wesentlichen Faktor der dortigen Schrumpfungprozesse ausgemacht hat, kann Detroit genannt werden (vgl. Prigge, 2004: 42).

Der Beginn der Suburbanisierung in europäischen Städten begann erst später und fand in weit geringerem Ausmaß als in den USA statt. Geographisch begann die Suburbanisierungswelle in Europa im Norden und wanderte von dort Richtung Süden (vgl. Rieniets, 2004: 32).

Die postsozialistische Transformation als Auslöser für Schrumpfung

Oswalt und auch Prigge bezeichnen die postsozialistische Transformation als eine dritte Ursache von Schrumpfung (vgl. Oswalt, 2004: o.S., zit. nach Bürkner et al., 2005: 30). Dieses Motiv wird allerdings nicht von allen Wissenschaftlern – neben Deindustrialisierung und Suburbanisierung – als dritte Ursache für Schrumpfungprozesse genannt (vgl. bspw. Bürkner et al., 2005: 30).

Für Prigge beinhaltet dieser Transformationsprozess den gesamten „*Strukturwandel der sozialistischen Organisation von Politik, Gesellschaft und Ökonomie in Osteuropa*“ (Prigge, 2004: 42); als Beispielregion bezeichnet Prigge die Region Ivanovo in Russland (vgl. Prigge, 2004: 42). Er konstatiert außerdem, dass jene osteuropäischen Länder, welche vom Systemzusammenbruch betroffen waren, unterschiedliche Methoden gewählt haben, um die Transformation zu verarbeiten. Auch für Deutschland beschreibt Heineberg „*die mit der ‚Wende‘ und politischen Vereinigung beider Teile Deutschlands gegebenen gravierenden Veränderungen (Transformationen) im Wirtschafts-, Gesellschafts- und Planungssystem*“ (Heineberg, 2006: 241).

Prigge nennt das Beispiel Russland, das sich vom Sozialismus in den Staatskapitalismus bewegt hat, indem zunehmende Privatisierungen zu einer Orientierung zum Markt geführt haben (vgl. Prigge, 2004: 42). In Ostdeutschland hingegen wurde bewusst eine Politik der Deindustrialisierung gefördert, „*mit der geschrumpfte industrielle Kerne marktfähig gemacht werden sollten. Durch die Einführung sozialstaatlicher Institutionen wird der ostdeutsche Schrumpfungsprozess mit Transferzahlungen aus dem Westen sozialpolitisch abgedeckt*“ (Prigge, 2004: 42).

Im Rahmen des postsozialistischen Transformationsprozesses ist vorwiegend also die erstgenannte Ursache von Schrumpfungprozessen – die Deindustrialisierung – als Entwicklungsphänomen zu erkennen; daher ist die Entwicklung in diesen Staaten durchaus mit der Entwicklung von industriell geprägten Gebieten in Großbritannien vergleichbar (vgl. Prigge, 2004: 43).

Rückgang im landwirtschaftlichen Sektor

Schipfer bezeichnet in seinen Ausführungen den Bedeutungsverlust der Landwirtschaft als Ursache für negative Entwicklungen im ländlichen Raum. Er beschreibt einen für Schrumpfungprozesse wesentlichen kumulativen Prozess von Abwanderungsprozessen, damit einhergehender Abnahme der Siedlungsdichte, der verschlechterten Versorgung mit öffentlichen Gütern und der Einschränkung des finanziellen kommunalen Spielraums (vgl. Schipfer, 2005: 16). Auch Exner et al., welche sich auf die Arbeiten von Quante beziehen, führen „*die Landflucht auf die verbesserte Agrartechnik und die natürliche Bedarfsgrenze der Agrarproduktion*“ zurück (Exner et al., 2004: 275); erst dadurch wurde das Arbeitskräftepotential für die Industrieproduktion verfügbar. Nach Exner et al. war bereits im wissenschaftlichen Diskurs der Zwischenkriegszeit der Begriff der Landflucht stark mit den Themen der Industrialisierung und damit einhergehend der Urbanisierung verbunden (vgl. Exner et al., 2004: 275-279). Dies wird auch von Adelsberger und Lung bestätigt, welche schreiben, dass „*die zunehmende Mechanisierung der Landwirtschaft [...] immer mehr Personal überflüssig [machte], Menschen, die im wachsenden Industriesektor, später dann verstärkt im Bereich der Dienstleistungen dringend gebraucht wurden*“ (Adelsberger, Lung, 2008: 28). Auch heute werden Schrumpfungsausprägungen noch teilweise als Landflucht bezeichnet, wie aktuell beispielsweise im Grünen Bericht 2012 ausgeführt wird, dass besonders die Förderung der Kleinstunternehmen (Gründung und Beratung) besonders

großes Potential hat, um „die ländliche Wirtschaft zu stärken und Landflucht aufgrund der Beschäftigungseffekte entgegen zu wirken“ (BMLFUW, 2012: 172).

2.4 Unterschiedliche Ebenen von Schrumpfungprozessen

Wie zuvor erwähnt, stellt Schrumpfung immer noch einen Begriff dar, der häufig verwendet wird, aber trotzdem in seiner Definition und Abgrenzung noch unklar ist. Dies stellt offensichtlich ein Problem und ein wesentliches, bisher noch offenes Forschungsthema dar, da der Schrumpfungsbegriff beziehungsweise die Ausprägungen des Phänomens räumlich sehr unterschiedlich wirken. So beschreibt Gans in seinem Artikel zum Thema, dass sich sowohl Schrumpfung als auch der demographische Wandel differenziert auswirken und es so zu einer Unterscheidung in sogenannte Gewinner- und Verliererregionen kommen kann (vgl. Gans, 2005: 1009; außerdem: Giffinger, Kramar, 2008: 9). Auch Oswald berichtet, dass Polarisierungsprozesse auf räumlicher, aber auch sozialer Ebene stattfinden, da nicht mehr alle Regionen, Städte und Akteure vom Zuwachs profitieren (vgl. Oswald, 2004: 12).

Im Rahmen des Raumordnungsberichtes 2011 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung wurde nach räumlich differenzierten Teilbetrachtungen festgestellt, „dass es noch bis weit in die Zukunft eine Gleichzeitigkeit von wachsenden und schrumpfenden Regionen geben wird, oft räumlich nah beieinander liegend“ (BBSR, 2012a: 8).

Zu dieser Erkenntnis kommt auch Föbker, welche im Rahmen der Analyse des Bevölkerungsrückgangs in Deutschland das Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung erkennt (vgl. Föbker, 2008: 9), sowie Giffinger und Kramar in ihrem Artikel über Schrumpfung und Erosion im österreichischen Siedlungssystem. Sie benennen das gleichzeitig und nebeneinander stattfindende Auftreten von Schrumpfung und Wachstum in Regionen, welches einerseits durch Suburbanisierungsprozess und andererseits durch Globalisierung und wirtschaftlichen Strukturwandel hervorgerufen wurde (vgl. Giffinger, Kramar, 2008: 9). Es kommt parallel zum Wachstum auch zu Schrumpfung und Stagnation, „Entwicklungsprozesse divergieren dabei auch kleinräumig stadtteil-, stadt- und (stadt-)regionsbezogen“ (Weith, 2008: 115). Diesen Umstand der Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung erklärt Benke damit, dass man Schrumpfung als keinen exponentiellen Prozess beschreiben kann, was bereits historisch belegt wurde (vgl. Benke, 2008: 201). Dies scheint in der Komplexität von Regional- und Stadtentwicklung zugrunde gelegt zu sein, so definiert Klemme den Begriff der Entwicklung in ihrem Bericht von 2005 als einen komplexen „Zusammenhang, der sowohl Tendenzen der Expansion als auch der Regression einschließt“ (Klemme, 2005: 13).

Diese Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung in gewissen Bereichen oder Regionen wird auch deutlich, wenn Philipp Oswald bemerkt, dass selbst oft das, „was schrumpft, in ein größeres Wachstum eingebettet“ (Oswald, 2004: 12) ist und daher schrumpfende Bereiche oft in wachsende Agglomerationen integriert sind. Durch diese räumliche Nähe entwickeln sich in lediglich geringer räumlicher Ausdehnung „Orte mit unterschiedlichen sozialen und räumlichen Bezügen und Beziehungen“ (Doehler-Behzadi et al., 2005: 73).

Bezogen auf diese Gleichzeitigkeit von Wachstums- und Schrumpfungsregionen oder -tendenzen, treffen Doehler-Behzadi et al. eine Differenzierung. Drei Typen von Gleichzeitigkeit werden definiert, wobei zwischen:

- 1) Wachsen und Schrumpfen parallel in verschiedenen Räumen,
- 2) Wachsen und Schrumpfen gleichzeitig in einer Stadt,
- 3) Wachsen und Schrumpfen in verschiedenen Gesellschaftsbereichen

unterschieden werden kann (vgl. Doehler-Behzadi et al., 2005: 73). Mit der Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung parallel in verschiedenen Räumen (1), verstehen die Autoren zum Beispiel parallel verlaufende Schrumpfungsprozesse in benachbarten Städten oder Regionen. Im Artikel von Doehler-Behzadi et al. wird hier das Beispiel der Städte Frankfurt am Main und Halle an der Saale gebracht. Wachstums- beziehungsweise Schrumpfungstendenzen gleichzeitig in einer Stadt (2) beschreiben ähnliche Prozesse in unterschiedlichen Teilen einer Stadt, wobei im wissenschaftlichen Artikel von Doehler-Behzadi et al. die Stadt Leipzig als Beispiel genannt wird. Als dritte Differenzierung der Gleichzeitigkeit von Wachsen und Schrumpfen in verschiedenen Gesellschaftsbereichen wird die Abnahme der Bevölkerung bei parallel verlaufender Zunahme von Flächenversiegelung als Beispiel genannt (vgl. Doehler-Behzadi et al., 2005: 73).

Neben der Gleichzeitigkeit von Wachstums- und Schrumpfungsprozessen wird in der Literatur auch von Schrumpfung auf unterschiedlichen Ebenen oder Levels gesprochen, wie etwa von der Gleichzeitigkeit von sowohl demographischen und wirtschaftlichen als auch städtischen sowie regionalen Verfallstendenzen (vgl. bspw. Brandstetter et al., 2005: 2; Giffinger, Kramar, 2008: 11).

Diese Niedergangstendenzen in unterschiedlichen Bereichen werden dadurch bestätigt, dass beispielsweise das BBSR im aktuellen Raumordnungsbericht besonders in jenen Teilräumen der schwach besiedelten ostdeutschen Räume oder der alten Industriestandorte in Westdeutschland einen hohen Druck nach Modifikationen der Daseinsvorsorge identifiziert (vgl. BBSR, 2012a: 31). Dies bestätigt, dass ursprünglich demographische Veränderungen – welche langfristig wirken – auf kurzfristige Sicht gravierenden Handlungsbedarf auf politischer Ebene auslösen und so neben demographischen auch wirtschaftlichen, regionalen und städtischen Niedergangstendenzen begegnet werden muss (vgl. hierzu auch Giffinger und Kramars Aussagen über Schrumpfung als Prozess kumulativer negativer Entwicklungen verschiedener Dimensionen zitiert in Kapitel 2.1).

2.5 Wachstum als allgegenwärtiges Planungsparadigma?

Wie in Kapitel 2.2 ausgeführt, sind einander abwechselnde Phasen von Wachstum und Schrumpfung, Aufschwung und Regression natürliche Erscheinungen, welche die Geschichte der Stadtentwicklung bereits im Mittelalter kannte. Zahlreiche Autoren geben Aufschluss darüber, dass der Begriff Schrumpfung kein neues Phänomen unserer Zeit ist, sondern seit jeher existiert. Trotzdem ist Schrumpfung heute ein negativ besetzter Begriff, gleichgesetzt mit dem Begriff Niedergang und unvereinbar mit dem heutigen Verständnis von stetigem Wachstum und Verbesserung, das seit Beginn der Industrialisierung noch immer vorherrscht.

Schrumpfende Regionen wie auch die verwendeten Planungsinstrumente passen nicht in das Paradigma eines ständigen Wachstums, welches bisher höchstens kurzfristig von marginalen Schrumpfungstendenzen gekennzeichnet war (vgl. Klemme, 2005: 28; Wirth, 2007: 3). (Raum-)Planung ist stark mit Wachstum verknüpft, daher wird Schrumpfung in vielen Bereichen tabuisiert und auch offensichtliche Schrumpfungstendenzen unterstützen den wichtigen Kurs-

wechsel innerhalb der Gesellschaft noch nicht. Bewusstseinsbildung auf ganzer Ebene wird noch nicht betrieben (vgl. Großmann, 2007: 22-24 zit. nach Pumberger, 2010: 15; Klemme, 2005: 28; Oswald, 2010: 24; Weber, Höferl, 2012: o.S.). Aufgrund der vorherrschenden „*Inkompatibilität zwischen Aufgabenstellung und Instrumenten*“ (Klemme, 2005: 28) fordern die spezifischen Bedürfnisse schrumpfender Regionen die involvierten Akteure dazu auf, neue Methoden für die Herausforderungen von bisher unbekannter Art zu finden (vgl. Weith, 2008: 115). Daher gilt in „*allen Ländern [...] Wachstum bis heute als primäres Ziel politischen und ökonomischen Handelns, als wichtiges Mittel zur Lösung gegenwärtiger Fragen*“ (Oswald, 2010: 24).

Auch rein ökonomisch betrachtet wird eine gute Entwicklung immer mit Wachstum gleichgesetzt, so schreibt Hartmut Häußermann in seinem Artikel von 2008: „*Wenn das Wachstum ausbleibt, ist Entwicklung nur noch Verlust und Katastrophe*“ (Häußermann, 2008: 347).

Dieses Wachstumsparadigma folgt dem neoklassischen Ansatz, dessen Grundidee jener ist: „*Treten in einer Wirtschaft irgendwo Knappheiten auf, so kommt es zu Preisunterschieden, die Möglichkeiten für Investitionen, gewinnbringenden Handel oder nutzenerhöhende Verlagerungen von Produktionsfaktoren signalisieren. Da Wirtschaftssubjekte solche Möglichkeiten nicht ungenutzt lassen, reagieren diese auf die Preisunterschiede so lange, bis diese und die sie verursachenden Knappheiten wieder ausgeglichen sind*“ (Maier et al., 2012: 55). Folgende Punkte definieren die Grundannahmen der Neoklassik, welche als stark vereinfachend bezeichnet werden können:

- „*Die Wirtschaftssubjekte trachten danach, ihren Nutzen zu maximieren. [...].*
- *Die Wirtschaftssubjekte sind über alle relevanten Preise perfekt informiert. [...].*
- *Alle Preise sind flexibel. [...].*
- *Auf allen Märkten herrscht atomistische Konkurrenz. [...].*“ (Maier et al., 2012: 55).

Es herrscht also Marktgleichgewicht, Angebot und Nachfrage gleichen sich aus, und Nutzen und Konsum werden maximiert. Überträgt man diese Annahmen beispielsweise auf den Arbeitsmarkt, so gilt hier, dass keine Arbeitslosigkeit (unfreiwillig) möglich ist. Es wird daher angenommen, dass die Nachfrage nach Arbeit eine abfallende Funktion ist, da die Arbeitskräftenachfrage eine abgeleitete Nachfrage darstellt, die abhängig von dem Grenzerlösprodukt des Outputs des Arbeitseinsatzes in den Produktionsprozess ist (vgl. Maier et al., 2012: 55; McCann, 2001: 178). Weiters wird daher vorausgesetzt, dass die Markträumung auf allen Märkten garantiert wird, da flexible Preise sowie ein Maximierungsinteresse von privaten Haushalten und Unternehmen vorliegt. Zusätzlich sorgen Lohnflexibilitäten am Arbeitsmarkt für den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, der Arbeitsmarkt wird also als Markt wie jeder anderer definiert, Arbeitslosigkeit stellt die Ausnahme dar (vgl. Mayerhofer, 2012: 1).

Allerdings haben die Wirtschaftswissenschaften bereits alternative Ansätze zur traditionellen und durchaus kritisierten Theorie der Neoklassik gefunden. Neue Ansätze wie das sogenannte Ökosozialprodukt oder der Vorschlag des Europäischen Parlaments und des Rates zur Europäischen Umweltökologischen Gesamtrechnung zeigen, dass die Wirtschaftswissenschaft auf John Kenneth Galbraiths Kritik der Neoklassik aus 1970 aufmerksam wurde, der meinte, dass die Neoklassik „*mehr ein Glaubenssystem zugunsten der herrschenden Interessen zu sein [scheint], das nicht dem Verständnis sozialer Herausforderungen dient, sondern ihrer Verschleierung*“ (Galbraith, 1970: 469-478 zit. nach Fellner, 2012: 13).

Pumberger beschreibt in ihrer Arbeit das Wirtschaftswachstum des 20. Jahrhunderts, welches nach den Weltkriegern folgte, bis in die 1970er andauerte und durch neue politische Grundvoraussetzungen und staatliche Interventionen (beispielsweise die Wohlfahrtspolitik, etc.) untermauert wurde. Zusätzlich kam es durch eine Steigerung des Wohlstandes durch verbesserte Entlohnung von Arbeitnehmern zu neuen Bedürfnissen und neuen Ausprägungen der räumlichen Entwicklung (vgl. Pumberger, 2010: 12).

Doch eigentlich müsste spätestens seit den 1970er Jahren offensichtlich sein, dass diese Vorstellung von ständigem Wachstum nicht mehr tragbar ist, da das Ende der Wachstumsepoche und der Selbstverständlichkeit des vorherrschenden Paradigmas erreicht ist. Sowohl der Club of Rome mit seinem Bericht über die Grenzen des Wachstums 1972 als auch die im Jahr darauf folgende Ölkrise machten deutlich, dass die Epoche des Wachstums zu Ende geht. Dennoch wurden Schrumpfungsprozesse sowohl in Forschung als auch innerhalb der öffentlichen Diskussion lange Zeit kaum behandelt (vgl. Hoffmann-Rehnitz, 2008: 145; Oswalt, 2010: 24).

So diagnostiziert Oswalt in seinem Beitrag 2010, dass *„das 21. Jahrhundert [...] vom Ende des außergewöhnlichen Wachstums gekennzeichnet sein [wird]. Trotz rapider Urbanisierung in den Ländern des Südens verlieren bereits heute ein Viertel aller Großstädte auf der Welt Einwohner; die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass am Ende dieses Jahrhunderts nicht nur die globale Zunahme der Bevölkerung, sondern auch die Verstädterung weitgehend zu ihrem Abschluss gekommen sein werden“* (Oswalt, 2010: 24).

Zusätzlich prognostiziert der Autor, dass Schrumpfung ein ebensolches Selbstverständnis erlangen wird wie das Wachstum: *„Dabei wird es zunehmend seine bisherige Stigmatisierung verlieren und als ein Szenario gesehen werden, das neben Nachteilen auch Vorteile birgt und zu eigenen Formen der Erneuerung und Veränderung führt.“* (Oswalt, 2012: online).

Veränderte Planungsmaxime

„Stadtplanung im Kontext von Schrumpfung ist reaktiv, da sie, anders als im Wachstum, auf wesentliche Kräfte – wie etwa Deindustrialisierung, demografischen Wandel, selbst Suburbanisierung – keinen nennenswerten Einfluss hat. Anstatt heldenhaft zu scheitern oder willenlos zu kapitulieren, müssen wir nach neuen Wegen suchen, wieder Einfluss auf die Stadtentwicklung zu gewinnen“ (Oswalt, 2004: 16).

Schrumpfung als solches scheint also nicht mehr zu leugnen zu sein, daher sollte auch das Wachstum als allgegenwärtige Entwicklungsmaxime in Frage gestellt werden (vgl. Klemme, 2005: 27). Auch Gerlind Weber zitiert in ihrem Artikel zum Thema „Schrumpfen als Planungsauftrag“ den italienischen Schriftsteller und Philosophen Antonio Gramsci, der sagte: *„Krise ist, wenn das Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann“* (Gramsci, 1975: o.S. zit. nach Weber, 2010: 17) und sie lenkt das Denken in Krisenzeiten auf das Suchen nach neuen Perspektiven, da das früher allgegenwärtig scheinende Wachstum offensichtlich zu Ende ist: *„Durch die aktuellen ökologischen und ökonomischen Krisenerscheinungen scheint das Ziel des permanenten und omnipräsenten sozio-ökonomischen Wachstums in unseren Breiten endgültig als nicht länger haltbarer Mythos entlarvt worden zu sein“* (Weber, 2010: 17).

Ähnliche Aussagen zur Planung und ihrem (Nicht-)Umgang mit Wachstum und Schrumpfung haben Adrian aber auch Häusermann und Siebel bereits in den 1980er Jahren gemacht. So meinte Adrian, dass *„Planung der Schrumpfung [...] viel schwieriger und politisch viel unverdau-*

licher als Planung des Wachstums“ (Adrian, 1985: o.S. zit. nach Wirth, 2007: 4) sei, und Häusermann und Siebel zeichneten schon 1987 den Entwurf der schrumpfenden Stadt, welchen sie mit einem grundlegenden Wechsel im Paradigma der Stadtentwicklung untermauert haben. Außerdem haben sie bemerkt, dass Stadtanalyse durch die reine Betrachtung industrieller Stadtentwicklung Gefahr läuft, „zu einer Suche nach den Wachstumsschwächen zu werden, denn etwas anderes als Wachstum kann man sich dann für eine Stadt gar nicht mehr vorstellen“ (Häusermann, Siebel, 1987: 92).

Eine Steuerung von Schrumpfungsprozessen gilt also als wesentlich schwieriger und stellt sich darüber hinaus als „wesentlich komplizierter und politisch schwieriger [...] als eine Steuerung des Wachstums“ (Müller, 2003: 36 zit. nach Weber, Höferl, 2012: o.S.) dar. Dies folgt der Tatsache, dass die gängigen Stadtentwicklungstheorien und Planungsinstrumente auf die Steuerung von Wachstumsprozessen zugeschnitten sind (vgl. Häusermann, 2008: 345). Auch Weber kreidet in ihrem Artikel von 2010 die gängige Raumplanungstheorie und ihre starke Verknüpfung zu den Wirtschaftswissenschaften an, was darin resultiert, „dass rückläufige sozio-ökonomische Entwicklungen grundsätzlich als Systemversagen wahrgenommen werden, als unerwünschte Abweichungen vom Wachstumspfad, der nach oben prinzipiell keine Grenzen kennt, also offen ist“ (Weber, 2010: 17). Weber schlägt daher ebenfalls ein neues, an aktuelle Bedürfnisse angepasstes, Instrumentarium der Raumplanung vor und teilt Reschs Meinung nach dem Verlangen einer weiteren Differenzierung der Planungs-, aber auch Förderinstrumente (vgl. Resch, 2008: 98f.); Resch führt außerdem aus, dass „neben der Raumordnung und Raumentwicklung [...] der Fokus zukünftig partiell auch auf die Begleitung eines Rückzuges aus dem Raum zu legen sein [wird]“ (Resch, 2008: 98).

Diese Begleitung eines geordneten Rückzuges in schrumpfenden Regionen steht in starkem Widerspruch zu grundlegenden Zielsetzungen der Raumentwicklung, wie beispielsweise dem Ziel der Aufrechterhaltung gleicher Lebensbedingungen. Dieses wird von Resch in seinem Artikel aus 2008 als jenes genannt, welches möglicherweise in Zukunft in Frage gestellt werden sollte (vgl. Resch, 2008: 98).

Allerdings gehört dieses Ziel der gleichwertigen Bedingungen zum Beispiel in Deutschland immer noch zu einem wesentlichen Ziel der Raumordnungspolitik auf Bundes- wie auch Länderebene mit langer Tradition (vgl. BBR, 2012a: 16). Verfassungsrechtlich strebt dieses Ziel der Gleichwertigkeit an, „die Lebensverhältnisse in allen Räumen so zu gestalten [...], dass sie jedem Bürger einen bestimmten Mindeststandard an Leistungen und Infrastruktur zur Verfügung halten“ (Ossenbühl, 1977: 179-182, zit. nach BBR, 2012a: 16). Allerdings gelten in Deutschland keine generellen Standards für das gesamte Bundesgebiet, da regional differenzierte Mindeststandards in Forderung gestellt werden (vgl. BBR, 2012a: 16).

Diese regionale Differenzierung der Mindeststandards beziehungsweise das Infragestellen einer traditionellen Zielvorstellung der Bundes- sowie Landesraumplanung in Deutschland korreliert mit Brandstetters et al. Hinweisen über einen notwendigen Wandel im Bewusstsein und in den Einstellungen der Planer, um Schrumpfungstendenz aufzuarbeiten. Sie benennen eine fehlende Anpassungsfähigkeit der Planer und identifizieren, dass „das Gegenteil von Schrumpfung [...] also nicht Wachstum [wäre] sondern Anpassungsfähigkeit und das Ziel aller wissenschaftlichen und praktischen Bemühungen wäre dann, das wirklich Wesentliche einer Stadt zu

erfassen und alle Anstrengungen auf eine entsprechende Anpassung unter Beibehaltung der individuellen Identität auszurichten“ (Brandstetter et al., 2005: 15).

Oswalt – wie zu Beginn des Kapitels zitiert – beruft sich mitunter auf die Entwicklung weicher Planungsinstrumente und weist Kultur, soziale Netzwerke und Kommunikation, ähnlich wie Weber 2010, als wesentliche Stadtentwicklungsmerkmale aus (vgl. Oswalt, 2004: 16; Weber, 2010: 18).

Neue Planungsinstrumente wurden auch 2005 im Rahmen einer Tagung in Leipzig zum Thema *Planloses Schrumpfen* diskutiert. Die wesentliche Fragestellung der Diskussionsveranstaltung war, „*ob und wie die räumliche Planung der öffentlichen Hand mit Schrumpfungseffekten und in diesem Kontext auch mit neuen Wachstumsmustern umgehen kann*“ (Klemme, 2005: 7). Neben einer grundlegenden Diskussion über den Begriff der Schrumpfung⁷ hat sich die Tagung besonders auf neue Herausforderungen und Aufgabenstellungen für die Raumplanung als auch neue Steuerungsinstrumente konzentriert. Analysiert man die grundlegenden Diskussionen zu den neuen Herausforderungen der Planung, so ist bemerkbar, dass Schrumpfung für die kommenden Jahre als wesentliche Herausforderung identifiziert wird, die Charakteristika dieser Herausforderung allerdings unterschiedlich gedeutet werden. So definierten manche Diskutanten Schrumpfungstendenzen als gänzlich neue Herausforderungen, andere haben darauf hingewiesen, dass lediglich die thematische Gewichtung innerhalb der Planung neu definiert werden sollte (vgl. Klemme, 2005: 23).

Generell wurde aber bemerkt, dass Planung als offener Prozess gestaltet werden soll, da endgültige Zielvorstellungen zunehmend als problematisch erkannt wurden. Außerdem hat Übereinkommen darüber geherrscht, dass ein konkretes Ziel im Rahmen einer Planung durchaus fehlen darf, allerdings eine klare Strategie im Hintergrund als wesentlich für eine gelungene Planung im Bereich schrumpfender Regionen gilt (vgl. Klemme, 2005: 22f.). Als mögliche Praktiken wurden einerseits die detaillierte Analyse des Problems (bspw. durch kleinräumiges Monitoring) und andererseits die Interpretation der Herausforderung und das Finden passender Planungsinstrumente definiert (vgl. Klemme, 2005: 22f.). Darüber hinaus wurde als grundlegende Aufgabe definiert, „*bestehende und zukünftige Wohlfahrtsaussichten (,nicht alles ist mehr leistbar‘) zu thematisieren und einzugestehen, wie die Lage aussieht*“ (Klemme, 2005: 25). Außerdem gilt als wesentlich, dass ein Kurswechsel in der Planung wichtig ist, sowohl das Öffnen für neue Ziele als auch das freie Denken der Planer und das Reflektieren von Planungsinstrumenten wurde als wegweisend definiert (vgl. Klemme, 2005: 25-29).

Praktiken in Ostdeutschland, dessen Städte sowohl schrumpfen als auch wachsen, haben bereits teilweise einen Paradigmenwechsel beziehungsweise den bereits genannten Kurswechsel in der Planung hinter sich. Heute wird an frühere, vorsozialistische städtische Strukturen angeknüpft und das Ideal der europäischen Stadt wiederentdeckt. Beispiele hierfür sind Umbauten in Leipzig wie die *perforierte Stadt* oder Manchester mit seinem Projekt *Reinventing the City Centre*, wobei Stadt auf eine neue Art und Weise gedacht wird (vgl. Klemme, 2005: 22; Prigge, 2004: 45). Analysiert man diese Praktiken, so wird deutlich, dass es nicht eine einzige Strategie oder ein Handlungskonzept zur Anpassung oder Entwicklung von schrumpfenden Regionen gibt, vielmehr wird immer öfter auf integrierte Instrumente verwiesen, welche informellen Charakter haben und von Flexibilität gekennzeichnet sind (vgl. Brandstetter et al., 2005: 15; Klem-

⁷ Erkenntnisse der Tagung sind unter anderem in die Ausarbeitungen zu Kapitel 2.1 eingeflossen.

me, 2005: 29-31). So scheint einerseits die Partizipation von Betroffenen und regionalen wie lokalen Akteuren – um das Zusammenarbeiten verschiedener Professionen und Gesellschaftsmitgliedern zu fördern – und andererseits auch die strategische Planung nach Expertenmeinung immer wichtiger im Umgang mit schrumpfenden Regionen zu sein (vgl. Klemme, 2005: 29).

2.6 Zwischenfazit

Schlussfolgernd zu diesem ersten Hauptkapitel, das den Begriff Schrumpfung an sich behandelt, können die ersten Erkenntnisse dargestellt werden. Dem Hauptkapitel wurden Fragestellungen zu Grunde gelegt, welche sich hauptsächlich mit der Definition/ Herkunft des Begriffs sowie dessen historischen und aktuellen Ausprägungen beschäftigen.

► Was definiert das Phänomen Schrumpfung?

Schrumpfung kann als ein kumulativer, mittel- bis langfristiger Transformationsprozess räumlicher wie auch sozialer Natur definiert werden, dessen Hauptmerkmal eine negative demographische Veränderung (beispielsweise negatives Bevölkerungssaldo) darstellt. Bezeichnend für diesen kumulativen Abwärtstrend sind außerdem regionale Folgeprozesse, wie eine regressive wirtschaftliche Dynamik zum Beispiel im Bereich Arbeits- und Wohnungsmarkt als auch Infrastrukturversorgung.

Diese Definition wird auch im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung verwendet und soll als Grundlage für die Auswahl des geeigneten Indikatorensets zur Klassifikation von schrumpfenden österreichischen Regionen gebraucht werden.

Zusätzlich wurde im Rahmen der Recherche herausgefunden, dass die Begrifflichkeit äußerst komplex ist, daher oft widersprüchlich verwendet wird und besonders variabel erscheint: Je nach Fragestellung können unterschiedliche Veränderungen und Ausprägungen in den Vordergrund gerückt werden und die Tatsache, dass der Begriff sowohl analytisch-objektive Tatsachen als auch normative Werte beschreibt, unterstützt die Variabilität und Unschärfe des Begriffs.

► Wie können die historische Entwicklung des Begriffs sowie Ausprägungen des Phänomens über die Zeit definiert werden?

Im Rahmen der Ausarbeitungen wurde festgestellt, dass Schrumpfungsprozesse – wenn auch anders betitelt – keine neuen Ereignisse in der Stadt- und Regionalentwicklung darstellen. Das heute herrschende Wachstumsparadigma, welches vorwiegend durch die neoklassische Theorie und die Industrialisierung geprägt wurde, kann als keine Annahme definiert werden, die bereits seit der vorindustriellen Zeit gilt. Im Mittelalter und auch in der Frühen Neuzeit war das Schrumpfen von Städten ein durchaus gängiger Prozess. Epidemien, Krisen und Kriege, außerdem Verlagerungen von Handelsrouten konnten Auslöser für sogenannte Wüstungen sein.

Doch auch während der Industrialisierung gab es – entgegen der gängigen Meinung – durchaus schrumpfende Regionen und Städte. Allgemein war aber das Wirtschaftswachstum vorherrschend, wenn auch geprägt durch regelmäßige Krisen (verursacht durch Wirtschaftskrise oder Weltkriege). Rund 100 Jahre nach Beginn der Industrialisierung sind europäische Städte (bspw. London, Liverpool oder Leipzig) bereits geschrumpft und auch in US-amerikanischen Städten (bspw. Detroit, Chicago oder Philadelphia) folgten ab 1950 Niedergangstendenzen. Schon zwischen den 1960er und 1990er Jahren schrumpfte jede sechste Stadt der Welt, besonders be-

troffen waren die Industrieländer, hauptsächlich die USA und Großbritannien. Ursachen für Schrumpfungsprozesse waren zu dieser Zeit vorwiegend Deindustrialisierung, Suburbanisierung und zum Teil der postsozialistische Wandel.

Der wissenschaftliche Diskurs zum Thema Schrumpfung begann in den USA wesentlich früher als in Europa, hier entstand die Diskussion in Deutschland erst um 2000, in Österreich im Vergleich um 2008.

► *Auf welchen unterschiedlichen Ebenen kann Schrumpfung stattfinden?*

Nicht nur die Definition des Begriffs Schrumpfung, sondern auch seine Abgrenzung bietet wissenschaftlichen Diskussionsstoff. Allgemein wurde im Rahmen der Ausarbeitungen festgestellt, dass sich Schrumpfung sehr differenziert auswirken kann, räumliche Polarisationsprozesse üblich sind und die sogenannte Gleichzeitigkeit von Schrumpfung und Wachstum oft nah beieinander liegt.

Bezogen auf diese Gleichzeitigkeit können drei Typen der Polarisierung differenziert werden, einerseits Wachstum und Schrumpfung parallel in verschiedenen Räumen (bspw. nahe nebeneinander liegende Städte), andererseits Wachstum und Schrumpfung gleichzeitig in einer Stadt sowie Wachstum und Schrumpfung in verschiedenen Gesellschaftsbereichen (bspw. Abnahme der Bevölkerungszahl bei gleichzeitiger Zunahme der Flächenversiegelung).

3 Beitrag der europäischen Regionalpolitik zur Unterstützung schrumpfender Regionen

Dieses Kapitel gibt einen ersten Einstieg in die Thematik der europäischen Regionalpolitik. Einerseits werden Ideen und Prinzipien der Politik, andererseits die wesentlichen Veränderungen und Strategien während der letzten beiden Programmplanungsperioden kurz erläutert. Neben einer überblicksartigen Darstellung der relevanten Strukturfonds werden außerdem jene Programmdokumente ausgewählt, welche in weiterer Folge einer Kurz- beziehungsweise Detailanalyse in Bezug auf den Begriff der Schrumpfung unterzogen werden.

3.1 Die europäische Regionalpolitik

„Die Gemeinschaft entwickelt und verfolgt weiterhin ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, um eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft als Ganzes zu fördern“ (Europäische Gemeinschaften, 2002: XVII, Art. 158, S. 103)

3.1.1 Grundideen und Prinzipien der Regional- und Strukturpolitik

Die Regional- und Strukturpolitik der Europäischen Union illustriert mit dem obigen Zitat aus dem Vertrag der Europäischen Gemeinschaften ihr wesentliches Charakteristikum der innergemeinschaftlichen Solidarität (vgl. außerdem Becker, Zaun, 2007: 3). Um Entwicklungsunterschiede innerhalb der Union sowie *„den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete oder Inseln, einschließlich der ländlichen Gebiete“* (Europäische Gemeinschaften, 2002: XVII, Art. 158: 103) zu reduzieren, unterstützt die Regionalpolitik als Investitionspolitik aktuell vorwiegend die Wettbewerbsfähigkeit der EU, das Wirtschaftswachstum und das Schaffen von Arbeitsplätzen. Zusätzlich zielt sie auf eine hohe Lebensqualität und eine nachhaltige Entwicklung ab (vgl. Regionalpolitik – INFOREGIO, 2012: online).

Zu Beginn der europäischen Regionalpolitik stand die Einführung des EFRE, des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, im Jahr 1975. Ab diesem Zeitpunkt wurden die für Regionalentwicklung verwendeten finanziellen Mittel regelmäßig erhöht und *„die Einführung mehrjähriger Förderprogramme Mitte der 80er Jahre wurde ergänzt durch die explosionsartige Verdoppelung der Strukturfondsmittel 1988“* (Becker, Zaun, 2007: 3). Im neunten Raumordnungsbericht der ÖROK wird dargestellt, dass die EU eine regionalpolitische Gegensteuerung zur Förderung der Konvergenz betreibt und das generelle Ziel der Verringerung des Entwicklungsrückstands von stark benachteiligten und ländlichen Gebieten verfolgt (vgl. ÖROK, 1999a: 19).

Allgemein kann bemerkt werden, dass die EU-Regionalpolitik – je nach Programmperiode – auf der aktuellen Strategie der Gemeinschaft basiert. Neben der aktuellen Europa 2020 Strategie sind besonders die Strategie von Lissabon und die Agenda 2000 für die in der Diplomarbeit betrachteten Programmplanungsperioden 2000-06 und 2007-13 relevant.

Veränderungen der Strategie oder der Übereinkommen folgen immer Modifikationen der Regionalpolitik, da die gegenwärtige Strategie jeweils den Koordinierungsrahmen der aktuellen Förderperiode darstellt und sich in Fondsgestaltung und Fördervolumina widerspiegelt. Beispielsweise wurde die **Agenda 2000** im Zuge der *„Anpassungen im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte“* (Gruber, 2009: 12) vorbereitet, im Jahr 1999 beschlossen und hat eine Steigerung der Effizienz des Fördermitteleinsatzes durch Konzentration sowie Vereinfachung und

Dezentralisation angestrebt. Ziel war, „die Union für ihre größten Herausforderungen, d. h. die Verstärkung ihrer Politiken und den Beitritt neuer Mitgliedstaaten, innerhalb eines strikten Finanzrahmens zu rüsten“ (Europäische Kommission, 2012a: online).

Im Rahmen der Förderperiode 2000-06 wurden lediglich drei Ziele unterstützt (im Gegensatz zu sechs Zielen in der Vorperiode), außerdem wurden sowohl die Gemeinschaftsinitiativen (von 13 auf vier) als auch die Förderungsgebiete reduziert; es kam so zu einer Konzentration der Mittel aufgrund geographischer Charakteristika (vgl. Eser, 2005: 262; Europäische Kommission, 2012a: online; Gruber, 2008: 77, 88; Gruber, 2009: 12; ÖROK, 1999a: 22). Überdies „führte die Agenda 2000 zur Verschiebung der Unterstützung ländlicher Regionen hin zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Der Begriff der zweiten Säule der GAP wird für die ländliche Entwicklung eingeführt und diese damit enger an die Agrarpolitik angeknüpft“ (Gruber, 2009: 12).

Die **Strategie von Lissabon** zeigt eine weitere strategische Modifikation auf, welche für die aktuelle Förderperiode wirksam wurde; die Strategie stellt das Rückgrat der EU-Politik bis 2010 dar. „Auf dem Europäischen Frühjahrsrat im Jahr 2000 in Lissabon verständigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, die EU bis 2010 ‚zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen““ (BMWFJ, 2012: online).

Demgemäß zielt die Strategie besonders auf Wachstum und Beschäftigung ab und stellt eine Änderung der europäischen Regionalpolitik dar.⁸ In der aktuellen Haushaltsperiode werden die Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung in allen Regionen unterstützt, die dezidierte Konzentration auf strukturschwache Regionen ist heute nicht mehr gültig. Orientierte sich die frühere Förderpolitik am Ausgleich, so lehnt sich die aktuelle Periode an das mögliche regionale Potential an.⁹ Weitere große Veränderungen stellen die Konzentration der Mittel auf lediglich drei große Ziele und die Veränderung der vormals kleinräumigen Fördergebietskulisse dar (vgl. Gruber, 2008: 87, 89; Gruber, 2009: 13; Dittrich, Schwarz, 2009: 85; folgende Tabelle 1).

Dittrich und Schwarz schreiben hierzu in ihrem Artikel aus 2009, dass früheren Regionalplanungsperioden der EU „mit ihrem breiten Spektrum unterschiedlichster Maßnahmen [...] noch einen allzu additiven Charakter [hatten]. Diese inhaltlich-strategische Schwäche wurde in der neuen Programmgeneration 2007-2013 beseitigt, indem eine deutlichere Fokussierung auf wenige entwicklungsstrategisch bedeutsame Themenfelder erfolgt, um – in regionsspezifischer Ausformung – die Lissabon-Agenda der EU zu verwirklichen“ (Dittrich, Schwarz, 2009: 85).

⁸ „Die bisherigen Grundsätze der Kohäsionspolitik wurden zwar beibehalten, doch führte die Reform eine Reihe neuer Elemente ein, um die begrenzten verfügbaren Ressourcen verstärkt auf die Förderung von nachhaltigem Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu konzentrieren“ (Europäische Kommission, 2007: 2).

⁹ Diese Orientierung identifiziert Gruber auch in den österreichischen OPs für 2007-13 (vgl. Gruber, 2008: 98).

Tabelle 1: Veränderung der inhaltlichen Ausrichtung der Förderperioden 2000-06 und 2007-13. Quelle: Gruber, 2009: 13, eigene Bearbeitung/Darstellung.

2000-2006 Nationale Kohäsion	2007-2013 Europäische Kohäsion
Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung in strukturschwachen Regionen	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung
Ausgleichsorientierung	Potentialorientierung
Agenda 2000: kleinräumige Gebietsabgrenzung	Lissabon-Strategie: Wachstum und Beschäftigung
Leitlinien als Koordination	Horizontale und vertikale Koordination (bspw. strategisches Kohäsionskonzept)
Zielprogramme, Gemeinschaftsinitiativen und Pilotprogramme	Reduktion auf drei große Ziele (Monofondsprogramme)

Für die aktuelle Förderperiode wurde entschieden, „dass die Strukturfonds einen wichtigen Beitrag zu Erreichung der im Jahr 2005 neu ausgerichteten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung leisten sollen. Dies führte zur bisher stärksten Mittelkonzentration auf Länder/Regionen mit Entwicklungsrückstand und erhöhte gleichzeitig den Fokus auf Innovation, Forschung und technologische Entwicklung“ (Gruber, 2009: 13). In der Strategie von Lissabon wird hierzu vermerkt, dass „die Mitgliedstaaten [...] aufgefordert [wurden], den Hauptteil ihrer Mittelzuweisungen für Investitionen vorzusehen (Zweckbindung), die einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Ziele von Lissabon leisten dürften“ (Europäische Kommission, 2007: 3).

Für 2007-13 wurde zwischen dem Europäischen Rat, der Kommission und dem Parlament die Übereinkunft getroffen, dass die Strukturfonds in stärkerem Ausmaß „zur Stärkung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Europa beitragen sollen. Damit sollen die europäischen Strukturfonds in den Dienst der Lissabon-Strategie der EU vom März 2000 gestellt werden“ (Becker, Zaun, 2007: 3).

In der aktuellen Haushaltsperiode umfassen die Strukturfonds mit einem Budget von 308 Mrd. Euro mit 36% des Gesamtbudgets den zweitgrößten Posten der Union. „Dies ist bis dato die größte Investition der Union durch kohäsionspolitische Instrumente in einem allerdings deutlich gewachsenen Gemeinschaftsraum“ (Gruber, 2009: 1; vgl. Näheres in den Ausführungen zur Strategie von Lissabon). Wesentliche Ziele der Regionalpolitik sind die regionale Nutzung des endogenen Potentials, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie „den Lebensstandard in den Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, möglichst schnell auf EU-Durchschnitt anzuheben“ (Europäische Kommission, 2012b: online).

Die Europäische Kommission bezeichnet den Abbau von Ungleichheiten und des Wohlstandesgefälles als grundlegende Zielbestimmung und benennt besonders „langfristige Benachteiligungen aufgrund geografischer Abgelegenheit, sozialer und wirtschaftlicher Umbruch in jüngerer Zeit, Altlasten ehemaliger Planwirtschaften, oder eine Kombination dieser und anderer Faktoren“ (Europäische Kommission, 2012b: online) als wesentliche Gründe für die regionalen Ungleichheiten.

Die vorherrschenden Prinzipien der Regionalpolitik können als folgende Punkte definiert werden:

- **Mehrjährige Programmplanung:** Im Rahmen der Regionalpolitik werden lediglich nationale, langfristige und koordinierte Mehrjahresprogramme unterstützt, welche den Zielvorgaben der Union entsprechen und die Komplementarität und Kohärenz dieser gewährleisten. Einzelprojekte erhalten keine Unterstützung (vgl. Europäische Kommission, 2012c: online; Europäische Union, 2006a: 38ff.; vgl. außerdem Dittrich, Schwarz, 2009: 85).
- **Mittelkonzentration auf vorrangige Ziele:** Die europäische Kommission legt drei Arten der Konzentration (Ressourcen, Investitionen, Ausgaben) fest. Mehr als 80% der verfügbaren Fördermittel konzentrieren sich auf die ärmsten Regionen der Union, außerdem werden Schwerpunkte auf Teilbereiche gelegt (F&E, Innovation, IKT in der aktuellen Förderperiode) und die Fördermittel „müssen bis zum Ende des zweiten Jahres nach ihrer Zuteilung ausgegeben werden (so genannte N+2-Regel)“¹⁰ (Europäische Kommission, 2012c: online; vgl. weiters Europäische Union, 2006a: 38ff.).
- **Entwicklungs- und Umsetzungspartnerschaft** bei regionalen Entwicklungsprogrammen: Die jeweiligen Mehrjahresprogramme werden „im Rahmen eines kollektiven Prozesses entwickelt, an dem Behörden auf europäischer, regionaler und lokaler Ebene, Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft beteiligt sind“ (Europäische Kommission, 2012c: online; vgl. weiters Europäische Union, 2006a: 38ff.). Es kommt zur Aufgabenteilung zwischen verschiedenen Behörden (lokal, regional, national).
- **Additionalität der Strukturfondsmittel:** Im Rahmen der Regionalpolitik ist geregelt, dass Programme nur dann Unterstützung erhalten, wenn zusätzlich nationale Mittel dafür aufgewendet werden, also Additionalität gegeben ist, die Förderungen die Investitionen und Unterstützungen der Mitgliedsstaaten nicht ersetzen und so ein tatsächlicher Mehrwert entsteht (vgl. Europäische Kommission, 2012a: online; Europäische Union, 2006a: 38ff.).

Zusätzlich nennt Gruber in seiner Darstellung aus 2009 die Dezentralisierung/Subsidiarität als wesentliches Prinzip der Programmplanung (vgl. Gruber, 2009: 12).

Europa 2020 – Nachfolger der Lissabon-Strategie

Im Jahr 2010¹¹ hat die Kommission und der Europäische Rat die nachfolgende Praktik der Lissabon-Strategie festgelegt. Europa 2020 wird oft als Wachstumsstrategie bezeichnet, welche auf den Prioritäten des intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums aufbaut. Diese Prioritäten sollen einerseits durch F&E sowie Innovationen, andererseits durch die Unterstützung einer nachhaltigen, aber auch wettbewerbsfähigen Wirtschaft sowie einer Wirtschaft mit hohen Beschäftigungszahlen und Kohäsion umgesetzt werden (vgl. Europäische Kommission, 2010: 5).

Die folgenden Ziele wurden von der Kommission bis 2020 vorgeschlagen:

- „75 % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren sollten in Arbeit stehen.“

¹⁰ Für INTERREG Programme und für Länder, welche durch den Kohäsionsfonds unterstützt werden, gilt die N+3-Regel.

¹¹ Die Strategie Europa 2020 hat demnach keinen Einfluss mehr auf die im Rahmen der Ausarbeitungen betrachteten Förderperioden. Trotzdem gilt die Strategie als wesentlich für die weitere Entwicklung der Europäischen Union und gibt Aufschluss über Theorien und Konzepte, die hinter der europäischen Regionalpolitik stehen.

- 3 % des BIP der EU sollten für F&E aufgewendet werden.
- Die 20-20-20-Klimaschutz-/Energieziele sollten erreicht werden (einschließlich einer Erhöhung des Emissionsreduktionsziels auf 30 %, falls die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind).
- Der Anteil der Schulabbrecher sollte auf unter 10 % abgesenkt werden, und mindestens 40 % der jüngeren Generation sollten einen Hochschulabschluss haben.
- Die Zahl der armutsgefährdeten Personen sollte um 20 Millionen sinken.“ (Europäische Kommission, 2010: 5).

Weiters hat die Kommission einhergehend mit diesen Kernzielen bindende Leitinitiativen festgelegt, um den eigentlichen Fortschritt innerhalb der Prioritäten zu gewähren (bspw. Innovationsunion, Digitale Agenda für Europa, etc.). *„Die auf EU-Ebene verfügbaren Instrumente und insbesondere der Binnenmarkt, finanzielle und außenpolitische Instrumente werden voll in den Dienst der Strategie gestellt, um Hindernisse zu überwinden und die Ziele von Europa 2020 zu verwirklichen“* (Europäische Kommission, 2010: 6).

3.1.2 Relevante Fonds: ESF, EFRE, Kohäsionsfonds und ELER

Die europäischen Strukturfonds (ESF, ELER, Kohäsionsfonds, EAGFL-A/ELER) sind der Förderung von Konvergenz und Kohäsion verpflichtet und basieren auf jenem Ziel der EU, *„die Unterschiede bei den regionalen Entwicklungsständen sowie den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete, einschließlich der ländlichen Gebiete, zu verringern“* (Gruber, 2009: 11).

Europäischer Sozialfonds¹²

Der europäische Sozialfonds (ESF) wurde bereits 1957 gegründet um die Arbeitsplatzchancen der europäischen Bevölkerung zu verbessern und bessere Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten (vgl. Gruber, 2009: 11). Diese Ziele gelten auch heute noch, da der ESF immer noch auf die Verbesserung der Beschäftigungssituation innerhalb der Gemeinschaft abzielt (vgl. Europäische Kommission, 2012d: online).

„Der ESF sollte den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt stärken, indem er [...] die Beschäftigungsmöglichkeiten verbessert“ (Europäische Union, 2006c: 1). In der Verordnung wird besonders darauf verwiesen, dass dem ESF *„in Anbetracht der Herausforderungen, die aus der Erweiterung der Union und dem Phänomen der Globalisierung der Wirtschaft erwachsen, gesteigerte Bedeutung [zukommt]“* (Europäische Union, 2006c: 1). Der Sozialfonds sollte insbesondere *„die Politik der Mitgliedstaaten unterstützen, soweit sie mit den Leitlinien und Empfehlungen im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie und mit den relevanten Zielsetzungen der Gemeinschaft im Bereich der sozialen Eingliederung, der Nichtdiskriminierung, der Förderung der Gleichstellung und der allgemeinen und beruflichen Bildung übereinstimmt, um stärker zur Umsetzung der Ziele und Vorgaben, auf die sich der Europäische Rat [...] in Lissabon und der Europäische Rat [...] in Göteborg geeinigt haben, beizutragen“* (Europäische Union, 2006c: 1). Weiters soll der ESF zu einer stärkeren Konvergenz (wirtschaftlich und sozial) innerhalb der Gemeinschaft beitragen, daher werden vorrangig jene nationalen Maßnahmen im Rahmen des Sozialfonds unterstützt, welche die Vollbeschäftigung, Arbeitsqualität und

¹² Unterstützungen im Rahmen des ESF werden im Zuge der Ausarbeitungen nicht näher analysiert, der Fonds wird aber zur vollständigen Darstellung und zum Verständnis der EU-Regionalpolitik angeführt.

-produktivität wie auch die soziale Einbindung von (benachteiligten) Arbeitskräften fördern (vgl. Europäische Union, 2006c: 1).

Europäische Fonds für regionale Entwicklung

Der EFRE wurde Mitte der 1970er Jahre gegründet und hat vorwiegend die Verminderung regionaler Entwicklungsunterschiede und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Gebieten, die sich im wirtschaftlichen Strukturwandel befinden, zum Ziel (vgl. Gruber, 2009: 11).

Der EFRE dient also grundsätzlich der Stärkung des Zusammenhalts und zielt besonders auf soziale und wirtschaftliche Kohäsion zum Abbau von Disparitäten zwischen den Regionen ab (vgl. Europäische Kommission, 2012d: online). Nach dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft *„ist es Aufgabe des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), zum Ausgleich der wichtigsten regionalen Ungleichgewichte in der Gemeinschaft beizutragen* (Europäische Union, 2006b: 1).

Wesentlich für die Unterstützung von schrumpfenden Regionen sind die Kernaufgaben des EFRE, wobei der Fonds zur Reduktion der Entwicklungsunterschiede der europäischen Regionen beiträgt und besonders benachteiligte Regionen¹³ unterstützt (vgl. Europäische Union, 2006b: 1). Der EFRE fördert Projekte im Zuge der Ziele Konvergenz, Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung und der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (vgl. Europäische Union, 2006b: 3ff.).

Kohäsionsfonds¹⁴

Der Kohäsionsfonds wurde 1994 etabliert, im Speziellen um Infrastrukturprojekte im Umwelt- und Technikbereich zu fördern (vgl. Gruber, 2009: 12).

Projekte des Zieles Konvergenz (Details siehe unten) werden durch den Kohäsionsfonds unterstützt, welcher hauptsächlich *„Mitgliedstaaten, deren Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner unter 90% des EU-Durchschnitts liegt, ihren wirtschaftlichen und sozialen Rückstand zu verringern und ihre Wirtschaft zu stabilisieren“* (Europäische Kommission, 2012d: online). Unterstützte Projekte liegen im Bereich der transeuropäischen Netze sowie des Energie- und Transportwesens (vgl. Europäische Kommission, 2012d: online).

Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums

Der Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums ist 2005 entstanden und wird seit 2007 im Rahmen der aktuellen Förderperiode angewendet. So wird zum Beispiel das Programm LEADER¹⁵ zur Unterstützung ländlicher Räume seit der aktuellen Periode durch die GAP gefördert, welche 1962 gegründet wurde¹⁶. Der zugehörige Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes fördert mit den in seinem Bereich gewährten Förderungen die Wettbewerbsfähigkeit und Diversifizierung ländlicher Gebiete (vgl. Gruber, 2009: 11; Fidlschuster, 2007: 13). Seit 2007 ist *„Leader kein separates Programm mehr [...], sondern wird in alle nationa-*

¹³ Inkl. ländlicher Gebiet, alter Industriegebiete und geographisch wie natürlich benachteiligter Gebiete.

¹⁴ Unterstützungen im Rahmen des Kohäsionsfonds werden im Zuge der Ausarbeitungen nicht näher analysiert.

¹⁵ LEADER ist seit 2007 Teil des Ländlichen Entwicklungsprogrammes und stellt eine der vier Achsen der 2. Säule der GAP dar (vgl. European Economic and Social Committee, 2011: 16; Europäische Kommission, 2006: 6; Fidlschuster, 2007: 13; ÖROK, 2009a: 29).

¹⁶ In der Vorperiode wurde LEADER – wie viele andere Ziele und Gemeinschaftsinitiativen – durch den EAGFL-A (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft/Abteilung Ausrichtung) unterstützt. Der frühere Strukturfonds kann als Vorgänger des ELER bezeichnet werden (vgl. bspw. Fidlschuster, 2007: 3).

len/regionalen ländlichen Entwicklungsprogramme integriert (mainstreamed)“ (Europäische Kommission, 2006: 5; vgl. außerdem Europäische Kommission, 2006: 6). Der ELER wurde aufgrund der Annahme gegründet, dass die *„Markt- und Einkommensstützungsmaßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik [...] von einer Politik der Entwicklung des ländlichen Raums begleitet und ergänzt werden sollten, die so zur Verwirklichung der im Vertrag niedergelegten Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik beitragen sollte“* (Europäische Union, 2005: 1). Zusätzlich soll die Politik der Förderung des wirtschaftlichen sowie sozialen Zusammenhalts dienen und den Spezifika der Landwirtschaft als auch natürlichen beziehungsweise topographischen Ungleichheiten Rechnung tragen (vgl. Europäische Union, 2005: 1).

Zusammenfassend werden folgende Ziele im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raumes unterstützt:

- *„Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft durch Förderung der Umstrukturierung, der Entwicklung und der Innovation;*
- *Verbesserung der Umwelt und der Landschaft durch Förderung der Landbewirtschaftung;*
- *Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung der Wirtschaft“* (Europäische Union, 2005: 9).

Wie auch die übrigen Fonds folgen Unterstützungen im Rahmen des ELER den grundlegenden Prinzipien der Regionalpolitik, daher muss sowohl Komplementarität als auch Kohärenz der Programme gegeben sein (vgl. Europäische Union, 2005: 10).

3.1.3 Entwicklungen der Regionalpolitik und aktuelle Ziele

Gruber analysiert in seinem Bericht von 2009 die wesentlichen Entwicklungstendenzen der Regionalpolitik beziehungsweise der eingesetzten Fördermittel. Er konstatiert hier einen ständig steigenden Einsatz an Fördermitteln, welcher jedoch mit der gleichzeitigen Ausdehnung des Gemeinschaftsgebietes einhergeht (vgl. Gruber, 2009: 12). Auch Becker und Zaun kommen zu dieser Erkenntnis und führen außerdem aus, dass prozentual gesehen besonders *„die Mittel, die für die Kernbereiche der Lissabon-Strategie wie die Förderziele Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung aufgewendet werden, gering [sind]“* (Becker, Zaun, 2007: 11). Ein weiterer Punkt, welcher von Gruber erwähnt wird, ist die Konzentration der Fördermittel auf ausgewählte Ziele und Programme sowie eine steigende Konzentration auf den Bereich F&E (vgl. Gruber, 2009: 12).

Generell ist eine verstärkte strategische Orientierung erkennbar, was mitunter an den Kohäsionsleitlinien der aktuellen Förderperiode bemerkbar ist (vgl. hierzu Kapitel 3.3). Neben dieser intensivierten strategischen Orientierung wird versucht grundsätzliche Ziele zu vereinfachen und jedes der Programme nur mehr aus einem Fonds zu fördern (sogenannte Monofondsprogramme). Außerdem wurden Bereiche mit abweichendem Fokus, wie beispielsweise Politikbereiche mit Fokus auf ländliche Gebiete, aus der Regionalpolitik ausgegliedert (vgl. Gruber, 2009: 12).

Es kann festgestellt werden, dass es in der aktuellen Programmperiode zu Vereinfachungen gegenüber der vergangenen Periode gekommen ist (Reduktion der Ziele, Integration der Gemeinschaftsinitiativen in die Hauptzielsetzungen, etc.), doch ist die aktuelle Programmperiode bedeutend breiter angelegt als die vorangegangene. Während der Vorperiode wurden besonders strukturschwache Regionen und der europäische Ausgleich gefördert, es wurde auf spezi-

fische Charakteristika der Regionen geachtet. Daher wird angenommen, dass diese Ausrichtung des Politikbereiches besonders schrumpfende Regionen angesprochen hat. Im Zuge der aktuellen Haushaltsperiode werden vorwiegend Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Forschung und technologische Entwicklung gefördert; es herrscht eine Potentialorientierung im Gegensatz zum Fokus auf Ausgleich vor.

► Ziel Konvergenz¹⁷

Das Ziel Konvergenz der aktuellen Förderperiode ist gleichzusetzen mit dem früheren Ziel 1 (bis 2000-06). Auch heute *„werden weiterhin die ökonomisch rückständigsten Regionen in der erweiterten EU in die höchste Förderkategorie eingestuft; dies sind Regionen deren Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt [...] weniger als 75% des durchschnittlichen BIP der EU-25 beträgt“* (Becker, Zaun, 2007: 9; vgl. außerdem Gruber 2008: 88; ÖROK, 2012a: online). Zusätzlich werden jene Regionen gefördert, welche im früheren EU-15-Gebiet förderfähig gewesen wären, aber aufgrund der EU-Erweiterungen (zu diesem Zeitpunkt: EU-25) zu Beginn der Programmplanungsperiode nicht mehr förderfähig waren, da das nominale BIP pro Kopf 75% des durchschnittlichen BIP der gesamten Union überschritten hat. Diese Regionen werden heute durch die sogenannte Phasing-Out-Regelung unterstützt.

In Österreich wird lediglich das Burgenland im Rahmen des Konvergenz-Zieles gefördert und hat den Status Konvergenz/Phasing-Out inne (vgl. ÖROK, 2012a: online). Grundlegende Förderziele beziehen sich auf Wachstum und Beschäftigung mit einem Schwerpunkt im Themenkomplex Innovation und Wissensgesellschaft. Außerdem werden die Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels, der Umweltqualität und Verwaltungsthemen unterstützt (vgl. Becker, Zaun, 2007: 9).

Das Ziel Wachstum und der Beschäftigung soll durch *„die Steigerung und qualitative Verbesserung der Investitionen in physische und Humanressourcen, die Entwicklung der Innovation und der Wissensgesellschaft, die Förderung der Fähigkeit zur Anpassung an den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft, den Schutz und die Verbesserung der Umwelt sowie eine effiziente Verwaltung“* (Europäische Union, 2006a: 37) erreicht werden.

► Ziel Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (RWB)¹⁸

Dieses Ziel der aktuellen Förderperiode entspricht dem sogenannten Ziel 2 der vergangenen Haushaltsperiode. Für das Ziel RWB gibt es keine regionale Abgrenzung, da grundsätzlich alle Regionen förderfähig sind, die nicht mit Mitteln des Ziels Konvergenz unterstützt werden.¹⁹ Becker und Zaun bemerken, dass dieses Ziel die Umsetzung der Lissabon-Strategie im Rahmen der Strukturpolitik am deutlichsten reflektiert, *„da mit ihr Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Förderung der Attraktivität der Regionen und Städte sowie der Beschäftigung unterstützt werden sollen“* (Becker, Zaun, 2007: 10).

Trotzdem werden für dieses Ziel im Vergleich nur geringe Mittel zur Verfügung gestellt, rund 16% der Strukturfondsmittel, mit dem eine starke Ausweitung der förderfähigen Regionen einhergeht (vgl. Becker, Zaun, 2007: 10; siehe außerdem Unterkapitel zu den Grundideen und

¹⁷ Im Rahmen der Kurzanalyse werden lediglich jene Konvergenz-OPs betrachtet, welche durch den EFRE gefördert werden.

¹⁸ Im Rahmen der Analyse werden lediglich jene RWB-OPs betrachtet, welche durch den EFRE gefördert werden.

¹⁹ In Österreich betrifft dieses Ziel alle Bundesländer außer dem Burgenland.

Prinzipien der Regionalpolitik). Durch Förderung des Humankapitals, Innovationen im Bereich Wissensgesellschaft, Umweltschutz und Arbeitnehmeranpassung soll im Rahmen dieses Zieles die *„Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Regionen sowie der Beschäftigung durch Antizipation des Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft, einschließlich der Veränderungen im Zusammenhang mit der Öffnung des Handels“* (Europäische Union, 2006a: 37) unterstützt werden.

► Ziel Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ)

Das Förderziel der ETZ fasst in der aktuellen Programmplanungsperiode die frühere Gemeinschaftsinitiative INTERREG (grenzüberschreitend²⁰, transnational, interregional) zusammen. Im Rahmen des Zieles werden diese Kooperationsarten kombiniert, um die Zusammenarbeit innerhalb der EU zu stärken. Es besteht *„in der Stärkung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit durch gemeinsame lokale und regionale Initiativen, der Stärkung der transnationalen Zusammenarbeit in Gestalt von den Prioritäten der Gemeinschaft entsprechenden Aktionen zur integrierten Raumentwicklung und dem Ausbau der interregionalen Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustauschs auf der geeigneten territorialen Ebene“* (Europäische Union, 2006a: 37).

Im ersten strat.at Bericht 2009 zur Umsetzung der Kohäsionspolitik in Österreich während der aktuellen EU-Programmplanungsperiode wird festgestellt, dass das Programm ETZ inhaltlich *„komplementär zu jenen der Ziele Konvergenz und Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu sehen [ist] und [...] Vorhaben in eine überregionale bzw. grenzüberschreitende Dimension einbetten [sollten]“* (ÖROK, 2010: 29). Der Anteil der Strukturfondsmittel für das Ziel ETZ beträgt 2,52% (vgl. Becker, Zaun, 2007: 11); für Österreich wurden in der gegenwärtigen Programmplanungsperiode rund 260 Millionen Euro aus dem EFRE zugewiesen, wobei 87% der Mittel für grenzüberschreitende Programme und 13% für transnationale Programme verwendet werden. (ÖROK, 2012c: online).

► LEADER

Im Rahmen von LEADER werden Unterstützungen zur *„Umsetzung lokaler Entwicklungsstrategien durch öffentlich-private Partnerschaften, sogenannte lokale Aktionsgruppen [gewährt]. Die für genau ausgewiesene ländliche Gebiete angewendeten Strategien müssen eines oder mehrere Ziele der drei anderen definierten Schwerpunkte verwirklichen“*, außerdem können *„die lokalen Aktionsgruppen [...] zudem gebietsübergreifende oder transnationale Kooperationsprojekte umsetzen“* (Europäische Union, 2012: online).

Eser definiert einen bedeutenden Schwerpunkt des LEADER-Programmes, nämlich seinen innovativen Charakter, *„wie beispielsweise Förderung integrierter gebietsbezogener Entwicklungsstrategien mit Pilotcharakter auf der Grundlage eines Bottom-up-Konzepts über lokale Aktionsgruppen“* (Eser, 2005: 263). Zusätzlich erläutern Resch und Dax den territorialen und partnerschaftlichen LEADER-Ansatz mit bottom-up orientierter Arbeitsweise als wichtige Charakteristika. Das Etablieren von multisektoralen Entwicklungsstrategien mit fortschrittlichem Ansatz gilt als wesentlich für LEADER; außerdem wird das Programm durch Kooperationen über abgegrenzte Regionen hinweg und durch die Vernetzung auf nationaler als auch europäischer Ebene als komplexe Entwicklungsmöglichkeit definiert (vgl. Resch, Dax, 2009: 166). Die frühere Gemeinschaftsinitiative LEADER existiert bereits seit der ersten Periode der Struk-

²⁰ Auf NUTS-III-Ebene (vgl. Eser, 2005: 263)

turfondsförderungen, da bereits „damals [...] die Notwendigkeit integrierter Programme hinsichtlich der Zukunft der ländlichen Gebiete erkannt worden [ist]“ (Dax, 2008: 53f.). LEADER war immer Bestandteil der ländlichen Entwicklung in Österreich, doch „wurden die bisherigen Programme separat zu den maßgeblichen Hauptprogrammen der Entwicklung des ländlichen Raums abgewickelt“ (Dax, 2008: 55). Die Förderung von strukturschwachen Regionen wurde in Österreich bereits Ende der 1970er Jahre mit der Sonderaktion zur Stärkung entwicklungsschwacher Räume in Berggebieten²¹ begonnen (vgl. Dax, 2008: 58; Krammer, 2012: online; Resch, Dax, 2009: 162). Allgemein sind die Fördermittel für LEADER seit der ersten Förderperiode maßgeblich vergrößert worden, dennoch werden größere Projekte oft durch andere Programmschienen gefördert (vgl. Resch, Dax, 2009: 166). Dax erwähnt, dass besonders mit den Modifikationen im Rahmen der Agenda 2000 das LEADER-Programm näher an die GAP herangeführt wurde (vgl. Dax, 2008: 55). Eine grundlegende Veränderung hat zu Beginn der aktuellen Haushaltsperiode stattgefunden, als der Bereich der ländlichen Entwicklung durch Etablieren des ELERs – als alleiniges Finanzierungsinstrument für alle Regionen – gänzlich aus der Strukturpolitik herausgelöst und in die GAP eingegliedert wurde (vgl. Resch, Dax, 2009: 165).

Finanziert wurde LEADER während 2000-06 durch den sogenannten EAGFL-Ausrichtungsfonds, in der aktuellen Periode wird LEADER durch den ELER finanziert (vgl. Eser, 2005: 263; Resch, Dax, 2009: 165). Gruber bemerkt, dass die „ELER-Förderung interessante Ansätze für strukturschwache Gebiete außerhalb der Zentralräume [bietet]. Allerdings wird sich erst zeigen, ob sich nicht doch eine zu starke Agrarorientierung durchsetzt, die wenig Raum für nicht land- oder forstwirtschaftliche Aktivitäten lässt“ (Gruber, 2008: 100).

3.1.4 Regelung der Wettbewerbskulisse

Um sicherzustellen, dass die EU-Unterstützungen nicht wettbewerbsverzerrend auf den Europäischen Markt wirken, wurden bereits 1971 Maßnahmen zur Kontrolle der Wettbewerbskulisse festgelegt (vgl. Eser, 2005: 264). „Eine wichtige Quelle von Wettbewerbsverzerrungen liegt in der Vergabe staatlicher Beihilfen an Unternehmen. Andererseits soll [...] durch die Regionalpolitik die Wettbewerbssituation zugunsten von Regionen mit Nachteilen beeinflusst werden“ (Eser, 2005: 264). Daher wurden im EG-Vertrag (Art. 87) dementsprechende Regelungen fixiert, die besagen, dass staatliche Subventionen mit dem Binnenmarkt nicht kompatibel sind, allerdings Ausnahmen bestehen können.²² Solche Einzelfälle stellen beispielsweise Regionen dar, „in denen die Lebenshaltung außergewöhnlich niedrig ist oder eine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht“ (Europäische Gemeinschaften, 2002: Art. 87: 67; vgl. außerdem Eser, 2005: 264) beziehungsweise Subventionen zur Projektförderung für die „Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete, soweit sie die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft“ (Europäische Gemeinschaften, 2002: Art. 87: 67; vgl. außerdem Eser, 2005: 264f.).

Innovation Steiermark definiert den Begriff der Wettbewerbskulisse als Abgrenzung jener nationaler Gebiete, die vom Mitgliedsstaat festgelegt werden und in denen „unter erleichterten wettbewerbsrechtlichen Bedingungen staatliche Beihilfen an Unternehmen vergeben werden (z.B.

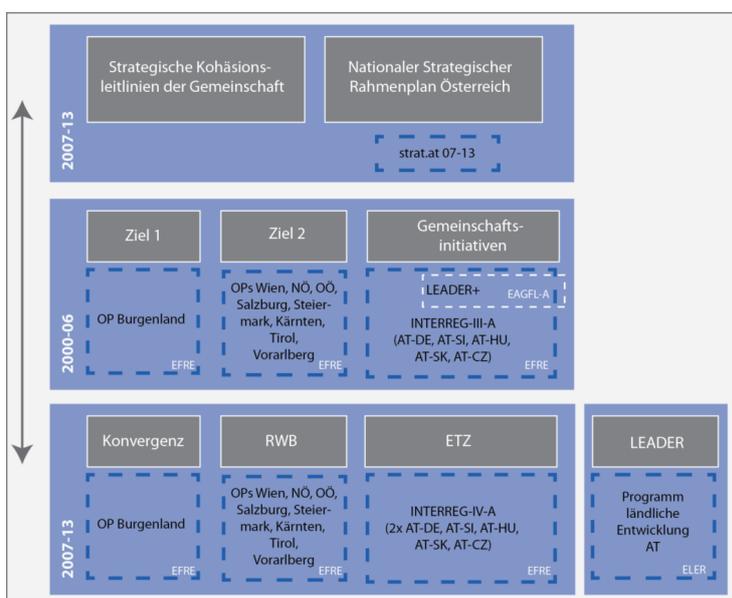
²¹ Danach: Förderungsaktion für eigenständige Regionalentwicklung.

²² „Soweit in diesem Vertrag nicht etwas anderes bestimmt ist, sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen“ (Europäische Gemeinschaften, 2002: Art. 87: 67)

höhere Fördersätze an kleinere und mittlere Betriebe, Investitionsbeihilfen an große Unternehmen [können]“ (Innovation Steiermark, 2012: online). Eser bemerkt zusätzlich, dass auch in nicht förderfähigen Regionen strukturpolitische Maßnahmen subventioniert werden (Infrastruktur, Humankapital, etc.), jedoch „werden Fördertatbestände in so genannte Subventionsäquivalente umgerechnet, um mögliche versteckte Unternehmenssubventionen [...] aufzudecken“ (Eser, 2005: 265).

3.2 Analytierte Programmdokumente (Kurzanalyse)

Um die Bezugnahme der Strategiedokumente der europäischen Regionalpolitik beziehungsweise deren Umsetzung in Österreich auf schrumpfende Regionen abzubilden, wurde eine Kurzanalyse von 35 Dokumenten durchgeführt.



Ausgewählt wurden Dokumente, welche mit Mitteln des EFRE beziehungsweise des EAGFL-A/ELER während der Programmplanungsperioden 2000-06 und 2007-13 unterstützt wurden/werden.

Diese beiden Haushaltsperioden der Europäischen Union wurden deshalb gewählt, da sie einerseits jene Perioden darstellen, an welchen Österreich zur Gänze teilnimmt²³ und weil andererseits angenommen wird, dass

Abbildung 8: Analytierte Programmplanungsdokumente. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.

eine Betrachtung von zwei Förderperioden ein umfassenderes Bild über mögliche Entwicklungen bieten kann als die reine Betrachtung der aktuellen Periode, welche noch nicht abgeschlossen ist (siehe Abbildung 8).

Als relevante Dokumente für die **Programmplanungsperiode 2000 bis 2006** wurden einerseits das OP Burgenland (Ziel 1) sowie die OPs Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol und Vorarlberg (Ziel 2), andererseits Programme über die Gemeinschaftsinitiativen LEADER+ und INTERREG-III-A²⁴, wobei hier die Programme zu den grenzüberschreitenden Programmen Österreich-Bayern, Österreich-Slowenien, Österreich-Ungarn, Österreich-Slowakei und Österreich-Tschechien analysiert wurden, ausgewählt.

Dokumente der **aktuellen Programmplanungsperiode** reichen von den OPs des Ziels Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (RWB) der Bundesländer Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol und Vorarlberg über das Ziel Konvergenz, welche im Burgenland verfolgt wird. Außerdem wurden die Programme des Ziels Europäische

²³ Im Gegensatz zur davorliegenden Periode, an der Österreich erst ab 1995 teilgenommen hat.

²⁴ Die Auswahl der Initiative zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beruht auf der Annahme, dass grenzüberschreitende Programme vielmehr auf mögliche schrumpfende Regionen abzielen als transnationale beziehungsweise interregionale Programme.

Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) näher betrachtet. Neben den Nachfolgerprogrammen der genannten früheren INTERREG-III-A-Programme wurde zusätzlich noch das ETZ-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein analysiert.

Die frühere Gemeinschaftsinitiative der EU LEADER+ ist seit der aktuellen Programmplanungsperiode Teil der gemeinsamen Agrarpolitik und wird aus Mitteln des ELER gefördert, daher wurde zusätzlich das Programm zur Ländlichen Entwicklung 07-13 in die Liste der Dokumente aufgenommen.²⁵ Im Rahmen der Kurzanalyse wurde die Liste relevanter Programme nach der Anzahl der Nennungen bestimmter Schlagworte durchsucht.

Wie in Tabelle 2 ersichtlich, sind die Begriffe *Schrumpfung*, *schrumpfend*, *Landflucht* und *Verödung* nur vereinzelt im Rahmen der Programmplanungsdokumente vorgekommen. Wenn die Termini verwendet wurden, dann meist in Zusammenhang mit der Analyse des Bestandes; Zielformulierungen beziehungsweise angestrebte Maßnahmen, welche im Rahmen des Programmes umgesetzt werden, zeigen nur sehr selten Verweise zu den ausgewählten Begriffen auf.

Betrachtet man beispielsweise den Begriff der *Schrumpfung*, so haben lediglich vier der Programmdokumente diesen Begriff verwendet und nur im OP Niederösterreich (sowohl 2000-06 als auch 2007-13) gibt es neben der Bestandsanalyse auch eine Zielformulierung mit Bezug zum Begriff *Schrumpfung*.

Die Termini *schrumpfend* und *Landflucht* sind nur im Bereich der Bestandsanalyse vorgekommen; der Begriff der *Verödung* wird im Zuge von zwei Zielformulierungen genannt, einerseits im OP Niederösterreich 2000-06, hier werden Maßnahmen zur Aktivierung von Stadtzentren angestrebt um deren Verödung zu vermeiden, und andererseits im strat.at 2007-13, welcher Migration als Chance für Gebiete mit sinkender Einwohnerzahl definiert.

Der Begriff *Rückgang* – welcher als sehr unbestimmt und vage formuliert definiert werden kann – wurde in allen Programmdokumenten verwendet, wobei hierbei keine Zielformulierungen definiert sondern lediglich der Bestand beschrieben wurde (wie Bevölkerungsrückgang in verschiedenen Bereichen oder Rückgang der regionalen Arbeitslosigkeit). Die Programmdokumente beinhalten zu einem geringen Teil Prognosen über die weitere Entwicklung der Bevölkerung, für die Zielformulierungen wurde der Begriff allerdings nicht verwendet.

²⁵ Ein Überblick über die analysierten Dokumente ist im Anhang verfügbar.

Tabelle 2: Kurzanalyse der ausgewählten Programmdokumente nach Schrumpfungsbezug. Quelle: Ausgewählte OPs, Aufstellung siehe Anhang.

Begriff	n ²⁶	Genannt in:	Anmerkung/ Zusammenhang
Schrumpfung/ shrinkage	7	OP Burgenland (00-06)	Bestandsanalyse: Strukturwandel, Schrumpfungsprozesse
		OP Niederösterreich (00-06)	Bestand: Schrumpfung der Erdölförderung in Gänserndorf
			Ziel: Stopp des ökonomischen Schrumpfungsprozesses in altindustrialisierten Regionen → zielt auf Trendumkehr durch Umstrukturierungen und Betriebsneugründungen ab
		OP Niederösterreich (07-13)	Ziel: Ähnlich 00-06; Umstrukturierung altindustrieller Gebiete
OP Vorarlberg (07-13)	Bestand: Noch nicht abgeschlossene Strukturbereinigung im Textilbereich - es wird angenommen, dass weiter Schrumpfungsprozesse durch andere Wirtschaftsbereiche abgefangen werden		
Schrumpfend/ shrinking	6	OP Steiermark (00-06)	Bestand: Schrumpfung von Betrieben
		LEADER (00-06)	Bestand: Schrumpfende Zahl der unselbstständig Beschäftigten
		OP Niederösterreich (07-13)	Bestand: Schrumpfende Beschäftigung im Agrarsektor
Landflucht/ rural exodus	1 (4)	OP Burgenland (00-06)	Bestand: Schwerpunkt in Land- und Forstwirtschaft
Verödung/ desolation	7	OP Burgenland (00-06)	Bestand: Schwerpunkt in Land- und Forstwirtschaft
		OP Niederösterreich (00-06)	Ziel: Maßnahme zur Aktivierung von Stadtzentren, um deren Verödung zu vermeiden
		OP Kärnten (00-06)	Bestand: Qualität der Kärntner Fließgewässer
		OP Wien (00-06)	Bestand: Ethnische Ökonomien/Verödung des städtischen Lebensraumes
		LEADER (07-13)	Verbuschung, Verödung, Verwaldung
		strat.at 07-13	Bestand: Kleinräumige Verödung extrem peripherer Gebiete und Siedlungen in Hochlagen durch Abwanderung;
Ziel: Migration als Chance für Gebiete mit sinkender Einwohnerzahl			
Rückgang/ decline	229	100% aller analysierten Programme	Bestand: Bevölkerungsrückgang, Beschäftigung/Frauenbeschäftigung, Infrastruktur, Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit, Nüchternungen Prognose: Bevölkerungsrückgang

²⁶ Anzahl der Nennungen im Dokument.

3.3 Detaillierte Analyse ausgewählter Programmdokumente

Im folgenden Abschnitt werden ausgewählte Programmdokumente kurz dargestellt und direkte als auch indirekte Hinweise auf die Schrumpfungsthematik diskutiert. Die Detailanalyse basiert auf den ersten Erkenntnissen der vorangegangenen Kurzanalyse, dient aber hauptsächlich dem Zweck der Identifikation indirekter Hinweise auf Schrumpfungsprozesse in den ausgewählten Dokumenten. Folgende Leitfragen haben die Analyse strukturiert (vgl. außerdem Kapitel 1.4.2).

- Wird in den OPs auf die Schrumpfungsthematik Bezug genommen?
- Weist die Bestandsanalyse Verweise auf den Schrumpfungsbegriff auf?
- Werden bereits identifizierte Ursachen für Schrumpfungsprozesse (vgl. Kapitel 2.3) aufgenommen?
- Wird gezielt auf strukturschwache oder potentialarme Räume Rücksicht genommen?
- Werden Ziele und Maßnahmen für schrumpfende Regionen formuliert (bspw. Strategien für das Aufhalten der Schrumpfung oder Anpassungsstrategien)?

3.3.1 Übergeordnete Dokumente

Auf gesamteuropäischer Ebene wurden die strategischen Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union im Oktober 2006, und der nationale Strategische Rahmenplan (NSRP) für Österreich für die Förderperiode 2007-13 dahingegen analysiert, ob innerhalb dieser Strategiedokumente auf die Schrumpfungsthematik Bezug genommen wurden. Die strategischen Kohäsionsleitlinien bilden die Grundlage für die Programmplanungspolitik der europäischen Förderperiode 2007-13.

Die **Leitlinien** „*enthalten die Vorschläge der Europäischen Kommission zur stärkeren Ausrichtung der EU-Strukturfonds auf mehr Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, also die fundamentalen Ziele der Lissabon-Strategie*“ (Becker, Zaun, 2007: 12) und sollen zu verbesserter Effektivität und Effizienz der europäischen Kooperation führen (vgl. Becker, Zaun, 2007: 14). Zusätzlich illustriert der **nationale Strategische Rahmenplan (NSRP)** für Österreich ein Strategiedokument auf nationaler Ebene. Die NSRP sollen allgemein „*die nationale Gesamtstrategie des jeweiligen Mitgliedslandes für den Einsatz der EU-Strukturfonds an den gemeinsamen europäischen Zielen*“ (Becker, Zaun, 2007: 12) ausrichten und stellen „*länderspezifische Agenden zur Entwicklung gezielter operativer Fondsprogramme in Verbindung mit nationalen Reformprogrammen [dar]*“ (Ebert, Thaler, 2009: 39).

► Gesamteuropäische Ebene: Strategische Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft

Wie bereits im Zitat von Becker und Zaun aus 2007 ersichtlich, versucht die Europäische Kommission mit Hilfe der strategischen Kohäsionsleitlinien die Strukturfonds stärker auf die Lissabon-Ziele von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung auszurichten (vgl. Becker, Zaun, 2007: 12). Außerdem sollen die Leitlinien „*eine neue Form des Orientierungsrahmens für die Intervention der beiden Strukturfonds, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie für den Kohäsionsfonds*“ (vgl. Becker, Zaun, 2007: 13) darstellen.

Den Kohäsionsleitlinien folgend, soll die Konzentration der Programme während der Förderperiode 2007-2013 auf den drei Leitlinien zur Stärkung der Attraktivität Europas für Investoren und

Arbeitnehmer, zur Förderung von Innovation für Wachstum und zur Zunahme von Arbeitsplätzen genutzt werden (vgl. Becker, Zaun, 2007: 13f.). Zusätzlich erläutert die Union in den Leitlinien Entscheidungsgründe, weshalb diese erlassen wurden; einige dieser Beweggründe zeigen durchaus – wenn auch nicht explizit – Relevanz für schrumpfende Regionen. Allerdings bemerken Becker und Zaun in ihrem Artikel aus 2007, dass nicht alle Leitlinien für die europäischen Regionen in derselben Weise bedeutsam sind, sie dienen vielmehr *„als Rahmen für die Formulierung gemeinschaftlicher Aktionsleitlinien, mit denen die allgemeinen Leitlinien für die Gemeinschaftspolitiken konkretisiert werden“* (Becker, Zaun, 2007: 14). So wird beispielsweise als Begründung für die Kohäsionsleitlinien genannt, dass sich die EU zur Stärkung der Konvergenz das Ziel setzt, *„die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete oder Inseln, einschließlich der ländlichen Gebiete, zu verringern“* (Europäische Union, 2006d: 11). Hier werden schrumpfende Regionen nicht direkt angesprochen, allerdings werden Regionen mit Entwicklungsrückständen thematisiert.

Weiters wird keine Begründung für die Formulierung der Leitlinien genannt, die konkret auf schrumpfende Regionen an sich hinweist, dagegen wird in den Kohäsionsleitlinien regelmäßig das Pendant von Schrumpfung, das Wachstum, erwähnt, ist es doch ein grundlegendes Ziel der Lissabon-Strategie (vgl. Europäische Union, 2006d: 11). Zusätzlich wird erwähnt, dass durch die EU-Osterweiterungen innerhalb der Europäischen Union die Divergenz in Europa gewachsen ist. Die Gemeinschaft bezeichnet diese Tatsache als Möglichkeit für stärkeres Wachstum und verbesserte Wettbewerbsfähigkeit; außerdem werden zur Förderung der wirtschaftlichen Konvergenz die Prioritäten Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung als wesentlich erachtet (vgl. Europäische Union, 2006d: 11). Wachstum scheint für die EU ein zentrales Planungsparadigma zu sein, an welchem festgehalten wird (vgl. Kapitel 2.5).

Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit werden in den Kohäsionsleitlinien regelmäßig benannt und es wird darauf hingewiesen, dass sich besonders Konvergenzregionen die Stimulierung ihres Wachstumspotentiales zum Ziel setzen sollten, *„um hohe Wachstumsraten zu erzielen und beizubehalten, beispielsweise indem Lösungen für Defizite bei den grundlegenden Infrastrukturnetzen gefunden werden [können]“* (Europäische Union, 2006d: 12). Dies zielt, ähnlich wie andere Beweggründe der Kohäsionsleitlinien, auf spezielle regionale Bedürfnisse ab, welche auch in schrumpfenden Regionen identifiziert werden können. Außerdem wird in den Kohäsionsleitlinien angeführt, dass alle Regionen der EU zu den gesetzten Zielen beitragen sollen, daher wird sowohl den Bedürfnissen urbaner als auch ruraler Regionen Rechnung getragen (vgl. Europäische Union, 2006d: 12).

Weitere Themen, welche benannt werden sind zum Beispiel der Ausbau von Verkehrsinfrastruktur, die Steigerung des Wirtschaftswachstums, das Schaffen von Arbeitsplätzen oder der verstärkte Einsatz beziehungsweise die Förderung von IKT-Diensten. Darüber hinaus wird der Kohäsionsgedanke der Union erwähnt, wie etwa, dass *„die Verbreiterung der Wirtschaftsbasis, die Anhebung des Beschäftigungsniveaus und die Verringerung der Arbeitslosigkeit [...] unabdingbar [sind], um das Wirtschaftswachstum zu unterstützen und eine Gesellschaft ohne soziale Ausgrenzung zu fördern und die Armut zu bekämpfen“* (Europäische Union, 2006d: 24).

Zusätzlich wird im Abschnitt zum territorialen Bereich der Kohäsionspolitik festgestellt, dass *„die Einbeziehung des territorialen Aspekts [...] dazu beiträgt, dass sich nachhaltige Kommunen*

entwickeln können und sich eine ungleiche Regionalentwicklung nicht negativ auf das allgemeine Wachstumspotenzial auswirkt“ (Europäische Union, 2006d: 29). Überdies wird hier ausgeführt, dass für benachteiligte Regionen mit speziellen Herausforderungen Lösungen gefunden werden müssen; beispielhafte Regionen sind ländliche Gebiete, Grenzregionen, Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte oder Regionen in Gebirgslage.

Es wird darüber hinaus angesprochen, dass „die erfolgreiche Durchführung von Maßnahmen zur Förderung des territorialen Aspekts der Kohäsionspolitik [...] Durchführungsmechanismen [erfordert], die zur Gewährleistung einer gerechten, auf den individuellen Fähigkeiten gründenden Behandlung aller Gebiete als wettbewerbsfördernder Faktor beitragen“ (Europäische Union, 2006d: 29). Die sogenannte wirtschaftliche Wiederbelebung von ländlichen Regionen wird als Möglichkeit der Kohäsionspolitik genannt, es werden besonders Maßnahmen zur Gewährleistung der Mindestversorgung, welche Abwanderung eindämmen sollen, benannt (vgl. Europäische Union, 2006d: 31).

Tabelle 3: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „Strategische Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.

Leitfragen	Beantwortung	Erläuterung
Wird in den OPs auf die Schrumpfungsthematik Bezug genommen?	o	.
Weist die Bestandsanalyse Verweise auf den Schrumpfungsbegriff auf?	o	.
Werden bereits identifizierte Ursachen für Schrumpfungprozesse aufgenommen?	-	.
Wird gezielt auf strukturschwache oder potentialarme Räume Rücksicht genommen?	+	am stärksten benachteiligte Gebiete & ländliche Räume
Werden Ziele und Maßnahmen für schrumpfende Regionen formuliert?	o	Wirtschaftliche Wiederbelebung ländlicher Räume

+ ... in den Leitlinien beantwortet / o ... in den Leitlinien teilweise thematisiert/ - ... in den Leitlinien nicht behandelt

► Nationale Ebene: Nationaler Strategischer Rahmenplan Österreich 2007-2013 / strat.at.

Durch die Nationalen Strategischen Rahmenpläne sollen die jeweiligen Nationalstrategien bestmöglich auf die Ziele von Lissabon ausgerichtet werden, außerdem sollen zur „Erreichung der strategischen Ziele [...] die zur Verfügung stehenden nationalen und gemeinschaftlichen Mittel einschließlich der EU-Strukturfonds und der Mittel zur Entwicklung der ländlichen Räume mobilisiert und in eine kohärente Gesamtstrategie eingepasst werden“ (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 2007: 9, zit. nach Becker, Zaun, 2007: 12).

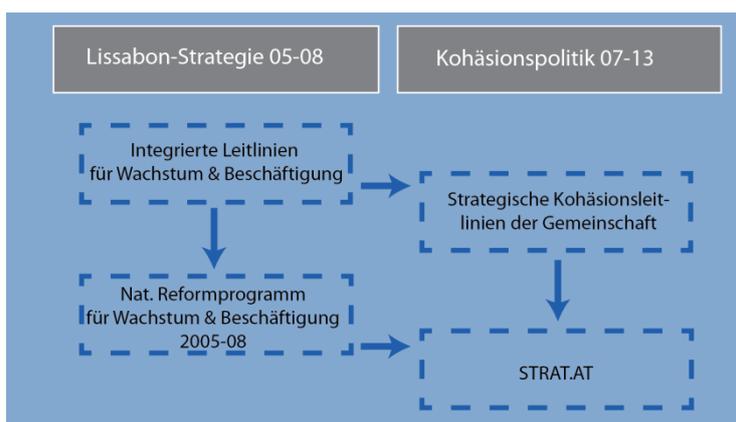


Abbildung 9: Der strat.at und seine Stellung gegenüber europäischen/nationalen Strategiedokumenten. Quelle: ÖROK, 2006: 26; eigene Darstellung.

Der strat.at als nationales Strategiedokument Österreichs für die aktuelle Förderperiode bezieht sich direkt auf die bereits dargestellten strategischen Kohäsionsleitlinien der EU und damit auf die Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung (siehe vorangegangene Abbildung). Der strat.at soll „den gemeinsamen Rahmen für die einzelnen Operationellen Programme bilden und diese mit dem gemeinsamen Strategierahmen auf EU-Ebene verknüpfen“ (ÖROK, 2006: 25). Wie bereits in der Kurzanalyse dargestellt, verweist der strat.at auf „Rückgang“ und „Verödung“; hierbei wird einerseits in der Bestandsanalyse auf kleinräumige Verödung peripherer Räume und Siedlungen in alpinen Gebieten hingewiesen, andererseits in der Zielformulierung auf Migration als Entwicklungsmöglichkeit.

Außerdem wurde in der **Bestandsanalyse** erwähnt, dass manche Grenzregionen durch die frühere geschlossene Grenze immer noch benachteiligt sind (vgl. ÖROK, 2006: 63). Zusätzlich identifiziert der strat.at im ländlichen Raum wirtschaftliche Probleme, steigende Arbeitslosigkeit, aber auch Bevölkerungsverlust und Überalterung (durch steigende Lebenserwartung und niedrige Geburtenziffer) sowie gesteigerte Mobilitätsanforderungen aufgrund der vergrößerten Entfernungen (vgl. ÖROK, 2006: 10, 65). Überalterung und Arbeitslosigkeit wird vorwiegend in peripheren Regionen definiert: „Vor allem hochgelegene Regionen in peripherer Lage mit unzureichender Versorgung und Infrastrukturausstattung sowie eingeschränkten bzw. fehlenden Erwerbsmöglichkeiten sind Abwanderungsregionen und weisen starke Alterungstendenzen auf“ (ÖROK, 2006: 66).

Schrumpfung wird als Herausforderung definiert (vor allem im peripheren Bereich), allerdings sprechen die **Zielformulierungen** das Thema nicht explizit an. So wird zum Beispiel bemerkt, dass Migration eine Chance für Gebiete mit sinkender Einwohnerzahl sein kann, es wird aber kein konkretes Ziel formuliert. Ein Ziel ist aber die Erhaltung der Vielfalt von österreichischen Regionen, so wird erläutert, dass mithilfe der verfügbaren Instrumente „Anreize geschaffen [werden, um] eigendynamische, integrierte, nachhaltige und geschlechtergerechte Entwicklungen unter Nutzung der Vielfalt der österreichischen Regionen zu unterstützen“ (ÖROK, 2006: 88). Diese Zielformulierung bietet keine direkte Verbindung zu schrumpfenden Regionen an sich, spricht allerdings die erhaltungswürdige Vielfalt von österreichischen Regionen an. Eine weitere Zielvorstellung ist der Beitrag des strat.at zum Ausgleich von regionalwirtschaftlichen Disparitäten (vgl. ÖROK, 2006: 89). „Das Prinzip des räumlichen Ausgleichs ist seit jeher Fundament der österreichischen Raumordnungspolitik und wird als Leitlinie in Zukunft auch unter den Aspekten der verschärften Standortkonkurrenz verfolgt“ (ÖROK, 2006: 99). Der strat.at

verfolgt dieses Ziel der ausgeglichenen Lebensbedingungen also weiter, ähnliche Ausprägungen sind auch aus Publikationen des BBSR bekannt (vgl. hierzu Kapitel 2.5). Betrachtet man den strat.at auf Ebene der Prioritäten, so wird vom Erreichen attraktiver Regionen und Standortqualität gesprochen, schrumpfende Regionen werden aber nicht direkt genannt (vgl. ÖROK, 2006: 99-102).

Tabelle 4: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „Nationaler Strategischer Rahmenplan Österreich 2007-2013 / strat.at“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.

Leitfragen	Beantwortung	Erläuterung
Wird in den OPs auf die Schrumpfungsthematik Bezug genommen?	o	.
Weist die Bestandsanalyse Verweise auf den Schrumpfungsbegriff auf?	+	Verweis auf demographische & wirtschaftliche Entwicklungen
Werden bereits identifizierte Ursachen für Schrumpfungsprozesse aufgenommen?	o	.
Wird gezielt auf strukturschwache oder potentialarme Räume Rücksicht genommen?	+	Periphere Räume mit unzureichender Versorgung und Infrastruktur
Werden Ziele und Maßnahmen für schrumpfende Regionen formuliert?	-	Schrumpfungsthematik angesprochen, aber kein konkretes Ziel

+ ... in den Leitlinien beantwortet / o ... in den Leitlinien teilweise thematisiert/ - ... in den Leitlinien nicht behandelt

3.3.2 *Programmplanungsperiode 2000-06*

Dokumente der Programmplanungsperiode 2000 bis 2006, welche auf Basis der vorangegangenen Kurzanalyse für die Detailanalyse ausgewählt wurden, sind einerseits die Operationellen Programme für Niederösterreich und die Steiermark (Ziel 2), andererseits Programme über die Gemeinschaftsinitiativen LEADER+ und INTERREG-III-A, wobei hier die Programme zu den grenzüberschreitenden Programmen Österreich-Slowenien und Österreich-Tschechien analysiert wurden. Generell ist auf der Ebene der nationalen Programmplanungsdokumente erkennbar, dass diese einen starken Fokus auf die Bestandsanalyse gelegt haben, wovon die zukünftigen Entwicklungsstrategien abgeleitet wurden. Die Dokumente weisen besonders im Bereich der Bestandsanalyse immer wieder auf schrumpfende Regionen beziehungsweise auf Ursachen von Schrumpfung hin, in den Zielformulierungen sind eindeutige Hinweise selten.

► Ziel 2 Operationelles Programm Niederösterreich

Bereits im Rahmen der Kurzanalyse wurde ersichtlich, dass das OP Niederösterreich während der vergangenen Programmperiode sowohl im Bereich der Bestandsanalyse als auch in der Zielformulierung auf den Begriff Schrumpfung hinweist. Allerdings wurde in der Bestandsanalyse hauptsächlich auf den Rückgang der Erdölförderung in Niederösterreich verwiesen, was als nicht themenrelevant definiert werden kann. Dennoch ist die genannte Zielformulierung, welche sich mit der Verminderung von ökonomischen Schrumpfungsprozessen in altindustrialisierten Regionen auseinandersetzt und auf eine Trendumkehr durch Umstrukturierungen und Betriebsneugründungen abzielt, bedeutsam für schrumpfende Regionen.

Indirekte Schlüsse auf Schrumpfung beziehungsweise Ursachen, welche langfristig Schrumpfung auslösen sind vielfach im OP enthalten. Die häufigsten Verweise auf Schrumpfung finden sich in der Bestandsanalyse beziehungsweise der territorialen Analyse des Programmgebietes in Bezug auf die Abnahme der Wohnbevölkerung zwischen 1981 und 2001 im Wald- und Wein-

viertel. Auch allgemeine Zielsetzungen verweisen auf die Bedürfnisse von schrumpfenden Regionen. So wird erwähnt, dass durch das OP vor allem strukturschwache „*Landesteile wirksame Impulse für eine dynamische und nachhaltige Entwicklung erhalten [sollen]*“ (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 1).

Im Zuge der **Bestandsanalyse** werden beispielsweise Grenzgebiete als strukturschwach definiert, für welche angenommen wird, dass sie aus der Grenzöffnung (auch) negativ beeinflusst werden, Folgewirkungen wie betriebliche Abwanderungen wurden hier festgestellt (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 1, 8, 34). Regionen, die im Zuge der territorialen Analyse als peripher oder strukturschwach eingestuft wurden, stellen Teile des Waldviertels, aber auch Grenzregionen des Weinviertels sowie das Gebiet der Kalkalpen dar (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 8f.). Besonders grenznahe Regionen „*sind hingegen infolge der Niedriglohnkonkurrenz einem enormen Anpassungs- und Rationalisierungsdruck (Abbau von Arbeitsplätzen) ausgesetzt*“ (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 25).

Allgemein werden die Grenzregionen als sozio-ökonomische Problemlagen identifiziert und es wird angenommen, dass sich diese durch die EU-Erweiterung verstärken (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 25). Es wird bemerkt, dass besonders Ungunstlagen, geprägt von Altindustrie²⁷, immer noch regionale Herausforderungen darstellen, welche von hoher Abhängigkeit geprägt sind. Als Herausforderung wird angesprochen, dass Beschäftigungsmöglichkeiten auch außerhalb der Landwirtschaft bestehen müssen um die regionale Bevölkerungsbasis zu erhalten und Erosionsprozesse zu verhindern (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 33f.). Als mögliche beziehungsweise historisch gesehen häufige Ursache von Schrumpfungsprozessen wurde die Deindustrialisierung definiert (vgl. hierzu Kapitel 2.3).

Besondere Erwähnung haben zum Beispiel die Regionen Niederösterreich-Süd, Waldviertel (Nordwesten) und Gänserndorf gefunden, welche Bereiche mit alten Industrien, geprägt von Strukturproblemen, darstellen (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 11, 23). Zusätzlich stellen diese Regionen jene Bereiche dar, in denen „*es zu einem weiteren Auseinanderklaffen von Arbeitsplätzen und Arbeitskräfteangebot gekommen [ist]*“ (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 11). Darüber hinaus wird erläutert, dass besonders Regionen in ländlicher peripherer Lage durch eine verbesserte Anbindung an Infrastrukturen (ÖPNV, etc.) gegebene Lagenachteile überwinden könnten (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 27). Dieses Thema der Infrastrukturbereitstellung wird auch als Herausforderung für den ländlichen Raum formuliert, hier wird dezidiert auf „*Aufrechterhaltung und Ausbau der notwendigen Ver- und Entsorgungsinfrastruktur sowie Umstellung auf bzw. Entwicklung von neuen Systemen in diese Richtung*“ (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 32) hingewiesen. Im Zuge der Programmierung wurden unterschiedliche Problemräume im Gebiet identifiziert, wobei „*periphere, strukturschwache Agrar- und Fernpendlergebiete*“, „*alte, entwicklungsschwache Industriegebiete*“ und „*Gebiete mit latenten Arbeitsmarktproblemen infolge eines demografisch bedingten Arbeitskräfteüberangebotes*“ als jene Typen erklärt werden können, welche in Bezug zum Begriff Schrumpfung stehen und mit den

²⁷ Problemlagen konnten außerdem in der Sachgüterproduktion identifiziert werden, hervorgerufen durch die Krise der Grundstoffindustrie oder Konkurrenz durch Billiglohnländer (vgl. Niederösterreichische Landesregierung, 2007: 36).

vorangehenden Aussagen zur territorialen Analyse einhergehen (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 65). Die gesetzten **Zielsetzungen und -strategien** des OPs zitieren unter anderem die folgenden Punkte aus den Landesentwicklungszielen (Auswahl: mit Schrumpfungsbefugnis):

- „Die Lebensbedingungen und damit auch die Standortattraktivität [...] in den Programmgebieten sollen durch eine alle Lebensbereiche umfassende Stadterneuerung angehoben werden [...]“ (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 111).
- „Neben der Modernisierung der bestehenden Betriebe soll die endogene wirtschaftliche Erneuerung der entwicklungsbedürftigen Regionen durch eine Stimulierung und besondere Unterstützung der aus diesen Regionen kommenden Betriebsneugründungen vorangetrieben werden“ (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 112).

Außerdem wird bemerkt:

- „Diese Ziele der Landesentwicklung sind nur zu erreichen, wenn [...] vor allem in den hinsichtlich ihrer Entwicklungsvoraussetzungen, benachteiligten Regionen [...] struktur- und regionalpolitischen Instrumente eingesetzt werden, die zu einer nachhaltigen Verbesserung der Standortbonität und der sozioökonomischen Lage dieser Gebiete führen. Hierfür ist eine Beteiligung der entsprechenden Politik- und Interventionsbereiche der EU erforderlich“ (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 113).

Regionale Entwicklungsziele behandeln die dezentrale Entwicklung sowie Stärkung von strukturschwachen und altindustrialisierten Regionen, wobei spezifisch angesprochen wird, dass „in den altindustrialisierten Regionen [...] die ökonomischen Schrumpfungsprozesse gestoppt und eine Trendumkehr eingeleitet werden [soll]“ (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 114). Außerdem wird das Beseitigen von Standortnachteilen durch IKT diskutiert und bemerkt, dass Bevölkerungsrückgang, Abwanderung und Fernpendler in diesen Regionen auf einem niedrigen Niveau gehalten werden sollen (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 115). Die Priorität über die Mobilisierung endogener Potentiale der Regionalentwicklung, wirtschaftsnaher Infrastruktur und regionaler Leitprojekte scheint jene Priorität des Maßnahmenplans zu sein, welche den größten Bezug zum Thema Schrumpfung hat (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 126).

Tabelle 5: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „Ziel 2 Operationelles Programm Niederösterreich“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.

Leitfragen	Beantwortung	Erläuterung
Wird in den OPs auf die Schrumpfungsthematik Bezug genommen?	+	Bestandsanalyse & Zielsetzungen
Weist die Bestandsanalyse Verweise auf den Schrumpfungsbegriff auf?	+	Demographische Entwicklung
Werden bereits identifizierte Ursachen für Schrumpfungprozesse aufgenommen?	+	Deindustrialisierung (Arbeitslosigkeit), Altindustrien
Wird gezielt auf strukturschwache oder potentialarme Räume Rücksicht genommen?	+	Fokus auf strukturschwache Regionen gelegt
Werden Ziele und Maßnahmen für schrumpfende Regionen formuliert?	+	Industrielle Umstrukturierungen

+ ... im OP beantwortet / o ... im OP teilweise thematisiert/ - ...im OP nicht behandelt

► Ziel 2 Operationelles Programm Steiermark

Im Operationellen Programm der Steiermark wurden im Zuge der Kurzanalyse keine direkten Verweise zu Zielvorstellungen zum Themenbereich Schrumpfung festgestellt, allerdings wird beispielsweise die schrumpfende Zahl von Betrieben im Rahmen der **Bestandsanalyse** thematisiert. In diesem OP sind indirekte Verweise zum Begriff der Schrumpfung enthalten, allerdings in weitaus geringerer Anzahl als im OP Niederösterreich. Trotzdem werden einige – durchaus ähnliche – Punkte erörtert, so wie zum Beispiel das Thema der (De-)Industrialisierung und alt-industrieller Standorte.

Als zentrale Determinante für regionale Wettbewerbsfähigkeit wird qualifiziertes Humankapital genannt und darauf verwiesen, dass die vorherrschende Tertiärisierung auch in industriellen Bereichen ein wesentlicher Schwerpunkt der zukünftigen Bildungsmaßnahmen (Aus- wie auch Weiterbildung) sein wird (vgl. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2006: 11). Im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit wird außerdem bemerkt, dass beispielsweise Risiken für Grenzregionen bestehen, „vor allem in dem niedrigeren Niveau der MOEL bei den Lohn- und Produktionskosten – dies gilt vor allem für nicht spezialisierte, wenig qualitätsorientierte und arbeitsintensive Industrie- und Handwerksbetriebe und auch für die Landwirtschaft“ (Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2006: 14).

Als sensible Bereiche werden neben der Landwirtschaft die Stahl- sowie die Textilindustrie genannt. Diese Bereiche, welche sich im Strukturwandel befinden, führen zu Arbeitsplatzdefiziten durch fehlende Anpassung an die strukturellen Veränderungen, die durch die steigende Arbeitslosigkeit zusätzlich zu Bevölkerungsabwanderung führen (vgl. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2006: 26, 44). Demographische Risiken wurden für den ländlichen Raum konstatiert, da durch die allgemeine Überalterung das Risiko des Zerfalls von landwirtschaftlichen Familienstrukturen besteht und damit Betriebsschließungen²⁸ einhergehen. Betrachtet man die Gesamtbevölkerungsentwicklung, so konstatiert die Analyse seit 1996 eine leichte Trendumkehr von der wachsenden zur schrumpfenden Bevölkerung, wobei in Zukunft besonders die Obersteiermark von dieser Entwicklung betroffen sein wird (Ähnliches ist im Bereich der Arbeitsplätze zu erkennen) (vgl. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2006: 15, 20, 23). Ein zusätzliches Thema der Bestandsanalyse, zu dem ein Konnex mit dem Begriff Schrumpfung identifiziert werden kann, ist die Erreichbarkeit peripherer Regionen; hier werden Themen wie die schlechte Erreichbarkeit von europäischen Agglomerationsräumen sowie die differenzierte innerregionale Erreichbarkeit thematisiert. Die Verkehrslage von steirischen Regionen wird dezidiert als Schwäche identifiziert (vgl. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2006: 20, 31).

²⁸ Als weitere gravierende Ursache für die Schließung von landwirtschaftlichen Betrieben kann die sinkende ökonomische Tragfähigkeit des Agrarsektors genannt werden (vgl. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2006: 20, 36).

Tabelle 6: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „Ziel 2 Operationelles Programm Steiermark“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.

Leitfragen	Beantwortung	Erläuterung
Wird in den OPs auf die Schrumpfungsthematik Bezug genommen?	o	.
Weist die Bestandsanalyse Verweise auf den Schrumpfungsbegriff auf?	+	Demographische Entwicklung & Risiken
Werden bereits identifizierte Ursachen für Schrumpfungsprozesse aufgenommen?	+	Deindustrialisierung, Landwirtschaft; Arbeitsplatzdefizit - Strukturwandel
Wird gezielt auf strukturschwache oder potentialarme Räume Rücksicht genommen?	+	Periphere & schlecht erreichbare Räume
Werden Ziele und Maßnahmen für schrumpfende Regionen formuliert?	o	.

+ ... im OP beantwortet / o ... im OP teilweise thematisiert/ - ...im OP nicht behandelt

► Gemeinschaftsinitiative LEADER

Im Dokument über die GI LEADER konnten im Rahmen der Kurzanalyse keine direkten Verweise auf den Begriff Schrumpfung (oder ähnliche Termini) festgestellt werden. Allerdings wurde bei der detaillierten Analyse eine Reihe von Verbindungen des Programmes zum Thema Schrumpfung identifiziert.

So wurde im Rahmen der **Bestandsanalyse** eine Typisierung des ländlichen Raumes vorgenommen, wobei Strukturprobleme für alle identifizierten Typen festgestellt wurden. Besonders Typ B *dünn besiedelte ländliche Räume in größerer Distanz zu Ballungsräumen* und ausgewählte Subtypen (bspw. B3 *dünn besiedelte ländliche Räume mit Extensivierung einer noch tragfähigen Landwirtschaft und Chancen für die Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis* und B4 *dünn besiedelte und entlegene strukturschwache ländliche Räume, gekennzeichnet durch eine Marginalisierung der Landwirtschaft und eine ungünstige Erreichbarkeit*) zeigen Verbindungen zum Thema, da in diesen Gebietstypen im Rahmen der SSCR-Analyse Standortnachteile wie Abwanderung oder eine sinkende Zahl in der Landwirtschaft Beschäftigter, strukturelle Herausforderungen in alten Industriebetrieben, große Distanzen für Pendler und eine unzureichende Versorgungsinfrastruktur (öffentlich und privat) identifiziert werden (vgl. BMLFUW, 2006: 5, 38-41, 45).

Ein weiteres Thema ist das der demographischen Entwicklung im ländlichen Raum. So wird die ÖSTAT-Prognose zitiert, wobei angenommen wird, dass besonders im Burgenland, der Steiermark und Kärnten zukünftig Bevölkerungsrückgang zu erwarten ist.

Als Gebiete mit schwerwiegenden Verlusten an Einwohnern werden das Wald- und Weinviertel, das südliche Burgenland sowie die Südost- und Oststeiermark genannt. Zusätzlich wird festgestellt, dass „die geringen Erwerbschancen [...] viele, meist jüngere Menschen zur Pendelwanderung bzw. zur Abwanderung [zwingen]“ (BMLFUW, 2006: 12). Die Situation der Land- und Forstwirtschaft in peripheren Räumen zeigt, dass Problemlagen in peripheren Grenz- beziehungsweise Gebirgslagen bestehen, „deren wirtschaftliche Probleme in der Abwanderung der ansässigen Bevölkerung dokumentiert sind“ (BMLFUW, 2006: 17).

Darüber hinaus stellen das produzierende Kleingewerbe und der landwirtschaftliche Nebenerwerb eine Stabilisierungsfunktion für die Bevölkerungsentwicklung dar, trotzdem besteht die

Gefahr des Zerfalls der landwirtschaftlichen Strukturen (vgl. BMLFUW, 2006: 19, 24, 34, 41). Es wird darauf hingewiesen, dass einige von Industrie geprägte Regionen „sehr stark durch die Lohnkostenvorteile in den MOEL bedrängt werden. Ein Teil der österreichischen Zulieferindustrie und des Textilbereiches ging daher bereits an die Reformländer verloren. Von diesen Veränderungen sind vor allem alte Industriegebiete und periphere Regionen betroffen. Dies hat in einigen Regionen auch zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten und schwierigen regionalwirtschaftlichen Situationen geführt“ (BMLFUW, 2006: 24). Diese Entwicklungen im primären und sekundären Sektor sind bereits seit 1960 erkennbar, haben sich aber seit den 1980er Jahren verstärkt (vgl. BMLFUW, 2006: 35).

Im Bereich der **Zielformulierung** betont das LEADER-Programm das wesentliche Leitziel der „Erhaltung, Weiterentwicklung und Stärkung eines funktionsfähigen ländlichen Lebens- und Wirtschaftsraumes“ (BMLFUW, 2006: 47). Insgesamt werden sechs Unterziele definiert, wobei besonders die Einkommenssicherung als Ziel gilt, welches wesentlich für Regionen ist, die von Schrumpfung betroffen sind. Zur Erreichung dieses Ziels soll beispielsweise die Strategie der nachhaltigen „Verbesserung der Lebensqualität, der regionalen Wirtschaftsstruktur, der Arbeitsplatz- und Einkommenssituation [...] im ländlichen Raum insgesamt und in seinen Teilgebieten“ (BMLFUW, 2006: 47) und jene zur Hemmung der „Bevölkerungsabnahme, Abwanderung und Fernpendelwanderung durch Sicherung der Tragfähigkeit wichtiger Einrichtungen der Güter- und Dienstleistungsversorgung sowie funktionierender Arbeitsmärkte“ (BMLFUW, 2006: 48) beitragen. Ferner wurde eine Maßnahme zur indirekten regionalwirtschaftlichen Wertschöpfung formuliert, welche auf die „Sicherstellung und Stabilisierung der sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Funktionsfähigkeit der ländlichen Räume“ (BMLFUW, 2006: 63) abzielt.

Tabelle 7: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „Gemeinschaftsinitiative LEADER“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.

Leitfragen	Beantwortung	Erläuterung
Wird in den OPs auf die Schrumpfungsthematik Bezug genommen?	+	Bestandsanalyse & Zielsetzungen
Weist die Bestandsanalyse Verweise auf den Schrumpfungsbegriff auf?	+	Abwanderung, dünne Besiedelung
Werden bereits identifizierte Ursachen für Schrumpfungprozesse aufgenommen?	+	Deindustrialisierung, Strukturwandel in der Landwirtschaft
Wird gezielt auf strukturschwache oder potentialarme Räume Rücksicht genommen?	+	Entlegene strukturschwache ländliche Räume
Werden Ziele und Maßnahmen für schrumpfende Regionen formuliert?	+	Hemmung der Bevölkerungsabnahme und Abwanderung

+ ... im OP beantwortet / o ... im OP teilweise thematisiert/ - ...im OP nicht behandelt

► **Gemeinschaftsinitiative INTERREG-III-A Österreich- Tschechien²⁹**

Auch im Dokument über die GI INTERREG-III-A Österreich-Tschechien konnten zwei direkte Verweise auf den Begriff *Schrumpfung* beziehungsweise *schrumpfend* festgestellt werden. In der Bestandsanalyse wird erwähnt, dass alle größeren Städte des Programmgebiets an Bevölkerung verlieren, außerdem wird auf den schrumpfenden sekundären Wirtschaftssektor hinge-

²⁹ INTERREG wird im Rahmen der Zielanalyse wohl näher betrachtet, aber es können Förderungen im Rahmen dieses Programms aufgrund der Datenverfügbarkeit nicht analysiert werden (siehe Kapitel 5).

wiesen. Indirekte Schlüsse auf Schrumpfung beziehungsweise Ursachen, welche langfristige Schrumpfungsprozesse auslösen, sind im OP enthalten, so werden im Rahmen der **Bestandsanalyse** beispielsweise demographische Themen benannt und es wird festgestellt, dass die Bevölkerungsdichte in der gesamten Grenzregion unter dem jeweiligen nationalen Durchschnitt liegt und seit Jahrzehnten abnimmt. Zusätzlich wird in bestimmten, vorwiegend peripheren ländlichen Bereichen der Grenzregion Überalterung identifiziert (vgl. ÖIR-Managementdienste GmbH, 2005a: 11, 14, 34, 39).

Im Bereich der Beschäftigung ist besonders zwischen 1991 und 2001 in den tschechischen Regionen eine negative Entwicklung zu verzeichnen. Doch auch in österreichischen Regionen geht die Beschäftigung zurück, die Entwicklung verläuft jedoch in den Grenzregionen bedeutend stärker als im gesamtösterreichischen Durchschnitt. Die höchsten Arbeitslosenraten sind im betrachteten Zeitraum im Waldviertel und in Wien zu verzeichnen (vgl. ÖIR-Managementdienste GmbH, 2005a: 17, 22). Betrachtet man die Ursachen für Schrumpfungsprozesse (vgl. hierzu Kapitel 2.3), so weist das OP auf den postsozialistischen Wandel hin. Tschechischen Regionen verzeichnen einen starken sozioökonomischen Wandel, welcher in den frühen 1990er seinen Höhepunkt erreicht und hauptsächlich aus politischen und ökonomischen Transformationsprozessen resultiert hat (vgl. ÖIR-Managementdienste GmbH, 2005a: 18). Als weitere Ursache für Schrumpfung wird die Deindustrialisierung diskutiert, da in der Region häufig Arbeitsmarktprobleme in industriell geprägten Bereichen auftreten, zusätzlich ist dieser Wirtschaftssektor stark vom Konjunkturverlauf abhängig. In den vergangenen Jahren hat sich der regionale Arbeitsmarkt häufig durch Restrukturierungsmaßnahmen oder durch Standortschließungen oder -verlagerungen verschlechtert (vgl. ÖIR-Managementdienste GmbH, 2005a: 21, 33). Zusätzlich sind das Gebiet und seine Wirtschaftsstruktur stark von der Landwirtschaft und den damit verbundenen Industrien geprägt, was die Anfälligkeit auf strukturelle Veränderungen und Transformationen erhöht (vgl. ÖIR-Managementdienste GmbH, 2005a: 33). Weiters wird die Region als peripher typisiert, da Grenzübergänge oder verbindende Straßen teilweise fehlen oder sich in schlechtem Zustand befinden (vgl. ÖIR-Managementdienste GmbH, 2005a: 24, 40).

Betrachtet man die **Zielsetzungen**, so zielt besonders die strategische Leitlinie zur Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen und Problemlösungen aufgrund der peripheren Lage der Region durch die Schaffung eines integrierten regionalen Wirtschaftsraumes auf die Bedürfnisse von schrumpfenden Regionen ab (vgl. ÖIR-Managementdienste GmbH, 2005: 53). Allgemein besteht das OP aus sechs Prioritäten mit 14 Maßnahmen, wobei im Bereich der Priorität Erreichbarkeit die Maßnahme zur Verbesserung von Verkehr, verkehrlicher Organisation und Verkehrsplanung als mögliche Maßnahme für schrumpfende Regionen identifiziert werden könnte (vgl. ÖIR-Managementdienste GmbH, 2005a: 65).

Tabelle 8: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „Gemeinschaftsinitiative INTERREG-III-A Österreich-Tschechien“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.

Leitfragen	Beantwortung	Erläuterung
Wird in den OPs auf die Schrumpfungsthematik Bezug genommen?	+	Bestandsanalyse & tlw. Zielsetzungen
Weist die Bestandsanalyse Verweise auf den Schrumpfungsbegriff auf?	+	Demographische Themen (Überalterung)
Werden bereits identifizierte Ursachen für Schrumpfungsprozesse aufgenommen?	+	soziale & politische Transformation, Deindustrialisierung, Landwirtschaft
Wird gezielt auf strukturschwache oder potentialarme Räume Rücksicht genommen?	+	periphere Region, Grenzregion
Werden Ziele und Maßnahmen für schrumpfende Regionen formuliert?	o	Erreichbarkeiten

+ ... im OP beantwortet / o ... im OP teilweise thematisiert/ - ...im OP nicht behandelt

► **Gemeinschaftsinitiative INTERREG-III-A Österreich-Slowenien**³⁰

Das Operationelle Programm der GI INTERREG-III-A Österreich-Slowenien weist keine direkten Verweise auf den Begriff Schrumpfung (oder verwandte Begrifflichkeiten) auf. Manche indirekten Hinweise auf den Begriff beziehungsweise den Prozess der Schrumpfung (Ausprägungen, Begleiterscheinungen, Ursachen) konnten jedoch identifiziert werden. Wesentlich für das Programm Österreich-Slowenien 2000-06 ist, dass zum Zeitpunkt der Programmerstellung Slowenien noch kein Mitgliedsstaat der EU war, sondern lediglich Kandidatenstatus hatte (vgl. ÖIR-Managementdienste GmbH, 2005b: 12).

Im Bereich der **Bestandsanalyse** wurden demographische Themen behandelt, wobei festgestellt wird, dass für Graz – ähnlich wie für Maribor – eine Tendenz zur Überalterung besteht. Die Bevölkerungsentwicklung wie auch die Szenarien der zukünftigen Entwicklung zeigen stabile Zahlen für die Region, abgesehen von leichten Rückgängen in der Ost- sowie West/Südsteiermark. Graz kann als Stadt mit hohem Bevölkerungszuzug bezeichnet werden, diese Entwicklungen in der Stadt deuten auf strukturelle Schwäche in peripheren landwirtschaftlich sowie industriell geprägten Bezirken hin. In Slowenien ist der Bevölkerungsrückgang besonders in ländlichen Gebieten erkennbar und in Kärnten wandern besonders berufstätige Bevölkerungsgruppen von peripheren Gebieten in die Agglomerationsräume ab. Dies wird im Rahmen des OPs zum Anlass genommen, um die Erschwernis der Infrastrukturbereitstellung in peripheren Räumen zu thematisieren (vgl. ÖIR-Managementdienste GmbH, 2005b: 13f).

Auch dieses OP diskutiert Deindustrialisierung, da besonders in Slowenien die Industrie durch politische und ökonomische Umstrukturierungsprozesse stark beeinträchtigt wurde und schwerwiegende Beschäftigtenkürzungen stattgefunden haben. Die Arbeitslosigkeit allgemein liegt im Grenzgebiet über dem jeweiligen nationalen Durchschnitt, die Arbeitslosenrate im slowenischen Grenzgebiet zeigt das höchste Level im nationalen Vergleich. Besonders die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind in alten Industriestädten und in umliegenden ländlichen Regionen beträchtlich (vgl. ÖIR-Managementdienste GmbH, 2005b: 15, 17f., 23, 30, 53). Betrachtet man die regionale Erreichbarkeit, so kann die Region als sehr heterogen bezeichnet

³⁰ INTERREG wird im Rahmen der Zielanalyse wohl näher betrachtet, aber es können Förderungen im Rahmen dieses Programms aufgrund der Datenverfügbarkeit nicht analysiert werden (siehe Kapitel 5).

werden; die Grenzregion ist an einige überregionale Verbindungen angeschlossen, allerdings bestehen zum Teil große regionale Defizite im Bereich Straße und Schiene, wobei die Qualität der Straße jene der Schiene übertrifft (vgl. ÖIR-Managementdienste GmbH, 2005b: 33-36, 38). Die Region ist im Alpenraum situiert, umfasst daher sowohl Regionen, welche mit massivem Bevölkerungsrückgang und sozioökonomischen Problemen konfrontiert sind, als auch stark prosperierende Regionen (vgl. ÖIR-Managementdienste GmbH, 2005b: 44).

Die **Zielformulierungen** des OP weisen keine Hinweise auf schrumpfende Regionen auf.

Tabelle 9: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „Gemeinschaftsinitiative INTERREG-III-A Österreich-Slowenien“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.

Leitfragen	Beantwortung	Erläuterung
Wird in den OPs auf die Schrumpfungsthematik Bezug genommen?	-	.
Weist die Bestandsanalyse Verweise auf den Schrumpfungsbegriff auf?	+	Demographische Themen
Werden bereits identifizierte Ursachen für Schrumpfungsprozesse aufgenommen?	+	Deindustrialisierung
Wird gezielt auf strukturschwache oder potentialarme Räume Rücksicht genommen?	+	strukturschwache Region, Grenzregion
Werden Ziele und Maßnahmen für schrumpfende Regionen formuliert?	-	.

+ ... im OP beantwortet / o ... im OP teilweise thematisiert/ - ...im OP nicht behandelt

3.3.3 **Programmplanungsperiode 2007-13**

Auch für die aktuelle Haushaltsperiode werden fünf Dokumente detailliert analysiert, einerseits die OPs für Niederösterreich und die Steiermark (RWB), andererseits Operationelle Programme des Ziels Europäische Territoriale Zusammenarbeit Österreich-Slowenien und Österreich-Tschechien. Zusätzlich wird der Schwerpunkt 4 LEADER des Ländlichen Entwicklungsprogrammes Österreich 2007-13 näher untersucht.

► RWB Operationelles Programm Niederösterreich

Bereits im OP der Vorperiode wurden direkte Hinweise auf die Thematik schrumpfender Regionen, sowohl im Zuge der Bestandsanalyse als auch im Rahmen der Zielformulierung, identifiziert. Auch im aktuellen OP RWB Niederösterreich sind Schrumpfung, Verödung und Rückgang Themen.

Die Detailanalyse zeigt, dass in der **Bestandsanalyse** periphere Regionen dezidiert erwähnt werden. Als peripher werden das Waldviertel (ausgenommen Krems), Grenzregionen des nördlichen Weinviertels und das Kalkalpengebiet definiert (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007b: 30). Allgemein wird das Landesgebiet aber als sehr heterogener Raum beschrieben, in welchem – neben florierenden Regionen – unterschiedliche Typen von Problemlagen definiert wurden. So werden *ländlich-periphere Gebiete*, unter anderem mit dem Charakteristikum der rückgehenden Erwerbsmöglichkeiten, *traditionelle Industriegebiete mit Strukturproblemen*, mit der Ausprägung von zurückgehenden Industriearbeitsplätzen und *Grenzgebiete entlang der europäischen Wohlstandskante* definiert und es wird angeregt das Hauptaugenmerk des Programms auf diese Regionen zu legen (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007b: 48f.).

Auch demographische Themen werden im Rahmen der Analyse diskutiert, wobei besonders die Überalterung der Bevölkerung durch sinkende Geburtenrate und steigende Lebenserwartung ein Thema ist. Außerdem wird auf die damit einhergehenden veränderten Konsummuster und den modifizierten Bedarf an öffentlichen Leistungen hingewiesen (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007b: 36). Wie in einigen analysierten Dokumenten zuvor, ist der sozioökonomische Strukturwandel der Vergangenheit ein großes Thema, Veränderungen im Agrarbereich führten zu Bevölkerungsabwanderung und Fernpendlerwanderung und auch traditionelle niederösterreichische Industriegebiete haben unter der Industriekrise der 1970er Jahre gelitten; Deindustrialisierung führte ebenfalls zum Rückgang der Bevölkerung. Allerdings wird im OP erwähnt, dass „dieser (Gesund) Schrumpfungsphase [...] in den 1990er-Jahren eine Konsolidierungsphase, verbunden mit einer Stabilisierung der industriellen Beschäftigungslage in diesen Gebieten auf einem deutlich niedrigeren Niveau [folgte] (2001: 33,5%³¹)“ (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007b: 41, vgl. außerdem S. 64, 73). Vor allem in schrumpfenden Gebieten liegt auch die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung unter dem Österreichdurchschnitt. Als Beispielregionen können Niederösterreich-Süd, das Wein- und Waldviertel genannt werden, diese Gebiete weisen höhere Arbeitslosenquoten als die durchschnittlichen niederösterreichischen NUTS-III-Regionen auf (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007b: 47, 62).

Auf Basis der **SSCR-Analyse** wurde der Handlungsbedarf im Rahmen des OPs analysiert, wobei besonders im Bereich einer innovativen und nachhaltigen Regionalentwicklung sowie im Tourismus Entwicklungsmöglichkeiten identifiziert wurden, welche mit dem Thema von schrumpfenden Regionen in Zusammenhang gebracht werden können (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007b: 89).

Und auch im Bereich der **Zielformulierungen** wird beispielsweise bemerkt, dass der Tourismus hauptsächlich in Regionen mit Strukturproblemen „durch den Ausbau und die Modernisierung bestehender Betriebe, aber auch durch die Errichtung von Impulsprojekten weiterentwickelt werden [soll]“ (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007b: 96).

Tabelle 10: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „RWB Operationelles Programm Niederösterreich“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.

Leitfragen	Beantwortung	Erläuterung
Wird in den OPs auf die Schrumpfungsthematik Bezug genommen?	+	Bestandsanalyse & tlw. Zielsetzungen
Weist die Bestandsanalyse Verweise auf den Schrumpfungsbegriff auf?	+	Demographische Themen (Überalterung)
Werden bereits identifizierte Ursachen für Schrumpfungsprozesse aufgenommen?	+	Deindustrialisierung, Altindustrien
Wird gezielt auf strukturschwache oder potentialarme Räume Rücksicht genommen?	+	Periphere Regionen
Werden Ziele und Maßnahmen für schrumpfende Regionen formuliert?	+	Prioritätsziele für bestimmte Gebietskategorien (bspw. Regionen mit Strukturproblemen) genannt

+ ... im OP beantwortet / o ... im OP teilweise thematisiert/ - ...im OP nicht behandelt

³¹ Zum Vergleich: Mitte der 1970er Jahre waren rund 44% der Beschäftigten im sekundären Sektor angestellt (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007b: 41).

► RWB Operationelles Programm Steiermark

Bei der Kurzanalyse des Programmdokuments konnten keine direkten Verweise auf die gesuchten Schlagworte gefunden werden. Bei genauerer Analyse wurden folgende indirekte Hinweise auf den Begriff der Schrumpfung identifiziert: Einige Regionen des Bundeslandes werden im Rahmen der **Bestandsanalyse** als peripher bezeichnet, es wird darauf hingewiesen, dass die Steiermark „in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung lange Zeit durch ihre räumliche Ausgangslage benachteiligt [war]. Dies war bedingt durch die ungünstige Erreichbarkeit der EU-Kernräume sowie aufgrund der Lage an den früher wenig durchlässigen Grenzen, in späterer Folge an der EU-Außengrenze“ (Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2007: 6).

Auch heute werden noch erhebliche Defizite in der Infrastrukturerschließung konstatiert, wobei besonders auf regionaler Ebene Erreichbarkeitsunterschiede zwischen den steirischen Regionen bestehen (vgl. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2007: 7). Das Thema der Deindustrialisierung kommt auch in diesem OP vor, es wird allerdings festgestellt, dass die Steiermark die grundlegenden strukturellen Herausforderungen der 1980er beziehungsweise der 1990er Jahre bereits überwinden konnte (vgl. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2007: 9). Die Beschäftigungsquote der Steiermark liegt unter dem nationalen Durchschnitt, zusätzlicher Bevölkerungsrückgang lösen das in der Steiermark regional vorherrschende Phänomen aus, dass „die günstigere Entwicklung in der Arbeitslosigkeit auch zum Teil durch die demographische Entwicklung und damit einem schwächeren Wachstum des Arbeitskräfteangebotes ermöglicht [wird]“ (Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2007: 17).

Besonders die Obersteiermark ist von diesem Bevölkerungsrückgang betroffen, schlechte Erreichbarkeitsverhältnisse verstärken diesen Trend zur Abwanderung. Zusätzlich „besteht in der Region die Gefahr eines Brain Drain, insbesondere junger Arbeitskräfte. Die Arbeitsmarktsituation ist durch eine insgesamt über dem Landesschnitt liegende Arbeitslosenquote [...] charakterisiert“ (Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2007: 20). Im Zuge der Bestandsanalyse wird darauf außerdem hingewiesen, dass ländliche Gebiete, welche oft in peripherer Lage situiert sind, vorwiegend in der Oststeiermark beziehungsweise in der Obersteiermark gelegen sind. Für diese Regionen spielt vor allem der Tourismus (Thermenlinie, alpine Bereiche) eine wesentliche Rolle. Die Entwicklung des Tourismus ist in den steirischen Regionen sehr heterogen verlaufen (vgl. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2007: 12).

Betrachtet man die **Zielformulierung**, so wird kein konkreter Verweis auf schrumpfende Regionen ersichtlich, allerdings besteht das allgemeine Programmziel in der „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und damit langfristige Sicherung von Wachstum und Beschäftigung unter Beachtung der Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung“ (Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2007: 28), was schrumpfenden Regionen nicht widersprüchlich gegenübersteht. Außerdem bezieht sich ein Aktionsfeld der formulierten Prioritätsachsen auf das Thema Tourismus in benachteiligten Gebieten, wobei besonders in jenen „Gebieten der Steiermark mit geographischer oder natürlicher Benachteiligung [...] eine nachhaltige Tourismusentwicklung gefördert werden [soll]“ (Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2007: 57).

Tabelle 11: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „RWB Operationelles Programm Steiermark“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.

Leitfragen	Beantwortung	Erläuterung
Wird in den OPs auf die Schrumpfungsthematik Bezug genommen?	o	.
Weist die Bestandsanalyse Verweise auf den Schrumpfungsbegriff auf?	+	Demographische Themen (Partielle Abwanderung)
Werden bereits identifizierte Ursachen für Schrumpfungsprozesse aufgenommen?	+	Deindustrialisierung
Wird gezielt auf strukturschwache oder potentialarme Räume Rücksicht genommen?	+	benachteiligte Regionen
Werden Ziele und Maßnahmen für schrumpfende Regionen formuliert?	o	Sicherung von Wachstum und Beschäftigung

+ ... im OP beantwortet / o ... im OP teilweise thematisiert/ - ...im OP nicht behandelt

► Ländliches Entwicklungsprogramm Österreich - Schwerpunkt 4 LEADER

Auch dieses Programmdokument weist keine direkten Verweise auf die gesuchten Schlagworte auf. Bei genauerer Analyse des Programmplanungsdokumentes³² konnten indirekte Hinweise zum Thema identifiziert werden. So wird beispielsweise in der **SSCR-Analyse** darauf hingewiesen, dass das Dienstleistungsangebot im ländlichen Raum teilweise ungenügend ist und daher zur Befriedigung des Bedarfs auf größere Agglomerationen ausgewichen werden muss.

Dies weist bereits auf die Schwierigkeit ländlicher Regionen hin, das Infrastrukturangebot in adäquatem Zustand zu halten. Zusätzlich wird das Thema der Erreichbarkeit definiert, besonders große Distanzen sowie die Abhängigkeit der ländlichen Bevölkerung vom Individualverkehr stellen schwerwiegende Schwächen des ländlichen Raumes dar (vgl. BMLFUW, 2009: 56). Allgemein zielt das Programm zur ländlichen Entwicklung darauf ab, die genannten Schwächen auszumerzen, damit ländliche Regionen in der Lage sind, „sich verändernden wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen“ (BMLFUW, 2007: 59). Als eine dieser wesentlichen Rahmenbedingungen wurde der demographische Wandel der Gesellschaft definiert, mit welchem auch veränderte Bedürfnisse an die Infrastrukturausstattung einhergehen (vgl. BMLFUW, 2009: 60, 66).

Betrachtet man die **Umsetzung** des LEADER-Konzeptes, so lassen sich keine indirekten Verweise auf schrumpfende Regionen erkennen, allerdings wird auch hier die Maßnahme „Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung“ formuliert (BMLFUW, 2009: 462). Diese Maßnahme spricht das bereits erwähnte Thema der Bereitstellung von Infrastruktur und Grundversorgung in ländlichen Regionen an und wird daher auch für schrumpfende Regionen als wesentlich definiert. Eindeutige Zielformulierungen in Bezug auf das Thema Schrumpfung (Rückzug etc.) kommen jedoch nicht vor.

³² LEADER ist seit der aktuellen EU-Haushaltsperiode Teil des Österreichischen Programmes für die Entwicklung des Ländlichen Raumes. Daher wurde in die Analyse das Gesamtdokument beziehungsweise dessen SSCR-Darstellung und die dargestellten LEADER-Strategiefelder näher betrachtet.

Tabelle 12: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „Ländliches Entwicklungsprogramm Österreich - Schwerpunkt 4 LEADER“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.

Leitfragen	Beantwortung	Erläuterung
Wird in den OPs auf die Schrumpfungsthematik Bezug genommen?	o	.
Weist die Bestandsanalyse Verweise auf den Schrumpfungsbegriff auf?	+	Dienstleistungsangebot
Werden bereits identifizierte Ursachen für Schrumpfungsprozesse aufgenommen?	-	
Wird gezielt auf strukturschwache oder potentialarme Räume Rücksicht genommen?	+	benachteiligte Regionen
Werden Ziele und Maßnahmen für schrumpfende Regionen formuliert?	-	.

+ ... im OP beantwortet / o ... im OP teilweise thematisiert/ - ...im OP nicht behandelt

► ETZ Österreich-Tschechien³³

Im Rahmen der Kurzanalyse des Operationellen Programmes ETZ Österreich-Tschechien konnten keine direkten Verweise auf die gesuchten Schlagworte gefunden werden. Bei genauerer Analyse konnten indirekte Hinweise auf den Begriff der Schrumpfung identifiziert werden. Beispielsweise wurde im Rahmen der **territorialen Analyse** bemerkt, dass die Regionen des Gebiets sehr heterogen sind. Städtische Zentren sind am dynamischsten in Bezug auf demographische und wirtschaftliche Bedingungen, periphere Regionen sind hingegen schlecht erreichbar und verlieren an Bevölkerung und Arbeitsplätzen (vgl. ETZ Austria-Czech Republic, 2007: 9, 11, 32).

Demographische Themen von Interesse sind hauptsächlich die Überalterung der Bevölkerung, der Rückgang der Geburtenrate und Suburbanisierungsprozesse. Es wird festgestellt, dass sowohl in Tschechien als auch in Österreich die Bevölkerungszahlen seit Jahrzehnten abnehmen, wobei besonders ländliche Grenzregionen an Bevölkerung verlieren. Dies führt zur Unterauslastung lokaler und regionaler Infrastrukturen (bspw. Bildungseinrichtungen). Zusätzlich ist das Thema der Arbeitslosigkeit im Programmgebiet aktuell, wobei besonders die Arbeitslosigkeit jener Gesellschaftsgruppen mit problematischem Hintergrund steigt; vorwiegend in Grenzregionen ist der Unterschied zwischen der Wirtschaftsstruktur und der regionalen Wirtschaftsdynamik sowie der demographischen Entwicklung auf die Arbeitslosigkeit projiziert. Je höher der Anteil von Wirtschaftsbereichen mit strukturellen Problemen an der Gesamtwirtschaft ist, desto geringer ist das Ausbildungsniveau der Bevölkerung und desto höher ist die Arbeitslosigkeit (vgl. ETZ Austria-Czech Republic, 2007: 10, 17, 19, 29). Betrachtet man die ökonomische Struktur des Gebiets, so wird auch in diesem OP die Rolle der Industrie beziehungsweise deren Bedeutungsverlust in der Region dargestellt. Erneut wird hier auf eine wesentliche Ursache von regionalen Schrumpfungsprozessen verwiesen. Besonders ältere Teilnehmer am Arbeitsmarkt sind von den negativen Entwicklungen im Industriebereich betroffen (vgl. ETZ Austria-Czech Republic, 2007: 13, 17). Auch das Thema der regionalen Erreichbarkeit wird in der Bestandsanalyse diskutiert, hier wird konstatiert, dass im Grenzgebiet noch immer ein unausgegli-

³³ ETZ wird im Rahmen der Zielanalyse wohl näher betrachtet, aber es können Förderungen im Rahmen dieses Programms aufgrund der Datenverfügbarkeit nicht analysiert werden (siehe Kapitel 5).

chenes Erreichbarkeitsverhältnis vorherrscht und lediglich große Zentren und Agglomerationsräume gut erreichbar sind (vgl. ETZ Austria-Czech Republic, 2007: 24).

Die **Zielsetzung** des OPs setzen zwei Prioritäten für die aktuelle Förderperiode fest. Besonders die zweite Priorität zur Förderung der regionalen Erreichbarkeit und nachhaltigen Entwicklung hat Relevanz für schrumpfende Regionen (vgl. ETZ Austria-Czech Republic, 2007: 51).

Tabelle 13: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „ETZ Österreich-Tschechien“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.

Leitfragen	Beantwortung	Erläuterung
Wird in den OPs auf die Schrumpfungsthematik Bezug genommen?	-	.
Weist die Bestandsanalyse Verweise auf den Schrumpfungsbegriff auf?	+	Demographische Themen (Urbanisierung)
Werden bereits identifizierte Ursachen für Schrumpfungprozesse aufgenommen?	+	Suburbanisierung
Wird gezielt auf strukturschwache oder potentialarme Räume Rücksicht genommen?	+	benachteiligte Regionen
Werden Ziele und Maßnahmen für schrumpfende Regionen formuliert?	-	.

+ ... im OP beantwortet / o ... im OP teilweise thematisiert/ - ...im OP nicht behandelt

► ETZ Österreich-Slowenien³⁴

Das Programmdokument zur ETZ Österreich-Slowenien zeigt keine direkten Verweise auf die gesuchten Schlagworte. Bei genauerer Analyse konnten indirekte Hinweise auf den Begriff der Schrumpfung identifiziert werden, wobei das Thema der Demographie im Vordergrund steht. So werden im Zuge der **Bestandsanalyse** zahlreiche Verweise zu diesem Themenkomplex identifiziert, mitunter die Auseinandersetzung mit der EU-Osterweiterung von 2004, welche die Disparitäten innerhalb der Gemeinschaft erhöht hat. Im OP wird in diesem Zusammenhang auf die wachsende Überalterung der Bevölkerung hingewiesen. Einerseits wird die verminderte Anzahl junger Erwerbstätiger diskutiert, andererseits werden besonders modifizierte Bedürfnisse gegenüber Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen beleuchtet.

Der Bevölkerungsrückgang ist besonders in slowenischen Regionen, aber auch im Südburgenland, der Oststeiermark und in westlichen sowie östlichen Bereichen der Obersteiermark erkennbar; diese Regionen stellen darüber hinaus typisch altindustrielle Regionen dar. Diese demographische Entwicklung geht mit der ökonomischen Modifikation einher; vergleicht man das BIP pro Kopf, so bestehen einerseits Divergenzen zwischen Österreich und Slowenien, andererseits Entwicklungsunterschiede zwischen Teilbereichen innerhalb einer Region (vgl. ETZ Austria-Slovenia, 2007: 10-13, 33). Das Thema der Arbeitslosigkeit wird im OP ebenfalls diskutiert, wobei in Slowenien die Arbeitslosenrate seit 1998 sinkt und sich auch in Österreich eine gute Entwicklung zeigt. Die höchste Rate von Langzeitarbeitslosen in Österreich weist das Südburgenland auf (vgl. ETZ Austria-Slovenia, 2007: 20).

Die **Zielformulierungen** sprechen die Thematik schrumpfender Regionen nicht dezidiert an, trotzdem könnte das allgemeine Ziel der Entwicklung des endogenen Potentials, der regionalen

³⁴ ETZ wird im Rahmen der Zielanalyse wohl näher betrachtet, aber es können Förderungen im Rahmen dieses Programms aufgrund der Datenverfügbarkeit nicht analysiert werden (siehe Kapitel 5).

Ressourcenaktivierung und der Entwicklung von Sozial- und Humankapital zur nachhaltigen und ausgewogenen Regionalentwicklung und zur Verbesserung der Lebensqualität als grundlegendes Ziel für schrumpfende Regionen identifiziert werden (vgl. ETZ Austria-Slovenia, 2007: 39).

Tabelle 14: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „ETZ Österreich-Slowenien“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.

Leitfragen	Beantwortung	Erläuterung
Wird in den OPs auf die Schrumpfungsthematik Bezug genommen?	-	.
Weist die Bestandsanalyse Verweise auf den Schrumpfungsbegriff auf?	+	Demographische Themen (Urbanisierung)
Werden bereits identifizierte Ursachen für Schrumpfungprozesse aufgenommen?	+	Deindustrialisierung, Altindustrien
Wird gezielt auf strukturschwache oder potentialarme Räume Rücksicht genommen?	-	.
Werden Ziele und Maßnahmen für schrumpfende Regionen formuliert?	-	.

+ ... im OP beantwortet / o ... im OP teilweise thematisiert/ - ...im OP nicht behandelt

3.4 Ergebnisse und dahinterstehende Theorien und Konzepte

Neben ersten Erkenntnissen über direkte und indirekte Hinweise auf die Schrumpfungsthematik in den ausgewählten OPs können aus der Detailanalyse durchaus eine kritische Reflexion und erste Schlussfolgerungen gezogen werden.

3.4.1 Grundlegende Erkenntnisse aus der Analyse

Während der Analyse der Programmdokumente können wesentliche Modifikationen je nach Programmperiode identifiziert werden. Beispielsweise lässt sich das an den förderfähigen Zielformulierungen der EU erkennen. Weist bereits die Vorperiode im Vergleich zur Periode 1995-1999 wesentliche Vereinfachungen und Reduktionen im Bereich der Ziele auf (Reduktion von sechs Zielen auf drei beziehungsweise von 13 Gemeinschaftsinitiativen auf drei), so wurde durch die Modifikationen im Rahmen der Strategie von Lissabon erneut eine Zusammenfassung verschiedener Zielbereiche auf sogenannte Monofondsprogramme vorgenommen. Außerdem wurde der Bezug auf das Thema Wachstum im Allgemeinen verstärkt in die Zielformulierungen aufgenommen.

In der Vorperiode bezog sich dieses Wachstum auf die Unterstützung strukturschwacher Regionen, in der aktuellen Periode wurde das Thema des Ausgleichs durch die Orientierung und Stärkung von Potentialen ersetzt. Im Generellen ist der Begriff Schrumpfung auf indirekte Art und Weise in den analysierten Dokumenten präsent. Ein direkter Verweis beziehungsweise der Gebrauch des Begriffes *Schrumpfung* selbst wird wohl selten verwendet, trotzdem werden im Rahmen der Bestandsanalyse Themen wie die demographische Entwicklung teilweise sehr ausführlich diskutiert.

Die Analyse erörtert die Überalterung der Bevölkerung, sinkende Fertilitätsraten sowie die Abwanderungen und Langstrecken- und Wochenpendler. Trotzdem formuliert fast kein OP Zielformulierungen in Bezug auf schrumpfende Regionen; es werden keine spezifischen Ziele für

betroffene Regionen festgelegt. Allgemein können drei thematische Bereiche definiert werden, in welchen sich die OPs (in der Bestandsanalyse) auf Schrumpfung beziehungsweise schrumpfungsrelevante Themenfelder beziehen. Durchgängig kommen die drei Themenblöcke demographischer Wandel, Modifikationen der Wirtschaftsstruktur sowie infrastrukturelle Bereiche (Daseinsvorsorge, Bereitstellung der Grundvorsorge, Erreichbarkeit, etc.) vor. Als horizontales Thema kann – zumindest während der Programmplanungsperiode 2000-06 – die Materie der strukturschwachen Landesteile (vor allem Grenzgebiete und Gebirgslagen) und deren dezidierte Unterstützung definiert werden.

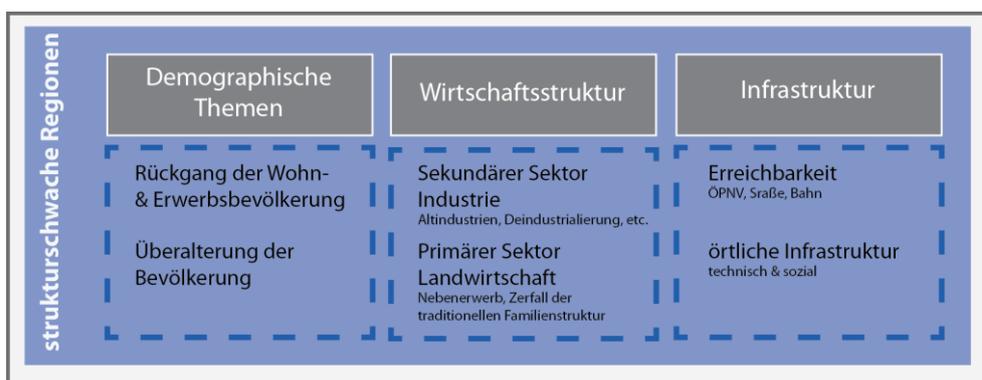


Abbildung 10: Grundlegende Erkenntnisse der OP-Analyse. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.

► Demographische Themen

Allgemeine Themen der Demographie umfassen zu großen Teilen die Abnahme der Wohnbevölkerung in den Beispielregionen sowie das Thema der Überalterung, welches Phänomene wie beispielsweise die sinkende Fertilitätsrate und Geburtenrückgang einschließt.

► Wirtschaftsstruktur

Im Bereich der Wirtschaft werden sowohl der Bereich der Industrie als auch der primäre Sektor der Landwirtschaft häufig in Bezug zum Thema Schrumpfung gesetzt. Im Bereich Industrie wird mehrfach auf Problemlagen altindustrieller Regionen hingewiesen, außerdem auf den konstanten Rückgang von Betrieben, Standortverlagerungen und Betriebsabwanderungen. Das Thema Deindustrialisierung scheint vorwiegend in niederösterreichischen und steirischen Altindustrieregionen präsent zu sein. Der Bereich Landwirtschaft spielt eine untergeordnete Rolle, allerdings wird vorwiegend in ländlich geprägten Räumen darauf hingewiesen, dass durch Modifikationen im Landwirtschaftsbereich und durch den Zerfall traditioneller Familienstrukturen die Hofübernahmen im ländlichen Raum gefährdet sind.

► Infrastruktur

Der Themenbereich Infrastruktur gliedert sich grob in die beiden Teilbereiche der regionalen Erreichbarkeit und des örtlichen Infrastrukturangebots. Im Bereich Erreichbarkeit wird in vielen OPs auf die ungenügende regionale Anbindung an überregionalen Straßen- und Bahnverbindungen hingewiesen, auch das ÖPNV-Angebot scheint häufig unzureichend ausgebaut zu sein. Im Bereich der örtlichen Infrastruktur wird wiederholt auf die Unterauslastung technischer (bspw. Kanal), aber auch sozialer (bspw. Schule) Infrastruktur hingewiesen. Besonders in der aktuellen Programmplanungsperiode scheint dieses Thema zunehmend an Bedeutung zu gewinnen.

3.4.2 Kritische Kurzreflexion der regionalpolitischen Theorien und Konzepte

Wie bereits erwähnt, wird das Thema der Schrumpfung in den analysierten OPs hauptsächlich im Rahmen der Bestandsanalysen thematisiert. Das Bewusstsein für schrumpfungsrelevante Themenfelder (demographische Themen, Deindustrialisierung, etc.) scheint gegeben zu sein, allerdings wird diesem in den Zielformulierungen nicht oder nur ungenügend Rechnung getragen. Die Zielformulierungen und OPs basieren jedoch – wie bereits in der Einführung zur Regionalpolitik genannt – auf der jeweiligen europäischen Strategie. Dies erklärt, dass Ausprägungen und verwandte Begriffe zum Thema Schrumpfung hauptsächlich in der Bestandsanalyse und nur in verminderter Häufigkeit in den Zielformulierungen vorkommen.

Ein zusätzliches Beispiel des geringen Stellenwertes schrumpfungsrelevanter Themen ist die Tatsache, dass die aktuelle Programmplanungsperiode im Vergleich zur vorangegangenen wenig Bezug auf die Bedürfnisse strukturschwacher Regionen nimmt. Wurde in der Vorperiode oft Bedacht auf diese strukturell benachteiligten Gebiete, geprägt von topographischen Besonderheiten, genommen, so fehlt dies in der aktuellen Periode fast vollständig; die Schwerpunkte wurden überwiegend in anderen Bereichen gesetzt. Dies weist auf einen reduzierten Stellenwert dieser Regionen in der europäischen Regionalpolitik hin und bestätigt Grubers Aussagen zu einer Veränderung der Strategien weg von einer Orientierung am Ausgleich zwischen den Regionen, hin zu einer (regionalen) Potentialorientierung (vgl. hierzu Kapitel 3.1, Tabelle 1). Besonders die aktuelle Periode orientiert sich an einer Politik für Wachstum und Beschäftigung, angeleitet durch die formulierten Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft beziehungsweise an der Strategie von Lissabon und der Europa 2020 Strategie im Allgemeinen. Es kann angenommen werden, dass es auch in Zukunft keine Kehrtwende der Regionalpolitik geben wird, da bereits 2009 im Rahmen der Schwedischen Präsidentschaft festgestellt und vereinbart wurde, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft weiterhin verbessert und das Wachstumspotential der EU erhöht werden soll. Als Mittel dafür wurde eine Neuausrichtung der Strategie festgelegt, die Strategie Europa 2020 (vgl. Bongardt, Torres, 2010: 139). Becker beschreibt die Strategie als keinen Neuanfang, sondern betont, wie Europa 2020 *„in der Tradition administrativ gesteuerter wirtschaftspolitischer Koordinierung [steht] und [...] in ihrem Kern Teil eines langfristigen kontinuierlichen Modernisierungsprozesses [ist]“* (Becker, 2011: 25). Die Strategie bricht nicht mit den Grundsätzen der Lissabon-Strategie, *„es gibt durchaus Kontinuitätslinien, die beide Dokumente verbinden. Sie nimmt jedoch zugleich neue Elemente und Verfahren auf. Dabei wird deutlich, dass die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise die Kulisse bildet für die von der Strategie angestoßenen grundlegenden Strukturreformen“* (Becker, 2011: 7). Mit den Eckpfeilern des intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums fokussiert die Strategie *„ganz unmissverständlich [...] ein kräftiges Wirtschaftswachstum“* (Becker, 2011: 8). Die Zielsetzung des steigenden Wirtschaftswachstums sei *„eine zusätzliche Antwort auf die ökonomischen und finanzpolitischen Bedrängnisse der jüngsten Zeit“* (Becker, 2011: 5). Dies bemerken auch Bongardt und Torres in ihrem Artikel aus 2010 und konstatieren, dass Europa 2020 auf ähnlichen Zielvorstellungen der Vorgängerstrategie von Lissabon aufbaut, außerdem bedienen sie sich derselben Governance-Ansätze und demselben Instrumentarium, obwohl die Strategie von Lissabon ihre Zielsetzungen – beispielsweise im Bereich der Reduktion der bestehenden Disparitäten

zwischen den Mitgliedsstaaten³⁵ – nicht erreichen konnte (vgl. Bongardt, Torres, 2010: 136, 142). Die Strategie Europa 2020 repräsentiert ein soziales Marktwirtschaftsmodell; die Strategie bezieht sich – neben sozialen und nachhaltigen Bestrebungen – explizit auf Wachstum. Es wird daher deutlich, dass das europäische Modell zur Modernisierung sozialer und ökologischer Praktiken im Hinblick auf die Förderung von Wachstum maßgeblich beiträgt (vgl. Bongardt, Torres, 2010: 139).

Im Gegensatz zur aktuellen Europa 2020 Strategie beziehungsweise der Lissabon-Strategie als Richtlinie für die aktuelle Programmplanungsperiode hat der Ausschuss für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments 2007 dezidierte Hinweise auf die Thematik Schrumpfung und demographischen Wandel gegeben. Elisabeth Schroedter schreibt in ihrer Stellungnahme über die demographische Zukunft Europas, dass die Europäische Politik verschiedene Strategien für unterschiedliche Regionen – darunter auch schrumpfende – finden sollte, da *„der sich derzeit vollziehende negative demografische Wandel ein ernstes Problem und eine Herausforderung für die Europäische Union, die Regierungen der Mitgliedstaaten und die regionalen Behörden darstellt“* (Schroedter, 2007: 3). In den meisten OPs wird Schrumpfung nicht dezidiert zum Thema, die Stellungnahme des Europäischen Parlaments aus 2007 weist einerseits aber auf die Charakteristika schrumpfender Regionen und Abwanderungsregionen hin und fordert andererseits *„eindringlich dazu auf, im Rahmen der Regionalpolitik von den Möglichkeiten der Kofinanzierung verschiedener Maßnahmen Gebrauch zu machen, die darauf abzielen, die Herausforderungen des demografischen Wandels während des laufenden Programmplanungszeitraums zu bewältigen“* (Schroedter, 2007: 5).

3.5 Zwischenfazit

Schlussfolgernd zu diesem Kapitel zur europäischen Regionalpolitik, ausgewählten Förderungen und Analysen im Hinblick auf die Relevanz der Schrumpfungsthematik in ausgewählten Operationellen Programmen, können die ersten Erkenntnisse dargestellt werden. Dem Hauptkapitel wurden Fragestellungen zu Grunde gelegt, welche sich primär mit den Grundideen der Regionalpolitik, deren dahinterliegenden Strategien und formulierten Zielen beschäftigen. Als wesentlicher Betrachtungspunkt galt erneut das Thema Schrumpfung.

► *Spricht die EU-Regionalpolitik die Bedürfnisse schrumpfender Regionen an?*

Betrachtet man die grundsätzlichen Aussagen und Definitionen zur europäischen Regionalpolitik, so kann festgestellt werden, dass die Gemeinschaft primär auf den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Union abzielt und eine harmonische Regionalentwicklung fördern möchte. Es wird auch darauf hingewiesen, dass Entwicklungsunterschiede – besonders im Bereich der stark benachteiligten Regionen – reduziert und ausgeglichen werden. Grundsätzlich unterstützt die Regionalpolitik als Investitionspolitik aktuell vorwiegend die Wettbewerbsfähigkeit der EU, Wirtschaftswachstum und das Schaffen von Arbeitsplätzen. Analysiert man den EFRE, so gehören die Verminderung des Strukturwandels, der Abbau von Disparitäten und die Förderung der europäischen Kohäsion zu dessen Zielen; außerdem unterstützt der Fonds benachteiligte Gebiete. Ebenso fördert LEADER grundsätzlich den wirtschaftlichen und

³⁵ *„They [Tilford & Whyte] concluded that the Lisbon process had prompted some movement in the same direction, but that the EU would not reach any of its objectives from 2000 and that the differences between the best and the worst performing Member States in 2010 had actually increased“* (Bongardt, Torres, 2010: 140).

sozialen Zusammenhalt und versucht, besonders den Spezifika der Landwirtschaft und den natürlichen beziehungsweise topographischen Ungleichheiten Rechnung zu tragen. Diese Definitionen und Schwerpunkte lassen darauf schließen, dass die europäische Regionalpolitik auch den Bedürfnissen schrumpfender Regionen Rechnung trägt.

- ▶ *Welche Konzepte und Theorien stehen hinter den analysierten EU-Förderungen? Welche Ansätze werden verfolgt?*

Allgemein basiert die Regionalpolitik auf der jeweils aktuellen Gesamtstrategie der Gemeinschaft.³⁶ Veränderungen der Strategie oder eines Übereinkommens folgen immer Modifikationen in der Regionalpolitik, da die gegenwärtige Strategie jeweils den Koordinierungsrahmen der aktuellen Förderperiode darstellt. Die Vorperiode hat besonders strukturschwache Regionen und den innergemeinschaftlichen Ausgleich unterstützt, im Zuge der aktuellen Haushaltsperiode werden vorwiegend Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Forschung und technologische Entwicklung gefördert; es herrscht eine Potentialorientierung im Gegensatz zum Ausgleich vor und der Gedanke des Wachstums stellt seit der Strategie von Lissabon einen wesentlichen Schwerpunkt dar. Im Bereich LEADER wird die endogene Regionalentwicklung unterstützt; basierte das LEADER-Programm vormals jedoch auf innovativen Ideen und Pilotstudien, so dominiert heute die Befürchtung einer zunehmend geschwächten Innovationskraft und Unterordnung der Programme in das Programm der Ländlichen Entwicklung.

- ▶ *Zielen diese Theorien auf die Unterstützung schrumpfender Regionen ab?*

Die Analyse der ausgewählten Programmplanungsdokumente zeigt keinen spezifischen Bezug der OPs auf die Bedürfnisse schrumpfender Regionen. Zwar wird das Problem beziehungsweise die damit einhergehenden Herausforderungen erkannt, Lösungsideen fehlen aber vorwiegend beziehungsweise werden nicht ausreichend artikuliert. Demographischer Wandel, Veränderungen der Wirtschaftsstruktur und Erreichbarkeitsfragen wird viel Raum gegeben, allerdings fehlen Zielformulierungen, welche diese Problemfelder dezidiert ansprechen. Das Thema der strukturschwachen Regionen wurde im Rahmen der Agenda 2000 von der EU verfolgt, taucht aber in den Ausführungen zur Strategie von Lissabon und der starken Ausrichtung auf die Wachstumsförderung nicht mehr in diesem Ausmaß auf. Dagegen können wettbewerbspezifische Festlegungen als Unterstützung benachteiligter Regionen benannt werden.

- ▶ *Welche Unterschiede bezüglich der grundsätzlichen Zielsetzungen lassen sich hier erkennen?*

Einerseits lassen sich Unterschiede in den beiden analysierten Programmplanungsperioden feststellen – wie bereits erwähnt, zielte die Vorgängerperiode auf die Unterstützung strukturschwacher Regionen ab, in der aktuellen Haushaltsperiode wird hauptsächlich die Förderung bestehender Potentiale zur Wachstumsbeitrag fokussiert –, andererseits bestehen große Unterschiede in den analysierten OPs. Einige Programme haben eine große Anzahl an Verweisen auf die Schrumpfungsthematik gezeigt, andere OPs haben das Thema ganz oder zumindest weitgehend vernachlässigt.

³⁶ 00-06: Agenda 2000; 07-13: Strategie von Lissabon; zukünftig (beziehungsweise seit 2010): Europa 2020

4 Österreichische schrumpfende Regionen und Gemeinden

Neben einem kurzen theoretischen Einstieg und der Abbildung von Schrumpfungsprozessen in Österreich bietet dieses Kapitel einen Überblick über mögliche Indikatoren zur Darstellung regionaler beziehungsweise kommunaler Schrumpfungsprozesse. Außerdem wird ein Indikatorenset zur Typisierung der österreichischen Regionen und der steirischen und niederösterreichischen Gemeinden entwickelt. Darüber hinaus werden erste Analyseergebnisse der Gemeinde- und Regionstypisierung nach Schrumpfungsindikatoren präsentiert und diskutiert. Ziel des Kapitels ist es, die Entwicklung der vergangenen drei Jahrzehnte sowie die momentane Situation schrumpfender Regionen und Gemeinden in Österreich darzustellen und unterschiedliche Typen von schrumpfenden Gebietseinheiten zu identifizieren.

4.1 Schrumpfung in Österreich

Wie bereits im Kapitel zum Thema Schrumpfung erwähnt, hat der thematische Diskurs zum Begriff in Österreich erst spät begonnen. Dies scheint vorwiegend ein Thema der Begrifflichkeit zu sein, da das Phänomen der Abwanderung in Österreich lange Zeit vorwiegend unter dem Begriff der Landflucht³⁷ oder der Verödung diskutiert wurde beziehungsweise diese Begriffe heute immer noch relevant und gebräuchlich sind. Demgegenüber steht die Feststellung von Giffinger und Kramar, welche schreiben, dass das Thema *„bislang in der raumordnungs- und regionalpolitischen Diskussion in Österreich – gegenüber jener in Deutschland – eine untergeordnete Rolle [spielt] bzw. [...] in seinem Kern als negativ kumulierender Prozess nicht erkannt [wird]“* (Giffinger, Kramar, 2008: 23).

Betrachtet man die vergangenen Entwicklungen in Österreich, so kann 1989 als ausschlaggebendes Jahr für die Regionalentwicklung, besonders aber für die Entwicklung (vormals) peripher gelegener Grenzregionen identifiziert werden, da sich die geopolitische Situation von Österreich gänzlich verändert hat. Giffinger und Kramer erläutern in ihrem Artikel, dass Gebiete, welche vormals an einer „toten“ Grenze gelegen sind, *„plötzlich zum neuen Einzugsgebiet benachbarter Städte, zum gut erschlossenen Verkehrskorridor oder zum weiterhin schlecht erreichbaren Ergänzungs- und Zwischengebiet der sich etablierenden Zentralräume [geworden sind]“* (Giffinger, Kramar, 2008: 9).

Schindegger betont für die Zeit um 1989 die Gleichzeitigkeit der Ost- und Westöffnung; einerseits die Grenzöffnung zu den östlichen Nachbarländern, andererseits *„der Beitritt Österreichs zum EW und in der Folge zur EU“* (Schindegger, 1999: 55). Manche Regionen haben also stark von den neuen Entwicklungen in den unmittelbaren Nachbarregionen profitiert, andere Regionen haben durch diese Entwicklungen negative Effekte verzeichnet. Neben einem vorerst lediglich verlangsamtem Wachstum haben manche Regionen zu dieser Zeit bereits erste Schrumpfungsprozesse gezeigt (vgl. Giffinger, Kramar, 2010: 9; Resch, 2008: 94).

Heilig hat in seiner Analyse aus 2002 bereits festgestellt, dass zwischen 1991 und 2001 nahezu ein Drittel der österreichischen Gemeinden Einwohner verloren haben: von *„1744 ländlichen*

³⁷ So führen Adelsberger und Lung zum Beispiel aus, dass die Landflucht bereits im Mittelalter Thema war. *„Stadtluft macht frei“ war damals das Motto, aber freilich ging es auch um das Wiederauffüllen der Städte nach Seuchen, Krieg und Zerstörung. Und immer war die Triebfeder des Einzelnen die Erwartung eines besseren Lebens, von sozialem Aufstieg und Wohlstand“* (Adelsberger, Lung, 2008: 27).

Gemeinden mit identischem Gebietsstand [hatten] 532 einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen [...]. Dies entspricht einem Anteil von 30.5%. Bei zwölf Gemeinden veränderte sich die Bevölkerung zwischen 1991 und 2001 nicht, und bei 1200 Landgemeinden stieg die Bevölkerung an – meistens allerdings nur leicht.“ (Heilig, 2002: 9; vgl. außerdem Sedlacek et al., 2008: 67).

Österreichische Städte haben in erster Linie Bevölkerungsteile der sogenannten Mittelschicht an das Stadtumland verloren, im ländlichen Raum kam es vorwiegend aufgrund des Strukturwandels in der Landwirtschaft zum Bevölkerungsrückgang (vgl. Schipfer, 2005: 16 zit. nach Sedlacek et al., 2008: 67; vgl. außerdem Kapitel 2.3).

4.1.1 Schrumpfende Regionen in Österreich

Räumlich betrachtet, analysieren Giffinger und Kramar dass sich heute österreichische Schrumpfungsgemeinden in gewissen Regionen konzentrieren und nicht über ganz Österreich gleichmäßig verteilt sind. Nach ihrer Analyse sind *„immer noch die Gebiete an der ehemals toten Grenze zu Tschechien, der Slowakei und Ungarn, vor allem das nördliche Wald- und Weinviertel sowie das Südburgenland [überdurchschnittlich betroffen]“* (Giffinger, Kramar, 2008: 18; vgl. außerdem Biwald, 2012: 1, Weber, Höferl, 2012: o.S.).

Dies unterstreicht die ÖROK in ihrer Publikation von 2009(b), in welcher darauf hingewiesen wird, dass die Bevölkerung in vielen Grenzlagen *„sogar bereits seit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts rückläufig [ist]“* (ÖROK, 2009b: 20). Schindegger hat schon in seiner Publikation von 1999 betont, dass bereits in den 1980er Jahren die Bevölkerung in Gebieten von schwacher Wirtschaftskraft (v.a. in altindustriellen Regionen der Steiermark und Niederösterreich) gesunken ist und diese Entwicklung auch in den darauffolgenden 1990er Jahren angehalten hat (vgl. Schindegger, 1999: 55).

Weitere Gebiete, welche als schrumpfend definiert werden, liegen in alpinen Regionen, beispielsweise im Voralpenraum (Obersteiermark, Niederösterreich) oder im hochalpinen Bereich. Dies geht mit dem Befund der ÖROK aus 2009(b) einher, welche periphere ländliche Gebiete – die im Rahmen der Publikation als Regionen mit abnehmender Bevölkerung und schwacher Wirtschaft definiert werden – hauptsächlich *„in den südlichen und östlichen Teilen der österreichischen Alpengebiete sowie an den ehemaligen Ostgrenzen“* (ÖROK, 2009b: 8; vgl. außerdem ÖROK, 2009b: 20) diagnostizieren. Auch Resch konstatiert starke Abwanderungstendenzen vorwiegend im Bereich des Alpenost- und des Alpensüdrandes; dagegen weisen andere alpine Bereiche wie *„der Salzburger Raum [...] [und] Tirol [...] durchaus dynamische Entwicklungen auf“* (Resch, 2008: 95; vgl. außerdem Abbildung 11).

Neben diesen Entwicklungen im alpinen Bereich wurden in einigen Städten aufgrund von Suburbanisierungsprozessen Schrumpfungsentwicklungen beobachtet. Dies zeigt, dass Schrumpfungsprozesse nicht nur in ländlich oder peripher geprägten Regionen auftreten, sondern auch urbane Regionen von negativen Entwicklungen – meist durch Strukturprobleme ausgelöst – betroffen sein können (vgl. Giffinger, Kramar, 2008: 18, 23; Resch, 2008: 94; Weber, Höferl, 2012: o.S.; vgl. Abbildung 11).

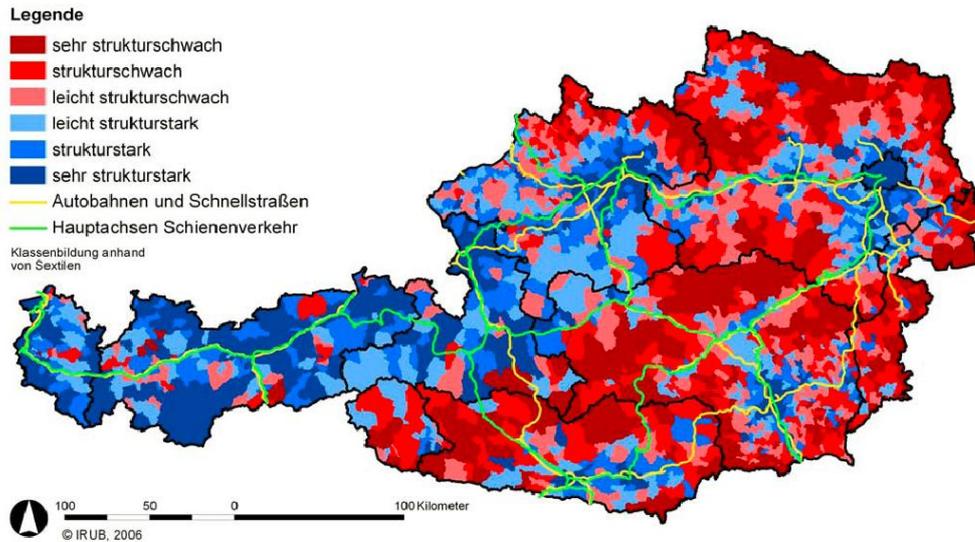


Abbildung 11: Strukturschwache und strukturstarke Gemeinden Österreichs 2001. Quelle: Höferl, Jelinek, 2007: 785 zit. nach Weber, Höferl, 2012: o.S.

Trotzdem betont Fassmann in seinem Artikel aus 2008, dass besonders in ländlichen Gebieten der Prozess der „negativen zirkulären Verursachung“ (Fassmann, 2008: 20) stattfindet; „mit der Abwanderung einer jüngeren, erwerbstätigen Bevölkerung geht lokale Kaufkraft verloren. Ohne lokale Kaufkraft sind Handel und Dienstleistungen gefährdet. Mit der Schließung von Betrieben fallen aber auch wieder Arbeitsplätze weg, was die Tendenz zur Abwanderung verstärkt. Abwanderungsgemeinden stehen vor dem großen Problem, die Abwärtsspirale zu durchbrechen“ (Fassmann, 2008: 20).

Schremmer konstatiert, dass sich das ursprüngliche Grundmuster von Schrumpfungsprozessen in Österreich geändert hat. Bis zum Beginn der 1990er Jahre haben besonders westliche Bundesländer stark an Bevölkerung gewonnen, die Bereiche Wien und Niederösterreich stagnierten. Seither hat sich „eine kontinuierliche Veränderung zugunsten der Ostregion entwickelt, die vor allem ab 2001 stark an Dynamik gewonnen hat“ (Schremmer, 2011: 1). Dem gegenüber stehen Fassmanns Aussagen, der bemerkt, dass sich das Muster von schrumpfenden Regionen in Österreich nicht grundlegend verändert hat. Er bezeichnet als „Sorgenkinder der demographischen Entwicklung Österreichs [...] die steirischen Bezirke Murau, Leoben, Radkersburg, Mürzzuschlag und Judenburg sowie Zwettl und der Grenzbezirk Gmünd in Niederösterreich, Güssing im Burgenland und Hermagor in Kärnten. Es sind dies Bezirke, die entweder noch immer den industriellen Strukturwandel zu bewältigen haben oder so weit von den wirtschaftlichen und städtischen Zentren entfernt liegen, dass die Bevölkerung abwandern muss, wenn sie erwerbstätig sein möchte“ (Fassmann, 2008: 15).

4.1.2 Demographischer Wandel als Triebfeder

Als eine Triebfeder von Schrumpfungsprozessen kann der demographische Wandel genannt werden (vgl. bspw. Schipfer, 2005: 15f.). So beschreiben Mayerhofer et al. in ihrer Studie aus 2010 den demographischen Wandel in Österreich und beziehen sich als Ausgangspunkt auf Schätzungen der Europäischen Union aus 2008, wonach „die Bevölkerungszahl in den EU 27 bis 2030 nur noch um rund 5% wachsen [wird], gegenüber der vorangegangenen Dekade wird sich die Dynamik damit fast halbieren. Gleichzeitig wird der Anteil der Älteren (65+) von derzeit

etwas über 17% auf nahe 24% zunehmen, 100 Europäern im erwerbsfähigen Alter werden dann nicht mehr rund 26, sondern 38 ältere Unionsbürgern gegenüber stehen“ (Mayerhofer et al., 2010: 6).

Als Triebkräfte des demographischen Wandels werden die steigende Lebenserwartung, die abnehmende Fertilitätsrate und die ansteigende Migration bezeichnet (vgl. Mayerhofer et al., 2010: o.S.; vgl. außerdem Giffinger, Kramar, 2008: 8; Grießer, 2008: 86). Diese Kräfte wirken regional äußerst unterschiedlich, haben aber sowohl auf die Bevölkerungsdynamik als auch auf die Bevölkerungsstruktur teilweise gravierende Auswirkungen. Schindegger gibt hierbei zu bedenken, dass vorwiegend die wechselseitige Beziehung zwischen der natürlichen Entwicklung der Bevölkerung sowie deren Wanderungsbewegung meist unterschätzt wird. (Schindegger, 1999: 52).

Eine niedrige beziehungsweise sinkende Fertilität kann einen Auslöser für den Alterungsprozess darstellen, andererseits wird dieser durch die steigende Lebenserwartung³⁸ angestoßen. Mayerhofer et al. bemerken auch für Österreich einen Alterungsprozess der Bevölkerung, stellen aber fest, dass „Schrumpfungsprozesse [...] allerdings (auch) auf Sicht nur punktuell auf kleinräumiger Ebene auftreten [werden], was tendenziell dämpfend auf den Alterungsprozess wirkt“ (Mayerhofer et al., 2010: 23). Demnach stellen nach Mayerhofer et al. vorwiegend Alterungsprozesse – im Gegensatz zu Schrumpfungsprozessen im Allgemeinen – große zukünftige Herausforderungen dar (vgl. Mayerhofer et al., 2010: 23; vgl. außerdem ÖROK, 2009b: 19). Fassmann betont darüber hinaus, dass Alterungsphänomene und die Bevölkerungsentwicklung nicht gleich verteilt über die österreichischen Regionen stattfinden werden. Er konstatiert, dass besonders südliche Bundesländer (Steiermark und Kärnten) langfristig an Bevölkerung verlieren (vgl. Fassmann, 2008: 18). Dies geht einher mit den Aussagen von Resch, der in seinem Artikel von 2008 betont, dass „in einzelnen Regionen [...] mit einer Verdoppelung der Über-65-Jährigen bis 2031 zu rechnen [ist]“ (Resch, 2008: 95) sowie der allgemeinen dispersen Verteilung von schrumpfenden Regionen über ganz Österreich.

Schipfer aber auch die ÖROK diskutieren im Zusammenhang mit dem Thema des demographischen Wandels den Begriff der Infrastruktur beziehungsweise das Thema der Bereitstellung dieser. Schipfer beschreibt mögliche kommunale Probleme für die Bereitstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen. Der Bedarf für soziale Infrastruktur (Schulangebot, Kinderbetreuung) und auch technische Ver- und Entsorgung geht in diesen Gebieten zurück und „gleichzeitig verändern sich die finanziellen Handlungsspielräume, denn durch die demographische Schrumpfung werden die finanziellen Ressourcen und damit die Bewegungsspielräume eingeschränkt“ (Schipfer, 2005: 15; vgl. außerdem ÖROK, 2009b: 19). Dennoch: der Rückbau des Infrastrukturangebots – sowohl der technischen als auch der sozialen Infrastruktur³⁹ – ist in Österreich nach Fassmann bisher auch aufgrund der Komplexität dieser Aufgabenstellung keine gängige Praxis (vgl. unter anderem Fassmann, 2008: 20; Fassmann, 2003: 64). Betrachtet man den Bereich der Daseinsvorsorge, so bietet die folgende Tabelle einen ersten Überblick über mögliche Problemfelder in unterschiedlichen Kategorien von zentralen Orten in Österreich.

³⁸ Nach der Prognose der Statistik Austria steigt die Zahl der Person über 60 Jahren von 1,8 Mio. im Jahr 2008 auf 3,3 Mio. im Jahr 2050 (vgl. Fassmann, 2008: 17).

³⁹ Die Ausstattung mit sozialer Infrastruktur wird besonders im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel als wesentlich erachtet.

Tabelle 15: Räumliche Probleme sektoraler Leistungserbringung. Quelle: Höferl, 2006: 14. Eigene Darstellung.

Dienstleistung	Bestehende und künftige Probleme		
	Zentrale Orte der untersten Stufe	Zentrale Orte der untersten und der unteren Stufe	Zentrale Orte der mittleren Stufe/ regionale Zentren
Lebensmittelversorgung	Hohe Problemintensität		
Postdienste/ -ämter	Hohe Problemintensität		
Telekomdienste	Hohe Problemintensität		
Volksschulen	Hohe Problemintensität		
Hauptschulen		Geringe Problemintensität	
AHS/BHS			Geringe Problemintensität
Kundenbetreuung	Geringe Problemintensität		
Altenbetreuung	Geringe Problemintensität		
Niedergelassene Ärzte	Geringe Problemintensität		
Krankenhäuser			Geringe Problemintensität
Kulturelle Infrastruktur	Hohe Problemintensität		
Öffentlicher Verkehr	Hohe Problemintensität	Geringe Problemintensität	
Straßen- und Wegenetz			

Die Tabelle zeigt, dass besonders zentrale Orte der untersten Stufe erhebliche Probleme in der Leistungserbringung der Daseinsvorsorge in Bereichen des öffentlichen Verkehrs, der Lebensmittelversorgung und Postämter aber auch im Bereich der Volksschulen aufweisen. Höferl stellt in seinem Beitrag aus 2006 dar, dass sich Gebiete, welche im Bereich Dienstleistungen der Daseinsvorsorge mehrere Risikofaktoren aufweisen, vorwiegend in der Steiermark, in nördlichen Bereichen Niederösterreichs und in Kärnten situiert sind (vgl. Höferl, 2006: 12). Diese Regionen müssen sich mit noch nicht beantworteten Fragestellungen beschäftigen, beispielsweise wie „die Versorgungssituation der Bevölkerung auch in ländlichen und dünn besiedelten Räumen sichergestellt werden [kann]“ (Fassmann, 2003: 64).

Nach Fassmann sind in Österreich beziehungsweise in den betroffenen Gebieten zahlreiche Fragestellungen im Bereich Raumplanung und Demographie noch ungelöst; er hat bereits 2003 betont, dass die „Raumplanung [...] noch nicht auf allgemein gültige Modelle und Konzepte des Rückbaus zurückgreifen [kann]. Über die Prinzipien der Aufschließung ist viel bekannt, über Prinzipien einer sozial verträglichen Renaturierung jedoch wenig. Es fehlen Konzepte, Modelle, Prinzipien und Instrumente für eine räumliche Ordnung bei gleichzeitigem Bevölkerungsrückgang“ (Fassmann, 2003: 64). Hierbei sind der Begriff der Pfadabhängigkeit sowie die bisherige und aktuell stattfindende Forschungstätigkeit in Deutschland zu erwähnen; wie bereits in Kapitel 2.2.3 erwähnt, ist das Thema Schrumpfung in Deutschland schon seit geraumer Zeit in Diskus-

sion, als beispielhafte Studie zur Flexibilisierung von Infrastruktur ist die Untersuchung *Die Zukunft der städtischen Infrastruktur* des Deutschen Instituts für Urbanistik aus 2008⁴⁰ zu nennen.

4.2 Indikatoren zur Abbildung von Schrumpfungsprozessen

Schrumpfungsprozesse können neben variierenden Motiven und Ursachen (Deindustrialisierung, Suburbanisierung, Transformation des politischen Systems) auch durch Veränderungen auf unterschiedlichen Ebenen und in verschiedenen Bereichen definiert werden. Meist zeichnet nicht ein einziges Kennzeichen eine Region als schrumpfendes Gebiet aus, Giffinger und Kramar bemerken beispielsweise, dass „*die Betrachtung verschiedener Merkmale [...] eine wesentliche Voraussetzung für die Ermittlung solcher Regionen [ist]*“ (Giffinger, Kramar, 2008: 14). Die Autoren unterscheiden in ihrer Aufstellung über Merkmale und Indikatoren zur Identifikation von schrumpfenden Regionen zwischen demographischen Merkmalen, wirtschaftlichen Merkmalen und Merkmalen der Siedlungsentwicklung. Außerdem werden den jeweiligen Merkmalen Indikatoren zur Darstellung der zeitlichen Veränderung zugeordnet (vgl. Giffinger, Kramar, 2008: 14f.).⁴¹ Diese Darstellung von Schrumpfungsprozessen geht mit gängigen Definitionen der Thematik einher, da zahlreiche Autoren Schrumpfung als komplexen Prozess beschreiben, der meist nicht nur auf dem Rückgang von Bevölkerung basiert, sondern unterschiedliche Ausprägungen annehmen kann und auch aus verschiedenen Ursachen resultiert (vgl. hierzu die Ausarbeitungen in Kapitel 2.6).

Auch im Artikel von Palme, welcher 1995 die Struktur und Entwicklung österreichischer Wirtschaftsregionen analysiert hat, finden sich ähnliche Parameter für die Zuordnung von österreichischen Regionen zu verschiedenen Entwicklungstypen; allerdings wurde hier kein spezielles Augenmerk auf schrumpfende Regionen gelegt. Ziel der Studie war die Klassifikation aller Regionen nach ihrer Wirtschaftsstruktur. Trotzdem werden die von Palme verwendeten Parameter als relevant für die Klassifikation von schrumpfenden Regionen angesehen, da sie die regionale Entwicklung in adäquater Art und Weise abbilden können. Die Verbindung beider Untersuchungen – trotz der unterschiedlichen Zielsetzungen – ist in der Auswahl ähnlicher Indikatoren in beiden Studien erkennbar. Im Folgenden wird die Darstellungsweise nach den drei Kategorien Demographie, Wirtschaftsentwicklung und Siedlungsentwicklung kurz angeführt und vergleichend diskutiert:

- Als **demographische Merkmale** werden in der Arbeit von Giffinger und Kramar die Abwanderung, eine niedrige Fertilität sowie die Überalterung der Bevölkerung genannt. Damit einhergehende Indikatoren sind die Wanderungs- und Geburtenbilanz, der Anteil der Über-60-Jährigen und der Anteil der Unter-15-Jährigen (vgl. Giffinger, Kramar, 2008: 15). Zu ergänzen ist hier die Untersuchung von Palme, welcher sowohl die Einwohnerzahl als auch die Bevölkerungsdichte für die Klassifikation verwendet hat (vgl. Palme, 1995: 410).
- **Wirtschaftliche Merkmale** umfassen den Rückgang der Wirtschaftsleistung, eine negative Entwicklung der Arbeitsplätze, die Zunahme an wenig produktiven Branchen, eine steigende Arbeitslosigkeit, niedrige Innovationskraft, Schließungen von Betrieben und ein hoher Anteil an Auspendlern. Als Indikatoren werden die Entwicklung von Regionalprodukt, Kaufkraft und Steueraufkommen, Veränderungen von Beschäftigungszahlen und Arbeitslosig-

⁴⁰ Deutsches Institut für Urbanistik/DIFU (Hrsg.) (2008): *Die Zukunft der städtischen Infrastruktur*. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 47. Jg. (2008) II.

⁴¹ Eine tabellarische Aufstellung der Indikatoren ist im Anhang verfügbar.

keit, Investitionen und Patentanmeldungen im Bereich F&E sowie die Konkursanmeldungen in einer Region genannt (vgl. Giffinger, Kramar, 2008: 15); Palme verwendet die Anzahl der Erwerbstätigen, den Anteil der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsstruktur, die Arbeitslosenquote, die Frauenbeschäftigung und Qualifikationen der Bevölkerung für die Klassifikation der österreichischen Wirtschaftsregionen (vgl. Palme, 1995: 410).

- **Merkmale der Siedlungsentwicklung** in schrumpfenden Regionen schließen die Entwicklung der Immobilienpreise, sinkende öffentliche Investitionen im Bereich Infrastruktur, eine Verschlechterung von Nahversorgung, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie der Erreichbarkeit (im ÖPNV) ein. Außerdem ist eine geringe Bautätigkeit vorhanden und ein hoher Wohnungsleerstand zu verzeichnen. Auch das Verhältnis von neu errichteten Wohnflächen zu bestehenden Flächen wie auch der Leerstand im Bereich von Geschäfts- und Wohnflächen können als Parameter dienen (vgl. Giffinger, Kramar, 2008: 15). Im Bereich der Siedlungsentwicklung stellt Palme in seinem Artikel das Verhältnis der Einpendler zu den Auspendlern dar (vgl. Palme, 1995: 410).

Die Ergebnisse der Untersuchung von Palme zeigen ein sehr differenziertes Bild an Wirtschaftsregionen. Der Autor unterscheidet zwischen Metropolen, Großstädten, Umland, Mittelstädten, Intensiven Industrieregionen, Intensiven Tourismusregionen, Extensiven Industrieregionen, Touristischen und Industrialisierten Randgebieten (vgl. folgende Abbildung⁴²).

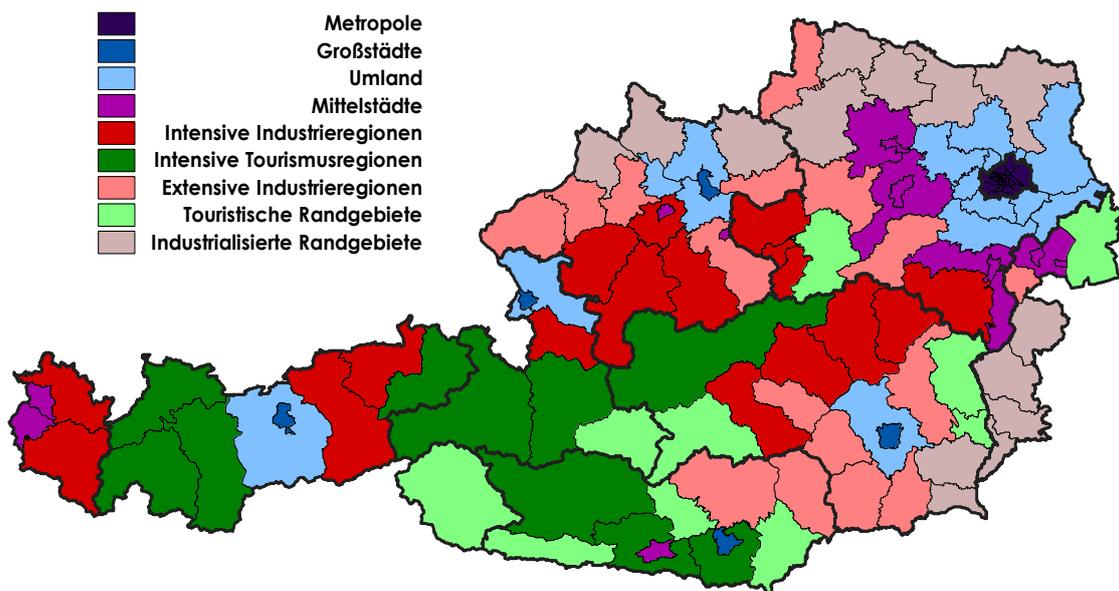


Abbildung 12: Wirtschaftsregionen in Österreich/ Bezirksebene. Quelle: Palme, 1995: 401, zit. nach Mayerhofer, 2011: 45.

Auch Weber und Höferl definieren in ihrem Artikel zum Thema Schrumpfung in Österreich Bereiche, durch deren (negative) Entwicklung schrumpfende Regionen definiert werden können. Diese Bereiche stellen einerseits die Anzahl der Bevölkerung und die Abnahme junger Bevölkerungsanteile im demographischen Bereich dar, andererseits Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft im wirtschaftlichen Bereich sowie eine Abnahme der Investitionskraft privater und öffentlicher Haushalte, Rückgänge im Bereich Versorgungseinrichtungen und Gebäudeausnutzung im Bereich der Siedlungsstruktur. Zusätzlich werden das Gemeinschaftsleben, der politische Einfluss

⁴² Die Darstellung von schrumpfenden Regionen war nicht Forschungsgegenstand dieser Studie.

und die optimistische Grundstimmung genannt, welche vorwiegend soziale und politische Aspekte behandeln (vgl. Weber, Höferl, 2012: o.S.).

Indikatorenauswahl zur Abbildung von Schrumpfungsprozessen

Das grundlegende Indikatorenset, welches als Basis für die folgenden Analysen der Gebiets-einheiten in Österreich dient, baut stark auf bereits bestehenden Typisierungen anderer Untersuchungen und Studien auf. Beispielsweise wurden die bereits zitierten Arbeiten von Palme, Giffinger und Kramar sowie Weber und Höferl aus 2012 näher analysiert. Die Auswahl von Indikatoren basiert sowohl auf dieser Analyse als auch auf der bereits festgelegten Definition von Schrumpfung (vgl. hierzu Kapitel 2.6). Nach dieser Definition ist Schrumpfung ein kumulativer, mittel- bis langfristiger Transformationsprozess, der auf räumlicher wie auch sozialer Ebene stattfindet. Als Hauptmerkmal wird eine negative demographische Veränderung bezeichnet, dennoch sind damit einhergehende regionale Folgeprozesse maßgeblich, wie zum Beispiel eine negative Entwicklung der Wirtschaft und der Versorgung (bspw. Infrastruktur). Diese Abgrenzung geht mit zahlreichen Autoren einher, so mit Bürkner et al. oder Lang und Tenz, welche bemerken, dass die schrumpfende Stadt *„durch zwei ursächliche Prozesse gekennzeichnet [ist]: erstens durch den Verlust von Einwohnern und zweitens durch eine nachlassende wirtschaftliche Dynamik“* (Lang, Tenz, 2003: 103).

Wesentlich für die Aufstellung relevanter Indikatoren ist daher, dass neben demographischen Merkmalen (Bevölkerungsentwicklung, Fertilitätsraten, Alterung) auch der Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung einen wesentlichen Stellenwert bei der Typisierung der Gebietseinheiten einnimmt. Besonders durch die Auswahl der wirtschaftlichen Faktoren soll es ermöglicht werden, potentielle Ursachen für Schrumpfungsprozesse (vgl. hierzu Kapitel 2.3), wie beispielsweise Deindustrialisierung oder allgemeine Transformationsprozesse, abzubilden. Zusätzlich soll der gewonnenen Erkenntnis Rechnung getragen werden, dass die Analyse von verschiedenen Merkmalen wesentlich für die Klassifizierung schrumpfender Gebietseinheiten ist (vgl. Giffinger, Kramar, 2008: 14). Durch eine Gewichtung der ausgewählten Indikatoren und die damit einhergehende Gleichverteilung an demographischen und wirtschaftlichen Indikatoren soll gewährleistet werden, dass regionale und auch kommunale Schrumpfungsprozesse adäquat abgebildet werden können.

Im Folgenden wird die Analyse der österreichischen NUTS-III-Regionen durchgeführt, um die gesamtösterreichische Situation darstellen und einen angemessenen Überblick über die österreichische Entwicklung geben zu können. Außerdem werden in weiterer Folge die Entwicklung der niederösterreichischen und steirischen Gemeinden während der vergangenen Jahrzehnte analysiert, da angenommen wird, dass die kommunalen Entwicklungen in diesen Bundesländern die Schrumpfungsthematik in Österreich besonders gut abbilden können. Überdies bietet die Analyse der kommunalen Ebene die Möglichkeit, auch kleinräumige Schrumpfungsprozesse darzustellen. Es wird angenommen, dass zahlreiche Gemeinden – welche Teil von stabilen oder gar wachsenden NUTS-III-Regionen sind – durchaus negative Entwicklungen in Bezug auf Demographie und Wirtschaftsleistung verzeichnen. Die Illustration dieser Entwicklungsunterschiede soll zeigen, auf welchen Ebenen Schrumpfung in Österreich stattfindet (vgl. hierzu Kapitel 2.4) und dient als Hilfestellung für die darauffolgende Auswahl der Fallbeispiele.

Sowohl die Analyse der österreichischen NUTS-III-Regionen als auch die Analyse der niederösterreichischen und steirischen Kommunen basiert auf den Themenbereichen Demographie und

Wirtschaft, die thematische Abgrenzung der Bereiche basiert – wie bereits erwähnt – neben vorliegenden Studien auch auf den grundlegenden Erkenntnissen aus Kapitel 2.6.

4.3 Typisierung österreichischer Regionen (NUTS-III-Level)

Zur Abbildung des Entwicklungstyps der österreichischen NUTS-III-Regionen wird neben der demographischen Situation der Regionen auch die wirtschaftliche Entwicklung während der letzten Jahre im Detail betrachtet. Die verwendeten Indikatoren zur Abbildung der regionalen Entwicklungsprozesse reichen von Daten aus den 1990er Jahren bis zu Daten aus dem Jahr 2011. Einzelne Daten bilden lediglich die Entwicklung der letzten 10 Jahre ab (bspw. Geburtenentwicklung oder Altersgruppenveränderung)⁴³.

4.3.1 Verwendete Indikatoren

Der Analyse der **demographischen Situation** ist durch vier Großgruppen an Indikatoren gegliedert und umfasst die Entwicklung der Bevölkerung von 1981 bis 2011, die Wanderungs- und die natürliche Bevölkerungsentwicklung sowie das Thema der Überalterung der Gesellschaft innerhalb der österreichischen NUTS-III-Regionen. Durch diese zusätzliche Auswahl dieser Indikatoren – neben der reinen Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung – soll ein differenzierteres Bild gegeben werden und auch der demographische Wandel in österreichischen Regionen abgebildet werden; als dessen Triebkräfte können die steigende Lebenserwartung, eine abnehmende Fertilitätsrate sowie die ansteigende Migration bezeichnet werden (vgl. Mayerhofer et al., 2010: o.S.; vgl. außerdem Giffinger, Kramar, 2008: 8; Grießler, 2008: 86; Kapitel 4.1). Folgende Kennzahlen und Indikatoren sind Bestandteil der Analyse:

Bevölkerungsentwicklung

- Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung 1981-2011 in % p.a.
- Bevölkerungsveränderung 1981-2011 in %
- Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung 1981-1991 in % p.a.
- Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung 1991-2001 in % p.a.
- Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung 2001-2011 in % p.a.

Im Rahmen der Analyse wird neben der gesamten Bevölkerungsentwicklung über die vergangenen drei Dekaden von 1981 bis 2011 auch die Entwicklung in Zehnjahresabschnitten berücksichtigt. Diese differenzierte Betrachtung resultiert aus der Annahme, dass die österreichischen Regionen während der letzten 30 Jahre durchaus unterschiedliche Entwicklungen zu verzeichnen hatten, Regionen daher nicht stetig an Bevölkerung gewonnen oder verloren haben, sondern die Ausprägungen je nach Zeitperiode stark variieren. Um diese komplexen Transformationsprozesse in die Analyse zu integrieren, finden die unterschiedlichen zeitlichen Phasen Berücksichtigung.

Wanderungsentwicklung

- Wanderungsrate 2002-2010 in %

⁴³ Diese Auswahl basiert auf verfügbaren Daten auf NUTS-III-Level (Datenquellen bspw. Eurostat, Statistik Austria, etc.; eine genaue Auflistung der verwendeten Datenquellen befindet sich in Kapitel 7.1).

Natürliche Bevölkerungsentwicklung

- Natürliche Bevölkerungsentwicklung 2002-2010 in %

Bürkner, Kuder und Kühn nennen „ausbleibendes natürliches Bevölkerungswachstum und Abwanderungen der Wohn- und Erwerbsbevölkerung, verbunden mit Beschäftigungsrückgängen und hoher Arbeitslosigkeit“, jene Entwicklungen, die in Regionen massive Krisen auslösen können (Bürkner et al., 2005: 3). Auch die Entwicklung der Wanderungen sowie der natürlichen Bevölkerungsentwicklung an der Gesamtbevölkerung wurden daher in die Analyse mit einbezogen. Um besonders aktuelle Entwicklungen darstellen zu können beziehungsweise aufgrund der Datenverfügbarkeit auf NUTS-III-Level, bilden die verwendeten Daten lediglich den Zeitraum zwischen 2002 und 2010 ab.

Überalterung der Bevölkerung

- Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - unter 15-Jährige 2002-2011 in % p.a.
- Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - über 60-Jährige 2002-2011 in % p.a.

Auch die Bevölkerungsüberalterung wird im Rahmen der Regionsanalyse abgebildet. Fassmann hat in seinem Artikel aus 2008 ja bereits betont, dass die Zahl der Person über 60 Jahren von 1,8 Mio. im Jahr 2008 auf 3,3 Mio. im Jahr 2050 ansteigen wird (vgl. Fassmann, 2008: 17). Diese Prognose unterstreicht den hohen Stellenwert des Phänomens Überalterung für die Regionalentwicklung, aus diesem Grund versucht die Analyse sowohl die Entwicklung der unter 15-Jährigen als auch die der über 60-Jährigen abzubilden.

Die **wirtschaftliche Entwicklung** der österreichischen Regionen wird durch drei Gruppen von Indikatoren abgebildet, welche sowohl die Entwicklung der Arbeitsplätze von 1991 bis 2009, die kommunale Wirtschaftsentwicklung von 1992 bis 2011 als auch die Produktionsbeschäftigtenentwicklung von 1981 bis 2001 umfassen. Folgende Indikatoren werden verwendet⁴⁴:

Arbeitsplatzentwicklung⁴⁵

- Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung 1991-2009 in % p.a.
- Arbeitsplatzveränderung in Dekaden in %
- Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung 1991-2001 in % p.a.
- Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung 2001-2009 in % p.a.

Schulitz und Knoblauch haben die Phänomene des Bevölkerungsrückgangs aber auch des wirtschaftlichen Niedergangs – geprägt durch Arbeitslosigkeit oder die Abnahme von Arbeitsplätzen – als Auslöser für negative regionale Entwicklungen in schrumpfenden Regionen bezeichnet (vgl. Schulitz, Knoblauch, 2011: 25ff.). Demgemäß werden im Folgenden auch die Veränderungen der regionalen Arbeitsplätze betrachtet; hierbei werden die Entwicklungen zwischen 1991 und 2009 in die Analyse miteinbezogen. Wie bereits bei der Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung wird auch bei dieser Merkmalsgruppe sowohl die Gesamtentwicklung während dieses Zeitraums als auch die Entwicklung innerhalb unterschiedlicher Zeitabschnitte und

⁴⁴ Das BRP pro Kopf wurde nicht in die Analyse integriert, da dieses nicht für die Betrachtung der kommunalen Situation verwendet werden kann und außerdem für einen lediglich kleinen Zeitraum der betrachteten Zeitperiode verfügbar ist.

⁴⁵ Entwicklung der Arbeitsstätten je NUTS-III-Region.

die durchschnittliche Veränderung pro Jahr betrachtet, um den unterschiedlichen zeitlichen Abfolgen der Entwicklungen in den österreichischen Regionen Rechnung zu tragen.

Entwicklung der regionalen Wirtschaftsleistung - Kommunalsteuer

- Durchschnittliche jährliche Veränderung Kommunalsteuer pro Kopf 1992-2001 in % p.a.
- Durchschnittliche jährliche Veränderung Kommunalsteuer pro Kopf 2001-2011 in % p.a.

Um neben der reinen Veränderung der Arbeitsplätze auch die Arbeitsplatzintensität mit einzu- beziehen, wird die Entwicklung der regionalen Wirtschaftsleistung durch aggregierte Daten zur Kommunalsteuer zwischen 1992 und 2011 abgebildet.

Entwicklung der Produktionsbeschäftigten

- Veränderung der Produktionsbeschäftigten 1981-1991 in %
- Veränderung der Produktionsbeschäftigten 1991-2001 in %
- Veränderung der Produktionsbeschäftigten 1981-2001 in % p.a.⁴⁶

Bereits in Kapitel 2.3 wurden mögliche Ursachen für Schrumpfung diskutiert; als eine Ursache für negative regionale Entwicklungen kann die Deindustrialisierung genannt werden, wobei be- besonders die Branchen der Auto-, Stahl- oder Textilindustrie von negativen Entwicklungen betrof- fen waren/sind. Diese stellen durchaus Branchen dar, die in österreichischen Regionen einen hohen Stellenwert eingenommen haben beziehungsweise immer noch einnehmen (bspw. Stei- ermark, Vorarlberg, Niederösterreich). Während der Deindustrialisierung war besonders der Rückgang der Erwerbsbasis in den betroffenen Sektoren eine der möglichen Ausprägungen von Schrumpfungsprozessen, daher wird in der Analyse ein besonderes Hauptaugenmerk auf die Entwicklung der Produktionsbeschäftigung zwischen 1981 und 2001 gelegt.

4.3.2 Weitere Analyseschritte

Allen berechneten Indikatoren werden in weiterer Folge je nach Ausprägung eine gewisse An- zahl an sogenannten Entwicklungspunkten zugeteilt; hierbei werden vier Punkte an stark schrumpfende Regionen, drei Punkte an mäßig schrumpfende Gebiete, zwei Punkte an stabile Gebiete und ein Punkt an wachsende NUTS-III-Regionen vergeben. Die jeweiligen Klassen- grenzen für die Einteilung nach wachsenden, stabilen, mäßig schrumpfenden und stark schrumpfenden Regionen werden je nach Indikator einzeln festgelegt und orientieren sich spe- ziell an den bereits berechneten Ausprägungen der österreichischen NUTS-III-Regionen.

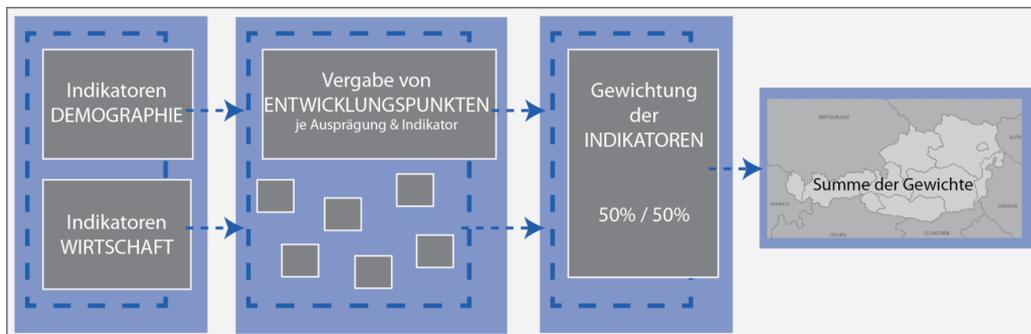


Abbildung 13: Ablauf der Analyseschritte – Regionstypisierung. Quelle: Eigene Darstellung, 2013. Bildquelle: ÖBB, online: 2013.

⁴⁶ Eine tabellarische Darstellung der Merkmalsgruppen und Indikatoren ist im Anhang verfügbar.

Um auch bei den gegebenen Unterschieden in der Datenverfügbarkeit und bei der variablen Anzahl an Indikatoren nach Merkmalsgruppe eine ausgewogene Verteilung von wirtschaftlichen und demographischen Indikatoren zu erreichen, werden die berechneten regionalen Indikatoren nach ihrer Relevanz für die Abbildung von Schrumpfungsprozessen gewichtet.

Hierbei werden innerhalb des Bereichs Demographie wie auch im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung den jeweiligen Indikatoren jeweils 50% zugeteilt. Außerdem erhalten die Hauptindikatoren eine höhere Gewichtung als näher spezifizierende Indikatoren. So erhalten beispielsweise Indikatoren, welche die Gesamtentwicklung der Bevölkerung in den Regionen abbilden, eine höhere Gewichtung als der näher spezifizierende Indikator über die Entwicklung der Wanderungsbilanz, der Geburtenbilanz oder der Altersgruppen (zur Abbildung der Überalterung der Gesellschaft). Auch wird die Entwicklung der Arbeitsplätze während der letzten Jahre höher gewichtet als die Entwicklung der Produktionsbeschäftigten, da diese Indikatoren lediglich eine nähere Spezifizierung der regionalen Entwicklung und nur einen Teilbereich der Beschäftigten abbilden.⁴⁷

4.3.3 Analyseergebnis⁴⁸

Basierend auf den Berechnungsergebnissen werden die NUTS-III-Regionen in die vier Typen wachsend, stabil, mäßig schrumpfend und stark schrumpfend eingeteilt. Die folgende Abbildung bietet einen ersten räumlichen Eindruck dieser Regionen in Österreich.

Regionstypisierung der österreichischen NUTS-III-Regionen

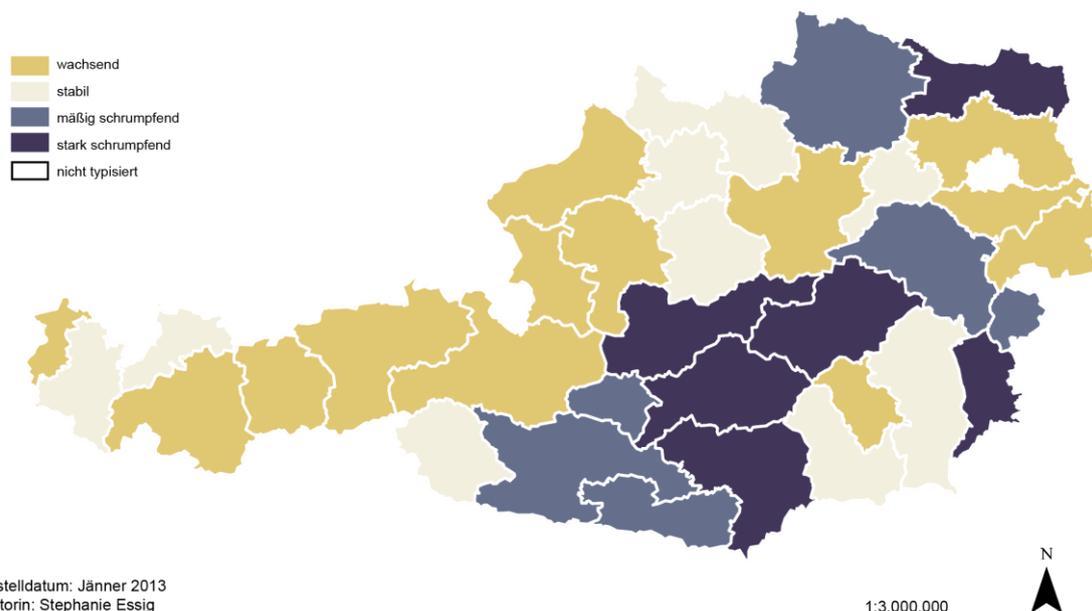


Abbildung 14: Regionstypisierung der österreichischen NUTS-III-Regionen. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung 2013.⁴⁹

⁴⁷ Eine tabellarische Aufstellung der Klassengrenzen nach Entwicklungstyp (wachsend, stabil, mäßig schrumpfend, stark schrumpfend) je Indikator sowie der Aufstellung aller Gewichtungen ist im Anhang ersichtlich.

⁴⁸ Wie bereits in Kapitel 1.4.3 erwähnt, wurden zwei Analysevarianten berechnet, in den folgenden Ausarbeitungen wird allerdings lediglich eine Variante (B) vorgestellt, die Erstfassung der Analyse (Variante A) ist zur Vollständigkeit im Anhang ersichtlich.

Gesamtergebnis

Betrachtet man die Ergebnisse der Regionstypisierung nach Entwicklungstyp in Abbildung 14, ist ein klarer Unterschied zwischen den westlich gelegenen Regionen und den östlich situierten NUTS-III-Regionen erkennbar. Die NUTS-III-Regionen in Vorarlberg und Tirol sind vorwiegend wachsende Regionen und auch die Gebiete Bludenz-Bregenzer Wald, das Tiroler Außerfern und Osttirol sind in ihrer Entwicklung stabil. Hier wird angenommen, dass es in diesen – teilweise stark alpin geprägten Gebieten – durchaus zu gravierenden kommunalen Schrumpfungprozessen kommt, die in diesem Analysemaßstab allerdings nicht abbildbar sind; wachsende Entwicklungen mancher Teilgebiete der Region dominieren gegenüber Schrumpfungprozessen beziehungsweise vorherrschender Stabilität.

Auch die Salzburger und Oberösterreichischen NUTS-III-Regionen entwickeln sich im Rahmen der verwendeten Indikatoren zu großen Teilen positiv; in Salzburg hat einzig der Lungau negative Entwicklungen zu verzeichnen, die NUTS-Region Pinzgau-Pongau sowie Salzburg und Umgebung stellen sich als wachsende Regionen dar. Neben durchwegs wachsenden Regionen im Bereich Inn- und Traunviertel sind die Regionen Mühlviertel, Linz-Wels und Steyr-Kirchdorf in Oberösterreich in ihrer Entwicklung stabil.

In Niederösterreich zeigt sich ein durchwegs differenziertes Bild, neben wachsenden Regionen in der Nähe zu Wien (Wiener Umland Nord- und Südteil) sowie der sich positiv entwickelnden Region Mostviertel-Eisenwurzen ist auch die Region St. Pölten in ihrer Entwicklung stabil. Die übrigen Regionen entwickeln sich negativ, beispielsweise verzeichnen die NUTS-III-Regionen Wald- und Weinviertel im Norden negative Entwicklungen, das Waldviertel wird als mäßig schrumpfende Region klassifiziert, das nördliche Weinviertel als stark schrumpfendes Gebiet. Diese Ergebnisse untermauern unter anderem die Erkenntnisse von Giffinger und Kramar, welche betonen, dass die Grenzgebiete zu Tschechien und der Slowakei besonders von Schrumpfungsentwicklungen betroffen sind (vgl. Giffinger, Kramar, 2008: 18). Zusätzlich ist die Region Niederösterreich-Süd, welche im Süden an die Steiermark angrenzt und teilweise im alpinen Bereich gelegen ist, in ihrer Entwicklung eine mäßig schrumpfende Region.

In der Steiermark selbst ist eine klare Trennung zwischen stark schrumpfenden beziehungsweise stabilen und wachsenden Regionen erkennbar; besonders die östlichen Regionen Liezen und die Östliche sowie die Westliche Obersteiermark sind stark schrumpfende Regionen. Hier können die Entwicklungen in altindustriellen Gebieten beziehungsweise in ehemaligen Industriegebieten wie zum Beispiel im Bereich des Mur-Mürztals als Ursache für schrumpfende Gebiete identifiziert werden. Im Gegensatz wächst besonders die Region Graz, die Oststeiermark aber auch die West- und Südsteiermark sind stabil in ihrer Entwicklung.

Das Bundesland Kärnten kann im Gesamten als schrumpfend bezeichnet werden, die Region Unterkärnten, welche im Norden an die Region westliche Obersteiermark grenzt, schrumpft stark. Auch der Raum Klagenfurt-Villach und die NUTS-III-Region Oberkärnten stellen mäßig schrumpfende Gebiete im Grenzgebiet zu Slowenien und Italien dar.

Das Burgenland als östlichstes Bundesland zeigt keine eindeutige Gesamtentwicklung, aber ein starkes Nord-Süd-Gefälle in seiner Entwicklung. Während das Nordburgenland – in der Nähe zu Wien wie auch zu Bratislava – eine wachsende Region darstellt, schrumpft das Südburgen-

⁴⁹ Wien wurde in der Analyse nicht berücksichtigt.

land hingegen stark und auch das Mittelburgenland weist sowohl im wirtschaftlichen als auch im demographischen Bereich negative Entwicklungen auf.

Differenzierte Ergebnisdarstellung – Demographie und Wirtschaft

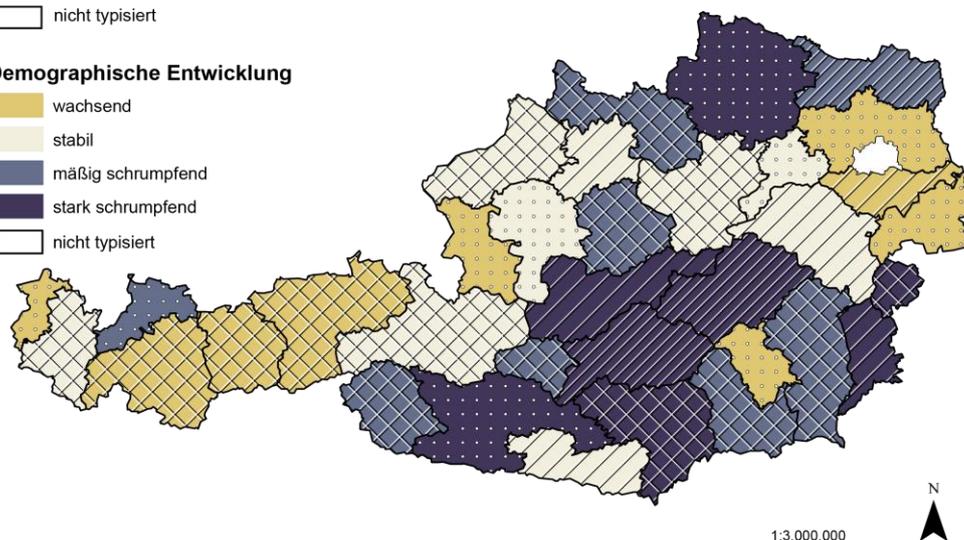
Neben der aggregierten überblicksartigen Darstellung der österreichischen Regionen nach ihrem generellen Entwicklungstyp in Abbildung 14, welche eine grundlegende Einschätzung über den Entwicklungsverlauf und die regionale Situation bieten, zeigt die folgende Karte die Österreichischen NUTS-III-Regionen nach deren wirtschaftlichen beziehungsweise demographischen Entwicklung. Die flächige Darstellung bietet einen Einblick in die demographische Entwicklung der Regionen; die darüber gelagerte Schraffur stellt die wirtschaftliche Entwicklung in Bezug auf die gewählten Indikatoren dar. Die Karte differenziert also zwischen wirtschaftlicher und demographischer Entwicklung und zeigt, dass mitunter demographisch stark schrumpfende Regionen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung durchaus als wachsende Regionen bezeichnet werden können (bspw. die Region Mittelburgenland), aber auch demographisch wachsende Regionen (zunehmende Bevölkerungszahl, Wanderungsplus) wirtschaftlichen Schrumpfungsprozessen gegenüberstehen können (bspw. Wiener Umland Südteil).

Regionstypisierung der österreichischen NUTS-III-Regionen

Wirtschaftliche Entwicklung



Demographische Entwicklung



Erstelldatum: Jänner 2013
 Autorin: Stephanie Essig

Kartengrundlage: Statistik Austria 2012
 Datenquelle: Eurostat: Bevölkerung und soziale Bedingungen 2012; IFIP: GemBon 2012; Statistik Austria: Arbeitsstättenzählung 1981, 1991, 2001; Erwerbsstatistik 2008; Finanzstatistik 1992-2011; ISIS Datenbank 2012; Registerzählung 2009; statCube 2012; Volkszählung 1981, 1991, 2001; Wanderungsstatistik 2011; Eigene Berechnungen.

Abbildung 15: Regionstypisierung der österreichischen NUTS-III-Regionen nach demographischen und wirtschaftlichen Merkmalen. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung 2013.⁵⁰

⁵⁰ Wien wurde in der Analyse nicht berücksichtigt.

Im Bereich der demographischen Entwicklung zeigt sich, dass vorwiegend die Regionen in Vorarlberg, Tirol, Salzburg sowie jene im Bereich des Oberösterreichischen Zentralraumes, entlang der Donauachse bis hin zum Nordburgenland positive demographische Entwicklungen zeigen. Negative Entwicklungen in diesem Bereich sind vorwiegend im Gebiet des nördlichen Grenzraumes zu Tschechien erkennbar, wie auch im Bereich der Steiermark, in Kärnten und in Teilen des Burgenlandes.

Es ist ersichtlich, dass diese demographisch schrumpfenden Regionen meist jene Gebiete darstellen, die auch eine negative Gesamtentwicklung – vergleicht man die Ergebnisse aus Abbildung 14 – verzeichnen, so zum Beispiel die NUTS-III-Regionen Liezen, Unter- und Oberkärnten, das Südburgenland oder das Waldviertel. Es ist aber sehr wohl erkennbar, dass einige der demographisch schwachen Regionen im wirtschaftlichen Bereich durchaus stabil sind oder sogar wachsen; als Beispielregionen können hier das Waldviertel, das Mittelburgenland oder Unterkärnten genannt werden. Dies untermauert außerdem die Erkenntnis, dass sich die räumliche Verteilung von sich wirtschaftlich positiv entwickelnden Regionen nicht so eindeutig verhält, wie dies im Bereich Demographie der Fall ist. Hier zeigt sich zum Beispiel, dass Grenzregionen durchaus wirtschaftliches Wachstum verzeichnen, Beispiele hierzu sind die Region Mühlviertel oder Unterkärnten und Osttirol.

Allgemein zeigt der überwiegende Teil demographisch stabiler Regionen auch im Bereich Wirtschaft positive Entwicklungen (wachsend beziehungsweise stabil); allerdings verzeichnen die Regionen Wiener Umland/Südteil, Linz-Wels und Klagenfurt-Villach auf Basis des gewählten Indikatorensets negative wirtschaftliche Entwicklungen. Diese Ergebnisse sind äußerst interessant und lassen sich vermutlich vorwiegend durch die Indikatorenauswahl und den damit einhergehenden Fokus auf Deindustrialisierungsprozesse als eine Ursache von Schrumpfung erklären, da die Entwicklung des BRP pro Einwohner andere Ausbildungen vermuten lassen würde.⁵¹

Die durchaus heterogenen Entwicklungen in den österreichischen NUTS-III Regionen zeigen, dass sich negative Entwicklungen beziehungsweise Schrumpfungsprozesse in den österreichischen Regionen durchaus unterscheiden. Demographisch wachsende Regionen können in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung schrumpfen (Beispiel Wiener Umland/Südteil⁵²) beziehungsweise umgekehrt können durchaus wirtschaftlich starke Regionen eine negative Entwicklung im Bereich Demographie verzeichnen (beispielsweise Mühlviertel).

Im Generellen wird durch die Regionstypisierung bestätigt, dass Regionen, die sowohl im wirtschaftlichen als auch im demographischen Bereich stark schrumpfen, in Österreich nur vereinzelt vorkommen und vorwiegend im Bereich der NUTS-III-Regionen Östliche und Westliche Obersteiermark situiert sind.

⁵¹ Vergleicht man dieses Ergebnis mit dem BRP pro Kopf, so zeigt sich beispielsweise in der NUTS-Region Linz-Wels eine positive Entwicklung; hier hat sich das BRP pro Kopf zwischen 2000 und 2010 durchaus positiv entwickelt. Neben einer konstanten Steigerung lag das BRP pro Kopf 2010 bei 44.200 € pro EW (2001: 33.700 €/EW) (vgl. Statistik Austria, 2013: online).

⁵² Auch im Bereich des Wiener Umlandes ist die negative Typisierung im Bereich Wirtschaft auf die Indikatorenauswahl zurückzuführen. Es kann angenommen werden, dass die Ergebnisse eher eine Tertiärisierung sowie den starken Einwohnerzuzug darstellen, da sich das BRP pro Kopf zwischen 2000 und 2010 im Umland von Wien vorwiegend positiv entwickelt hat (vgl. Statistik Austria, 2013: online).

4.4 Typisierung niederösterreichischer und steirischer Gemeinden

Das entwickelte Indikatorenset zur Darstellung von schrumpfenden Gemeinden in Niederösterreich und der Steiermark basiert ebenfalls auf den Merkmalsgruppen Demographie und Wirtschaft, um jenen Charakteristika von schrumpfenden Gemeinden Rechnung zu tragen, welche bereits in Kapitel 2 ausführlich diskutiert wurden. So haben Giffinger und Kramar 2008 bemerkt, dass man erst dann von Schrumpfung sprechen kann, „*wenn mehrere negative Entwicklungen in verschiedenen Bereichen, über einen längeren Zeitraum und in bestimmten Intensitäten auftreten, die sich gegenseitig beeinflussen und verstärken*“ (Giffinger, Kramar, 2008: 11; vgl. Kapitel 2.1).

4.4.1 Verwendete Indikatoren

Ähnlich wie die Analyse der NUTS-III-Regionen in Österreich basiert auch der Bereich **Demographie** auf vier Großgruppen an Indikatoren. Neben der Bevölkerungsentwicklung zwischen 1981 und 2011 (inklusive Betrachtung der durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungsveränderung nach Dekaden) werden die Entwicklung der Wanderungen und der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (zwischen 1981 und 2001) sowie die Überalterung der Bevölkerung näher analysiert. Im Bereich der Gemeinden lässt die Datenverfügbarkeit eine genauere Betrachtung im Bereich Wanderungen und Geburten zu, da für Niederösterreich und die Steiermark für diese Indikatoren auch Daten seit 1981 verfügbar sind. Allerdings reichen sowohl die Daten der Wanderungsentwicklung als auch die Daten zur natürlichen Bevölkerungsentwicklung lediglich bis 2001 (Daten basierend auf den Volkszählungen). Folgende Indikatoren werden in die Analyse integriert:

Bevölkerungsentwicklung

- Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung 1981-2011 in % p.a.
- Bevölkerungsveränderung 1981-2011 in %
- Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung 1981-1991 in % p.a.
- Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung 1991-2001 in % p.a.
- Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung 2001-2011 in % p.a.

Wie auch bei der Regionstypisierung wird im Bereich der Bevölkerungsentwicklung eine größere Anzahl an Indikatoren verwendet, um die komplexe und durchaus stark variierende Entwicklung während der vergangenen drei Jahrzehnte abbilden zu können.

Wanderungsentwicklung

- Wanderungsrate 1981-1991 in %
- Wanderungsrate 1991-2001 in %

Natürliche Bevölkerungsentwicklung

- Natürliche Bevölkerungsentwicklung 1981-1991 in %
- Natürliche Bevölkerungsentwicklung 1991-2001 in %

Basierend auf den Daten zu den österreichischen Volkszählungen wird sowohl für die Abbildung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung als auch der Wanderungsentwicklung auf das

Datenmaterial von 1981 bis 2001 zurückgegriffen.⁵³ Die Analyse der Gemeinden kann hier lediglich die vergangenen Entwicklungen abbilden. Trotzdem wurden die vorhandenen Daten in die Analyse integriert, da davon ausgegangen wird, dass auch frühere Entwicklungen in beiden Bereichen ausschlaggebend für die Entwicklung schrumpfender (wie auch stabiler und wachsender) Gemeinden sind.

Überalterung der Bevölkerung

- Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - unter 15-Jährige 1981-2001 in % p.a.
- Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - über 60-Jährige 1981-2001 in % p.a.

Wie bereits in den Ausführungen zur Regionstypisierung erwähnt, gilt das Phänomen der überalterten Bevölkerung als ein wesentliches für die Entwicklung von Regionen und Gemeinden und bildet überdies gemeinsam mit der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und der Wanderungsentwicklung den demographischen Wandel in den Gemeinden ab. Daher werden auch im Bereich der durchschnittlichen Altersgruppenveränderung pro Jahr die Daten der Volkszählungen 1981 bis 2001 in die Analyse eingegliedert.

Auch die kommunale **wirtschaftliche Entwicklung** wird durch drei Merkmalsgruppen abgebildet. Sowohl die Entwicklung der Arbeitsplätze und die Entwicklung der kommunalen Wirtschaftsleistung als auch die spezifische Entwicklung der Produktionsbeschäftigten wird in die Analyse zur Gemeindetypisierung eingebunden. Die folgenden Indikatoren sind Teil dieser Betrachtung:

Arbeitsplatzentwicklung⁵⁴

- Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung 1981-2009 in % p.a.
- Arbeitsplatzveränderung 1981-2009 in %
- Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung 1981-1991 in % p.a.
- Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung 1991-2001 in % p.a.
- Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung 2001-2009 in % p.a.

Bereits in den Erläuterungen zur Regionstypisierung wurde dargelegt, dass neben der demographischen Entwicklung besonders die Entwicklungen wirtschaftlicher Indikatoren Hinweise auf schrumpfende Regionen beziehungsweise auf negative Gesamtmodifikationen geben können. Daher wird auch im Rahmen der kommunalen Gebietstypisierung die Entwicklung der Arbeitsplätze in den niederösterreichischen und steirischen Gemeinden näher betrachtet. Erneut wird hier ein größerer Zeitraum sowie die durchschnittliche jährliche Veränderung dargestellt, um ein umfassendes Bild stattgefundener Entwicklungen geben zu können.

Entwicklung der kommunalen Wirtschaftsleistung - Kommunalsteuer

- Durchschnittliche jährliche Veränderung Kommunalsteuer pro Kopf 1992-2001 in % p.a.
- Durchschnittliche jährliche Veränderung Kommunalsteuer pro Kopf 2001-2011 in % p.a.

⁵³ Neuere Entwicklungen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, der Wanderungsentwicklung und der Entwicklung der Altersgruppen wurden bereits in der Analyse zur Typisierung der NUTS-III-Regionen abgebildet.

⁵⁴ Entwicklung der Arbeitsstätten je Gemeinde.

Die Abbildung der durchschnittlichen Veränderung der Kommunalsteuer pro Kopf für die Jahre 2001 bis 2011 stellt zusätzlich die Arbeitsplatzintensität in den Gemeinden dar.

Entwicklung der Produktionsbeschäftigten

- Veränderung der Produktionsbeschäftigten 1981-1991 in %
- Veränderung der Produktionsbeschäftigten 1991-2001 in %
- Veränderung der Produktionsbeschäftigten 1981-2001 in %
- Veränderung der Produktionsbeschäftigten 1981-2001 in % p.a.⁵⁵

Auch auf kommunaler Ebene wird die wirtschaftliche Entwicklung mit der Darstellung der Veränderung der Produktionsbeschäftigten zwischen 1981 und 2001 näher spezifiziert. Es wird versucht, durch die Ausarbeitung dieser Indikatoren nähere Informationen zu einer möglichen Ursache von kommunalen Schrumpfungsprozessen in Niederösterreich und der Steiermark zu erhalten.⁵⁶

4.4.2 Weitere Analyseschritte

Die Analyse der niederösterreichischen und steirischen Gemeinden folgt demselben Ablauf wie dem der Regionsanalyse. Je Ausprägung des berechneten Indikators werden Entwicklungspunkte zugeteilt, wobei im kommunalen Bereich zwischen fünf Kategorien (wachsend, stabil, leicht schrumpfend, mäßig schrumpfend, stark schrumpfend) unterschieden wird. Auch hier werden die Klassengrenzen für die Typenfestlegung indikatorspezifisch festgelegt.

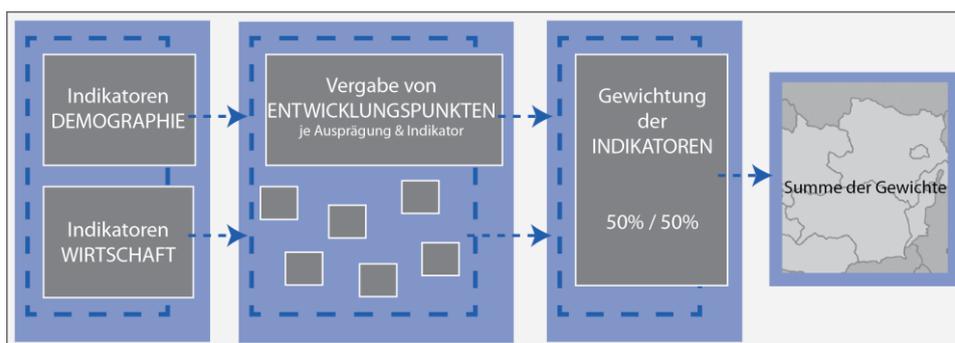


Abbildung 16: Ablauf der Analyseschritte – Gemeindetypisierung. Quelle: Eigene Darstellung, 2013. Bildquelle: ÖBB, online: 2013.

Um eine angemessene Aufteilung von demographischen und wirtschaftlichen Indikatoren zu erreichen, wurden die berechneten kommunalen Indikatoren nach ihrer Relevanz für die Illustration von Schrumpfungs- beziehungsweise Wachstumsprozessen gewichtet. Hierbei wurden innerhalb des Bereichs Demographie wie auch im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung den jeweiligen Indikatoren jeweils 50% zugeteilt. Allgemein wird auch in der kommunalen Analyse den Hauptindikatoren ein höheres Gewicht zugemessen als jenen Indikatoren, welche die grundlegenden Entwicklungen näher spezifizieren.

⁵⁵ Die Quellen aller Daten welche zur Berechnung der ausgewählten Indikatoren verwendet wurden sind in Kapitel 7.1.4/Datenquellen (Kapitel 4) aufgelistet.

⁵⁶ Eine tabellarische Darstellung aller Merkmalsgruppen und Indikatoren und der Klassengrenzen nach Entwicklungstyp (wachsend, stabil, leicht schrumpfend, mäßig schrumpfend, stark schrumpfend) ist im Anhang verfügbar.

4.4.3 Analyseergebnis⁵⁷

Die Kombination aller berechneten Indikatoren stellt schließlich das Analyseergebnis dar. Die folgende kartographische Darstellung bietet eine erste Impression über die räumliche Verteilung von wachsenden, stabilen, leicht schrumpfenden, mäßig schrumpfenden und stark schrumpfenden Gemeinden.

Typisierung der niederösterreichischen und steirischen Gemeinden

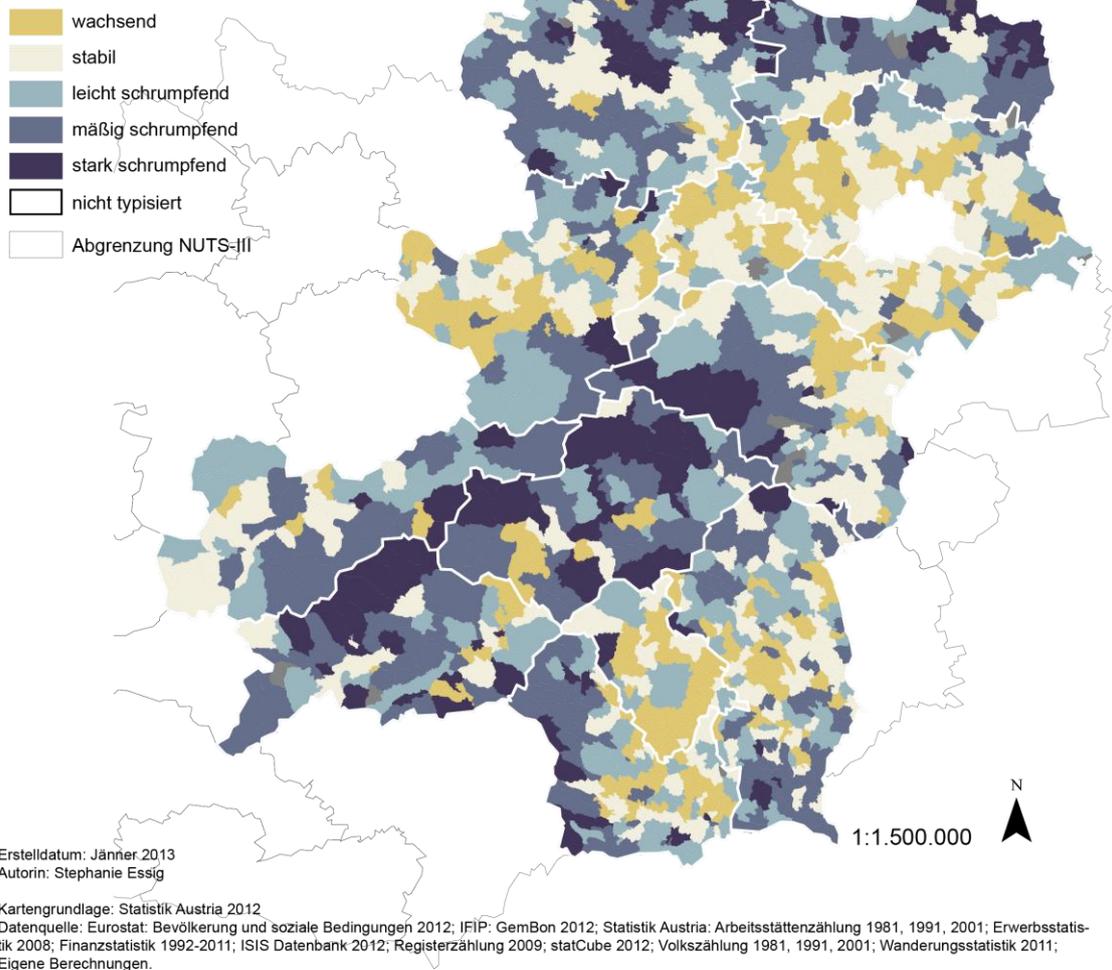


Abbildung 17: Typisierung der niederösterreichischen und steirischen Gemeinden. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung, 2013.

Gesamtergebnis - Niederösterreich

Im Bundesland Niederösterreich sind besonders in den NUTS-III-Regionen Wald- und Weinviertel sowie Niederösterreich-Süd stark schrumpfende Bereiche erkennbar. Im *Waldviertel* schrumpfen vorwiegend jene Gemeinden im nördlichen Bereich mit unmittelbarer Grenznähe zu Tschechien stark. Beispiele hierfür sind die Gemeinden Litschau und Heidenreichstein im Nordwesten beziehungsweise die Gemeinden Drosendorf-Zissersdorf und Langau, in der Nähe zum benachbarten nördlichen Weinviertel. Stabile Bereiche befinden sich hauptsächlich im

⁵⁷ Wie bereits in Kapitel 1.4.3 erwähnt, wurden zwei Analysevarianten berechnet, in den folgenden Ausarbeitungen wird allerdings lediglich eine Variante (B) vorgestellt, die Erstfassung der Analyse (Variante A) ist zur Vollständigkeit im Anhang ersichtlich.

Zentralraum, so kann der Bereich um Zwettl als ein zusammenhängender, in seiner Entwicklung durchaus stabiler Bereich mit regionaler Zentrumsfunktion definiert werden. Gemeinden mit positiver Entwicklung sind im Waldviertel nur vereinzelt zu finden, Beispiele hierfür sind die Kommune Waidhofen an der Thaya – die nahezu ausschließlich an schrumpfende Kommunen angrenzt – oder die Gemeinde Gedersdorf im südöstlichen Bereich des Waldviertels, die an die prosperierende Region Wiener Umland/Nordteil anschließt.

Ähnliche Entwicklungen wie im Waldviertel sind auch im *nördlichen Weinviertel* erkennbar. Auch hier schrumpfen besonders die Regionen in unmittelbarer Grenz Nähe stark, wobei als stark schrumpfende Gemeinden die Kommunen Wildendürnbach und Bernhardsthal im Bezirk Mistelbach genannt werden können. Im Zentralraum des Weinviertels überwiegen leicht bis mäßig schrumpfende Gemeinden, Kommunen mit stabiler Entwicklung kommen im Weinviertel lediglich vereinzelt vor, wie zum Beispiel die Stadt Hollabrunn als regionales Zentrum sowie die Kommunen Heldenberg oder Gaweinstal. Die einzig wachsende Gemeinde in der NUTS-III-Region Weinviertel ist Göllersdorf im Bezirk Hollabrunn, welche unmittelbar an die Region Wiener Umland/Nordteil anschließt. Auch hier zeigt sich – ähnlich wie im Waldviertel –, dass sich positiv entwickelnde Gemeinden meist im Anschluss an stabile oder wachsende Regionen befinden.

Eine weitere Region, innerhalb der ebenfalls stark schrumpfende Gemeinden situiert sind, ist die NUTS-III-Region *Niederösterreich-Süd*. Die Region beherbergt besonders im südlichen beziehungsweise im südöstlichen Bereich mäßig bis stark schrumpfende Kommunen. Als stark schrumpfende Gemeinden können die Gemeinden Schwarzau im Gebirge und Sankt Aegydt am Neuwalde angeführt werden, welche im Bereich des Semmerings im südlichen Teilgebiet der Region situiert sind. Auch die Region Niederösterreich-Süd weist unterschiedliche Entwicklungen auf, da besonders im nördlichen Bereich der Region wachsende und stabile Regionen dominieren. Manche Gemeinden im Bereich des Triestingtals, die in unmittelbarer Nähe zur Region Wiener Umland/Südteil gelegen sind, zeigen positive Entwicklungen. Stabil in ihrer Entwicklung sind einige Gemeinden im Bereich von Wiener Neustadt im Grenzgebiet zur NUTS-III-Region Nordburgenland.

Auf Basis der Indikatorenauswahl zeigt sich, dass in den Regionen *Wiener-Umland Nord- und Südteil* wachsende sowie stabile Gemeinden dominieren. Besonders im Norden von Wien ist eine Reihe wachsender Gemeinden situiert, wie Mauerbach und Sieghartskirchen im Bezirk Tulln oder Gerasdorf bei Wien wie auch Langenzersdorf und Bisamberg im Bezirk Korneuburg. Schrumpfende Gemeinden kommen in diesen Regionen nur sehr vereinzelt vor und sind vorwiegend in Randbereichen der NUTS-III-Regionen gelegen, wie die Gemeinde Marchegg im Osten, die Gemeinde Großmugl im Norden oder die Gemeinde Mannersdorf am Leithagebirge im Süden.

Die NUTS-III-Region *Mostviertel-Eisenwurzen* ist im niederösterreichischen Zentralraum gelegen, grenzt im Norden an das Waldviertel und im Süden an die Region Niederösterreich-Süd beziehungsweise an die NUTS-III-Region Liezen in der Steiermark. Auch in diesen Grenzbereichen befinden sich vorwiegend mäßig bis stark schrumpfende Kommunen, wie beispielsweise die Gemeinden Gaming und Puchenstuben im Bezirk Scheibbs und Gemeinden im Norden der Region (Bezirk Melk). Stabile und wachsende Gemeinden befinden sich hauptsächlich im Donaauraum, wie die Gemeinden Ybbs an der Donau und Pöchlarn als stabile Gemeinden sowie

Bergland und Persenbeug-Gottsdorf als wachsende Gemeinden im Bezirk Melk. Auch in dieser Region bestätigt sich das räumliche Muster der unterschiedlichen Entwicklungstypen, da vorwiegend in jenen Bereichen schrumpfende Gemeinden situiert sind, die unmittelbar an andere, sich negativ entwickelnde Regionen angrenzen.

Im Allgemeinen zeigt sich auch für Niederösterreich, dass stark schrumpfende Regionen vorwiegend in jenen NUTS-III-Regionen situiert sind, die im Gesamten ebenfalls Schrumpfungsprozesse verzeichnen. Ausnahmen in diesen Regionen stellen meistens jene Gemeinden dar, welche räumlich in unmittelbarer Nähe zu anderen, stabilen oder sogar wachsenden Regionen situiert sind und so bessere Standortvoraussetzungen aufweisen. Außerdem zeigt sich ein räumliches Muster von schrumpfenden Kommunen im Grenzbereich zu Tschechien wie auch in der Nähe zur Steiermark beziehungsweise mit geographischer Lage im teilweise alpinen Bereich.

Gesamtergebnis - Steiermark

Stark schrumpfende Regionen der Steiermark befinden sich vorwiegend in den Regionen der *Östlichen* sowie der *Westlichen Obersteiermark*; diese Ergebnisse bestätigen die Erkenntnisse der Regionsanalyse. Trotzdem zeigt die kartographische Darstellung, dass innerhalb der NUTS-III-Regionen gravierende Unterschiede zwischen den jeweiligen Gemeinden bestehen. Es lassen sich wohl teilweise gewisse Entwicklungsmuster erkennen, trotzdem sind die verschiedenen Gemeindetypen äußerst dispers über die Steiermark verteilt.

Im Bereich der Region *Östliche Obersteiermark* sind besonders jene Gemeinden als mäßig schrumpfend beziehungsweise als stark schrumpfend typisiert worden, welche im nördlichen beziehungsweise im nordöstlichen Bereich der NUTS-III-Region gelegen sind, beispielsweise die Gemeinden Gußwerk oder Thörl. Trotz des hohen Anteils an stark schrumpfenden und mäßig schrumpfenden Regionen entwickeln sich einige Gemeinden der Region stabil beziehungsweise haben einige Kommunen durchaus positive Entwicklungen zu verzeichnen (wie zum Beispiel St. Lorenzen im Mürztal oder Proleb). Dieser Bereich der Steiermark kann daher als eine in ihrer Entwicklung stark polarisierte Region betrachtet werden, da teilweise neben stark schrumpfenden Gemeinden – mit schwerwiegenden Verlusten an Bevölkerung und Wirtschaftskraft – durchaus prosperierende Kommunen situiert sind.

In der Region *Westliche Obersteiermark* befindet sich ein Großteil der stark schrumpfenden Gemeinden im nordöstlichen Bereich der Region. Vorwiegend die Gemeinden im Gebiet der Hohen Tauern zeigen negative Entwicklungen, so zum Beispiel die Kommune Hohetauern. Im Zentralraum der Region sind vorwiegend leicht schrumpfende (wie beispielsweise Oberkurzheim) und mäßig schrumpfende Kommunen (wie die Gemeinde Oberzeiring) gelegen. Sowohl stabile als auch wachsende Gemeinden kommen in dieser Region nur vereinzelt vor, Beispiele sind die Gemeinden Sankt Oswald-Möderbrugg und Scheifling als stabile Gemeinden und Maria Buch-Feistritz, die Wachstum in den Bereichen Demographie und Wirtschaft verzeichnen.

Die NUTS-III-Region *Liezen* ist geprägt durch stabile beziehungsweise leicht schrumpfende Entwicklungen im südlichen und östlichen Bereich, beispielhaft können Haus und Rohrmoos-Untertal für stabile und Ramsau am Dachstein (im Grenzbereich zu den Regionen Traunviertel beziehungsweise Pinzgau-Pongau) als leicht schrumpfende Gemeinde genannt werden. Vorwiegend im westlichen Bereich der Region, angrenzend an die Region der westlichen Oberstei-

ermark, sind verstärkt Schrumpfungsprozesse erkennbar. Wachsende Gemeinden kommen auch in dieser Region nur vereinzelt vor.

Östlich an die westliche Obersteiermark grenzt die NUTS-III-Region *West- und Südsteiermark*. Die kommunale Entwicklung innerhalb dieser Region weist eine große Differenz zwischen westlich und östlich gelegenen Gemeinden auf. Besonders Gemeinden im Westen, welche an die Westliche Obersteiermark beziehungsweise an Unterkärnten angrenzen, werden in der Analyse als schrumpfend typisiert; dies bestätigt die bereits gewonnenen Erkenntnisse im Rahmen der Analyse der niederösterreichischen Gemeinden. Im östlichen Bereich überwiegen lediglich leicht schrumpfende beziehungsweise stabile und wachsende Gemeinden. Das Gebiet im Bereich der Gemeinde Kaindorf an der Sulm kann als wachsende Teilregion bezeichnet werden, der räumliche Nahebereich um die Kommunen Großklein und Gamlitz als stabiler Bereich.

Im Bereich der NUTS-III-Region *Graz* ist eine äußerst positive Entwicklung der Umlandgemeinden von Graz sichtbar, hier ist das demographische wie auch das wirtschaftliche Wachstum der Region vorwiegend im Stadtumlandbereich der Landeshauptstadt erkennbar. Rund um Graz verzeichnen fast alle Gemeinden eine positive Entwicklung (vorwiegend wachsende sowie stabile Kommunen). Besonders stark wachsende Gemeinden sind Seiersberg, welche direkt im Süden an die Stadt Graz anschließt, und Weintzen im nördlichen Grenzbereich zum Stadtgebiet. Als stabil wurden die Gemeinden Thal und Sankt Oswald bei Plankenwart typisiert. Die Stadt Graz selbst kann nach dieser Analyse und den berechneten Indikatoren als leicht schrumpfende Kommune bezeichnet werden, was auf Suburbanisierungstendenzen und damit einhergehende Wanderungsverluste in diesem Bereich deuten lässt.

Die fünfte Region der Steiermark, die *Oststeiermark* zeigt besonders im Bereich der südlich als auch der nördlich gelegenen Gemeinden negative Entwicklungen. Allerdings überwiegen jene Gemeinden, welche stabil sind, leicht schrumpfen beziehungsweise wachsen. Als stark schrumpfende Gemeinden können Bad Radkersburg im Süden, die Gemeinde Sankt Peter am Ottersbach im Südosten und Rettenegg im Norden – angrenzend an die Region Niederösterreich-Süd und die Östliche Obersteiermark – genannt werden.

Die Detailanalyse der steirischen Gemeinden zeigt, dass sich die stark schrumpfenden Regionen wohl teilweise räumlich konzentrieren (mitunter im Bereich des Mur-Mürztals), es aber auch in prosperierenden NUTS-III-Regionen zum Teil zu kommunalen Schrumpfungsprozessen von durchaus starker Intensität kommen kann. Innerhalb der Regionen gibt es teilweise ein klares Entwicklungsgefälle, wie am Beispiel der Westlichen Obersteiermark, zwischen stark schrumpfenden Gemeinden im Bereich Nordwesten und vereinzelt stabilen und wachsenden Kommunen im Südosten. Auch in Regionen, die sich im Allgemeinen positiv entwickeln, wie beispielsweise die der Oststeiermark, zeigen sich starke Unterschiede zwischen Gemeinden im Zentralraum der Regionen und in Grenzgebieten zu anderen NUTS-III-Regionen. Dies unterstreicht die ersten Ergebnisse der Analyse von niederösterreichischen Regionen.

Differenzierte Ergebnisdarstellung – Demographie und Wirtschaft

Die Kartendarstellung in Abbildung 17 bietet einen Gesamtüberblick über die beiden Bundesländer Steiermark und Niederösterreich. Die Darstellung lässt erkennen, dass fast in allen der NUTS-III-Regionen stark schrumpfende, mäßig schrumpfende aber auch leicht schrumpfende Kommunen gelegen sind, diese teilweise in Clustern auftreten – besonders innerhalb jener NUTS-III-Regionen, die im Gesamten als schrumpfende Regionen bezeichnet werden können –

aber auch durchaus dispers über die Gebiete der beiden Bundesländer verteilt sind. In manchen Regionen ist die Anzahl der Gemeinden mit negativer Entwicklung besonders hoch, in anderen niedrig beziehungsweise kommt es teilweise zu sehr polarisierten Entwicklungen, vergleicht man die Gemeinden innerhalb einer NUTS-III-Region.

Da in der vorangegangenen Kartendarstellung zur Gemeindetypisierung nicht zwischen demographischer und wirtschaftlicher Entwicklung unterschieden, sondern lediglich die Gesamtentwicklung in stark aggregierter Form dargestellt wurde, bieten die folgenden Abbildungen ein differenziertes Bild der Gemeinden der NUTS-III-Region Niederösterreich-Süd sowie der Kommunen der Region Östliche Obersteiermark. Diese beiden Regionen wurden aufgrund ihrer Entwicklungssituation für die differenzierte Betrachtung ausgewählt, da sie einerseits eine hohe Anzahl an mäßig beziehungsweise sogar stark schrumpfenden Gemeinden aufweisen (in den Regionen liegen jeweils jene Gemeinden, die im Bundesländervergleich besonders hohe Werte nach den Schrumpfungskindikatoren aufweisen) und darüber hinaus ein Nebeneinander von schrumpfenden wie auch wachsenden Gemeinden erkennbar ist. Beide Regionen werden auch im nächsten Kapitel über den Einsatz von EU-Förderungen in österreichischen Regionen näher betrachtet und analysiert.

Die Karten zeigen sowohl die demographische Entwicklung der Gemeinden (flächige Darstellung) als auch die wirtschaftliche Situation (Schraffur). Ähnlich der Karte zu den österreichischen NUTS-III-Regionen zeigen diese Darstellungen, dass beispielsweise wirtschaftlich stark schrumpfende Gemeinden in ihrer demographischen Entwicklung durchaus als wachsende Regionen bezeichnet werden können (bspw. die Gemeinde Neunkirchen in der Region Niederösterreich-Süd).

► Niederösterreich-Süd

Betrachtet man die demographische Entwicklung in Niederösterreich-Süd (Abbildung 18), so ist erkennbar, dass vorrangig der südliche und der südöstliche Teil der NUTS-III-Region von starken demographischen Schrumpfungsprozessen betroffen sind. Vorwiegend im Gebiet des Semmerings finden Schrumpfungsprozesse im demographischen Bereich in hohem Ausmaß statt, so mitunter in den Gemeinden der Weltkulturerberegion Semmering-Rax (wie die Gemeinden Semmering oder Reichenau an der Rax).

Im nördlichen Bereich der Region sind einige Gemeinden mit stabiler beziehungsweise wachsender demographischer Entwicklung situiert, Gemeinden, die dennoch negative Entwicklungen im Bereich Demographie verzeichnen, sind im nördlichen Bereich der Region in geringer Anzahl gelegen (beispielsweise die Gemeinden Kleinzell). Demographisch bevorzugte Regionen sind im Nordwesten der Region gelegen, zum Beispiel stellen die Bereiche um Hernstein (Bezirk Baden) oder um Wiener Neustadt stabile demographische Entwicklungen dar. Im Gegensatz dazu wachsen die Gemeinden Eggendorf oder Lichtenwörth im demographischen Bereich.

Hauptsächlich die bereits erwähnten Gemeinden im Gebiet des Semmerings im Grenzbereich zur Steiermark zeigen neben stark negativen demographischen Entwicklungen auch wirtschaftlich negative Entwicklungen, aber auch die Gemeinde Annaberg kann zum Beispiel in beiden Bereichen als stark schrumpfend typisiert werden.

Trotzdem findet auch in dieser Region Gleichzeitigkeit von demographischer Schrumpfung und wirtschaftlichem Wachstum statt, beispielsweise in der Gemeinde Thomasberg im Bezirk

Neunkirchen oder in der Gemeinde Aspangberg-Sankt Peter. Dem gegenüber stehen demographisch (stark) wachsende Regionen, mit zunehmenden Bevölkerungszahlen und Wanderungsplus, die sich aber wirtschaftlich negativ entwickeln, wie die Gemeinden Sankt Egyden am Steinfeld, Wartmannstetten (beide im Bezirk Neunkirchen gelegen) oder Lanzenkirchen im Bezirk Wiener Neustadt-Land.

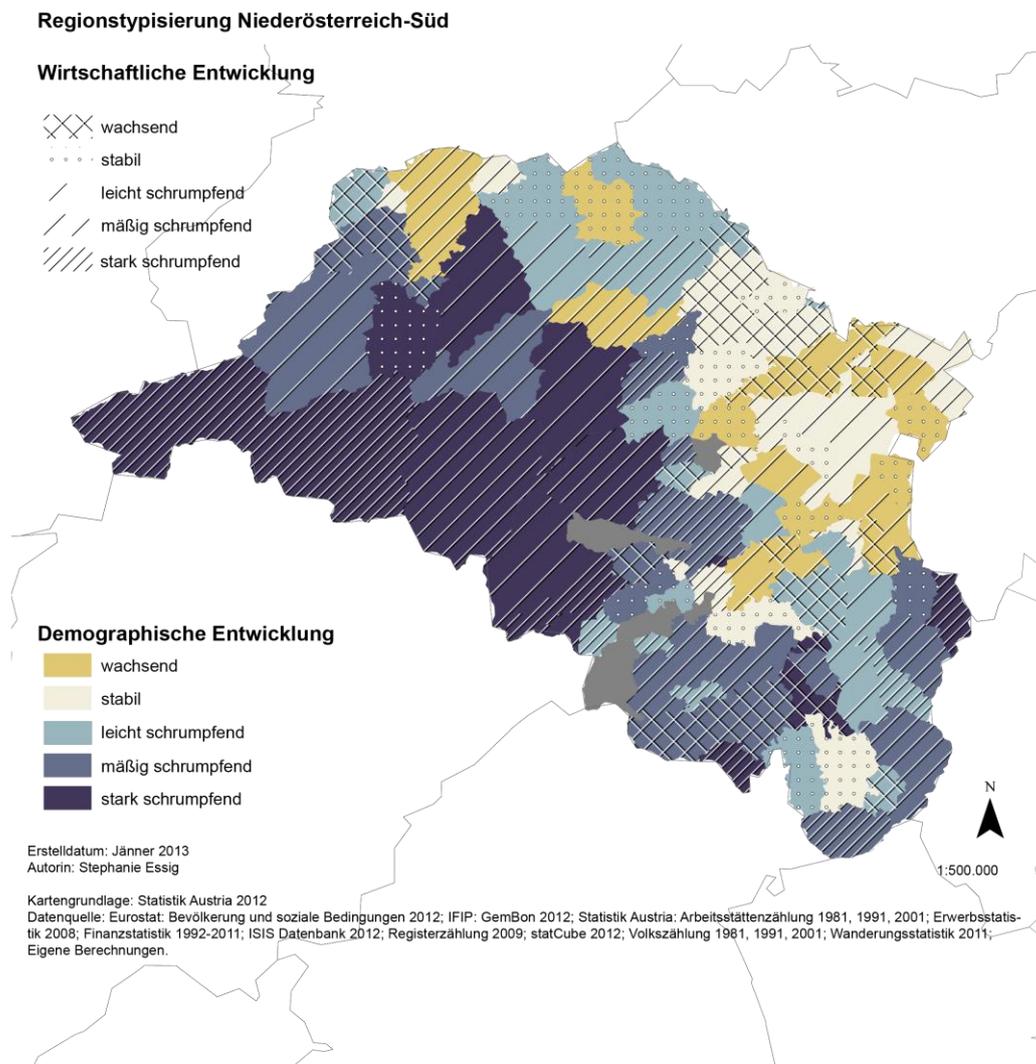


Abbildung 18: Typisierung der Region Niederösterreich-Süd nach demographischen und wirtschaftlichen Merkmalen. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung, 2013.

► **Östliche Obersteiermark**

Auf der kartographischen Darstellung der Östlichen Obersteiermark ist erkennbar, dass sich Gemeinden mit negativer demographischer Entwicklung meist auch wirtschaftlich negativ entwickeln, daher in beiden betrachteten Merkmalsbereichen Schrumpfungsprozesse verzeichnen. Beispiele hierfür sind unter anderem die Gemeinden Eisenerz, Radmer und Vordernberg im Grenzbereich zur Region Liezen wie auch Veitsch oder Thörl im Bereich des Mürztals, die sowohl in demographischer wie auch wirtschaftlicher Hinsicht stark schrumpfen. Nur die beiden Gemeinden Halltal und Hieflau schrumpfen im demographischen Bereich stark, verzeichnen im Gegensatz dazu aber stabile Entwicklungen im wirtschaftlichen Bereich. Auch jene Gemeinden

innerhalb der Region, welche gemäßigte beziehungsweise leicht negative Entwicklung im demographischen Bereich verzeichnen, zeigen vorwiegend negative wirtschaftliche Entwicklungen. Vereinzelt weisen demographisch schrumpfende beziehungsweise leicht schrumpfende Kommunen stabile wirtschaftliche Entwicklungen auf (beispielsweise Kindberg).

Besonders auffällig am Analyseergebnis der Östlichen Obersteiermark ist allerdings, dass auf Basis des gewählten Indikatorensets keine Gemeinde der Östlichen Obersteiermark, die in demographischer Hinsicht schrumpft, wirtschaftliches Wachstum verzeichnet. Demgegenüber stehen aber durchaus Gemeinden, die im Bereich Demographie positive Entwicklungen zeigen sich aber wirtschaftlich durchaus negativ entwickeln und schrumpfen. Beispiele hierfür sind die Gemeinden Krieglach oder Sankt Marein im Mürztal. Als im regionalen Vergleich prosperierende Kommunen – demographisch und wirtschaftlich – stellen sich die Gemeinden Sankt Lorenzen im Mürztal oder Parschlug dar (vgl. hierzu auch Abbildung 17).

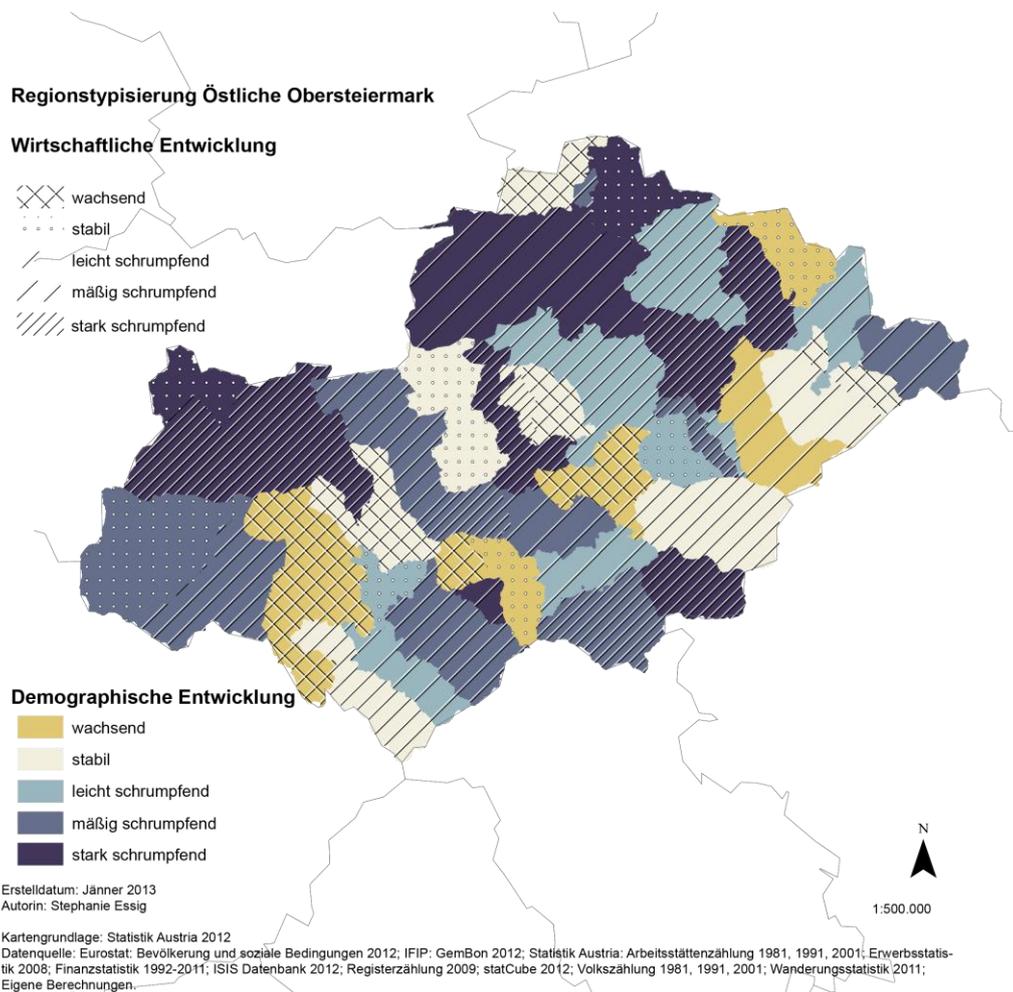


Abbildung 19: Typisierung der Region Östliche Obersteiermark nach demographischen und wirtschaftlichen Merkmalen. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung 2013.

4.5 Zwischenfazit

Abschließend zu diesem Kapitel über österreichische schrumpfende Regionen beziehungsweise schrumpfende niederösterreichische und steirische Gemeinden können die ersten Erkenntnisse dargestellt werden. Generell wurden dem Hauptkapitel – neben der entscheidenden Identifikation von schrumpfenden Gebietseinheiten in Österreich als wesentliches Forschungsinteresse – Fragestellungen zu Grunde gelegt, welche sich vorwiegend mit möglichen Indikatoren zur Abbildung von Schrumpfungsprozessen beschäftigen. Überdies sollte die Frage der unterschiedlichen Ebenen von Schrumpfung im Raum beziehungsweise der räumlichen Ausprägung von Schrumpfungsprozessen in Österreich behandelt werden, da diese im Hauptkapitel zum Thema Schrumpfung nur knapp diskutiert wurde.

► Welche Indikatoren können dieses Phänomen abbilden?

Zur Abbildung von Schrumpfungsprozessen wurden österreichische Studien zum Thema herangezogen (bspw. Giffinger, Kramar, 2008; Palme, 1995), wonach mögliche Indikatoren grob in drei dominierende Merkmalsgruppen eingeordnet werden können. Einerseits haben sich die Autoren intensiv mit demographischen Merkmalen, wie der Abwanderung, der Überalterung und auch der niedrigen Fertilität beschäftigt. Dieses Thema des demographischen Wandels wurde auch in anderen Studien (bspw. von Mayerhofer et al., 2010) thematisiert und vor allem in unterschiedlichster Literatur zum Thema Landflucht beziehungsweise Schrumpfung in Österreich immer wieder aufgegriffen (vgl. hierzu Fassmann, 2008; Schindegger, 1999).

Andererseits wird dem wirtschaftlichen Bereich große Aufmerksamkeit geschenkt, besonders Palme – dessen Studie die österreichischen Wirtschaftsregionen zum Thema hat – bezieht sich wie auch Giffinger und Kramar auf die Wirtschaftsleistung von Regionen und Kommunen, betrachtet die Entwicklung der Arbeitsplätze sowie die Arbeitslosigkeit und Patentanmeldungen in Regionen.

Zusätzlich wird der Bereich der Siedlungsentwicklung, verknüpft mit Entwicklungen im Immobilienbereich und der Bereitstellung von technischer und sozialer Infrastruktur, in verschiedenen Studien als relevante Indikatoren zur Abbildung von Schrumpfungsprozessen genannt.

Allgemein wird davon ausgegangen, dass neben einer möglichst umfassenden Indikatorenauswahl, primär die verwendete Definition von Schrumpfung eine wesentliche Rolle bei der Analyse beziehungsweise Typisierung von Gebietseinheiten nach Entwicklungstyp spielt. Daher bauen die für die Analyse ausgewählten Indikatoren auf der bereits formulierten Definition von Schrumpfung auf, welche aus der Literaturrecherche resultiert (vgl. Kapitel 2.6).

Für die Typisierung werden je nach Analysegegenstand unterschiedliche, der formulierten Definition des Begriffs entsprechende Indikatoren ausgewählt: Die Typisierung der NUTS-III-Regionen soll ein umfassendes Bild über den Entwicklungsstand der österreichischen Regionen bieten, ist aber aufgrund des verfügbaren Datenmaterials im Detaillierungsgrad beziehungsweise in ihrer Darstellung der historischen Entwicklungen inhaltlich zum Teil eingeschränkt. Daher werden für die niederösterreichischen und steirischen Gemeinden vertiefend Daten auf Gemeindeebene analysiert und auch Datenmaterial verwendet, das bis in die 1980er Jahre zurück reicht.

► Auf welchen unterschiedlichen Ebenen kann Schrumpfung stattfinden?

Die Analyse hat gezeigt, dass die Gleichzeitigkeit von Schrumpfung und Wachstum – wie in Kapitel 2.4 ausgeführt – in Österreich bereits auf Regionsebene klar erkennbar ist. Die Typisierung der NUTS-III-Regionen hat bewiesen, dass benachbarte Gebietseinheiten durchaus sehr unterschiedliche Entwicklungstendenzen aufweisen beziehungsweise jene Merkmalsgruppe, welche in ihrer Entwicklung abnimmt, stark variieren kann. So befinden sich manche Regionen, die positive wirtschaftliche Entwicklungen verzeichnen, aber demographisch schrumpfen, geographisch in geringer Distanz zu Regionen, die in beiden untersuchten Bereichen negative Entwicklungen verzeichnen. Neben dieser Gleichzeitigkeit von Schrumpfung und Wachstum hat die Analyse trotzdem gezeigt, dass jene Regionen, welche bereits seit jeher als schrumpfend gelten (Regionen in Grenzgebieten, altindustrielle Gebiete oder zum Teil alpine Räume) noch immer tendenziell negative Entwicklungen im Bereich Demographie, aber auch in der Wirtschaftsentwicklung verzeichnen.

Besonders die Analyse der niederösterreichischen und steirischen Gemeinden hat diese ersten Erkenntnisse der Regionsanalyse verdeutlicht, da hier sehr oft stark schrumpfende neben wachsenden Gemeinden situiert sind, stark differenzierte Ausprägungen von Wachstum und Schrumpfung daher in österreichischen Regionen äußerst nahe nebeneinander liegen.

► Wie zeigt sich das Phänomen räumlich?

Die Literaturrecherche zum Thema Schrumpfung in Österreich hat klar unterstrichen, dass jene Regionen, welche in Österreich von Schrumpfungs- und Transformationsprozessen betroffen sind, vorwiegend in Gebieten situiert sind, welche früher am sogenannten Eisernen Vorhang gelegen sind (bspw. im Wein- und Waldviertel), aufgrund ihrer sektorale Ausrichtung an Wirtschaftskraft verloren haben (bspw. altindustrielle Gebiete) oder sich im alpinen Raum befinden. Diese Aussagen konnten auch im Rahmen der Typisierung der Regionen und Gemeinden verifiziert werden.

In der analysierten Literatur herrschte teilweise Uneinigkeit der Autoren, ob das sogenannte Ost-West-Gefälle in Österreich – wachsendes Westösterreich versus schrumpfendes Ostösterreich – immer noch besteht, in der Analyse wurde klar erkannt, dass besonders die Bundesländer Burgenland, Niederösterreich, Steiermark und Kärnten jene Regionen darstellen, die überwiegend von Schrumpfung betroffen sind. Besonders Regionen in Salzburg, Tirol und Vorarlberg wurden überwiegend als wachsende Regionen typisiert, ein ausgeprägtes Ost-West-Gefälle ist daher immer noch erkennbar.

5 EU-Förderungen in schrumpfenden österreichischen Regionen

Dieses Kapitel diskutiert und analysiert gewährte europäische Regionalförderungen in österreichischen Regionen und Gemeinden während der vergangenen Periode 2000-06 sowie der aktuell laufenden Programmperiode. Die folgenden Ausarbeitungen basieren stark auf den Erkenntnissen der Ausarbeitungen zum Thema der Schrumpfungsprozesse in Österreich sowie der vorangegangenen Regions- und Gemeindetypisierung nach Entwicklungstyp. Neben grundlegenden Aussagen über die Höhe der Förderungen in niederösterreichischen und steirischen Gemeinden und Regionen werden besonders die Fokussierung der geförderten Projekte je Entwicklungstyp abgebildet, Fallstudien analysiert und die Ergebnisse (beispielsweise zu unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten) ausführlich diskutiert.

5.1 Bundeslandbetrachtung

Wie bereits in Kapitel 1.3 und 3.2/3.3 dargestellt, werden im Folgenden die Unterstützungen durch den EFRE, den ELER und den EAGFL-A in niederösterreichischen sowie steirischen Regionen und Gemeinden analysiert. Für die Haushaltsperiode 2000-06 wird sowohl das Ziel 2 als auch die Gemeinschaftsinitiative LEADER, für die laufende Periode (Datenauswahl 2007-09) das Ziel RWB und das LEADER-Programm dargestellt, um die Fragestellung zu klären, wie schrumpfende Regionen im Rahmen der europäischen Regionalpolitik gefördert werden⁵⁸. Hierbei ist jene Hypothese vorgelagert, dass die analysierten Programme und Fonds auf unterschiedliche Art und Weise direkt oder indirekt auf die Bedürfnisse von schrumpfenden Regionen konzentriert sind (vgl. Kapitel 1.3). Die folgenden Aufstellungen bieten einen kurzen Gesamtüberblick über die Anzahl der geförderten Projekte und aufgewendeten Fördermittel nach Programmen wie auch über die grobe thematische Schwerpunktsetzung nach Prioritäten und Maßnahmen.

5.1.1 Überblick Niederösterreich

Für Niederösterreich werden die EFRE geförderten Programme Ziel 2, RWB und die beiden LEADER-Initiativen zwischen 2000 und 2009 untersucht. Die Daten werden auf NUTS-III-Level betrachtet und ein Überblick über die Fördersummen und die Gesamtzahl der jeweils geförderten Projekte nach den unterschiedlichen regionalen Entwicklungstypen gegeben. Zusätzlich kann für die beiden Programme Ziel 2 und RWB auch die EFRE-Förderung nach Gemeinden betrachtet werden, da die verwendeten Daten äußerst detailliert angeführt sind; diese Darstellung nach kommunalem Entwicklungstyp wird in Kapitel 5.2.1 diskutiert.

► 2000-06 Ziel-2-Programm

Bereits in Kapitel 3.3 wurde das OP zum Ziel-2-Programm Niederösterreich analysiert und im Bereich der Zielformulierungen (Verminderung von ökonomischen Schrumpfungsprozessen in Altindustrieregionen, Mobilisierung endogenen Potentials) beziehungsweise der Bestandsanalyse durchaus Verbindungen zur Schrumpfungsthematik erkannt. In Niederösterreich gab es schließlich im Rahmen dieses Programmes mit *„Abschluss der Periode [...] insgesamt 18.343*

⁵⁸ INTERREG und ETZ wurden wohl im Rahmen der Zielanalyse detailliert betrachtet, können aufgrund der Datenverfügbarkeit aber nicht näher analysiert werden.

Projekte (davon 16.502 Kleinstberatungen); [die] Projektkosten beliefen sich auf 1.213.927.138 [...] Euro, die EU Mittel auf 86.445.544 [...] Euro“ (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012: 1). Das Programm ist durch insgesamt vier Prioritäten strukturiert, Priorität eins umfasst die endogene Regionalentwicklung und inkludiert beispielsweise regionale Leitprojekte, Priorität zwei zielt auf den Bereich Gewerbe und Industrie sowie Technologie und Innovation ab, die dritte Priorität beschäftigt sich mit der Entwicklung von Tourismus und Priorität vier bezieht sich auf die technische Hilfe des Programms (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 126; Dittrich, Schwarz, 2009: 85).

Der analysierte Datensatz der Niederösterreichischen Landesregierung bietet keinen Gesamtüberblick über die rund 18.400 Gesamtprojekte, welche zwischen 2000 und 2006 im Rahmen des Ziel 2 gefördert wurden, da Projekte mit Wirkungsbereich in ganz Niederösterreich, Projekte der sogenannten technischen Hilfe (unter anderem Evaluierungen durch die zuständige Abteilung der Landesregierung), Klein- und Kleinstprojekte unter einer durchschnittlichen Fördersumme von 500€ wie auch regionalisierte EU-Projekte (situiert in mehreren NUTS-III-Regionen) nicht in den Datensatz inkludiert wurden (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012: 1). Im Rahmen der Analyse können dennoch rund 1.600 Datensätze zur Ziel-2-Förderung in Niederösterreich analysiert werden; diese Informationen sind zu 83% konkreten Gemeinden (Gemeindecodex), zu 14% Niederösterreichischen NUTS-III-Regionen und zu 3% politischen Bezirken⁵⁹ zugeordnet. Die Region Wiener Umland/Südteil (inklusive aller Gemeinden) hat aus dem Ziel-2-Programm keine Unterstützungen erhalten, da die Region nicht Teil der förderfähigen Gebietskulisse war und auch die Region St. Pölten war nur teilweise förderfähig (eigene Berechnungen, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b).

► 2007-09 RWB-Programm

Im Bereich des RWB-Programmes wurden zwischen 2007 und 2009 insgesamt 582 Projekte mit Gesamtprojektkosten von rund 386,9 Mio. € unterstützt, die EU-Förderung beträgt bei diesen Projekten insgesamt 47,9 Mio. € (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012: 1). Wie bereits in der Zielanalyse (siehe Kapitel 3.3) ausgeführt, hat das OP den Begriff der Peripherisierung beziehungsweise die Situation peripherer Regionen dezidiert thematisiert. Vorwiegend Entwicklungsmaßnahmen im Bereich der innovativen Regionalentwicklung beziehungsweise im Tourismus wurden im Rahmen der Analyse als jene Maßnahmen erkannt, welche Relevanz für schrumpfende Regionen haben.

Im Zuge des RWB-Programms wurden alle Niederösterreichischen NUTS-III-Regionen – mit unterschiedlicher Intensität und Höhe an Fördermitteln – unterstützt. Allerdings erwähnen Gruber und Pohn-Weidinger in ihrer Studie aus 2011, dass *„insbesondere die Ausdehnung des Förderungsgebiets auf das gesamte Bundesland Niederösterreich bei gleichzeitiger Reduzierung der Förderungsmitel und die weitere Verstärkung der Innovationsorientierung der EU-Regionalförderung“* Neuerungen darstellen. *„Dies brachte entsprechende Konsequenzen für das klassische regionalpolitische Ausgleichsziel, das nicht mehr alleinig im Mittelpunkt der Regionalförderung steht“* (Gruber, Pohn-Weidinger, 2011b: 4). Allgemein lassen sich die bisherigen Projekte drei Prioritäten zuordnen, so zum Beispiel der ersten Priorität zur Erhöhung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit in Niederösterreich, welche einerseits die Bildung von Netzwerken, Infrastrukturen zur Technologiediffusion und Forschungsprojekte, andererseits Wirt-

⁵⁹ EFRE-Förderungen für politische Bezirke werden nicht in die Auswertung integriert.

schaftsdienste sowie F&E im Bereich von Unternehmen unterstützt. Priorität zwei zielt auf die Stärkung der Region Niederösterreich und ihrer Standorte ab, wobei besonders die Regional- und Stadtentwicklung, der innovative Tourismus, Umweltschutz, ferner der Bereich der erneuerbaren Energien und der Sektor Risikoprävention unterstützt werden. Wie bereits erwähnt wurden hier in Kapitel 3.3.3 indirekte Verweise zur Schrumpfungsthematik identifiziert. Die dritte Priorität bezieht sich auf die technische Hilfe des Programms (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007b: 106). Das OP weist einen Gesamtanteil „von 84% an betont Lissabon-konformen Aktivitäten am gesamten Fördervolumen“ (Dittrich et al., 2007: 8) auf, Gruber und Pohn-Weidinger haben bei der Zwischenbetrachtung des Programmes im Jahr 2011 sogar einen Anteil von 94% Lissabon-relevanten Projekten identifiziert, „was damit deutlich über den Planwerten [...] bzw. dem österreichischen Vergleichswert (88%) liegt“ (Gruber, Pohn-Weidinger, 2011b: 6).

Der Datensatz, welcher für die Analyse der Fördermittel herangezogen wurde, umfasst 184 Projekte, welche im Rahmen des RWB-Programmes zwischen 2007 und 2009 mit rund 37 Mio. € unterstützt wurden. Auch für diese Periode bietet der analysierte Datensatz keinen Überblick über alle Projekte in Niederösterreich, da ähnlich wie in der Vorperiode Projekte mit Wirkungsbereich in Gesamtniederösterreich, Projekte der technischen Hilfe, Klein- und Kleinstprojekte durchschnittlich unter 500 € sowie regionalisierte EU-Projekte (mit überregionalem Wirkungsraum) nicht in dem Datensatz enthalten sind (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012: 1). In Bezug auf die Schwerpunktsetzung der Projekte nach Priorität sind 74% der Gesamtfördermittel des EFRE Priorität eins zur Erhöhung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit zuzuordnen. Lediglich 26% wurden im Bereich der zweiten Priorität (Stärkung der Region und ihrer Standorte) verwendet. Förderdaten zum Bereich technische Hilfe sind in diesem analysierten Datensatz nicht vorhanden (eigene Berechnungen, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c).

► 2000-06 LEADER-Programm

Während der LEADER-Periode 2000 bis 2006 wurden rund 430 Projekte in 15 niederösterreichischen LAGs mit annähernd 15,5 Mio. € aus dem EAGFL-A gefördert. Thematisch beziehen sich die Projekte einerseits auf die Maßnahmen zur Unterstützung der indirekten regionalen Wertschöpfung, der direkten regionalen Wertschöpfung sowie auf das LAG-Management. Außerdem wird sowohl die Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten als auch die Vernetzung unterstützt. In Niederösterreich beziehen sich 60% der ausbezahlten EAGFL-A-Förderungen auf die indirekte Unterstützung der regionalen Wertschöpfung, rund 21% auf die direkte regionale Wertschöpfung und in etwa 15% auf die Förderung des LAG-Managements. Der Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten kommen rund 4% der Fördermittel zugute, die Vernetzung wird mit lediglich 0,10% kaum unterstützt. Abgesehen von der Region Wiener Umland Nordteil (inklusive aller Gemeinden der Region) wurden LAGs in allen niederösterreichischen NUTS-III-Regionen zwischen 2000 und 2006 durch das LEADER-Programm unterstützt (eigene Berechnungen, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012d).

► 2007-09 LEADER-Programm

In der aktuellen Förderperiode wurden zwischen 2007 und 2009 Fördermittel im Rahmen von rund 7,6 Mio. € in LAGs in ganz Niederösterreich gewährt. Die Maßnahmen, welchen die Pro-

jekte zugeordnet sind, bilden lediglich grob thematische Förderschwerpunkte ab; insgesamt wurden in Niederösterreich zwischen 2007 und 2009 vier verschiedene LEADER-Maßnahmen unterstützt, diese umfassen den Bereich Wettbewerbsfähigkeit, die Umwelt und Landwirtschaft, die Lebensqualität und Diversifizierung, überdies die Arbeit der lokalen Aktionsgruppen, Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung (vgl. BMLFUW, 2009: 96). In Niederösterreich wurde der Großteil der Förderungen – insgesamt rund 56% - im Bereich Lebensqualität und Diversifizierung investiert. Diesem folgen Projekte zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, welche mit insgesamt 34% der ELER-Förderungen unterstützt wurden. Der Bereich der LAGs sowie Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung umfasst nur sechs Prozent der verfügbaren Fördermittel, der Bereich Umwelt und Landwirtschaft 3,50% (vgl. BMLFUW, 2009: 96; eigene Berechnungen basierend auf ÖIR, 2012).

5.1.2 Überblick Steiermark

Für die Steiermark werden ebenfalls die EFRE-geförderten Programme Ziel 2, RWB und die beiden LEADER-Initiativen zwischen 2000 und 2009, welche durch den EAGFL-A beziehungsweise den ELER unterstützt werden, untersucht. Auch für die Steiermark wurden die Gesamtförderdaten beziehungsweise die Gesamtzahl der unterstützten Projekte betrachtet. Aufgrund der Datenverfügbarkeit konnte für das Ziel-2-Programm 2000-06 keine genaue Einschätzung über die thematische Ausrichtung der Daten getroffen werden.

► 2000-06 Ziel-2-Programm

Während der Umsetzung des Ziel-2-Programmes in der Steiermark zwischen 2000 und 2006 wurden mehr als 200 Mio. € an Unterstützungen gewährt. Auch in diesem OP hat sich im Rahmen der Analyse in Kapitel 3.3.2 gezeigt, dass indirekte Verweise auf den Schrumpfungsbegriff – wenn auch in geringerer Intensität als im OP Niederösterreich – vorhanden sind. Trotzdem wurden einige, durchaus ähnliche Punkte erwähnt, wie zum Beispiel Deindustrialisierungsprozesse oder die zukünftige Entwicklung bestehender altindustrieller Standorte in der Steiermark. Die EFRE-Mittel wurden zu 94 Prozent politischen Bezirken, zu rund 2,3% den steirischen NUTS-III-Regionen und zu 3,7% der gesamten Steiermark zugeordnet.

Insgesamt wurden vier Prioritätsfelder unterstützt: Priorität eins zielt auf die Förderung des Produktions- und Dienstleistungssektors ab, Priorität zwei zur Unterstützung von wettbewerbsfähigen Standorten und der Förderung des Themenfeldes Informationsgesellschaft sowie das Prioritätsfeld zur integrierten Regionalentwicklung, Tourismus und Kultur und der Bereich der Technischen Hilfe. Am Gesamtfördervolumen wurden zwischen 2000 und 2006 mehr als 50% in das erste Prioritätsfeld (vorwiegend Maßnahme 1.3. zur Modernisierung von Unternehmen) und mehr als 40% in die zweite Priorität zur Förderung wettbewerbsfähiger Standorte investiert – hier wurden mehr als 20% in die Maßnahme zur Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Innovation in Unternehmen eingebracht. Priorität drei hält einen Förderanteil von rund acht Prozent, der Bereich Technische Hilfe hat lediglich ein Prozent der Fördermittel bezogen. Die Region Graz war in der Vorperiode aufgrund der festgelegten Zielgebietskulisse nicht förderfähig (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013a).

► 2007-09 RWB-Programm

Im Rahmen des RWB-Programmes – welches nach der Dokumentanalyse von Kapitel 3.3 zumindest Hinweise auf schrumpfende Regionen und deren Bedürfnisse (Versorgung mit Infra-

struktur, etc.) enthält – wurden in der Steiermark zwischen 2007 und 2009 bereits über 1.000 Projekte mit insgesamt 54 Mio. € unterstützt. 50 Mio. € dieser Förderungen wurden konkreten NUTS-III-Regionen in der Steiermark zugeteilt, insgesamt vier Mio. € wurden für Projekte verwendet, welche dem gesamten Bundesland zugutekommen und daher nicht regionalisiert werden können (beispielsweise Prozessmanagements oder Informationssysteme).

Betrachtet man die regionalisierten Förderungen, so können diese drei Prioritäten zugeteilt werden, welche „aus den aktuellen Herausforderungen der steirischen Regionalwirtschaft, der Zielsetzung und den Strategien [abgeleitet wurden]“ (Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2007: 35). Diese drei Achsen beziehen sich auf die Unterstützung der innovations- und wissensbasierten Wirtschaft, der Attraktivierung von Regionen und steirischen Standorten sowie Governance und der Technischen Hilfe (vgl. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2007: 35). In der Steiermark wurden zwischen 2007 und 2009 mehr als 81% der EFRE-Förderungen für die Prioritätsachse zur Förderung der innovations- und wissensbasierten Wirtschaft verwendet und rund 18% wurden für die Unterstützung und Attraktivierung der Regionen aufgebracht. Der Bereich Technische Hilfe und Governance wurde bisher mit insgesamt 14.300 € EFRE-Fördermittel unterstützt (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013b).

► 2000-06 LEADER-Programm

In der Vorperiode wurden im Rahmen des LEADER-Programms insgesamt 183 Projekte mit rund 15,7 Mio. € durch EAGFL-A-Fördermittel unterstützt. Diese Projekte wurden in den insgesamt 13 Lokalen Aktionsgruppen umgesetzt, welche in den fünf NUTS-III-Regionen der Steiermark situiert sind.

Auch in der Steiermark wurden alle fünf Maßnahmen der LEADER-Achse umgesetzt, der Großteil der EAGFL-A-Förderungen wurde zur indirekten Unterstützung der regionalen Wertschöpfung verwendet. Darüber hinaus wurden rund 21% für Projekte zur direkten Unterstützung der regionalen Wertschöpfung und rund 12% für die LAG-Managements verwendet. Lediglich 4,5% der EAGFL-A-Gesamtförderungen wurden zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten verwendet, Maßnahmen im Bereich Vernetzung wurden in der Steiermark zwischen 2000 und 2006 nicht umgesetzt (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013c).

► 2007-09 LEADER-Programm

Zwischen 2007 und 2009 wurden im Land Steiermark insgesamt rund 970.000 € ELER-Förderungen im Rahmen der LEADER-Achse Projekten zugeordnet. Durchgängig wurden alle NUTS-III-Regionen durch Fördermittel des LEADER-Programms gestützt.

In der Steiermark wurden lediglich Projekte innerhalb von zwei der insgesamt fünf LEADER-Maßnahmen der aktuellen Förderperiode unterstützt, es wurden Projekte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, ferner Projekte zur Erhöhung der Lebensqualität und der Unterstützung der Diversifizierung umgesetzt.

Ein Großteil der Förderungen wurde bisher für den Bereich der Erhöhung der Lebensqualität und der Diversifizierung verwendet, insgesamt wurden 70% der Fördermittel diesem Bereich zugerechnet, rund 30% der unterstützten LEADER-Projekte zählen zum Bereich Wettbewerbsfähigkeit (eigene Berechnungen basierend auf ÖIR, 2012).

5.2 Gegenüberstellung der verwendeten Fördermittel

Durch die Gegenüberstellung der Förderausgaben nach Fonds/Programm soll nun festgestellt werden, ob es gravierende Unterschiede in der europäischen Unterstützung zwischen verschiedenen kommunalen und regionalen Entwicklungstypen gibt. Die Analyse der Förderdaten arbeitet hierbei mit der vorangegangenen Regionstypisierung, um potentiell unterschiedlich hohe Fördersummen und thematische Projektausrichtungen in wachsenden, stabilen und schrumpfenden Regionen zu identifizieren. Neben den Unterstützungen in unterschiedlichen Regionstypen wird außerdem betrachtet, ob die Verteilung der Fördermittel zwischen den unterschiedlichen Programmen variiert.

5.2.1 EFRE-Förderungen (Ziel 2 und RWB)

Mit insgesamt mehr als 106 Mio. € Förderungen durch den EFRE wurden die mäßig schrumpfenden Regionen in Niederösterreich (das Waldviertel sowie die NUTS-III-Region Niederösterreich-Süd) mit besonders hohen EFRE-Mitteln aus dem Ziel-2-Programm unterstützt. Diesen Regionen folgen zwei der wachsenden Regionen in Niederösterreich, deren Entwicklung mit mehr als 32 Mio. € gefördert wurde beziehungsweise die stark schrumpfende NUTS-III-Region Weinviertel, welche während der Vorperiode im Rahmen des Ziel-2-Programmes mehr als 28 Mio. € EFRE-Mittel erhalten hat. Die als stabil typisierte Region St. Pölten wurde mit rund 48.000 € durch das Ziel-2-Programm mit verhältnismäßig geringen Mitteln gefördert⁶⁰ (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b).

Auch die bisher ausgeschöpften Fördermittel durch das RWB-Programm zeigen ähnliche Tendenzen, denn hier wurden bis 2009 die beiden mäßig schrumpfenden Regionen Waldviertel und Niederösterreich-Süd mit den insgesamt höchsten Fördermitteln unterstützt, diesen folgen die wachsenden Regionen, in der stark schrumpfenden Region Weinviertel wurden bisher Projekte mit rund sechs Mio. € finanziert, die stabile Region St. Pölten erhielt Unterstützungen im Rahmen von rund 440.000 €. Diese Gesamtfördersumme zeigt sich als äußerst interessant, da die Region St. Pölten bereits in den ersten Jahren der aktuell laufenden Förderperiode (2007-09) ein deutliches Mehr an Förderungen als in der gesamten Laufzeit der Vorperiode erhalten hat, was bereits auf die veränderte Förderpolitik in der aktuellen Periode schließen lässt (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c).

Tabelle 16: EFRE-Gesamtfördersumme in Niederösterreich für das Ziel-2-Programm und das Ziel RWB. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b,c.

Niederösterreich	EFRE-Gesamtfördersumme (€)			
	Ziel 2 2000-06	geförderte NUTS-III- Regionen	Ziel RWB 2007-09	geförderte NUTS-III- Regionen
wachsend	32.524.266,40	Wr. Umland/Nordteil, Mostviertel- Eisenwurzen	11.889.267,89	Wr. Umland/ Nord- & Südteil, Mostviertel- Eisenwurzen
stabil	47.689,25	St. Pölten	441.549,95	St. Pölten
mäßig schrumpfend	106.705.148,38	Waldviertel, NÖ-Süd	18.792.947,55	Waldviertel, NÖ-Süd
stark schrumpfend	28.157.696,51	Weinviertel	5.963.071,19	Weinviertel
Gesamtsumme	167.434.800,54	6 NUTS-III-Regionen	37.086.836,58	7 NUTS-III-Regionen

⁶⁰ Diese Region hat nur zum Teil zum förderfähigen Gebiet des Ziel-2-Programmes gezählt.

Betrachtet man die durchschnittliche Förderquote pro Kopf, so zeigen sich ähnliche Entwicklungen, da die Pro-Kopf-Förderquote in mäßig schrumpfenden Regionen besonders hoch ist; sowohl im Rahmen des Ziel-2-Programms als auch des RWB-Programms weist die stark schrumpfende NUTS-III-Region Weinviertel – gefolgt von den beiden mäßig schrumpfenden Regionen – eine höhere Förderquote pro Einwohner als die übrigen Regionen auf. Sowohl zu den wachsenden Regionen als auch in besonders starker Ausprägung zur stabilen Region bestehen hier erhebliche Unterschiede in der durchschnittlichen Pro-Kopf-Förderquote. Auch die Analyse der EFRE-Förderungen pro Kopf weist darauf hin, dass die stabile Region St. Pölten mit lediglich geringen EFRE-Mitteln unterstützt wird (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b, c).

Generell zeigt sich in der aktuellen Förderperiode bereits jetzt, dass sich die durchschnittlichen Pro-Kopf-Förderquoten durchaus annähern, da es keine so gravierenden Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Entwicklungstypen mehr gibt; beispielsweise hat sich der Unterschied in der durchschnittlichen Pro-Kopf-Förderquote zwischen wachsenden und schrumpfenden Regionen bereits maßgeblich verringert (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c). Diese bestätigen die Einschätzungen von Gruber und Pohn-Weidinger über die gelungene Balance des RWB-Programmes zwischen Wettbewerbsorientierung und regionalem Ausgleich. Sie haben betont, dass die Tatsache, dass die „*einzelnen Aktionsfelder (und damit verbundenen Ziele) [...] ganz bewusst unterschiedliche Kernzielregionen [adressieren]*“ (Gruber, Pohn-Weidinger, 2011b: 8), einerseits einen Schwerpunkt auf strukturschwache Regionen legt und andererseits durch die Stärkung von regionalen Zentren, „*die in der Folge eine positive Impulswirkung auf die umliegenden ländlichen Regionen entfalten können*“ (Gruber, Pohn-Weidinger, 2011b: 8), gleichzeitig auch der Bereich der Wettbewerbsorientierung unterstützt wird.

Tabelle 17: durchschnittliche EFRE-Förderung pro Kopf in Niederösterreich für das Ziel-2-Programm und das Ziel RWB. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b, c.

Niederösterreich	EFRE Ø Förderung pro Kopf (€)			
	Ziel 2 2000-06	geförderte NUTS-III- Regionen	Ziel RWB 2007-09	geförderte NUTS-III- Regionen
wachsend	61,64	Wr. Umland/Nordteil, Mostviertel- Eisenwurzen	13,85	Wr. Umland/ Nord- & Südteil, Mostviertel- Eisenwurzen
stabil	0,33	St. Pölten	2,99	St. Pölten
mäßig schrumpfend	226,09	Waldviertel, NÖ-Süd	39,70	Waldviertel, NÖ-Süd
stark schrumpfend	227,41	Weinviertel	48,23	Weinviertel
Durchschnitt	128,87	6 NUTS-III-Regionen	26,19	7 NUTS-III-Regionen

Bei näherer Betrachtung der steirischen Förderdaten ist erkennbar, dass die Förderungen in der Steiermark auf andere Regionstypen abzielen. So zeigt sich, dass im Rahmen des Ziel-2-Programmes lediglich fünf der steirischen Regionen gefördert wurden (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013a).

Bei der Analyse wird außerdem ersichtlich, dass die beiden stabilen Regionen in der Vorperiode höhere Gesamtfördermittel als die stark schrumpfenden Regionen erhalten haben. Dies zeigt sich auch im Rahmen des Zieles RWB, da die beiden stabilen Regionen in der Steiermark die höchsten Gesamtfördersummen verzeichnen können. Dieser Regionstyp weist hier eine Gesamtsumme von mehr als 22 Mio. € auf, die stark schrumpfenden Regionen Liezen, Westliche Obersteiermark und Östliche Obersteiermark Mittel von fast 18 Mio. € und die wachsende Region (Graz) wurde zwischen 2007 und 2009 mit rund 11 Mio. € EFRE-Fördermittel unterstützt (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013a, b).

Tabelle 18: EFRE-Gesamtfördersumme in der Steiermark für das Ziel-2-Programm und das Ziel RWB. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013a, b.

Steiermark	EFRE-Gesamtfördersumme (€)			
	Ziel 2 2000-06	geförderte NUTS-III- Regionen	Ziel RWB 2007-09	geförderte NUTS-III- Regionen
wachsend	0,00	-	11.012.208,01	Graz
Stabil	108.267.682,00	Oststeiermark, West- und Südsteiermark	22.006.738,42	Oststeiermark, West- und Südsteiermark
mäßig schrumpfend*
stark schrumpfend	88.586.849,69	Liezen, Östl. & Westl. Obersteiermark	17.828.433,59	Liezen, Östl. & Westl. Obersteiermark
Gesamtsumme	196.854.531,69	5 NUTS-III-Regionen	50.847.380,02	6 NUTS-III-Regionen

* Keine NUTS-III-Region der Steiermark wurde dem Entwicklungstyp mäßig schrumpfend zugeordnet.

Doch auch in der Steiermark zeigt die Analyse der Pro-Kopf-Förderquote ein anderes Bild, hier weisen zwischen 2000 und 2006 die stark schrumpfenden Regionen mit ihrer geringen Einwohneranzahl eine höhere durchschnittliche Förderquote von fast 250 € pro Einwohner auf. Auch im Vergleich zur stark schrumpfenden niederösterreichischen NUTS-III-Region Weinviertel wurden die Einwohner der drei stark schrumpfenden Regionen in der Steiermark mit höheren durchschnittlichen EFRE-Förderungen bedacht. Zwischen 2007 und 2009 sind in den stark schrumpfenden Regionen in der Steiermark durchschnittlich rund 50 € pro Einwohner gefördert worden, in den beiden stabilen Regionen Oststeiermark sowie West- und Südsteiermark ebenfalls rund 48 € pro Kopf, in der wachsenden Region Graz zeigt sich ein durchschnittlicher Fördersatz von nahezu 30 € pro Kopf. Generell ist in der Steiermark eine stärkere Konzentration erkennbar, und auch der durchschnittliche Fördersatz pro Einwohner liegt im Rahmen des Zieles RWB über dem gängigen Niederösterreichdurchschnitt (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013a, b).

Tabelle 19: durchschnittliche EFRE-Förderung pro Kopf in der Steiermark für das Ziel-2-Programm und das Ziel RWB. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013a,b.

Steiermark	EFRE Ø Förderung pro Kopf (€)			
	Ziel 2 2000-06	geförderte NUTS-III- Regionen	Ziel RWB 2007-09	geförderte NUTS-III- Regionen
wachsend*	0,00	-	28,17	Graz
stabil	237,79	Oststeiermark, West- und Südsteiermark	47,96	Oststeiermark, West- und Südsteiermark
mäßig schrumpfend*
stark schrumpfend	248,90	Liezen, Östl. Obersteiermark, Westl. Obersteiermark	50,08	Liezen, Östl. & Westl. Obersteiermark
Durchschnitt	162,23	5 NUTS-III-Regionen	42,07	6 NUTS-III-Regionen

* Keine NUTS-III-Region der Steiermark wurde dem Entwicklungstyp mäßig schrumpfend zugeordnet, außerdem wurden an wachsende Region Graz während der Vorperiode keine Ziel 2-Mittel ausbezahlt.

Neben der Betrachtung der Regionsebene konnte für **Niederösterreich** aufgrund der sehr guten Datenverfügbarkeit auch die Gemeindeebene näher analysiert werden. Diese Betrachtungsebene bietet aufgrund ihrer Kleinräumigkeit ein äußerst interessantes Bild, da sich die Erkenntnisse über die Förderintensität nach Entwicklungstyp durchaus von jenen der regionalen Ebene unterscheiden.

► 2000-06 Ziel-2-Programm Niederösterreich

Allgemein lag die Gesamtsumme der betrachteten Gesamtprojektkosten mit EFRE-Kofinanzierungen für alle unterstützten Gemeinden in der Vorperiode bei 1,2 Mrd. €. Insgesamt wurden während der Programmplanungsperiode 239 der niederösterreichischen Gemeinden mit insgesamt rund 86 Mio. € durch das Ziel-2-Programm unterstützt. Die folgende Abbildung zeigt die Gesamtsumme der EFRE-kofinanzierten Projekte im Rahmen des niederösterreichischen Ziel-2-Programmes der Vorperiode (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b).

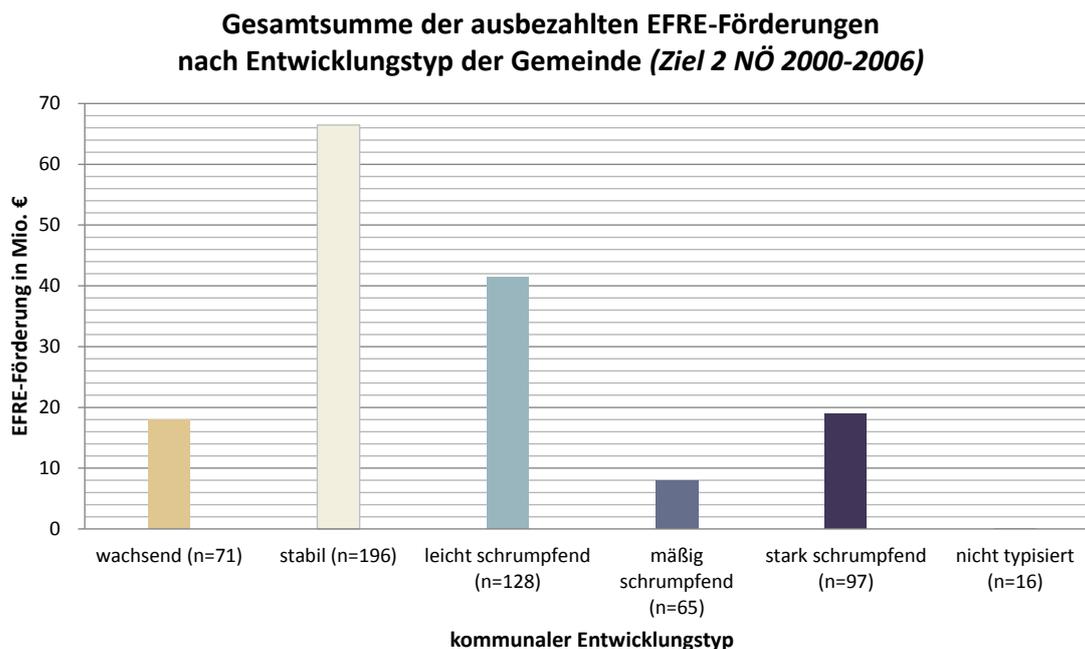


Abbildung 20: Gesamtsumme der ausbezahlten EFRE-Förderungen nach kommunalem Entwicklungstyp in Mio. € (Gemeindelevel), Ziel 2 NÖ 2000-06. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b; eigene Darstellung, 2013.

Die Darstellung bietet einen ersten Überblick über die Gesamtausgaben in Niederösterreich, wobei erkennbar wird, dass besonders die in ihrer Entwicklung stabilen Gemeinden in Niederösterreich in der Vorperiode rund 66 Mio. € Kofinanzierungen aus dem EFRE erhalten haben; insgesamt wurden 71 der insgesamt 196 als stabil typisierten Gemeinden in Niederösterreich Ziel-2-Projekte unterstützt (vgl. Näheres in Abbildung 22 zur Förderabsorption). Diesem Wert schließen sich die leicht schrumpfenden Regionen in Niederösterreich (insgesamt wurden 62 der 128 leicht schrumpfenden Gemeinden unterstützt) mit rund 40 Mio. € Förderungen an. Danach folgen die Kategorien stark schrumpfend (47 unterstützte Gemeinden von insgesamt 97 als stark schrumpfend typisierte Kommunen) mit EFRE-Förderungen von rund 19 Mio. € sowie wachsende Kommunen mit 18 Mio. €. Weit abgeschlagen befinden sich die als mäßig schrumpfend typisierten niederösterreichischen Gemeinden, welche eine Gesamtsumme von rund acht Mio. € an EFRE-Förderungen aufweisen. Zwei niederösterreichische Gemeinden, die durch das Ziel-2-Programm unterstützt wurden, konnten aufgrund fehlender Indikatoren bereits bei der Gemeindetypisierung keinem der Entwicklungstypen zugeteilt werden (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b).⁶¹

Ein Großteil von rund 44% der gesamten EFRE-Förderungen aus dem Ziel-2-Programm wurde zwischen 2000-06 in der Kategorie der stabilen Gemeinden verwendet, diese Kategorie wird von den leicht schrumpfenden niederösterreichischen Kommunen gefolgt, welche 27% der Gesamtförderungen erhalten haben. Sowohl wachsende als auch stark schrumpfende Gemeinden haben rund 12% erhalten, mäßig schrumpfende Gemeinden lediglich 5% der Gesamtfördermittel. Bereits im Rahmen dieser Betrachtung lassen sich große Unterschiede zur Regionsanalyse erkennen, da im Bereich der NUTS-III-Regionen erkannt wurde, dass vorwiegend schrumpfende und wachsende Regionen in Niederösterreich durch hohe Fördermittel im Rahmen des

⁶¹ In Niederösterreich konnten im Rahmen der Gemeindetypisierung aufgrund fehlender Indikatoren insgesamt 16 Kommunen keinem Entwicklungstyp zugewiesen werden.

Ziel-2-Programmes unterstützt wurden, die stabile Region St. Pölten im Gesamten aber mit nur geringen Förderungen unterstützt wurde (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b). Betrachtet man die durchschnittlichen ausbezahlten EFRE-Förderungen (pro Kopf) nach Entwicklungstyp der niederösterreichischen Gemeinden (siehe Kapitel 4.4), so wurden vorwiegend die Kategorien leicht wie auch stark schrumpfenden Gemeinden mit EFRE-Mitteln unterstützt (vgl. Abbildung 21).

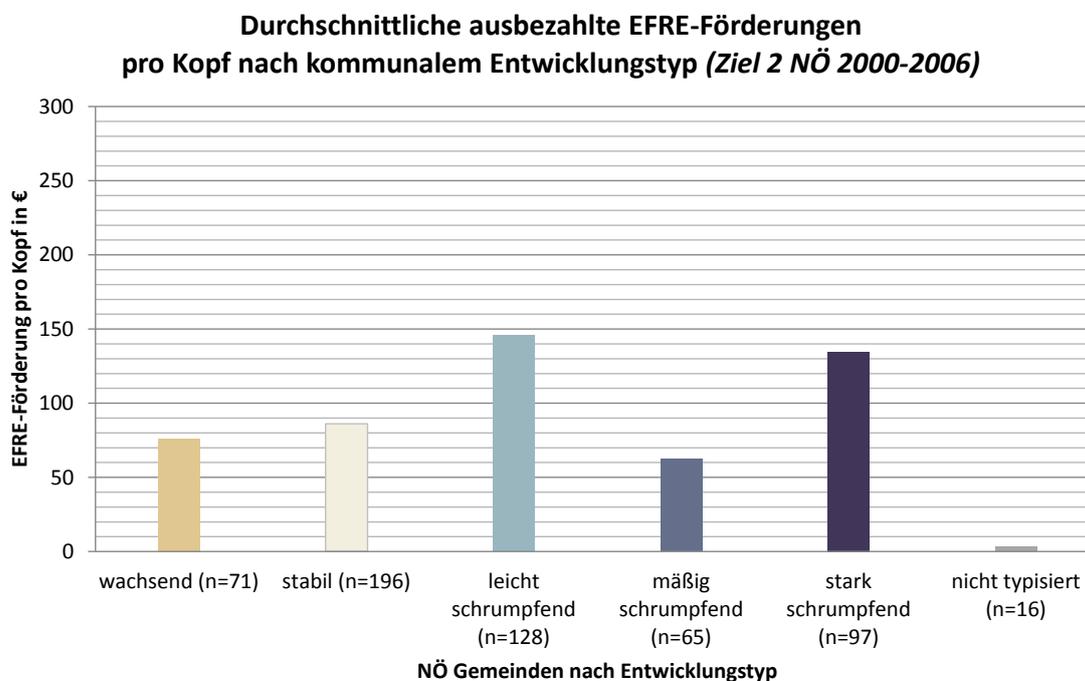


Abbildung 21: Durchschnittlich ausbezahlte EFRE-Förderungen pro Kopf nach kommunalem Entwicklungstyp (Gemeindelevel), Ziel 2 NÖ 2000-06. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b; eigene Darstellung, 2013.

In stark schrumpfenden Gemeinden liegt dieser Fördersatz bei durchschnittlich 130 € pro Einwohner, in leicht schrumpfenden Regionen bei rund 140 €. Die Kategorie der stabilen Gemeinden weist eine sehr ähnliche durchschnittliche Förderquote pro Kopf auf wie wachsende Gemeinden, diese liegt bei rund 130 €. Die geringste EFRE-Förderquote pro Kopf zeigt der Typ der mäßig schrumpfenden Gemeinden, die durchschnittliche EFRE-Kofinanzierungsquote beträgt in diesen Gemeinden rund 60 € pro Einwohner. Die beiden Gemeinden, welche keiner Entwicklungskategorie zugeteilt wurden, haben durchschnittlich rund fünf Euro an Pro-Kopf-Förderungen erhalten. Allerdings bildet diese Kategorie lediglich die Unterstützung von 16 niederösterreichischen Gemeinden ab, von denen nur in zwei Gemeinden Projekte umgesetzt wurden; daher können keine wirklich aussagekräftigen Erkenntnisse aus dieser Analyse gewonnen werden. Die durchschnittlich stark erhöhten Pro Kopf-Förderquoten⁶² in den einzelnen kommunalen Entwicklungstypen lassen darauf schließen, dass die Ziel-2-Förderung vorwiegend auf leicht und stark schrumpfende Gemeinden abzielt. Vergleicht man diese Ergebnisse mit den Erkenntnissen der Regionsanalyse, so zeigt sich, dass auf Regionsebene besonders

⁶² Es muss berücksichtigt werden, dass besonders die Analyse der kommunalen Fördermittel eine genauere Abbildung der Begünstigten darstellt. Die Detailanalyse der Gemeinden hat auch gezeigt, dass es beispielsweise eine große Anzahl an stabilen Gemeinden in Niederösterreich gibt – welche durch Ziel 2 und RWB auch in ihrer Entwicklung unterstützt wurden. Diese Gemeinden sind über ganz Niederösterreich dispers verteilt und nicht nur in der als stabil typisierten NUTS-III-Region St. Pölten situiert.

mäßig schrumpfende sowie stark schrumpfende Regionen hohe Pro-Kopf-Förderquoten aufweisen, was auf kommunaler Ebene nicht bestätigt werden kann, da hier ein ebenfalls starker Fokus auf die Unterstützung der leicht schrumpfenden Kommunen gelegt ist, welche eine große Gruppe in Niederösterreich darstellen. Interessant sind die Unterschiede im Bereich der schrumpfenden Gemeinden, da leicht sowie stark schrumpfende Gemeinden mit wesentlich höheren Pro-Kopf-Fördermitteln unterstützt worden sind als mäßig schrumpfende Kommunen (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b).⁶³

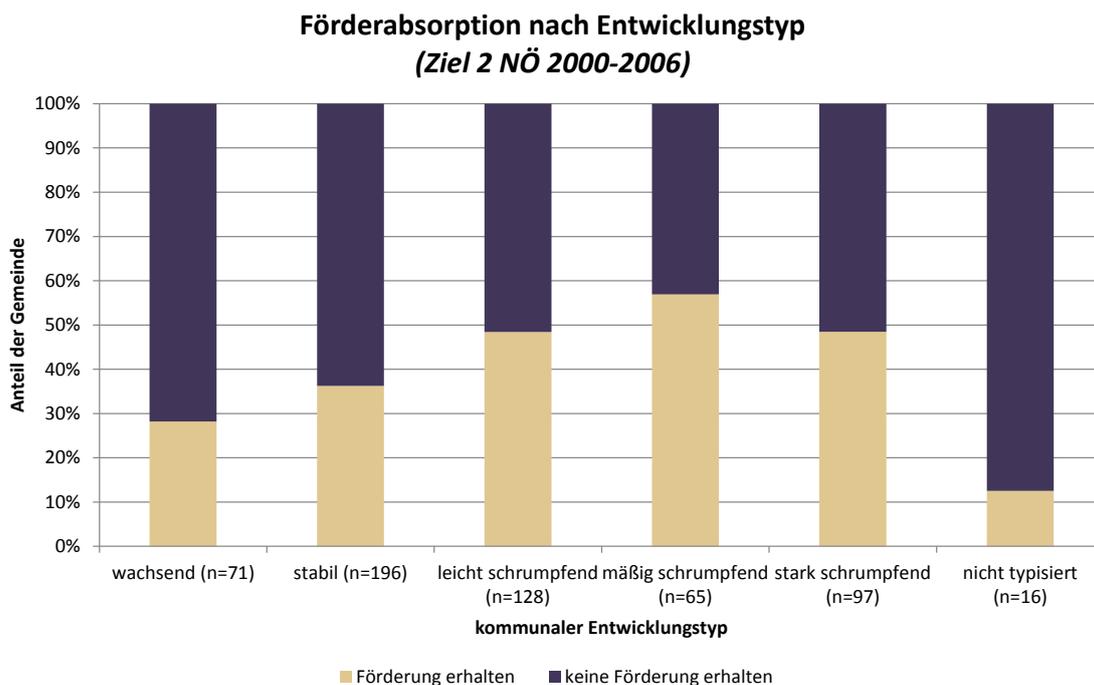


Abbildung 22: Förderabsorption nach Entwicklungstyp (Gemeindelevel), Ziel 2 NÖ 2000-06. Quelle eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b; eigene Darstellung, 2013.

Im Bereich der Förderabsorption nach Entwicklungstyp lässt sich erkennen, dass mehr als 55% der als mäßig schrumpfend typisierten Gemeinden auch Förderungen im Rahmen des Ziel-2-Programms erhalten haben. Im Bereich der leicht und stark schrumpfenden Gemeinden liegt dieser Anteil bei knapp fünfzig Prozent. Vor allem im Bereich der stabilen und wachsenden Gemeinden sinkt dieser Prozentsatz auf unter 40% beziehungsweise sogar 30% (vgl. Abbildung 22).

► 2007-09 RWB-Programm Niederösterreich

Die Gesamtsumme der betrachteten EFRE-Förderungen aus dem Ziel-RWB-Programm lag für alle unterstützten Gemeinden zwischen 2007 und 2009 bei rund 37 Mio. €. Insgesamt hat das RWB-Programm bisher 95 Gemeinden in Niederösterreich unterstützt, von welchen 34 in die Kategorien leicht schrumpfend (insgesamt 128 Gemeinden), mäßig schrumpfend (insgesamt 65 Gemeinden) und stark schrumpfend (insgesamt 97) fallen, sowie 41 der insgesamt 196 als stabil bezeichnete Gemeinden und 18 der insgesamt 71 als wachsend typisierte niederösterreichische Kommunen. Abbildung 23 zeigt, dass besonders der Typ der stabilen Gemeinden zwi-

⁶³ In Niederösterreich konnten im Rahmen der Gemeindetypisierung aufgrund fehlender Indikatoren insgesamt 16 Kommunen keinem Entwicklungstyp zugewiesen werden.

schen 2007 und 2009 mit mehr als 16 Mio. EFRE-Mitteln unterstützt wurde. Dem folgen leicht schrumpfende Gemeinden, die 12 Mio. erhalten haben beziehungsweise wachsende Gemeinden (insgesamt 18 Kommunen), welche im Ausmaß von 6,2 Mio. € mit Beihilfen gefördert wurden. Auch stark schrumpfende niederösterreichische Gemeinden wurden unterstützt, sie erhielten in der betrachteten Zeitperiode rund 1,6 Mio. € EFRE-Mittel im Rahmen des Zielprogrammes. Mäßig schrumpfende Gemeinde haben – abgesehen von der Restgröße von zwei nicht typisierbaren Gemeinden – die geringste Förderung von insgesamt rund 960.000 € erhalten (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c).

Die Darstellung bietet einen ersten Überblick über die Verteilung der Förderungen nach Entwicklungstyp, außerdem können erste räumliche Schwerpunkte der RWB-Förderung abgeleitet werden, da im Vergleich zu den übrigen Entwicklungskategorien eine hohe Anzahl an stabilen Gemeinden in Niederösterreich unterstützt wurde. Diesen folgen leicht schrumpfende und wachsende Gemeinden, welche insgesamt jeweils rund 20 Kommunen ausmachen. Ähnlich wie in der Vorperiode (Ziel-2-Förderung) wurden für stabile Gemeinden in Niederösterreich 44% der bisher ausgeschöpften EFRE-Gesamtmittel verwendet, dem folgen leicht schrumpfende Kommunen mit 33% sowie wachsende Gemeinden mit rund 17%. Die beiden Kategorien der mäßig und stark schrumpfenden Gemeinden wurden geringer gefördert, mäßig schrumpfende Gemeinden mit lediglich 2,6% und stark schrumpfende mit 4,3% der für Niederösterreich verfügbaren Gesamtmittel.

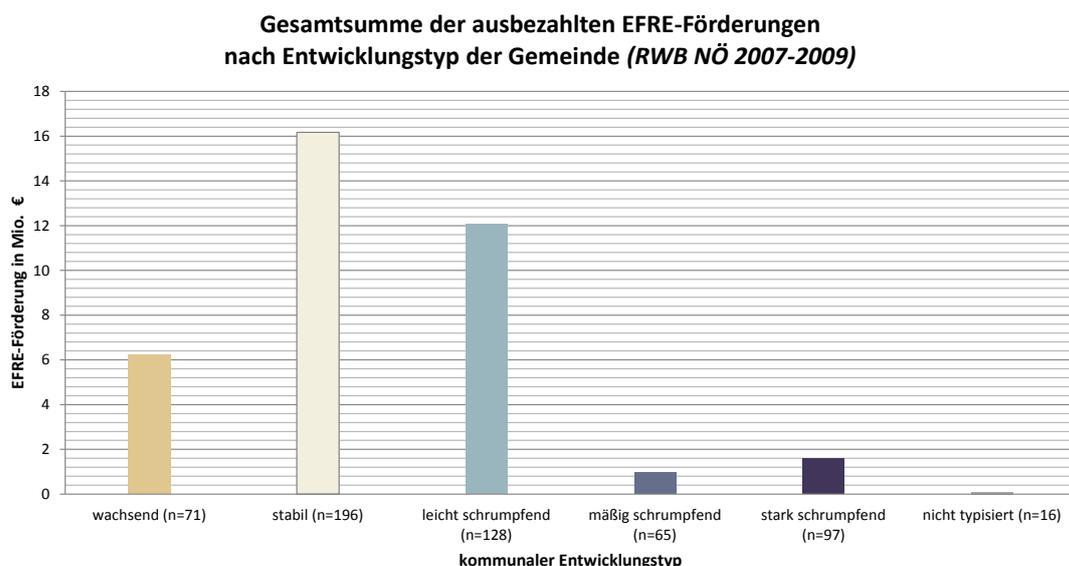


Abbildung 23: Gesamtsumme der ausbezahlten EFRE-Förderungen nach kommunalem Entwicklungstyp in Mio. € (Gemeindelevel), RWB NÖ 2007-09. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c; eigene Darstellung, 2013.

Die Werte der übrigen Entwicklungskategorien befinden sich in gänzlich anderen Dimensionen, wie beispielsweise wachsende Gemeinden mit einer durchschnittlichen Förderquote von 25 € pro Einwohner, stabile Regionen, die eine Förderquote pro Kopf von rund 20 € zeigen (trotz einer überdurchschnittlich hohen Gesamtfördersumme), sowie der Typ der stark schrumpfenden Gemeinden mit 12 € pro Einwohner und der mäßig schrumpfenden Gemeinden mit einer durchschnittlichen Pro-Kopf-Förderquote von lediglich acht Euro. Für die Förderungen der aktuellen EU-Haushaltsperiode ist erkennbar, dass schrumpfende Gemeinden die höchsten Pro-Kopf-Förderquoten im Vergleich der unterschiedlichen Entwicklungstypen aufweisen. Allerdings

liegt der Schwerpunkt klar im Bereich der lediglich leicht schrumpfenden Gemeinden, mäßig sowie stark schrumpfende Kommunen werden hingegen eher vernachlässigt (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c).

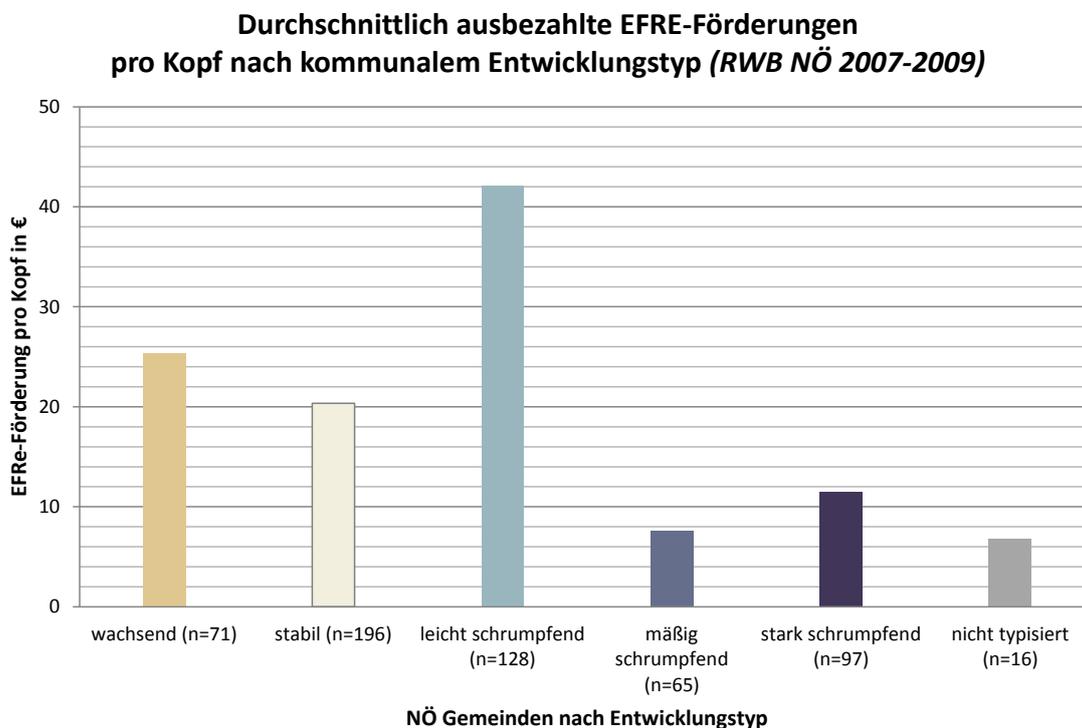


Abbildung 24: Durchschnittlich ausbezahlte EFRE-Förderungen pro Kopf nach kommunalem Entwicklungstyp, RWB NÖ 2007-09. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c; eigene Darstellung, 2013.

Die Analyse der bisherigen Förderabsorption nach Entwicklungstyp bestätigt, dass die RWB-Mittel bis 2009 zu lediglich geringen Mitteln ausgeschöpft wurden, da kein Entwicklungstyp die 25-Prozent-Marke überschreitet (vgl. Abbildung 25).

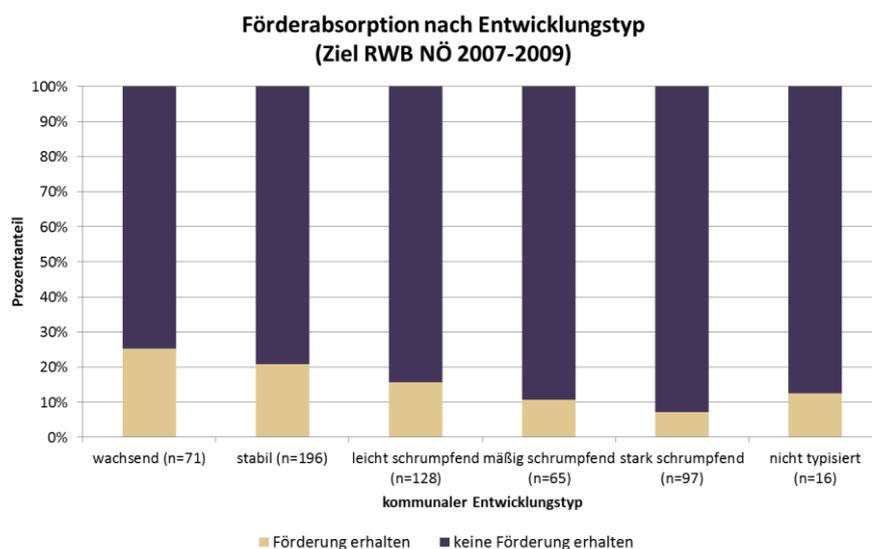


Abbildung 25: Förderabsorption nach kommunalem Entwicklungstyp, RWB NÖ 2007-09. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c; eigene Darstellung, 2013.

Es zeigt sich, dass bisher rund 20% der wachsenden wie auch stabilen Regionen mit RWB-Mitteln unterstützt worden sind; im Bereich der schrumpfenden Gemeinden ist dieser Wert deutlich geringer, in rund 15% der leicht schrumpfenden Gemeinden, zehn Prozent der mäßig schrumpfenden Kommunen und lediglich in sieben Prozent der stark schrumpfenden Gemeinden in Niederösterreich wurden bis 2009 RWB-Projekte umgesetzt (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c).

5.2.2 EAGFL-A/ELER-Förderungen (LEADER 2000-06 / 2007-09)

Im Rahmen der LEADER-Förderungen zwischen 2000-06 wurden die mäßig schrumpfenden Regionen Waldviertel und Niederösterreich-Süd mit insgesamt 7,5 Mio. € aus Mitteln des EAGFL-A unterstützt. Diesem Förderhöchstwert folgen die wachsenden niederösterreichischen Regionen, welche Unterstützungen von rund 4,3 Mio. € erhalten haben. Die stark schrumpfende Region des nördlichen Weinviertels wurde zwischen 2000 und 2006 mit zwei Mio. € EAGFL-A-Mitteln unterstützt, die stabile Region St. Pölten mit rund 1,7 Mio. € (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012d).

Die Zahlen zur aktuell laufenden LEADER-Haushaltsperiode zeigen sehr ähnliche Tendenzen, auch hier wurden bisher mäßig schrumpfende NUTS-III-Regionen am stärksten gefördert, stabile und auch stark schrumpfende Regionen in geringerem Ausmaß. Erkennbar ist außerdem, dass in der aktuellen Förderperiode LEADER-Regionen förderfähig sind, die über alle niederösterreichischen NUTS-III-Regionen verteilt sind (eigene Berechnungen basierend auf ÖIR, 2012).

Tabelle 20: EAGFL-A- und ELER-Gesamtfördersumme (in €) in Niederösterreich. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012d; ÖIR, 2012.

Niederösterreich	EAGFL-A-Gesamtfördersumme (€)		ELER-Gesamtfördersumme (€)	
	LEADER 2000-06	geförderte NUTS-III-Regionen	LEADER 2007-09	geförderte NUTS-III-Regionen
wachsend	4.259.519,78	Wr. Umland/Südteil, Mostviertel-Eisenwurzen	2.991.310,54	Wr. Umland/ Nord- & Südteil, Mostviertel-Eisenwurzen
stabil	1.737.117,14	St. Pölten	614.596,75	St. Pölten
mäßig schrumpfend	7.491.343,26	Waldviertel, NÖ-Süd	3.018.996,09	Waldviertel, NÖ-Süd
stark schrumpfend	2.039.267,27	Weinviertel	998.589,28	Weinviertel
Gesamtsumme	15.527.247,45	6 NUTS-III-Regionen	7.623.492,66	7 NUTS-III-Regionen

Die Analyse der Förderquote pro Kopf (wobei hier der Anteil der EAGFL-Förderung nach LAGs an der Gesamtbevölkerung der jeweiligen NUTS-III-Region berechnet wurde) zeigt, dass die Bevölkerung der stark schrumpfenden beziehungsweise mäßig schrumpfender NUTS-III-Regionen mit durchschnittlich 16 € pro Person durch den EAGFL-A mit besonders hohen Fördermitteln unterstützt wurde. Nach diesen folgt die Bevölkerung der stabilen Region St. Pölten mit rund 12 € pro Person und die wachsenden Regionen mit rund acht Euro an durchschnittlichem Fördervolumen pro Kopf. Betrachtet man die Pro-Kopf-Förderungen in der aktuellen Förderperiode, so sind – abgesehen von wesentlich niedrigeren Pro-Kopf-Förderquoten – ähnliche Ausprägungen wie in der Vorperiode erkennbar (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012d; ÖIR, 2012).

Tabelle 21: Durchschnittliche EAGFL-A- und ELER-Förderungen pro Kopf in Niederösterreich. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012d; ÖIR, 2012.

Niederösterreich	EAGFL-A Ø Förderung pro Kopf (€)		ELER Ø Förderung pro Kopf (€)	
	LEADER 2000-06	geförderte NUTS-III-Regionen	LEADER 2007-09	geförderte NUTS-III-Regionen
wachsend	7,69	Wr. Umland/Südteil, Mostviertel-Eisenwurzen	3,51	Wr. Umland/ Nord- & Südteil, Mostviertel-Eisenwurzen
stabil	11,78	St. Pölten	4,17	St. Pölten
mäßig schrumpfend	15,82	Waldviertel, NÖ-Süd	6,38	Waldviertel, NÖ-Süd
stark schrumpfend	16,46	Weinviertel	8,06	Weinviertel
Durchschnitt	12,94	6 NUTS-III-Regionen	5,53	7 NUTS-III-Regionen

Die Analyse der Förderdaten in der Steiermark zeigt, dass die stark schrumpfenden Regionen mit rund 7,1 Mio. € mit den höchsten EAGFL-A-Mitteln unterstützt wurden, diesem Regionstyp folgen die beiden stabilen Regionen mit ebenfalls rund sieben Mio. € Förderungen. Die wachsende NUTS-III-Region Graz wurde mit 1,7 Mio. € gefördert (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013c).

Die aktuelle Förderperiode zeigt bisher etwas andere Ausprägungen, so wurden bisher hauptsächlich die stabilen Regionen mit rund 730.000 € unterstützt; diesen folgen stark schrumpfende Regionen beziehungsweise die wachsende Region Graz (eigene Berechnungen basierend auf ÖIR, 2012).

Tabelle 22: EAGFL-A- und ELER-Gesamtfördersumme (in €) in der Steiermark. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013c; ÖIR, 2012.

Steiermark	EAGFL-A-Gesamtfördersumme (€)		ELER-Gesamtfördersumme (€)	
	LEADER 2000-06	geförderte NUTS-III-Regionen	LEADER 2007-09	geförderte NUTS-III-Regionen
wachsend	1.712.957,41	Graz	93.119,62	Graz
stabil	6.952.418,52	Oststeiermark, West- und Südsteiermark	728.737,99	Oststeiermark, West- und Südsteiermark
mäßig schrumpfend*		.		.
stark schrumpfend	7.110.171,89	Liezen, Östl. Obersteiermark, Westl. Obersteiermark	151.234,79	Liezen, Östl. & Westl. Obersteiermark
Gesamtsumme	15.775.547,82	6 NUTS-III-Regionen	973.092,40	6 NUTS-III-Regionen

* Keine NUTS-III-Region der Steiermark wurde dem Entwicklungstyp mäßig schrumpfend zugeordnet.

Im Bereich der durchschnittlichen Förderquoten pro Kopf zeigt sich, dass in der Steiermark während der Vorperiode stark schrumpfende Regionen stärker gefördert wurden als wachsende und stabile Regionen; besonders die wachsende Region ist hier stark unterrepräsentiert. Der Unterschied zwischen stark schrumpfenden und stabilen Regionen ist allerdings wesentlich geringer als die Differenz zwischen stark schrumpfenden und wachsenden Regionen, da beispielsweise die wachsende NUTS-III-Region Graz mit lediglich 4,60 € - im Vergleich zu rund

20 € Pro-Kopf-Fördermitteln in stark schrumpfenden Regionen – unterstützt wurde (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013c).

In der aktuellen Förderperiode zeigt sich bisher, dass die stabilen Regionen der West- und Südsteiermark sowie der Oststeiermark eine höhere Förderquote pro Einwohner zeigen. Wachsende Regionen weisen bisher die geringste Pro-Kopf-Förderquote im Regionsvergleich auf. Generell zeigt sich, dass zwischen 2007 und 2009 – zum Beispiel im Vergleich zum Ziel RWB – durch LEADER erst sehr geringe Mittel ausgeschöpft wurden; nach Auskunft des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung/Abteilung Landwirtschaftsförderung⁶⁴ ist der Bereich LEADER in der aktuellen Förderperiode erst äußerst verzögert (eigentlich erst 2008) und langsam angelaufen (eigene Berechnungen basierend auf ÖIR, 2012).

Tabelle 23: Durchschnittliche EAGFL-A- und ELER-Förderungen pro Kopf in der Steiermark. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013c; ÖIR, 2012.

Steiermark	EAGFL-A Ø Förderung pro Kopf (€)		ELER Ø Förderung pro Kopf (€)	
	LEADER 2000-06	geförderte NUTS-III-Regionen	LEADER 2007-09	geförderte NUTS-III-Regionen
wachsend	4,58	Graz	0,24	Graz
stabil	15,15	Oststeiermark, West- und Südsteiermark	1,59	Oststeiermark, West- und Südsteiermark
mäßig schrumpfend*
stark schrumpfend	19,66	Liezen, Östl. Obersteiermark, Westl. Obersteiermark	0,42	Liezen, Östl. & Westl. Obersteiermark
Durchschnitt	13,13	6 NUTS-III-Regionen	0,75	6 NUTS-III-Regionen

* Keine NUTS-III-Region der Steiermark wurde dem Entwicklungstyp mäßig schrumpfend zugeordnet.

5.3 Gegenüberstellung der thematischen Schwerpunkte

Um mögliche Unterschiede in der thematischen Ausrichtung der geförderten Projekte zwischen den unterschiedlichen Entwicklungstypen feststellen zu können, werden die Themenbereiche der unterstützten Projekte nach EU-Programm näher betrachtet. Neben den EFRE-unterstützten Programmen (Ziel 2 und RWB) werden auch die beiden LEADER-Programme und die Orientierung der dadurch geförderten Projekte analysiert.

5.3.1 EFRE-Förderungen (Ziel 2 und RWB)

Die erhaltenen Datensätze zur vergangenen Haushaltsperiode Ziel 2 sowie zum Ziel RWB in Niederösterreich und der Steiermark bieten zum Großteil eine Zuteilung aller geförderter Projekte zu den unterschiedlichen Interventionsbereichen im Programm. Diese umfassen verschiedene Schwerpunktsetzungen beispielsweise in den Bereichen Energie und Umwelt, Forschung, Technologie und Entwicklung (FTE), Unterstützung von Klein- und Mittelunternehmen (KMU), Unterstützung von Großunternehmen⁶⁵, Regionalentwicklung oder Tourismus, welche für die

⁶⁴ Informelle Information durch DI Eva Eichinger (per E-Mail, Dezember 2012).

⁶⁵ Hierbei ist zu bemerken, dass sowohl KMUs als auch Großunternehmen auch im Rahmen anderer thematischer Schwerpunkte (zum Beispiel durch FTE) unterstützt werden können, diese zusätzlichen Unterstützungen können aufgrund der Datenlage allerdings nicht abgebildet werden.

Analyse in Großgruppen zusammengefasst wurden, um die thematische Ausrichtung der kofinanzierten Projekte abbilden zu können.

Thematischer Fokus Niederösterreich

Für Niederösterreich kann auch hier aufgrund der guten Datenverfügbarkeit eine detailliertere Schwerpunktsetzung auf kommunaler Ebene abgebildet werden, so können die thematischen Projektschwerpunkte des Ziel-2-Programmes neben der Regionsebene auch auf Gemeindeebene diskutiert werden (vgl. Abbildung 28).

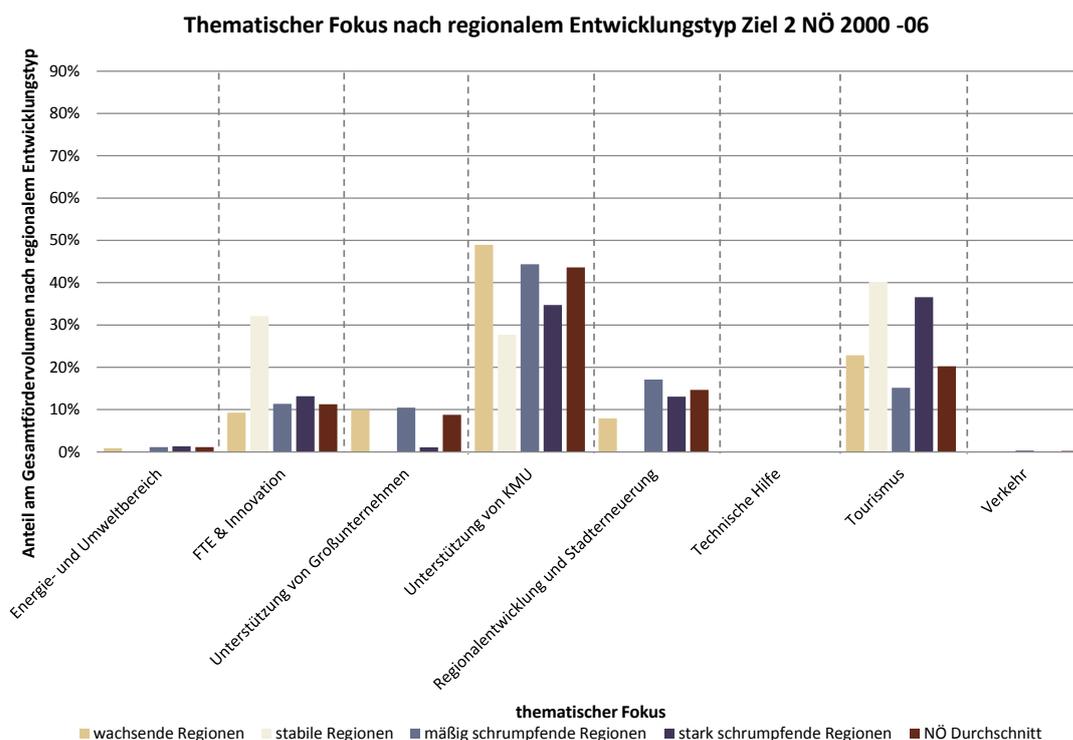


Abbildung 26: Thematischer Fokus nach regionalem Entwicklungstyp für das Ziel-2-Programm Niederösterreich. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.

Analysiert man die grobe thematische Ausrichtung aller durch das Ziel-2-Programm in Niederösterreich unterstützten Projekte, so zeigt sich, dass *wachsende* Regionen in Niederösterreich während 2000-06 ihren thematischen Schwerpunkt im Bereich der Unterstützung von Klein- und Mittelunternehmen gelegt haben, da diese mit rund 49% der gesamten ausbezahlten EFRE-Förderungen unterstützt wurden (vgl. Abbildung 26). Dieser Kategorie folgt der Bereich Tourismus (rund 23% Förderung), Unterstützungen in Großunternehmen wie auch Investitionen in FTE und Innovation (zu gleichen Teilen von rund zehn Prozent). Projekte mit Fokus auf Regionalentwicklung und Stadterneuerung wurden mit rund acht Prozent der Gesamtfördermittel für wachsende Regionen unterstützt. Die technische Hilfe, der Verkehr und der Energie- und Umweltbereich haben im Bereich der wachsenden Regionen lediglich eine untergeordnete Rolle gespielt. In der *stabilen Region St. Pölten* zeigt sich, dass die Bereiche Tourismus, FTE und Innovation sowie die Unterstützung von KMUs große Anteile an der Gesamtfördersumme haben. Andere Bereiche wurden hier nicht unterstützt. In *mäßig schrumpfenden* Regionen liegt der klare Fokus im Bereich der Unterstützung von Klein- und Mittelunternehmen, außerdem im Bereich Regionalentwicklung und Stadterneuerung; hier zeigen sich erstmals erhöhte Fördersummen im Vergleich zu den Bereichen der wachsenden und stabilen Regionen. Danach fol-

gen die Bereiche Tourismus sowie FTE und Innovation und die Unterstützung von Großunternehmen. Die *stark schrumpfende* NUTS-Region in Niederösterreich zeigt einen deutlichen Fokus im Bereich Tourismus und in der Unterstützung von KMUs. Außerdem spielen besonders die Regionalentwicklung und Stadterneuerung sowie FTE und Innovation eine wesentliche Rolle. Interessant ist, dass für die dezidierte Unterstützung von Großunternehmen lediglich ein Prozent der Fördermittel aufgewendet wurden. Zusammenfassend lässt sich erkennen, dass alle Regionen einen großen Schwerpunkt im Bereich der Unterstützung von KMUs gelegt haben, interessant ist die Konzentration der *stabilen* Region St. Pölten auf den Bereich FTE und Innovation – diese Schwerpunktsetzung wird in den übrigen Regionstypen erst in der nächsten Förderperiode folgen – sowie deren Konzentration auf den Tourismus. Erkennbar ist außerdem, dass der Bereich der direkten Unterstützungen für Großunternehmen in stabilen und stark schrumpfenden Regionen äußerst unterrepräsentiert ist (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b).

In der aktuellen Förderperiode (vgl. Abbildung 27) kann man durchaus starke Veränderungen des thematischen Schwerpunktes in den unterschiedlichen Entwicklungstypen erkennen, so zeigen *wachsende* Regionen eine Verschiebung des Schwerpunktes weg von der Unterstützung von KMUs und des Tourismus hin zu den Bereichen FTE und Innovation (nahezu 56%) und der dezidierten Unterstützung von Großunternehmen (rund 27%).

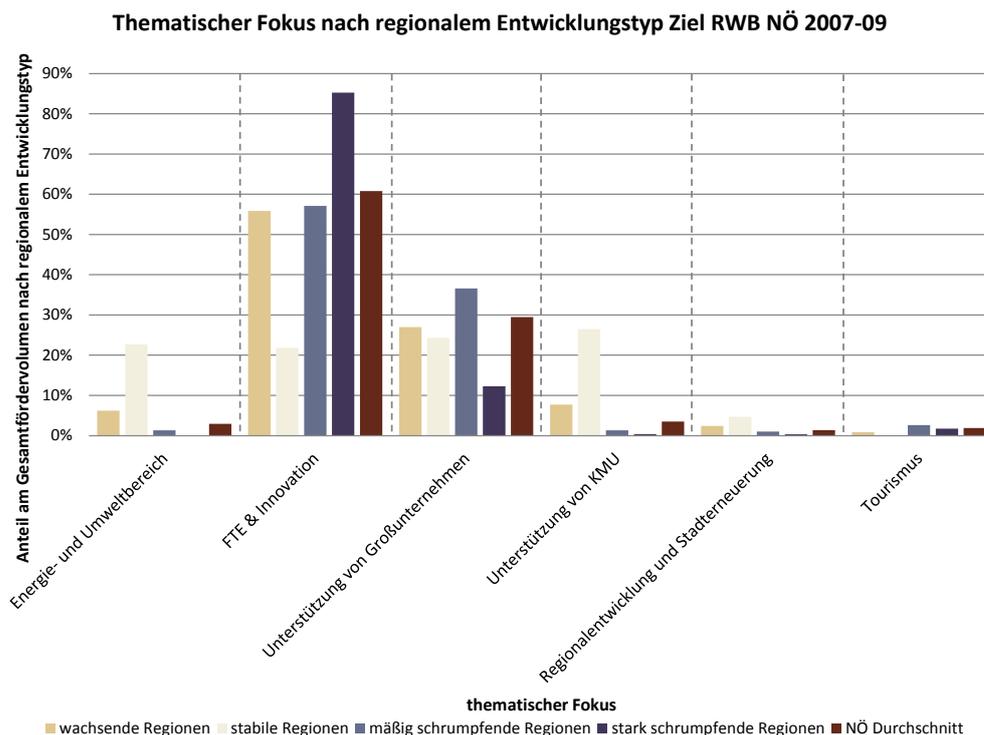


Abbildung 27: Thematischer Fokus nach regionalem Entwicklungstyp für das RWB-Programm Niederösterreich. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c.

KMUs werden lediglich mit in etwa acht Prozent unterstützt, Projekte zur Förderung des Energie- und Umweltbereichs mit rund sechs Prozent. Der Bereich Tourismus zeigt eine starke Veränderung zur Vorperiode und auch Regionalentwicklung und Stadterneuerung haben stark abgenommen, was durchaus auf die modifizierte inhaltliche Ausrichtung der Förderperiode zurückzuführen ist. Die *stabile* Region hat ihre Schwerpunkte ebenfalls verändert, nach einer starken Konzentration auf Tourismus in der Vorperiode konzentrieren sich die Projekte im Moment

zu gleichen Teilen auf den Energie- und Umweltbereich, FTE und Innovation sowie die Unterstützung von KMUs und Großunternehmen. Der Bereich Regionalentwicklung und Stadterneuerung nimmt einen lediglich geringen Anteil ein, der Tourismus wird kaum mehr unterstützt. Auch in *mäßig schrumpfenden* Regionen ist ein veränderter Fokus feststellbar, besonders FTE und Innovation sowie Großunternehmen werden in der aktuellen Periode stärker unterstützt (Steigerung von 11% auf 57% beziehungsweise von 10% auf 36% der Mittel). Die übrigen Kategorien nehmen bisher lediglich einen geringen Anteil an den Gesamtförderungsmitteln ein. Interessant ist die Schwerpunktsetzung in der *stark schrumpfenden* Region, da hier mehr als 80% der Förderungen durch das RWB-Programm dem Bereich FTE und Innovation zugutekommen. Außerdem hat sich die Förderung von Großunternehmen stark erhöht, von lediglich einem Prozent in der Vorperiode auf bereits fast 12% in der aktuellen Periode (Datenausschnitt 2007-2009). Aufschlussreich sind außerdem die starken Fördermittelreduktionen in den Bereichen Unterstützung von KMU, Regionalentwicklung und Stadterneuerung sowie Tourismus. Zusammenfassend lässt sich für die aktuelle Periode eine gravierende Veränderung der Förderintensitäten hin zum Bereich FTE und Innovation erkennen, zudem eine – teilweise schwerwiegende – Reduktion der Mittel im Bereich des Tourismus und in Projekte der Regionalentwicklung, welche vorwiegend in stark schrumpfenden Regionen in der Vorperiode umgesetzt wurden (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c).

► 2000-06 Ziel-2-Programm Niederösterreich/ kommunale Ebene

Die Analyse der Gemeindedaten für Niederösterreich gibt ferner einen interessanten Einblick in die Schwerpunktsetzung der niederösterreichischen Gemeinden nach Entwicklungstyp (vgl. Abbildung 28). *Wachsende* Gemeinden, welche im Rahmen des Ziel-2-Programmes durch den EFRE kofinanziert wurden, zeigen den größten thematischen Fokus im Bereich der Unterstützung von KMU mit rund 47% aller für Projekte verwendeten Ziel-2-Fördermittel. Darauf folgen die Themenfelder Tourismus mit 22%, FTE und Innovation mit 12% und die Unterstützung von Großunternehmen mit mehr als neun Prozent. Rund neun Prozent des Fördervolumens wurde in den Bereich der Regionalentwicklung und Stadterneuerung investiert. Von untergeordnetem Interesse waren die Kategorie des Energie- und Umweltbereichs sowie die Technische Hilfe. Projekte mit dem thematischen Schwerpunkt Verkehr wurden in wachsenden Gemeinden nicht gefördert, allerdings weist dieser Typ einen starken Schwerpunkt im Bereich der KMUs auf, zusätzlich wurde Tourismus zu großen Teilen gefördert, während der verkehrliche Bereich offensichtlich keinen Stellenwert während der Vorperiode hatte. In *stabilen* Gemeinden wurden ebenfalls die größten Fördermittel in Projekte im Bereich Unterstützung von KMU (47%) investiert. Dem folgen die Bereiche Regionalentwicklung und Stadterneuerung mit 17%, FTE und Innovation mit 13% und Tourismus mit 12,4%. Rund 8% der Gesamtförderungen innerhalb dieses kommunalen Entwicklungstyps wurden für Projekte mit dem thematischen Schwerpunkt Unterstützung von Großunternehmen verwendet, zwei Prozent der Fördersumme für Projekte im Energie- und Umweltbereich, die Technische Hilfe und der Verkehr haben in der Vorperiode eine stark untergeordnete Rolle gespielt. In stabilen Gemeinden zeigt sich die Tendenz zur starken Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben sowie von Vorhaben der Regionalentwicklung, der Bereich Verkehr wurde auch in dieser Gemeindekategorie kaum durch den EFRE kofinanziert. Der thematische Schwerpunkt *leicht schrumpfender* Gemeinden in Niederösterreich liegt ebenfalls im Bereich Unterstützung von KMUs (37%), gefolgt vom Bereich Tourismus mit 32%, der Unterstützung von Großunternehmen mit 12% und FTE und Innovation mit 11%.

Der Bereich Regionalentwicklung und Stadterneuerung weist im Vergleich zu stabilen Gemeinden in Niederösterreich mit 8% geringere Werte auf, außerdem werden der Verkehr und der Energie- und Umweltbereich ebenfalls mit nur geringen Mitteln unterstützt. Der Schwerpunkt der technischen Hilfe spielt in diesem Regionstyp keine Rolle.

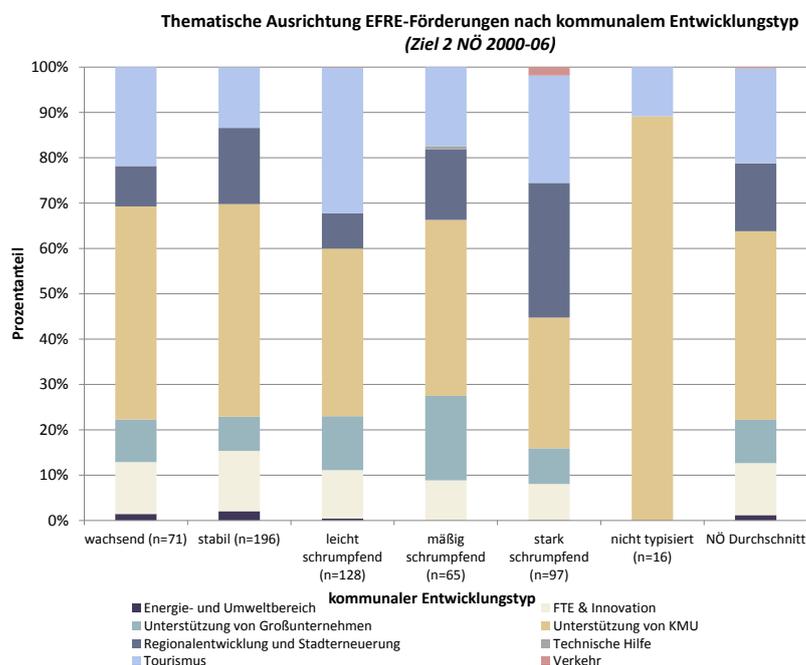


Abbildung 28: Thematische Ausrichtung EFRE-Förderungen nach kommunalem Entwicklungstyp, Ziel 2 NÖ 2000-06. Quelle: eigene Berechnung basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b; eigene Darstellung, 2013.

Auch *mäßig schrumpfende* Regionen zeigen einen mit rund 39% der Gesamtförderung sehr ausgeprägten Schwerpunkt im Bereich der Unterstützung von KMUs. Darüber hinaus wurden der Bereich der Unterstützung von Großunternehmen mit fast 19%, Regionalentwicklung und Stadterneuerung mit 16%, sowie der Tourismus mit 17% unterstützt. Der Bereich FTE nimmt rund neun Prozent der Gesamtförderungen in diesem Gemeindetyp ein. Die Analyse der thematischen Schwerpunkte zeigt, dass auch der Entwicklungstyp *mäßig schrumpfend* in seiner Schwerpunktsetzung den übrigen – sich teilweise sehr positiv entwickelnden Gemeinden – sehr ähnlich ist. In *stark schrumpfenden* Gemeinden liegt der thematische Schwerpunkt eindeutig im Bereich Regionalentwicklung und Stadterneuerung (30%), welche mit 29% von der Unterstützung von KMUs gefolgt wird. Auch der Bereich Tourismus wurde mit mehr als 23% der Gesamtfördermittel aus dem Ziel-2-Programm unterstützt. FTE und Innovation sowie die Unterstützung von Großunternehmen nehmen im Bereich der EFRE-Kofinanzierung jeweils 8% ein, der Bereich Verkehr aber auch die Technische Hilfe und der Energie- und Umweltbereich umfassen lediglich geringe Anteile. Im Bereich der *stark schrumpfenden* Kommunen ist klar erkennbar, dass innerhalb dieser eine andere Schwerpunktsetzung als in den übrigen Entwicklungstypen vorhanden ist. Der Bereich der Regionalentwicklung und Stadterneuerung wie auch der Tourismus stellen wesentliche Kernpunkte dar (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b).

Thematischer Fokus Steiermark

Für die Förderperiode 2000 bis 2006 kann für die Steiermark die thematische Ausrichtung nach regionalem Schrumpfungstyp aufgrund fehlender Daten nicht dargestellt werden, daher wird lediglich die aktuelle Programmplanungsperiode betrachtet.

Zwischen 2007 und 2009 haben *wachsende* Regionen der Steiermark (vgl. Abbildung 29) Schwerpunkte in den Bereichen FTE und Innovation und der Unterstützung von KMUs verzeichnet, außerdem im Bereich der Unterstützung von Großunternehmen. Der Energie- und Umweltbereich wurde in der Steiermark mit rund 10% unterstützt, Maßnahmen im Bereich Regionalentwicklung und Stadterneuerung mit lediglich 5,6 Prozent. *Stabile* Regionen der Steiermark haben ihren Schwerpunkt in der aktuellen Periode klar im Bereich FTE und Innovation, diesem Thema folgen der Bereich Unterstützung von Großunternehmen mit mehr als 22%, danach folgen mit geringeren Werten die Unterstützung von KMUs und die Kategorien Bildung, Kooperation sowie Regionalentwicklung und Stadterneuerung und der Energie- und Umweltbereich. *Stark schrumpfende* Regionen richten einen klaren Fokus auf die Bereiche FTE und Innovation, Unterstützung von Großunternehmen und den Energie- und Umweltbereich, welche einen Großteil der Gesamtförderungen einnehmen. Darauf folgen die Bereiche Bildung, Kooperation sowie die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben; nur ein äußerst geringer Anteil der Fördermittel ist auf die Kategorie der Regionalentwicklung und Stadterneuerung fokussiert. Im Vergleich zu den Ergebnissen für Niederösterreich zeigt sich in der Steiermark eine nicht ganz so stark ausgeprägte Konzentration der Fördermittel auf den Bereich FTE und Innovation, da die Projekte in der Steiermark tendenziell weniger stark konzentriert und tendenziell breiter gestreut sind (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013b).

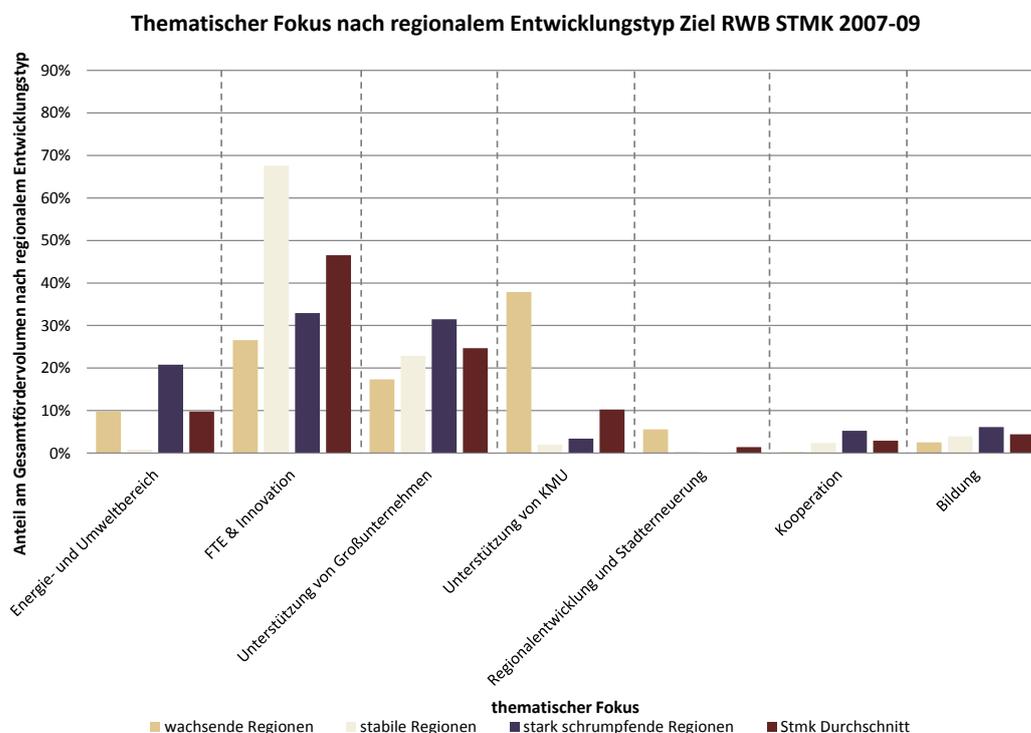


Abbildung 29: Thematischer Fokus nach regionalem Entwicklungstyp für das RWB-Programm Steiermark. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013b.

5.3.2 EAGFL-A/ELER-Förderungen (LEADER 2000-06 / 2007-09)

Während der Haushaltsperiode 2000 bis 2006 hat der Schwerpunkt LEADER insgesamt fünf Maßnahmen unterstützt (vgl. hierzu Kapitel 5.1). In Niederösterreich zeigt sich, dass zwischen 2000 und 2006 in *wachsenden* Regionen besonders Projekte der regionalen Wertschöpfung (indirekt wie auch direkt) unterstützt wurden. Außerdem wurden rund 25% der Fördermittel für das LAG-Management aufgewendet. In *stabilen* Regionen hat der Bereich der Förderung der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten mehr als 50% eingenommen und auch Projekte zur Unterstützung der indirekten regionalen Wertschöpfung haben fast 24% der Gesamtförderungen erhalten. Die direkte regionale Wertschöpfung beziehungsweise das LAG-Management haben hier eine untergeordnete Rolle gespielt. In *mäßig schrumpfenden* Regionen wurde ein Großteil der Maßnahmen – ähnlich wie in der *stark schrumpfenden* Region nördliches Weinviertel – nicht typisiert, was konkrete Aussagen zur Ausrichtung beziehungsweise zu eventuell divergenten Ansätzen verhindert; ansonsten liegt der Schwerpunkt im Waldviertel und in der Region Niederösterreich-Süd im Bereich der indirekten sowie direkten regionalen Wertschöpfung, im Weinviertel liegt das Hauptaugenmerk bei der Unterstützung des LAG-Managements (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012d).

Tabelle 24: Thematische Ausrichtung LEADER 2000-06 in Niederösterreich. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012d.

Niederösterreich/ NUTS-III-Regionen	LEADER 2000-06			
	wachsend	stabil	mäßig schrumpfend	stark schrumpfend
Indirekte regionale Wertschöpfung	32,9%	23,9%	21,2%	15,6%
Direkte regionale Wertschöpfung	27,0%	12,4%	21,9%	10,1%
LAG-Management	24,6%	12,2%	17,9%	17,9%
Förderung der Zusammenarbeit zw. ländlichen Gebieten	13,4%	51,5%	12,6%	14,2%
Vernetzung	0,0%	0,0%	0,0%	15,0%
nicht typisiert	2,1%	0,0%	26,4%	27,2%

In der aktuellen Förderperiode gibt es lediglich vier große Maßnahmenbereiche, die in Niederösterreich im Zuge von LEADER umgesetzt wurden; es zeigt sich, dass *wachsende* wie auch *stabile* Regionen ihren Fokus auf die Unterstützung der Lebensqualität beziehungsweise der Diversifizierung gesetzt haben. *Mäßig schrumpfende* Regionen zielen außerdem auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit ab und auch *stark schrumpfende* Regionen fokussieren neben der Erhöhung der Lebensqualität auf die Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes (eigene Berechnungen basierend auf ÖIR, 2012).

Tabelle 25: Thematische Ausrichtung LEADER 2007-09 in Niederösterreich. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf ÖIR, 2012.

Niederösterreich/ NUTS-III-Regionen	LEADER 2007-09			
	wachsend	stabil	mäßig schrumpfend	stark schrumpfend
Wettbewerbsfähigkeit	28,78%	10,11%	43,44%	37,30%
Umwelt/Landbewirtschaftung	7,99%	0,00%	0,35%	1,83%
Lebensqualität/Diversifizierung	60,53%	70,90%	48,35%	56,14%
Arbeit der LAG, Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung	2,70%	18,99%	7,86%	4,73%

In der Steiermark zeigt die Analyse, dass sich die *wachsende* Region Graz während 2000 und 2006 hauptsächlich auf Projekte zur Stärkung der indirekten regionalen Wertschöpfung orientiert hat, im Vergleich zu den wachsenden Regionen in Niederösterreich stellt das eine überdurchschnittlich starke Konzentration der Fördermittel dar. Die *stabilen* Regionen weisen eine andere Fokussierung auf, da vorwiegend das LAG-Management sowie die Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten gefördert wurden. In den *stark schrumpfenden* Regionen wurde ein Großteil der Förderungen für das LAG-Management verwendet, leider wurden 23% der Projektausgaben keiner der Maßnahmen zugeordnet, was eine Interpretation der Daten erschwert und klare Aussagen beziehungsweise Differenzierungen zu anderen Entwicklungstypen nicht möglich macht. Ansonsten wurden rund 20 Prozent aller LEADER-Fördermittel in diesen Regionen für die Förderung der indirekten regionalen Wertschöpfung verwendet; interessant ist hier erneut der Vergleich mit dem nördlichen Weinviertel, als niederösterreichische, *stark schrumpfende* Region, da diese geringere Ausgaben für den Bereich des LAG-Managements aufwendet, dafür aber 15% der Fördermittel für den Bereich Vernetzung genutzt hat. Vergleicht man die Ergebnisse der Vorperiode der Steiermark mit denen aus Niederösterreich, so lassen sich interessante Parallelen erkennen. Die *wachsenden* Regionen beider Bundesländer zeigen Schwerpunkte im Bereich der regionalen Wertschöpfung und des LAG-Managements, was beispielsweise auch im Bereich der *stark schrumpfenden* Regionen beider Länder – in Kombination mit nicht typisierten Maßnahmen – einen wesentlichen Fokus ausmacht. Interessant ist außerdem, dass nur die *stabilen* Regionen in beiden Bundesländern verstärkt das Thema der Förderung der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten unterstützen (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013c).

Tabelle 26: Thematische Ausrichtung LEADER 2000-06 in der Steiermark. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013c.

Steiermark/ NUTS-III-Regionen	LEADER 2000-06			
	wachsend	stabil	mäßig schrumpfend*	stark schrumpfend
Indirekte regionale Wertschöpfung	59,00%	17,31%	.	20,12%
Direkte regionale Wertschöpfung	15,17%	20,72%	.	11,11%
LAG-Management	23,39%	34,97%	.	32,25%
Förderung der Zusammenarbeit zw. ländlichen Gebieten	2,43%	26,99%	.	13,44%
Vernetzung	0,00%	0,00%	.	0,00%
nicht typisiert	0,00%	0,00%	.	23,08%

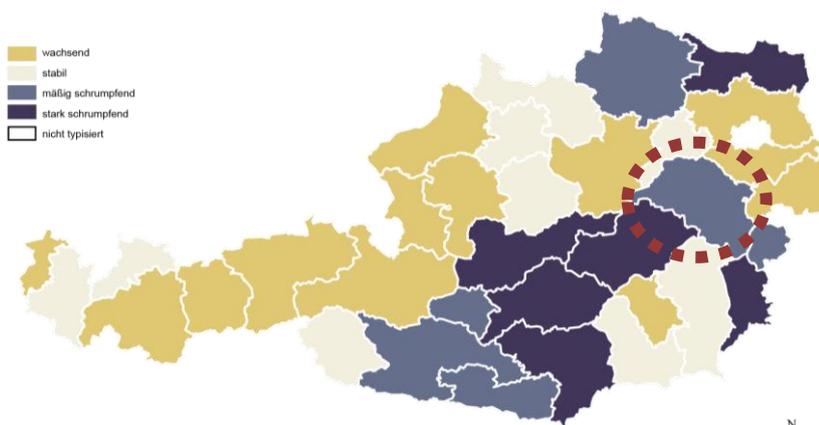
* Keine NUTS-III-Region der Steiermark wurde dem Entwicklungstyp mäßig schrumpfend zugeordnet.

In der aktuellen Periode haben die Regionen Graz, Liezen, Östliche Obersteiermark und Westliche Obersteiermark alle LEADER-Fördermittel in die Umsetzung von Projekten zur Steigerung der Lebensqualität und Diversifizierung investiert, lediglich die *stabilen* Regionen haben neben dieser Maßnahme 40% ihrer Mittel für Projekte zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit eingesetzt (eigene Berechnungen basierend auf ÖIR, 2012).

5.4 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd

5.4.1 Regionscharakterisierung

Die Region Niederösterreich-Süd besteht aus insgesamt 102 Gemeinden, befindet sich zum Teil im alpinen Gebiet und grenzt im Süden an die Steiermark beziehungsweise an die zweite Beispielregion Obersteiermark Ost. Im Ziel-2-Programm wird



bemerkt, dass die Region – neben der Obersteiermark – „zu den ‚klassischen‘ alten Industrieräumen Österreichs mit hohem Umstrukturierungs- und regionalpolitischem Interventionsbedarf [zählt]“ (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 259; vgl. außerdem Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 10).

Abbildung 30: Geographische Lage der Region Niederösterreich-Süd in Österreich, maßstabslos. Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung, 2012/2013. Karteninhalt basierend auf basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012.

„zu den ‚klassischen‘ alten Industrieräumen Österreichs mit hohem Umstrukturierungs- und regionalpolitischem Interventionsbedarf [zählt]“ (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 259; vgl. außerdem Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 10).

Außerdem wird erwähnt, dass „das alpin geprägte traditionelle Tourismusgebiet Niederösterreich Süd [...] seit Jahrzehnten unter einem dramatischen Rückgang der Gästenächtlungen [leidet]“ (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007: 259). Auch im aktuellen OP wird festgehalten, dass sich die Region deutlich unter dem Österreich- beziehungsweise Niederösterreichdurchschnitt in Bezug auf die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung befindet (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007b: 47).

Die Regionsanalyse (siehe Kapitel 4.3) hat gezeigt, dass die Region Niederösterreich-Süd zum Typ der mäßig schrumpfenden Region zählt, allerdings die Entwicklung der dazugehörigen Gemeinden äußerst heterogen verlaufen ist. Dies zeigt auch die folgende Auswertung der Indikatoren (Tabelle 27). Die Region weist ein durchaus differenziertes Bild ihrer Entwicklung über die vergangenen Jahre auf, was bereits in Abbildung 18 erkannt werden konnte. Hier hat sich gezeigt, dass vorrangig der südliche sowie der südöstliche Teil der Region von starken demographischen Schrumpfungsprozessen betroffen sind. Im nördlichen Bereich der Region sind einige Gemeinden mit stabiler beziehungsweise wachsenden demographischer Entwicklung situiert. Man kann daraus schließen, dass die Gemeinden der Region – je nach räumlicher Lage – massive Unterschiede in ihrer Entwicklung zeigen; daher werden die Region und die durch die europäische Regionalpolitik unterstützten Projekte näher analysiert.

Die folgende Tabelle zeigt, dass die durchschnittliche Bevölkerungsveränderung zwischen 1981 und 2011 durchaus positiv verlaufen ist, allerdings spiegelt sich auch in Niederösterreich-Süd die Überalterung der Gesellschaft im Gesamtbild wider. Zudem hat sich die Wanderungsbilanz während der letzten Jahre durchaus negativ entwickelt. Besonders markant ist die Entwicklung der Beschäftigten im sekundären Sektor, hier wird erkennbar, dass es vorwiegend während der 1980er Jahre – in gedämpfter Ausprägung auch während der 1990er Jahre – zu massiven Beschäftigungsreduktionen in diesem Bereich gekommen ist. Es kann davon ausgegangen wer-

den, dass besonders diese Entwicklung im wirtschaftlichen Bereich vorwiegend ausschlaggebend für die Typisierung der Region als mäßig schrumpfend war (vergleiche hierzu die Gewichtung der jeweiligen Indikatorengruppe).

Tabelle 27: Regionsprofil Niederösterreich-Süd. Quelle: basierend auf den Ausarbeitungen von Kapitel 4.3, eigene Berechnungen basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012.

Regionsprofil Niederösterreich-Süd		Berechnungsergebnis	Gewichtung
Bevölkerungsveränderung 1981-2011	1981-2011 in %	9,2%	30%
Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung	1981-1991 in % p.a.	0,2%	
	1991-2001 in % p.a.	0,4%	
	2001-2011 in % p.a.	0,3%	
	1981-2011 in % p.a.	0,3%	
Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - unter 15-Jährige	2002-2011 in % p.a.	-1,0%	5%
Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - über 60-Jährige	2002-2011 in % p.a.	1,9%	
Natürliche Bevölkerungsentwicklung an der Gesamtbevölkerung	2002-2010 in %	13,3%	5%
Wanderungsentwicklung an der Gesamtbevölkerung	2002-2010 in %	-21,4%	10%
Arbeitsplatzveränderung	1991-2009 in %	11,0%	25%
Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung	1991-2001 in % p.a.	0,3%	
	2001-2009 in % p.a.	0,9%	
	1991-2009 in % p.a.	0,6%	
Durchschnittliche jährliche Veränderung Kommunalsteuer pro Kopf	1992-2001 in % p.a.	9,3%	8%
	2001-2011 in % p.a.	2,7%	
Veränderung der Produktionsbeschäftigten	1981-1991 in %	-19,3%	17%
	1991-2001 in %	-9,2%	
	1981-2001 in % p.a.	-3,1%	

5.4.2 Analyse der eingesetzten Fördermittel

EFRE-Förderungen (Ziel 2 und RWB)

► 2000-06 Ziel-2-Programm

Im Rahmen des Ziel-2-Programmes wurden zwischen 2000 und 2006 insgesamt 366 Projekte in der Region Niederösterreich-Süd mit mehr als 50,8 Mio. € EFRE-Geldern unterstützt. 263 der Projekte können insgesamt 52 Gemeinden zugeordnet werden, 103 Projekte geben Aufschluss über Förderungen, welche keiner einzelnen Gemeinde der Region, sondern der Gesamtregion zugeordnet wurden.

Nach den Interventionsbereichen, welche jedem der kofinanzierten Projekte im Rahmen des Ziel-2-Programmes, zugeordnet wurden, können thematische Schwerpunkte der unterstützten Projekte herausgearbeitet werden. Die Analyse weist darauf hin, dass in der Region Niederösterreich-Süd zum großen Teil Projekte finanziert wurden, welche Klein- und Mittelbetrieben zu Gute kommen; diese haben insgesamt rund 42% der Fördermittel – in etwa 21,4 Mio. € – erhalten. Weitere Themenbereich welche mit hohen Fördermitteln in der Region unterstützt wurden, sind der Bereich Regionalentwicklung und Stadterneuerung (insgesamt rund 12,3 Mio. €) und der Bereich Tourismus mit rund 8,3 Mio. €. Diese Ergebnisse korrespondieren auch mit der

Gesamtzahl der geförderten Projekte, hier zeigt sich, dass nahezu 160 Projekte im Bereich KMUs, etwa 80 Projekte im Tourismus und rund 50 im Bereich der Regionalentwicklung und Stadterneuerung unterstützt wurden (vgl. Tabelle 28).

Tabelle 28: Ziel 2 NÖ 2000-06 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, Themenfokus. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.

Themenbereich	Anzahl Projekte	EU-Förderung in €	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt
Energie- und Umweltbereich	8	904.690,17	1,78%	113.086,27
FTE und Innovation	48	4.520.985,36	8,90%	94.187,20
Unterstützung von Großunternehmen	24	3.425.923,05	6,74%	142.746,79
Unterstützung von KMU	157	21.337.980,32	41,99%	135.910,70
Regionalentwicklung und Stadterneuerung	49	12.273.800,37	24,15%	250.485,72
Technische Hilfe	1	52.100,00	0,10%	52.100,00
Tourismus	79	8.301.495,92	16,34%	105.082,23
Gesamt	366	50.816.975,19 €		

Betrachtet man die Maßnahmen, welche während 2000 und 2006 durch die geförderten Projekte in der Region umgesetzt wurden, so lässt sich erkennen, dass diese Auswertung den ersten Erkenntnissen (siehe Tabelle 28) folgt, da besonders die Maßnahme zur Erweiterung und Strukturverbesserung bestehender Betriebe fast 40% der Gesamtfördermittel einnimmt. Weiters sind rund 15% der EU-Fördermittel in regionale Leitprojekte und rund 10% in wirtschaftsnahe Infrastruktur geflossen. Ebenfalls in etwa 10% aller Unterstützungen wurden in den Tourismus und die Freizeitwirtschaft investiert.

Tabelle 29: Ziel 2 NÖ 2000-06 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, umgesetzte Maßnahmen. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.

Maßnahme	Anzahl Projekte	EU-Förderung in €	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt
M 1.1: Regionalmanagements	6	319.416,03	0,63%	53.236,01
M 1.3: Kleinregionale Entwicklung, Attraktivierung von Städten	48	683.119,38	1,34%	14.231,65
M 1.4: Regionale Kulturvernetzung	2	285.369,07	0,56%	142.684,54
M 1.5: Technologieinfrastruktur und -transfer	3	1.084.202,49	2,13%	361.400,83
M 1.7: Wirtschaftsnahe Infrastruktur	11	5.116.288,19	10,07%	465.117,11
M 1.8: Regionale Leitprojekte	17	7.737.742,48	15,23%	455.161,32
M 2.1: Erweiterung und Strukturverbesserung bestehender Betriebe	49	19.700.245,95	38,77%	402.045,84
M 2.10: Umweltmanagement, Ökologische Betriebsberatung	13	45.143,66	0,09%	3.472,59
M 2.2: Betriebsneugründungen und -ansiedlungen	9	3.968.380,85	7,81%	440.931,21
M 2.3: Forschung und Entwicklung	23	2.343.723,44	4,61%	101.901,02
M 2.4: Vorwettbewerbliche Entwicklung	10	738.236,62	1,45%	73.823,66

Maßnahme	Anzahl Projekte	EU-Förderung in €	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt
M 2.5: Betriebliche Kooperationen, Markterschließung	7	90.231,60	0,18%	12.890,23
M 2.8: Betriebliche Umweltinvestitionen	33	1.202.700,18	2,37%	36.445,46
M 2.9: Betriebliche Investitionen für nachhaltiges Wirtschaften	18	183.743,98	0,36%	10.208,00
M 3.1: Investitionen Tourismus und Freizeitwirtschaft	23	4.670.858,02	9,19%	203.080,78
M 3.2: Touristische Software und Kooperationen	92	2.632.783,54	5,18%	28.617,21
M 4.2: Technische Hilfe, sonstige Ausgaben	2	14.789,71	0,03%	7.394,86
Gesamt	366	50.816.975,19 €		

Neben der Betrachtung der gesamten, als schrumpfend typisierten, Region können für das Ziel-2-Programm auch Aussagen nach kommunalem Entwicklungstyp gemacht werden. Hier zeigt sich, dass ein Großteil der Förderungen (über 48%) in die 18 stabilen Gemeinden geflossen ist, welche unterstützt wurden. Danach folgen die 12 stark schrumpfenden Kommunen der Regionen mit rund 30% der Fördermittel und wachsende Gemeinden mit 12% der Fördermittel (insgesamt fünf Gemeinden). Leicht schrumpfende Gemeinden – von denen innerhalb der Region zwölf durch das Ziel-2-Programm unterstützt wurden – haben lediglich fünf Prozent der Gesamtfördermittel erhalten, die fünf als mäßig schrumpfend typisierten Gemeinden rund 3,7% (eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b).

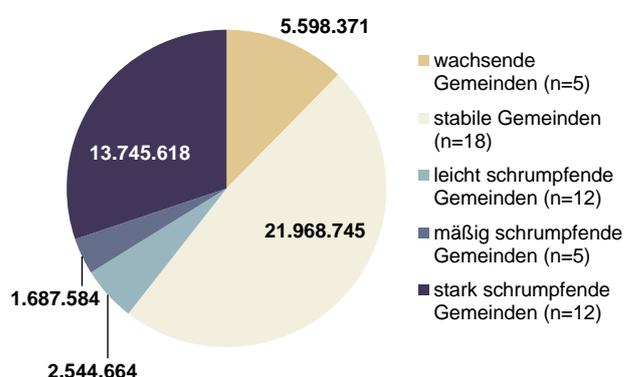


Abbildung 31: Ziel 2 NÖ 2000-06 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, Gesamtausgaben in € nach Entwicklungstyp. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.

Die Darstellung der thematischen Projektschwerpunkte nach kommunalem Entwicklungstyp zeigt teilweise große Unterschiede in der thematischen Orientierung der verschiedenen Gemeindetypen. So zeigt sich beispielsweise, dass wachsende, stabile und auch leicht schrumpfende Kommunen in der Region ihren Förderschwerpunkt auf die Unterstützung von KMUs gesetzt haben, der Anteil am Gesamtfördervolumen beträgt in diesem Bereich bei wachsenden Gemeinden nahezu 60%, in stabilen Gemeinden rund 43% und in leicht schrumpfenden Gemeinden mehr als 62%. Interessant ist außerdem, dass wachsende Gemeinden lediglich die Bereiche FTE und Innovation, Unterstützung von Großunternehmen und KMUs fördern, in stabilen Regionen – abgesehen von der technischen Hilfe – alle Bereiche unterstützt werden und auch in leicht schrumpfenden Gemeinden nahezu alle Themenbereiche – wenn auch mit stark variierenden Anteilen am Gesamtfördervolumen – durch das Ziel-2-Programm unterstützt wurden.

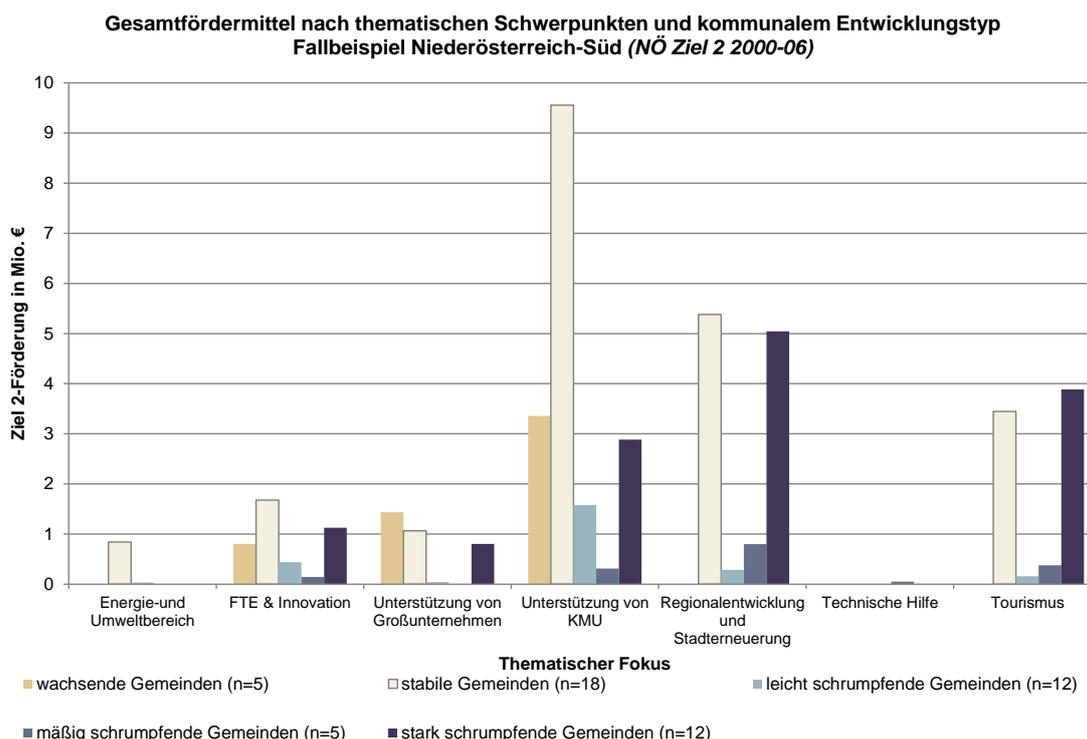


Abbildung 32: Ziel 2 NÖ 2000-06 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, Gesamtfördermittel nach thematischem Fokus und kommunalem Entwicklungstyp. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.

In mäßig schrumpfenden beziehungsweise stark schrumpfenden Gemeinden liegt der thematische Fokus klar im Bereich Regionalentwicklung und Stadterneuerung, welcher beispielsweise in wachsenden Kommunen keine Rolle spielt. Neben diesem Themenbereich wurde mitunter auch der Tourismus in Gemeinden dieses Entwicklungstyps mit jeweils mehr als 20% der Gesamtfördermittel stark gefördert (vgl. Abbildung 32). Der Schwerpunkt an unterstützten Maßnahmen in stabilen, leicht und mäßig schrumpfenden Gemeinden liegt im Bereich der Erweiterung und Strukturverbesserung, wachsende Kommunen haben den Großteil in Investitionsmaßnahmen für Tourismus und Freizeitwirtschaft investiert und stark schrumpfende Gemeinden haben sich auf regionale Leitprojekte (mehr als 45% der Gesamtförderungen in diesem Bereich) konzentriert (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b).⁶⁶

► 2007-09 RWB-Programm

Während 2007 und 2009 wurden in der Region bisher 27 Projekte in 27 Gemeinden der Region umgesetzt und wurden mit insgesamt 10,65 Mio. € unterstützt. Auffällig ist, dass bisher noch keine Projekte in den stark schrumpfenden Gemeinden der Region unterstützt worden sind beziehungsweise nur ein Projekt in einer mäßig schrumpfenden Gemeinde. Die erste Analyse der Schwerpunktsetzung in Niederösterreich-Süd zeigt, dass während der aktuellen Periode bisher vorwiegend der Themenbereich Regionalentwicklung und Stadterneuerung (mit rund 6,6 Mio. € und insgesamt elf Projekten) unterstützt wurde, was nicht mit den allgemeinen Ent-

⁶⁶ Eine tabellarische Aufstellung der Themenbereiche und Maßnahmen nach kommunalem Entwicklungstyp mit einer Aufstellung nach Projektanzahl, EU-Gesamtfördersumme, Anteil des jeweiligen Themenbereichs an der Gesamtförderung sowie die durchschnittliche Förderung nach Projekt sind im Anhang verfügbar.

wicklungen in Niederösterreich einhergeht. Der Bereich Technische Hilfe – mit rund 2,2 Mio. € – und die Kategorie FTE und Innovation – welcher rund 13% der Gesamtfördermittel einnimmt – zeigen thematische Schwerpunkte im aktuellen Programm auf (vgl. Tabelle 30).

Tabelle 30: Ziel RWB NÖ 2007-09 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, Themenfokus. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c.

Themenbereich	Anzahl Projekte	EU-Förderung in €	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt
Energie- und Umweltbereich	2	397.550,00	3,73%	198.775,00
FTE & Innovation	7	1.369.423,75	12,86%	195.631,96
Regionalentwicklung und Stadterneuerung	11	6.644.393,42	62,39%	604.035,77
Tourismus	7	2.238.043,09	21,02%	319.720,44
Gesamt	27	10.649.410,26 €		

Bei der ersten Auswertung aller umgesetzten Aktivitäten zeigen sich starke regionale Schwerpunkte im Bereich der innovativen Investitionen, in welchen nahezu 40% der Fördermittel investiert wurden. Darüber hinaus dominiert die Unterstützung des Bereiches der wirtschaftsnahen und Technologieinfrastruktur mit mehr als 37% der Gesamtfördermittel. Auch regionale Forschungs- und Technologieprojekte nehmen einen höheren Stellenwert ein, die übrigen Aktivitäten halten einen Anteil von weniger als 10% der Gesamtfördermittel. Es ist hierbei erkennbar, dass bisher vorwiegend die erste Priorität zur Erhöhung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit unterstützt worden ist; Priorität eins hat insgesamt einen Anteil von rund 95% an der Gesamtförderung in Niederösterreich-Süd. Interessant ist bei der Auswertung, dass weder Cluster- und Netzwerkbildung noch Technopolmanagement im Rahmen der ersten Priorität (Unterpunkt 1.1.) gefördert wurden. Auch Gründungsmobilisierung und -begleitung, industrielle und gewerbliche Softmaßnahmen sowie spezialisierte Unternehmensberatung wurden in Niederösterreich-Süd in der aktuellen Programmplanungsperiode bisher noch nicht unterstützt. Die zweite Priorität hat an den Gesamtförderungen (2007-2009) nur in etwa fünf Prozent Anteil (vgl. Tabelle 31; Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007b: 106).

Tabelle 31: Ziel RWB NÖ 2007-09 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, umgesetzte Aktivitäten. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c.

#	Aktivität	Anzahl Projekte	EU-Förderung in €	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt
A 1.1.1	Wirtschaftsnahe und Technologieinfrastruktur	1	4.000.000,00	37,56%	4.000.000,00
A 1.1.4	Regionale Forschungs- und Technologieprojekte	3	1.365.340,11	12,82%	455.113,37
A 1.2.2	Kooperation und Internationalisierung von Unternehmen	1	10.158,75	0,10%	10.158,75
A 1.2.3	Forschung, Entwicklung, Innovation	7	488.822,40	4,59%	69.831,77
A 1.2.5	Innovative Investitionen	10	4.199.990,00	39,44%	419.999,00
A 2.2.2	Softmaßnahme zur touristischen Wettbewerbsstrategie	3	340.200,00	3,19%	113.400,00
A 2.3.1	Impulsprojekte	2	244.899,00	2,30%	122.449,50
Gesamt		27	10.649.410,26 €		

Auch für das RWB-Ziel können neben einer reinen Gesamtbetrachtung der Region Niederösterreich-Süd zusätzliche Aussagen nach kommunalem Entwicklungstyp gemacht werden. Ein Großteil der Förderungen (mehr als 67%) wurde in insgesamt 15 stabile Gemeinden investiert. Leicht schrumpfende Regionen haben mehr als drei Mio. € EFRE-Gelder erhalten; wachsende Regionen wurden mit rund 340.000 € gefördert, was einen Anteil von rund 29% an den Gesamtfördermitteln ausmacht. Die Gemeinde Hirtenberg wurde als einzige der als mäßig schrumpfend typisierten Kommunen ebenfalls mit RWB-Mitteln unterstützt, allerdings wurden keine Projekte in stark schrumpfenden Kommunen kofinanziert (vgl. Abbildung 33).

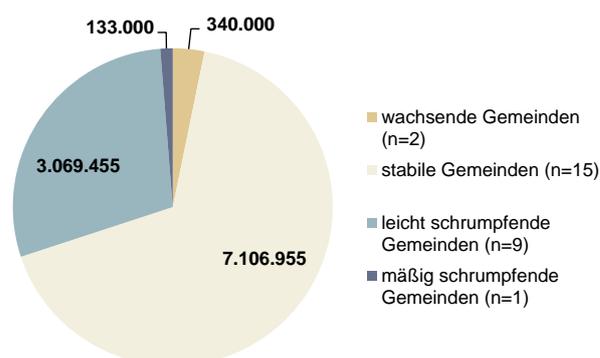


Abbildung 33: RWB NÖ 2007-09 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, Gesamtausgaben in € nach Entwicklungstyp. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c.

Auch im Bereich der thematischen Schwerpunkte weist die Umsetzung des RWB-Programms in Niederösterreich durchaus Unterschiede im Bereich der verschiedenen kommunalen Entwicklungstypen auf. So zeigt sich beispielsweise, dass in wachsenden und stabilen Gemeinden vorwiegend der Bereich Regionalentwicklung und Stadterneuerung unterstützt wird (jeweils mehr als 70% der Gesamtförderungen). Dieser Bereich wird in leicht schrumpfenden Gemeinden in durchwegs geringerem Ausmaß gefördert beziehungsweise in der mäßig schrumpfenden Gemeinde nicht thematisiert. Bisher wurden sowohl in leicht schrumpfenden als auch in der mäßig schrumpfenden Gemeinde vorwiegend Tourismusprojekte umgesetzt, in leicht schrumpfenden Gemeinden wurden rund 64% der Fördermittel für diesen Bereich aufgewendet, in der mäßig schrumpfenden Gemeinde alle Fördermittel (vgl. Abbildung 34).

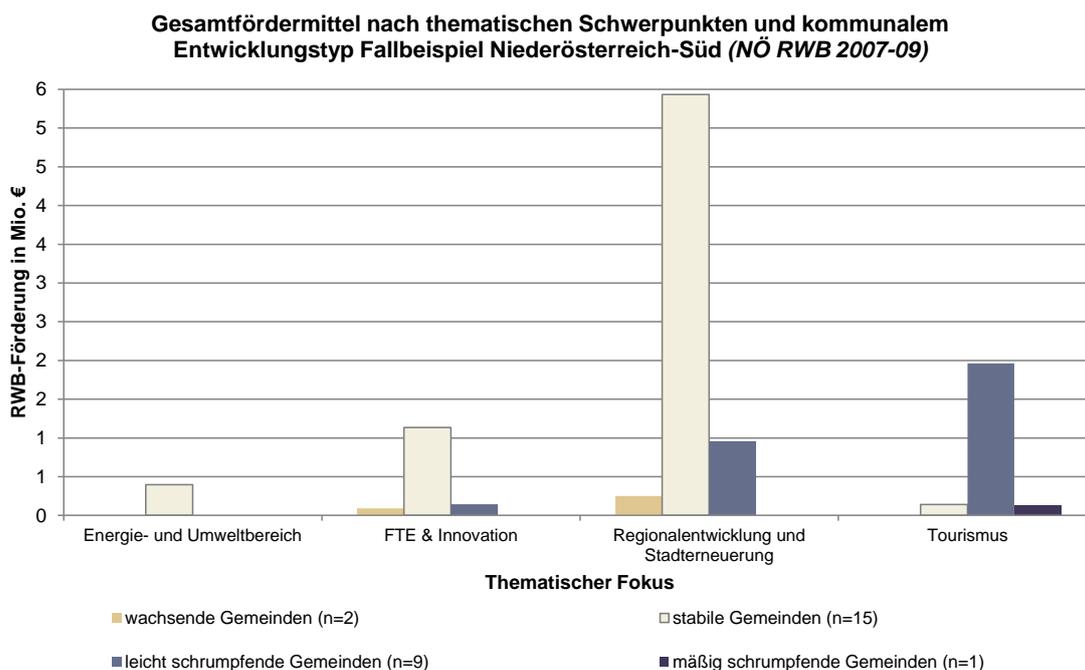


Abbildung 34: RWB NÖ 2007-09 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, Gesamtfördermittel nach thematischem Fokus und kommunalem Entwicklungstyp. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c.

Schwerpunktsetzungen im Bereich der umgesetzten Aktivitäten zeigt eine klare Ausrichtung, die Kernpunkte liegen in stabilen Gemeinden im Bereich der Unterstützung der wirtschaftsnahen und Technologieinfrastruktur, beziehungsweise in der Kategorie der leicht schrumpfenden Gemeinden im Bereich der innovativen Investitionen. Wachsende wie auch die mäßig schrumpfenden Gemeinden haben sich zur Gänze auf die Unterstützung innovativer Investitionen konzentriert. Besonders interessant ist das Ergebnis über die thematische Breite der unterstützten Projekte, da sich hier zeigt, dass lediglich die Projekte, welche in stabilen Gemeinden umgesetzt werden, eine breite Streuung an unterschiedlichen Aktivitätsfeldern einschließen, da in dieser Kategorie zwischen 2007 und 2009 bereits alle vier Themenbereiche unterstützt wurden.⁶⁷ Auch die Zwischenbilanz des OPs aus 2011 unterstreicht diese ersten Analysen des Zeitraumes 2007-2009 und zeigt, dass „die Förderanteile beim Ausbau von wirtschaftsnaher und Technologieinfrastruktur in strukturschwachen Regionen deutlich geringer [sind]“ (Pohn-Weidinger, Gruber, 2011a: 19).

EAGFL-A/ELER-Förderungen (LEADER 2000-06 / 2007-09)

► 2000-06 LEADER-Programm

In der Vorperiode wurden in der NUTS-III-Region insgesamt 179 Auszahlungen für 51 Projekte mit Unterstützung durch LEADER getätigt. Insgesamt haben die LAGs in Niederösterreich-Süd 2,2 Mio. € an Unterstützungen aus dem EAGFL-A erhalten. Die folgende Tabelle zeigt, dass der Hauptfokus in der Vorperiode darin lag, die indirekte regionale Wertschöpfung in Niederösterreich-Süd zu unterstützen.

⁶⁷ Eine tabellarische Aufstellung der Themenbereiche und Aktivitäten nach kommunalem Entwicklungstyp mit einer Aufstellung nach Projektanzahl, EU-Gesamtfördersumme, Anteil des Themenbereichs an der Gesamtförderung sowie die durchschnittlichen Förderungen nach Projekt ist im Anhang verfügbar.

Tabelle 32: LEADER NÖ 2000-06 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, Themenfokus. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012d.

Maßnahme	Anzahl Projekte	EU-Förderung in €	Anteil	Ø Fördermittel pro Projekt
Indirekte regionale Wertschöpfung	34	1.249.387,15	57,23%	36.746,68
Direkte regionale Wertschöpfung	10	517.498,34	23,71%	51.749,83
LAG-Management	1	389.441,58	17,84%	389.441,58
nicht typisiert	6	26.690,00	1,22%	4.448,33
Gesamt	51	2.183.017,07 €		

► 2007-09 LEADER-Programm

Während der ersten Phase des aktuellen LEADER-Programmes, zwischen 2007 und 2009, wurden die LAGs der Region Niederösterreich-Süd mit rund 500.000 € in ihrer Entwicklung unterstützt (vgl. Tabelle 33). Die Datenverfügbarkeit lässt zwar keine Einschätzung über die genaue Anzahl der geförderten Projekte nach Gemeinden zu, dennoch können auch zum LEADER-Programm erste thematische Ausrichtungen diskutiert werden.

Beispielsweise lag in Niederösterreich-Süd der Fokus in der aktuellen Periode klar im Bereich der Verbesserung der Lebensqualität und der Diversifizierung. Rund 54% der Gesamtmittel wurden in diesem Bereich aufgewendet, welchem die Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit als jener Posten folgt, der bisher am zweitstärksten unterstützt wurde. In etwa elf Prozent der Gesamtmittel sind zwischen 2007 und 2009 in die Arbeit der LAGs beziehungsweise zur Unterstützung der Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung investiert worden (eigene Berechnungen basierend auf ÖIR, 2012).

Tabelle 33: LEADER NÖ 2007-09 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, Themenfokus. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf ÖIR, 2012.

Maßnahme	EU-Förderung in €	Anteil an Gesamtförderung
Wettbewerbsfähigkeit	178.430,31	34,89%
Lebensqualität/Diversifizierung	276.018,45	53,97%
Arbeit der Lokalen Aktionsgruppe, Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung	56.988,07	11,14%
Gesamt	511.436,83 €	

Ausgewähltes Projektbeispiel Niederösterreich-Süd

Pohn-Weidinger und Gruber haben in ihrem Artikel aus 2011 erwähnt, dass auch in der aktuellen Programmplanungsperiode regionale Disparitäten einen großen Stellenwert einnehmen und haben aufgezeigt, dass die niederösterreichische Programmplanung die „Strategie der dezentralen Konzentration verfolgt, wonach in strukturschwachen Gebieten vor allem regionale Zentren ausgebaut und gestärkt werden sollen“ (Pohn-Weidinger, Gruber, 2011a: 18; vgl. außerdem Gruber, Pohn-Weidinger, 2011b: 7f.).

Diese Idee der Unterstützung regionaler Zentren in strukturschwachen Gebieten haben zwei Projekte in Wiener Neustadt aufgegriffen. Die Stadt ist aufgrund seiner historischen Entwicklung

für das Flugwesen wie auch für die Herstellung von Eisenbahnen bekannt (vgl. Wiener Neustadt, 2013: online). Diese beiden Bereiche wurden zum Beispiel im Zuge der Projekte Technologie-Transferzentrum Wiener Neustadt und Diamond Aircraft in der Vorperiode aufgenommen und so werden neue Entwicklungen in traditionellen Sparten durch das Ziel-2-Programm unterstützt. Dies geht mit den Aussagen von Schwarz einher, welcher bemerkt hat, dass *„bei dieser Modernisierung der ‚old economy‘ [...] die regionsspezifischen Stärken weiter gestärkt werden [sollen], entlang bewährter technisch-ökonomischer Entwicklungspfade. Zweitens sollen auch völlig neue – risikoreichere – Wege zur ‚Erschließung ökonomischer Zukunftsfelder‘ besritten werden“* (Schwarz, 2007: 18).

► Technologie-Transferzentrum (TFZ) Wiener Neustadt

Das Zentrum wurde in der Vorperiode durch das Ziel-2-Programm unterstützt und bietet auf einer Gesamtgröße von 7.000 m² Technologie- und Forschungsinfrastruktur. Zwischen 2000 und 2006 *„wurde das TFZ vor allem in haustechnischer Hinsicht modernisiert, wobei auch auf spezifische Bedürfnisse der einzelnen Mieter – etwa bei diversen Zuleitungen oder Laborverbesserungen – eingegangen wurde“* (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007e: 28). Das TFZ ist gemäß dem OP zum Ziel-2-Programm in Niederösterreich dem Strategiefeld der Mobilisierung endogener Potentiale der Regionalentwicklung, wirtschaftsnaher Infrastruktur und regionaler Leitprojekte zuzuordnen (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b); außerdem dient das Projekt der Verbesserung von F&E beziehungsweise stellt es eine grundlegende wirtschaftsnaher Infrastruktur dar und gehört demnach im Bereich der Maßnahmenorientierung zu jenen Aktivitäten, welche einen starken Fokus der gesamten NUTS-III-Region darstellen (vgl. hierzu Tabelle 29).

► Diamond Aircraft

Wie bereits erwähnt spielt das Flugwesen in Wiener Neustadt schon seit Jahrzehnten eine wichtige Rolle. Seit 1909 gibt es in Wiener Neustadt ein Flugfeld und bereits seit den 1980er Jahren werden in Wiener Neustadt Flugzeuge der Firma Diamond Aircraft hergestellt (vgl. Wiener Neustadt, 2013: online; Diamond Aircraft, 2013: online). Auch in der vorangegangenen Förderperiode wurde der Flugzeugbau in Wiener Neustadt unterstützt; konkret wurde durch den EFRE die Entwicklung eines Reiseflugzeuges gefördert, *„Basis der Entwicklung und Produktion von Flugzeugen ist die Erforschung, Entwicklung und Anwendung von Hochleistungs-Kunststoff“* (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007e: 38). Dieses Projekt zählt ebenso wie das TFZ zum Strategiefeld der Mobilisierung endogener Potentiale, der wirtschaftsnahen Infrastruktur und regionaler Leitprojekte.

Tabelle 34: Fallbeispiel Wiener Neustadt – TFZ und Diamond Aircraft. Quelle: eigen Darstellung basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007e: 28, 38; Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.

<i>Fallbeispiel: Wiener Neustadt</i>		
<i>Entwicklungstyp: stabile Kommune/ schrumpfende NUTS-III-Region</i>		
<i>Projekt</i>	TFZ Wiener Neustadt	Diamond Aircraft
<i>Branche</i>	F&E, Naturwissenschaft, Innovation und Technologie	Luft- und Raumfahrzeugbau
<i>Förderstelle</i>	ecoplus	Forschungsförderungsfonds
<i>Projektgesamtkosten (€)</i>	929.801,04	2.639.355,00
<i>EFRE-Unterstützung (€)</i>	232.450,26	270.900,00

Insgesamt wurden in der NUTS-III-Region Niederösterreich-Süd zwischen 2000 und 2006 drei Projekte im Bereich Forschung und Entwicklung sowie drei Projekte im Bereich der Luft- und Raumfahrzeuge unterstützt. Die Gesamtsumme der Förderungen in den Gemeinden der Region betrug insgesamt rund 1,7 Mio. € (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b).

Beide Projekte – wie auch die weiteren unterstützten Projekte in diesen Branchenbereichen – stellen Maßnahmen zur Unterstützung der bereits bestehenden Stärken in der Region dar und unterstreichen die zuvor zitierte Aussage von Schwarz (2007) der Potentialstärkung gemäß bereits bewährter historischer Entwicklungsrichtungen (vgl. Schwarz, 2007: 18). Außerdem sind sowohl das TFZ Wiener Neustadt als auch die Unterstützung von Diamond Aircraft Hinweise dafür, dass „Niederösterreich [...] auf eine angebotsorientierte Kompetenzstrategie [setzt], die räumlich durch die Technopol-Entwicklung gebündelt wird. Es forciert damit Investitionen in Forschungsinfrastruktur sowie den Kompetenzaufbau durch regionale Technologie- und Forschungsprojekte mit dem Ziel, Zukunftsfelder für NÖ zu entwickeln“ (Gruber, Pohn-Weidinger, 2011b: 6).

5.5 Fallbeispiel Obersteiermark Ost

5.5.1 Regionscharakterisierung

Die Region Obersteiermark Ost ist im nördlichen Bereich der Steiermark gelegen und ist die zweitgrößte NUTS-III-Region in der Steiermark. Neben der Lage im Gebiet der Mur-Mürz-Furche ist die Region durch „Siedlungen in engen Tälern und Beckenlagen“ (Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2011: 6) charak-

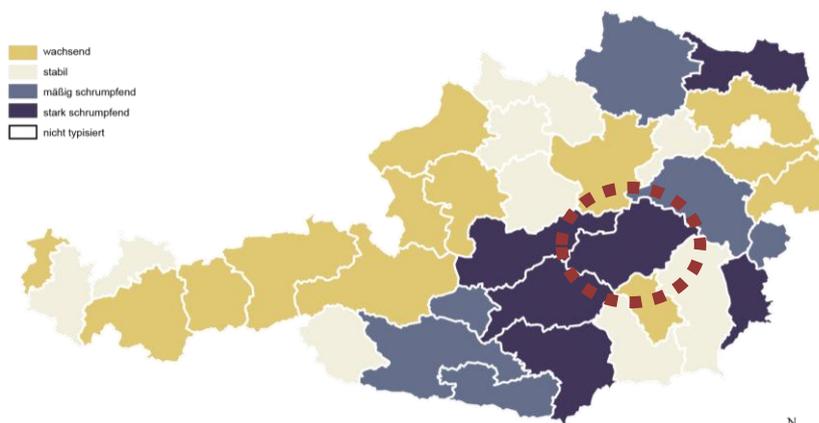


Abbildung 35: Geographische Lage der Region Obersteiermark Ost in Österreich, maßstabslos. Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung, 2012/2013. Karteninhalt basierend auf basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012.

terisiert. Der begrenzte Siedlungsraum wird durch den Anteil des Dauersiedlungsraumes an der Gesamtregionsfläche ersichtlich, dieser beträgt lediglich 15 Prozent (vgl. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2011: 6). „Die Östliche Obersteiermark ist geprägt von der jahrtausendealten Eisen- und Stahlindustrie, die die Mur-Mürz-Furche zu einem der großen inneralpinen Verdichtungsräume gemacht hat“ (Tirol Atlas, 2013: online). Dies zeigt eine wesentliche Eigenschaft des Raumes, welcher die Region jahrzehntelang beziehungsweise immer noch in seiner Entwicklung prägt; wirtschaftlicher Schwerpunkt war die Eisen- und Metallindustrie (vgl. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2011: 6).

Bereits in der Regionsanalyse in Kapitel 4.3 ist ersichtlich, dass die Region sowohl im demographischen als auch im wirtschaftlichen Bereich als stark schrumpfende Region bezeichnet werden kann; es wurde deutlich, dass sich Gemeinden mit negativer demographischer Entwicklung auch wirtschaftlich negativ entwickeln (vgl. hierzu Abbildung 19).

Die folgende Tabelle zeigt deutlich die negative Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahrzehnten, zwischen 1981 und 2011 hat die regionale Gesamtbevölkerung um mehr als 16% abgenommen, durchschnittlich verlor die Region fast ein Prozent pro Jahr an Bevölkerung. Die Überalterung der Region ist an der Reduktion der unter 15-Jährigen während der vergangenen Jahre erkennbar. Darüber hinaus ist ein äußerst markanter Wanderungsverlust zwischen 2002 und 2010 von mehr als 46% erkennbar. Im wirtschaftlichen Bereich zeigen die Entwicklungen der Arbeitsplätze eine negative Veränderung, diese wird besonders durch die Veränderung der Produktionsbeschäftigten im Zuge des strukturellen Wandels verdeutlicht. Zwischen 1981 und 1991 hat die Östliche Obersteiermark mehr als 30% an Beschäftigten im sekundären Sektor verloren. Dies verdeutlicht die Entwicklungen in der – wie bereits erwähnt – stark von der Eisen- und Metallindustrie geprägten Region.

Tabelle 35: Regionsprofil Östliche Obersteiermark. Quelle: Basierend auf den Ausarbeitungen von Kapitel 4.3, eigene Berechnungen basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012.

Regionsprofil Östliche Obersteiermark		Berechnungsergebnis	Gewichtung
Bevölkerungsveränderung 1981-2011	1981-2011 in %	-16,3%	30%
Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung	1981-1991 in % p.a.	-0,6%	
	1991-2001 in % p.a.	-0,6%	
	2001-2011 in % p.a.	-0,6%	
	1981-2011 in % p.a.	-0,6%	
Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - unter 15-Jährige	2002-2011 in % p.a.	-2,3%	5%
Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - über 60-Jährige	2002-2011 in % p.a.	1,2%	
Natürliche Bevölkerungsentwicklung an der Gesamtbevölkerung	2002-2010 in %	-0,7%	5%
Wanderungsentwicklung an der Gesamtbevölkerung	2002-2010 in %	-46,6%	10%
Arbeitsplatzveränderung	1991-2009 in %	-2,3%	25%
Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung	1991-2001 in % p.a.	0,1%	
	2001-2009 in % p.a.	-0,4%	
	1991-2009 in % p.a.	-0,1%	
Durchschnittliche jährliche Veränderung Kommunalsteuer pro Kopf	1992-2001 in % p.a.	10,3%	8%
	2001-2011 in % p.a.	3,0%	
Veränderung der Produktionsbeschäftigten	1981-1991 in %	-30,8%	17%
	1991-2001 in %	-10,2%	
	1981-2001 in % p.a.	-4,6%	

Im Regionsprofil zur Östlichen Obersteiermark, veröffentlicht von der Steiermärkischen Landesregierung, wird besonders auf die Thematik der Abwanderung beziehungsweise auf die abwanderunggefährdeten Gebiete der Region hingewiesen und betont, dass „in den abwanderunggefährdeten Bereichen [...] die Aufrechterhaltung der (sozialen) Infrastruktur künftig zu einer wichtigen Aufgabe [wird], auch der starke Anstieg der Zahl der älteren Menschen auf fast 30% der Gesamtbevölkerung in der Region führt zu weitreichenden strukturellen Veränderungen und damit neuen Herausforderungen“ (Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2011: 11).

5.5.2 Analyse der eingesetzten Fördermittel

EFRE-Förderungen (Ziel 2 und RWB)

► 2000-06 Ziel-2-Programm

Im Rahmen des Ziel-2-Programmes der Vorperiode hat die NUTS-III-Region östliche Obersteiermark insgesamt rund 45,5 Mio. € an Förderungen aus dem EFRE erhalten. Der politische Bezirk Bruck an der Mur hat 16 Mio. €, der Bezirk Leoben 26 Mio. € und der Bezirk Mürzzuschlag rund 2,8 Mio. € dieser Mittel empfangen (eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013a). Eine Darstellung der thematischen Projektschwerpunkte beziehungsweise ein Vergleich der unterschiedlichen kommunalen Entwicklungstypen nach Ausrichtung ist aufgrund der fehlenden Datenverfügbarkeit auf kommunaler Ebene nicht möglich.

► 2007-09 RWB-Programm

Zwischen 2007 und 2009 wurden in der östlichen Obersteiermark 189 Projekte durch das RWB-Programm unterstützt, insgesamt hat die Region 10,3 Mio. € EFRE-Förderung erhalten. Die Datenverfügbarkeit lässt für das RWB-Programm lediglich eine Gesamteinschätzung der Region Obersteiermark Ost zu, es kann keine Auswertung nach kommunalem Entwicklungstyp durchgeführt werden (Datenverfügbarkeit lediglich auf NUTS-III-Level). In der thematischen Ausrichtung der Projekte ist erkennbar, dass in der Region vorwiegend der Bereich Unterstützung von Großunternehmen wie auch FTE und Innovation gefördert worden sind. Im Bereich der Großunternehmen wurden rund 3,7 Mio. € in insgesamt 102 regionale Projekte investiert. Auch Projekte bezüglich FTE und Innovation zeigen eine Gesamtfördersumme von rund 3,4 Mio. €, diese Fördermittel sind in insgesamt 13 regionale Projekte eingeflossen. Im Vergleich zu diesen Ausgaben wurden doch geringere Förderungen in den Energie- und Umweltbereich mit rund zwei Mio. € (18% der Gesamtfördermittel) getätigt, diesem folgt der Themenschwerpunkt Bildung, in welchem rund 60 Projekte mit einem Fördervolumen von fast 600.000 € unterstützt wurden (vgl. Tabelle 36).

Tabelle 36: Ziel RWB Steiermark 2007-09 Fallbeispiel Östliche Obersteiermark, Themenfokus. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013b.

Themenbereich	Anzahl Projekte	EU-Förderung in €	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt
Energie- und Umweltbereich	6	1.890.486,00	18,33%	315.081,00
FTE und Innovation	13	3.361.399,06	32,60%	258.569,16
Unterstützung von Großunternehmen	102	3.662.061,03	35,51%	35.902,56
Unterstützung von KMU	4	485.160,07	4,70%	121.290,02
Regionalentwicklung und Stadterneuerung	1	10.325,00	0,10%	10.325,00
Kooperation	3	303.400,00	2,94%	101.133,33
Bildung	60	599.312,72	5,81%	9.988,55
Gesamt	189	10.312.143,88 €		

Ebenso zeigt die Analyse der geförderten Aktivitäten in der östlichen Obersteiermark, dass vorwiegend (Groß-)Unternehmen während der aktuellen Förderperiode unterstützt worden sind, besonders der Bereich der unternehmerischen Innovationen ist mit mehr als 6,4 Mio. € gefördert worden. Mit diesem Schwerpunkt korrespondiert außerdem die Aktivität zur Förderung des Know-how-Erwerbs und Wissensmanagements für Innovationen, in welche rund 800.000 € an EFRE-Förderungen in der östlichen Obersteiermark investiert wurden. Ein weiterer Fokus der unterstützten Aktivitäten liegt im Bereich der Umweltinvestitionen, welche Unterstützungen in Form von nahezu 1,9 Mio. € aus dem EFRE erhalten haben. Aggregiert man die Ergebnisse der Aktionsfelder eins bis sechs, so erkennt man, dass die Prioritätsachse eins zur Stärkung der innovations- und wissensbasierten Wirtschaft (zu welcher diese sechs Aktionsfelder zugehörig sind) in der Obersteiermark Ost den vorwiegenden Fokus der unterstützten Projekte bildet. Die zweite Prioritätsachse zur Stärkung der Attraktivität von Regionen und Standorten (Aktionsfeld

sieben bis zehn) weist einen geringeren Anteil an der Gesamtförderung von lediglich rund 21% auf (vgl. Tabelle 37; vgl. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2007: 37).

Tabelle 37: Ziel RWB Steiermark 2007-09 Fallbeispiel Östliche Obersteiermark, umgesetzte Aktivitäten. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013b.

#	Aktivität	Anzahl Projekte	EU-Förderung in €	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt
AF.2	Stärkung von Akteuren des Innovations-systems einschließlich wirtschaftsnaher Infrastrukturen	5	496.916,32	4,82%	99.383,26
AF.3	Forschung und Entwicklung in Unternehmen	1	371.000,00	3,60%	371.000,00
AF.4	Förderung von Innovation in Unternehmen	43	6.448.578,24	62,53%	149.966,94
AF.5	Förderung des Unternehmerischen Spirits	7	27.221,00	0,26%	3.888,71
AF.6	Know-how Erwerb und Wissensmanagement für Innovation	123	764.217,32	7,41%	6.213,15
AF.8	Integrierte nachhaltige Raumentwicklung	4	313.725,00	3,04%	78.431,25
AF.9	Umweltinvestitionen	6	1.890.486,00	18,33%	315.081,00
Gesamt		189	10.312.143,88 €		

EAGFL-A/ELER-Förderungen (LEADER 2000-06 / 2007-09)

► 2000-06 LEADER-Programm

In der Östlichen Obersteiermark wurden in der Vorperiode insgesamt 20 Projekte durch das LEADER-Programm unterstützt. Die Analyse beinhaltet lediglich die regionalisierten Daten des LEADER-Programmes, Förderdaten, welche für die gesamte Steiermark vorhanden sind, wurden aufgrund der fehlenden Regionalisierung nicht in die Analyse integriert. Die Daten zu den durch LEADER unterstützten Projekten zeigen, dass ein Großteil der Förderungen (mehr als 48%/ 1,3 Mio. €) für die Unterstützung der indirekten regionalen Wertschöpfung aufgewendet wurden; in der östlichen Obersteiermark wurden im Rahmen dieser Maßnahme 17 Projekte gefördert. Wie in der untenstehenden Tabelle 38 ersichtlich, werden ebenfalls höhere Mittel für die direkte regionale Wertschöpfung aufgewendet, allerdings wurde die Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten lediglich mit äußerst geringen Mitteln unterstützt (vgl. Tabelle 38).

Tabelle 38: LEADER-Programm Steiermark 2000-06, Fallbeispiel Östliche Obersteiermark, Themenfokus. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013c.

Maßnahme	Anzahl Projekte	EU-Förderung in €	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt
Indirekte regionale Wertschöpfung	17	1.316.334,72	48,86%	146.259,41
Direkte regionale Wertschöpfung	11	723.832,34	26,87%	80.425,82
LAG-Management	2	340.604,91	12,64%	340.604,91
Förderung der Zusammenarbeit zw. ländlichen Gebieten	2	212.280,99	7,88%	212.280,99
Nicht typisiert	1	101.069,71	3,75%	101.069,71
Gesamt	33	2.694.122,67		

Der analysierte Datensatz zur Umsetzung des LEADER Programms in der Steiermark zwischen 2000 und 2006 gibt außerdem Aufschluss über die Interventionsbereiche der unterstützten Projekte, so zeigt sich, dass besonders hohe Fördersummen im Bereich des Tourismus investiert worden sind (sowohl materielle als auch immaterielle Investitionen). Außerdem ist der Bereich der grundlegenden Dienste für die ländliche Wirtschaft und die Landbevölkerung hervorzuheben, welcher mit zehn Prozent der EAGFL-A-Fördermittel unterstützt wurde. Ein Projekt, welches in der LAG Eisenstraße umgesetzt wurde, konnte keinem Interventionsbereich beziehungsweise keiner konkreten Maßnahme zugeordnet werden (vgl. Tabelle 39).

Tabelle 39: LEADER-Programm Steiermark 2000-06, Fallbeispiel Östliche Obersteiermark, umgesetzte Interventionsbereiche. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013c.

<i>Interventionsbereich</i>	<i>Anzahl Projekte</i>	<i>EU-Förderung in €</i>	<i>Anteil an Gesamtförderung</i>	<i>Ø Förderung pro Projekt</i>
Anpassung der Arbeitskräfte, Unternehmergeist und Innovationsfähigkeit, IKT	3	54.302,42	2,02%	18.100,81
Infrastrukturen im Sozial- und Gesundheitsbereich	1	50.000,00	1,86%	50.000,00
Dienste in der Sozialwirtschaft	3	289.352,66	10,74%	96.450,89
Erneuerung und Entwicklung von Dörfern und ländlichen Gebieten sowie Erhalt des ländl. Kulturgutes	3	357.177,89	13,26%	119.059,30
<i>Tourismus - Materielle Investitionen 1</i>	6	785.915,50	29,17%	130.985,92
<i>Tourismus - Materielle Investitionen 2⁶⁸</i>	3	92.000,00	3,41%	30.666,67
<i>Tourismus - Immaterielle Investitionen 1</i>	4	198.761,23	7,38%	49.690,31
<i>Tourismus - Immaterielle Investitionen 2⁶⁹</i>	4	209.902,44	7,79%	52.475,61
<i>Tourismus - Gemeinsame Dienste für Unternehmen im Bereich Tourismus- und Freizeitwirtschaft</i>	1	100.000,00	3,71%	100.000,00
Grundlegende Dienste für die ländl. Wirtschaft und die Landbevölkerung	2	340.604,91	12,64%	170.302,46
Förderung des ländlichen Fremdenverkehrs	1	99.998,00	3,71%	99.998,00
Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse	1	15.037,91	0,56%	15.037,91
Nicht typisiert	1	101.069,71	3,75%	101.069,71
Gesamt	33	2.694.122,67		

► 2007-09 LEADER-Programm

Bereits in Kapitel 5.2.2 wurde diskutiert, dass in der aktuellen Förderperiode andere Ausprägungen als in der Vorperiode im Bereich LEADER erkennbar sind. Allgemein wurden die drei stark schrumpfenden Regionen in der Steiermark bisher mit lediglich 50 Cent pro Kopf unterstützt, was – nach informellen Gesprächen mit den Landesregierungen Niederösterreich und Steiermark – einerseits auf den späten Start der aktuellen Förderperiode und andererseits auf die fehlenden lokalen beziehungsweise regionalen Akteure in der Obersteiermark Ost zurückzuführen ist. Für die östliche Obersteiermark zeigt sich, dass bisher rund 42.000 € ELER-

⁶⁸ Materielle Investitionen im Tourismus beinhalten einerseits einzelbetriebliche und infrastrukturelle Investitionsprojekte in den Bereichen Beherbergung, Verpflegung, Informationszentren, etc. (1), andererseits Investitionen in Infrastrukturen im Bereich Kultur (2) (vgl. Amt der Kärntner Landesregierung, 2013: online).

⁶⁹ Immaterielle Investitionen im Tourismus beinhalten einerseits einzelbetriebliche Maßnahmen zur Planung beziehungsweise Organisation von Angeboten sowie Sport- und Freizeitaktivitäten (1), andererseits Maßnahmen zu Aktivitäten im Bereich Kultur (2) (vgl. Amt der Kärntner Landesregierung, 2013: online).

Fördermittel in die Region geflossen sind. Thematisch sind die gesamten Fördermittel in den Bereich der Erhöhung der Lebensqualität und der Diversifizierung im ländlichen Raum investiert worden (eigene Berechnungen basierend auf ÖIR, 2012).

Ausgewähltes Projektbeispiel – Östliche Obersteiermark

Wie bereits in Kapitel 5.5.1 erwähnt, hat die Region Obersteiermark Ost zu jenen Regionen in Österreich mit ausgeprägter Eisen- und Stahlindustrie gezählt. Auch heute ist die altindustrielle Tradition in den Gemeinden der Region noch vorhanden und die Industrie stellt immer noch einen dominanten regionalen Faktor dar. Heute versucht die Region durch ihre Positionierung als Werkstoffkompetenzregion ihre langjährige Geschichte im Bereich der Industrie sowie Innovationen zu verbinden und zeigt so die Umsetzung der in Kapitel 2.3 theoretisch dargestellten Neuorientierung der Wirtschaft in der Praxis. Bürkner et al. haben bereits in ihrem Artikel aus 2005 erwähnt, dass es in schrumpfenden Regionen wichtig ist, sich sozioökonomisch wieder herzustellen, und daher eine mögliche Lösung keine Reindustrialisierung ist, sondern der wesentliche Wandel der wirtschaftlichen Struktur hin zu einer Gesellschaft, die auf Dienstleistungen und Wissenschaft aufbaut (vgl. Bürkner et al., 2005: 30). Dieser begonnene Wandel der Struktur hin zur Wissenschaft lässt sich auch anhand von Tabelle 37 erkennen, welche zeigt, dass in der NUTS-III-Region zwischen 2007 und 2009 vorwiegend die Bereiche der Großunternehmen beziehungsweise der Innovation und FTE gefördert worden sind.

► AREA m styria

Ein sogenanntes best-practice-Projekt in der Region ist die Initiative AREA m styria, welches als Entwicklung einer Marke 2003 begonnen und im Jahr 2005 in der Gründung der AREA m styria GmbH gemündet hat. Mitglieder der heutigen Standortentwicklungsgesellschaft sind die Kommunen Bruck an der Mur, Leoben, Mürzzuschlag, Kapfenberg, Oberaich, Niklasdorf, Kindberg und die Regionalmanagement Obersteiermark Ost GmbH (vgl. Österreichischer Städtebund, 2013: online; Statistik Austria, 2009b: 13). *„Die AREA m styria GmbH wurde auf Basis einer interkommunalen Kooperation gegründet, um die wirtschaftliche Entwicklung der Technologieregion Obersteiermark Ost nachhaltig zu fördern. Sie steht als virtuelles Impulszentrum für die internationale Vermarktung der Region auf Basis der einzigartigen Kernkompetenzen Technologie und Werkstoffe. Ziel ist es, durch gemeinsame Strategien und Anstrengungen, Investoren und Unternehmen für die Region zu gewinnen“* (Statistik Austria 2009b: 13).

Das Projekt unterstützt die Region in ihrer Positionierung als Werkstoffregion in Österreich und wurde bereits in der Vorperiode durch das Ziel-2-Programm unterstützt, wobei mit einer Machbarkeitsanalyse als Grundlage begonnen wurde. Heute werden zusätzliche Projekte zur Unterstützung des Standortmarketings durch das ETZ-Programm gefördert, die Finanzierung erfolgt darüber hinaus durch die Mitgliedsgemeinden, welche Gesellschafterbeiträge bezahlen (vgl. informelles Gespräch mit Jochen Werderitsch, RM Obersteiermark Ost GmbH, 2013). Nach den bisherigen Erfahrungen des Regionalmanagements bietet der Zusammenschluss AREA m styria für gemeinsames Standortmarketing Vorteile im Bereich der gemeinsamen Ansiedlungspolitik, da der Wettkampf zwischen Gemeinden und Städten um große Investoren gemildert wurde. Außerdem bestehen durchwegs Vorteile durch das gemeinsame Marketing der beteiligten Kommunen sowie konnten Erfolge im Bereich der Bestandssicherung von Unternehmen verzeichnet werden. Die AREA m stellt eine klare Positionierung und Ausrichtung der Region Obersteiermark Ost auf den Bereich der Industrie dar und hat eine feste Verankerung in der

Tradition und historischen Vergangenheit der Region (vgl. informelles Gespräch mit Jochen Werderitsch, RM Obersteiermark Ost GmbH, 2013).

5.6 Zwischenfazit

Schlussfolgernd zum letzten inhaltlichen Hauptkapitel über die Förderungen in schrumpfenden Regionen und Gemeinden können die ersten Erkenntnisse präsentiert werden. Die grundlegenden Fragestellungen, welche durch die Ausarbeitungen geklärt werden sollen, beschäftigen sich vorwiegend mit der Unterstützung schrumpfender Regionen durch die europäische Regionalpolitik sowie regionale und kommunale Unterschiede in Förderintensität und Schwerpunktsetzung.

► Wie werden schrumpfende Regionen durch die europäische Regionalpolitik gefördert?

Betrachtet man die EFRE-Förderungen in Niederösterreich, so zeigt sich, dass mäßig schrumpfende und wachsende Regionen einen Großteil der Gesamtfördersummen erhalten, doch stark schrumpfende Regionen eine weitaus höhere Pro-Kopf-Förderquote verzeichnen als beispielsweise wachsende oder stabile Regionen. Es zeigt sich also, dass mögliche Erwartungshaltungen aus Kapitel 3.3, welche aufgrund der geringen Relevanz von Schrumpfaspekten in den analysierten Strategien und Programmen entstanden sind, im Zuge der Analyse der Förderdaten nicht bestätigt werden können. Jedoch kann insbesondere in der aktuellen Förderperiode identifiziert werden, dass die EU-Politik eine modifizierte Strategie verfolgt und einen ganz wesentlichen Fokus auf die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen richtet. So hat sich auch der – vorwiegend in der Vorperiode gravierende – Unterschied zwischen den Pro-Kopf-Förderquoten von zum Beispiel wachsenden (niedrige Förderquote) und schrumpfenden (hohe Pro-Kopf-Förderquote) Regionen in der aktuellen Periode bisher eingedämmt. Auch in der aktuellen Periode werden mäßig sowie stark schrumpfende Regionen mit hohen EU-Förderungen in ihrer Entwicklung unterstützt, was sicherlich auch an der Auswahl der Gebietskulisse förderfähiger Regionen in Niederösterreich liegt, wobei die strukturschwachen Gebiete (noch immer) einen ganz wesentlichen Kernbereich der EFRE-Förderungen darstellen. Diese Ergebnisse weisen auf die starke Veränderung der EU-Regionalpolitik beziehungsweise deren Strategiemodifikation während der letzten beiden Programmplanungsperioden hin.

Auch in der Steiermark zeigen die Unterstützungen aus dem Ziel-2- und RWB-Programm, dass – nach ersten Einschätzungen über geringe Förderungen von stark schrumpfenden Regionen – durchaus hohe Pro-Kopf-Förderquoten in stark schrumpfenden Regionen erkennbar sind. Auch hier ist ein breiterer Fokus des Programmes RWB ersichtlich, da unter anderem auch die wachsende Region Graz Fördermittel erhält und eine Veränderung der Förderlogik, trotz Beibehaltung des Usus der dezidierten Förderung von stark schrumpfenden Regionen, feststellbar ist. Im Rahmen der Regionsanalyse ist ein starkes Augenmerk auf mäßig und stark schrumpfende Regionen ermittelt worden, allerdings zeigt die für Niederösterreich zusätzlich durchgeführte Analyse der kommunalen Unterstützungen interessante Differenzierungen. So weist beispielsweise besonders der Entwicklungstyp der mäßig schrumpfenden Gemeinden im Rahmen des Ziel-2-Programmes um einiges geringere Pro-Kopf-Förderquoten auf als leicht schrumpfende und stark schrumpfende Kommunen. Im Gegensatz dazu zeigen auch stabile und wachsende Kommunen geringere Fördersätze als leicht und stark schrumpfende Gemeinden; das Minimum an Pro-Kopf-Förderquoten verzeichnet in Niederösterreich aber der Typ der mäßig schrumpfenden Gemeinden.

Bereits im Rahmen von informellen Gesprächen mit der Steiermärkischen Landesregierung wurde darauf hingewiesen, dass in schrumpfenden Gemeinden keine Akteure zur Projektumsetzung vorhanden sind. Dies könnte ein Grund dafür sein, dass die mäßig schrumpfenden und stark schrumpfenden NUTS-III-Regionen in Summe wohl hohe Pro-Kopf-Förderquote akquirieren konnten, es aber bei weitem nicht allen schrumpfenden Gemeinde gelungen ist, Förderungen einzuwerben und in weiterer Folge von den Unterstützungen profitieren zu können. Darüber hinaus könnte man davon ausgehen, dass mäßig schrumpfende Gemeinden in ihrer Entwicklung zu schwach für die Unterstützung prosperierender Gebiete und zu stark für die „Entwicklungshilfe“ in äußerst strukturschwachen, schrumpfenden Kommunen sind. Die Analyse der RWB-Daten für Niederösterreich auf Gemeindeebene haben darüber hinaus gezeigt, dass leicht schrumpfende Gemeinden bisher mit überdurchschnittlich hohen Pro-Kopf-Förderungen unterstützt wurden. Bis zum Jahr 2009 haben vorwiegend mäßig schrumpfende aber auch stark schrumpfende Gemeinden wenig Fördermittel erhalten. Dezidierte Aussagen können hier aufgrund der geringen Anzahl an geförderten Gemeinden und der erst verhältnismäßig spät begonnenen Förderperiode nicht gemacht werden. Außerdem zeigt die Auswertung der Förderungen im Bereich LEADER, dass stark beziehungsweise mäßig schrumpfende Regionen in beiden Bundesländern die höchste durchschnittliche Förderquote pro Kopf erhalten haben. Betrachtet man die Gesamtfördersummen, so zeigt sich, dass in Niederösterreich die höchsten Förderungen in die beiden mäßig schrumpfenden Regionen geflossen sind (Vorperiode wie auch aktuelle Periode) und in der Steiermark in die stark schrumpfenden Regionen zwischen 2000 und 2006 beziehungsweise in die stabilen Regionen während der aktuellen Förderperiode. Interessant ist hierbei, dass sich bisher für die laufende Periode in Niederösterreich wesentlich höhere Gesamtfördermittel/wie auch Pro-Kopf-Förderquoten als in der Steiermark identifizieren lassen.

- ▶ Welche Unterschiede hinsichtlich europäischer Unterstützungen können zwischen verschiedenen Typen von Schrumpfungsregionen in Österreich erkannt werden?

Neben der rein finanziellen Unterstützung und deren Analyse haben sich im Rahmen der Ausarbeitung interessante Kernthemen der unterschiedlichen Entwicklungstypen gezeigt. Die in Kapitel 1.3 formulierte Annahme, dass Regionen, die sich in ihrer Entwicklung unterscheiden, auch in unterschiedlicher Weise gefördert werden und verschiedene thematische Schwerpunkte aufweisen, kann daher bestätigt werden. So hat sich herausgestellt, dass in Niederösterreich in der Vorperiode in allen Regionen KMUs stark unterstützt wurden. In wachsenden, mäßig und stark schrumpfenden Regionen hat der Förderanteil für diesen Bereich über vierzig Prozent eingenommen und auch stabile Regionen haben hier einen großen Fokus gesetzt. Die stabile Region St. Pölten hat sich – ähnlich der stark schrumpfenden Region nördliches Weinviertel – vorwiegend auf den Bereich Tourismus orientiert, wachsende sowie mäßig schrumpfende Regionen haben hier lediglich geringe Fördermittel investiert. Interessant sind die Ausprägungen im Bereich Regionalentwicklung und Stadterneuerung, da hier vorwiegend mäßig und stark schrumpfende Regionen Schwerpunkte gesetzt haben, auch in wachsenden Regionen wurden – in durchwegs geringerem Ausmaß – Projekte umgesetzt, in der stabilen Region war dieser Bereich im Gegensatz dazu kein Thema.

Wesentliche Erkenntnisse gibt es überdies beim Vergleich unterschiedlicher Förderperioden, so ist in den Ausarbeitungen der Förderdaten von 2007 bis 2009 klar der verstärkte Schwerpunkt der Union auf Wachstum, Innovation und FTE erkennbar. Besonders der Bereich FTE und In-

novation hat in der aktuellen Periode einen Aufschwung in allen Entwicklungstypen erlebt, wurde dieser Bereich in der Vorperiode besonders in stabilen Regionen unterstützt, so zeigen bisher vor allem die wachsenden, mäßig und stark schrumpfenden Regionen einen ausgebildeten Fokus in diesem Bereich. Es ist ersichtlich, dass sich die vormalige Pointierung aller Regionen auf die Unterstützung von KMUs zunehmend in Richtung FTE und Innovation, aber auch Großunternehmen (vorwiegend in wachsenden, stabilen und mäßig schrumpfenden Regionen) verschoben hat. Stabile Regionen haben ihr Blickfeld von einer besonders ausgeprägten Schwerpunktsetzung auf Tourismus, FTE und Innovation und KMUs hin zu einer breiteren Ausrichtung auf den Energie- und Umweltbereich, die Unterstützung von Großunternehmen, FTE und KMU vergrößert. Bisher zeigt sich außerdem, dass der Bereich Regionalentwicklung und Stadterneuerung in seiner Relevanz für vorwiegend mäßig und stark schrumpfende Regionen in der aktuellen Periode stark abgenommen hat, ähnlich der Bereiche KMU und Tourismus. Die Relevanz des Tourismus wurde beispielsweise auch in der Ausarbeitung des Fallbeispiels Niederösterreich-Süd erkannt, wobei mäßig und stark schrumpfende Gemeinden besonders in der Vorperiode auffällige Tourismusschwerpunkte (zusätzlich zu Regionalentwicklung und Stadterneuerung) gezeigt haben.

Die bedeutende Schwerpunktsetzung auf FTE und Innovation in der aktuellen Förderperiode zeigt sich ebenfalls in der Steiermark; hier weisen vorwiegend stabile und stark schrumpfende Regionen das Hauptthema FTE und Innovation auf. Interessant ist hierbei, dass sich die Region Graz vorwiegend auf den Bereich der Unterstützung von KMUs sowie auf FTE und Innovation konzentriert, wobei besonders die thematische Ausrichtung auf die KMUs untypisch ist, da dieser beispielsweise in Niederösterreich in der aktuellen Periode kaum mehr verfolgt wird. Äußerst interessant ist eine starke Schwerpunktsetzung der stark schrumpfenden Regionen auf FTE und Innovation sowie die Unterstützung von Großunternehmen, was nicht mit den Ergebnissen aus Niederösterreich einhergeht, aber vermutlich auf die historische Entwicklung in den stark schrumpfenden steirischen Regionen zurückzuführen ist (alte Industrieregionen).

Die Ausarbeitungen zeigen also sowohl in der finanziellen als auch in thematischer Ausrichtung durchaus schwerwiegende Unterschiede zwischen den regionalen Entwicklungstypen. Als eindeutige Muster sind die Konzentration der aktuellen Projekte auf den Bereich FTE und Innovation und der klare Fokus auf die Unterstützung von Großunternehmen in wachsenden und stabilen Region erkennbar. Im Bereich der Fallbeispiele wurde gezeigt, dass sich beide Regionen unter anderem solchen Projekten widmen, die ihr traditionelles, industrielles Erbe erweitern und dieses mit innovativen Ideen und neuen Entwicklungsmöglichkeiten in diesem Bereich verknüpfen.

6 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Ein grundlegendes Anliegen der Diplomarbeit ist es, den Stellenwert und die Rolle von schrumpfenden Regionen in der europäischen Regionalpolitik abzubilden. Treibendes Forschungsinteresse dahinter ist die Fragestellung, ob die EU – welche sich besonders durch die Strategie von Lissabon aber auch ihrer Nachfolgerstrategie, der Europa 2020 Strategie, der Förderung von Wachstum verschrieben hat – auch den Bedürfnissen jener Gebiete gerecht werden kann, die sich inmitten negativer Transformationsprozesse befinden.

6.1 Gewonnene Erkenntnisse und Schlussfolgerungen

Schrumpfs- und Transformationsprozesse

Neben der Fragestellung über die *Definition* dieses sehr vagen, aber häufig gebrauchten, Begriffs der Schrumpfung war die *Klärung der Herkunft* und der *historischen Entwicklung des Begriffs* sowie dessen *räumliche Ausprägung* ein weiteres Forschungsinteresse.

- ▶ Schrumpfung als komplexer Transformationsprozess mit zahlreichen Folgeprozessen

Die Ausarbeitungen zum Thema haben gezeigt, dass Schrumpfung an sich äußerst komplexe Prozesse vereint und im Allgemeinen als ein kumulativer, mittel- bis langfristiger Transformationsprozess räumlicher wie auch sozialer Natur definiert werden kann, dessen Hauptmerkmal eine negative demographische Veränderung (Rückgang der Bevölkerungszahl) darstellt. Allerdings sind regionale Folgeprozesse zur rein demographischen Transformation wesentlich; häufig geht mit den negativen Bevölkerungsentwicklungen eine regressive wirtschaftliche Dynamik einher.

- ▶ Schrumpfsprozesse bereits im Mittelalter und der Frühen Neuzeit durchaus üblich

Darüber hinaus wurde im Rahmen der Literaturrecherche festgestellt, dass Schrumpfung an sich keine neuartige Erscheinung darstellt, sondern historisch unterschiedliche Schrumpfsphasen und städtische Niedergangsprozesse über die Zeit festgestellt werden können. Es wird angenommen, dass sich heute lediglich die Wahrnehmung der Akteure verändert hat, da seit der Industrialisierung das Wachstumsparadigma vorherrscht und Wachstum gegenüber Schrumpfung dominiert hat. Davor waren aufeinanderfolgende und sich abwechselnde Prozesse von wiederkehrendem Wachstum und Schrumpfung durchaus gängige Entwicklungen. Vorwiegend im Mittelalter wie auch in der Frühen Neuzeit waren Schrumpfsprozesse, ausgelöst durch Kriege, Verlagerungen von Handelsrouten oder Epidemien, in Städten und Regionen durchaus üblich.

- ▶ Schrumpfung maßgeblich durch Transformationen wie Deindustrialisierung, Suburbanisierung sowie durch postsozialistische Transformationsprozesse verursacht

Und auch während der Industrialisierung kam es in Städten und Regionen zu Schrumpfsprozessen. Das vorherrschende Wirtschaftswachstum war regelmäßig durch Krisen geprägt und sowohl in den USA als auch in Europa (Beispiel Großbritannien) kam es immer wieder zu Schrumpferscheinungen, als deren Hauptursachen Deindustrialisierung, Suburbanisierung und zum Teil der postsozialistische Wandel genannt werden können.

- ▶ Schrumpfung passt nicht zum allgegenwärtigen Verständnis von ständigem Wachstum → Instrumentarium der Raumplanung sollte dementsprechend angepasst werden

Heute – wie bereits Ende der 1980er Jahre durch Häusermann und Siebel – wird von vielen Autoren auch im Bereich der Raumplanung ein verändertes Planungsparadigma gefordert. Dieses soll sich nicht mehr vorwiegend am Wachstum orientieren, sondern alternative Wege gehen, nach neuen Perspektiven suchen und ein angepasstes Instrumentarium im Bereich der Planungsinstrumente, aber auch der Regionalförderung verwenden.

- ▶ Gleichzeitigkeit von Schrumpfung und Wachstum durch die territoriale Analyse bestätigt

Betrachtet man die *räumliche Ausprägung* von Schrumpfungsprozessen, so wurde bereits im Rahmen der Literaturrecherche definiert, dass räumliche Polarisationsprozesse üblich sind und Schrumpfung und Wachstum gleichzeitig und nahe beieinander auftreten können. Dies konnte durch die Typisierung der Regionen und Gemeinden für Österreich beziehungsweise für Niederösterreich und die Steiermark analysiert werden. So hat zum Beispiel die Typisierung der NUTS-III-Regionen gezeigt, dass benachbarte Gebietseinheiten in Österreich durchaus sehr unterschiedliche Entwicklungstendenzen aufweisen beziehungsweise jene Merkmalsgruppe (demographischer oder wirtschaftlicher Bereich), welche in ihrer Entwicklung abnimmt, stark variieren kann. So befinden sich manche Regionen, die positive wirtschaftliche Entwicklungen verzeichnen, aber demographisch schrumpfen, geographisch in geringer Distanz zu Regionen, die in beiden untersuchten Bereichen negative Entwicklungen verzeichnen. Neben dieser Gleichzeitigkeit von Schrumpfung und Wachstum hat die Analyse trotzdem dargestellt, dass jene Regionen, welche bereits seit längerer Zeit als schrumpfend gelten (Regionen in Grenzgebieten, altindustrielle Gebiete oder zum Teil alpine Räume) noch immer tendenziell negative Entwicklungen im Bereich Demographie, aber auch in der Wirtschaftsentwicklung verzeichnen. Als Beispielregionen können hier Gebiete in der Steiermark, wie die Regionen Liezen oder die Obersteiermark West und Ost genannt werden, aber auch Grenzgebiete in Kärnten oder in Niederösterreich, wie beispielsweise die NUTS-III-Region Weinviertel.

- ▶ Ost-West-Entwicklungsgefälle der österreichischen Regionen immer noch erkennbar

Die räumliche Analyse hat erneut die Aussagen verschiedener Autoren bestätigt, dass das Ost-West-Gefälle – wachsendes Westösterreich versus schrumpfendes Ostösterreich – immer noch besteht. Natürlich gilt diese Aussage nicht pauschal, da auch in Westösterreich vereinzelt schrumpfende Gebiete vorkommen und sich in Ostösterreich durchaus sehr prosperierende Regionen befinden. Allerdings ist erkennbar, dass sich stark schrumpfende Regionen lediglich im östlichen Bereich Österreichs befinden. Es wurde klar gezeigt, dass besonders die Bundesländer Burgenland, Niederösterreich, Steiermark und Kärnten jene Regionen darstellen, die überwiegend von Schrumpfung betroffen sind. Als wachsende Regionen wurden größtenteils Regionen in Salzburg, Tirol und Vorarlberg typisiert. Auf der kommunalen Ebene konnte die Analyse der niederösterreichischen und steirischen Gemeinden die ersten Erkenntnisse der Regionsanalyse bestätigen, da auch auf der Gemeindeebene sehr oft stark schrumpfende neben wachsenden Gemeinden situiert sind. Stark differenzierte Ausprägungen von Wachstum und Schrumpfung liegen daher in österreichischen Regionen in geographisch geringer Distanz zueinander und zusätzlich zeigen vorwiegend altindustrielle Gebiete, Gemeinden in Grenzgebieten sowie alpine Räume negative Entwicklungsprozesse.

Die Europäische Regionalpolitik – Theorien und Konzepte

Neben der reinen Definition von Schrumpfungsprozessen und deren Abbildung in österreichischen Regionen und Gemeinden wurden die europäische Regionalpolitik, deren Ideen und Prinzipien sowie Veränderungen der verfolgten Strategien während der letzten Programmplanungsperioden analysiert und relevante Programme einer Analyse unterzogen. Es hat sich gezeigt, dass die Union primär auf wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaft abzielt und auf diese Weise eine harmonische Regionalentwicklung fördern möchte. Es wird auch darauf hingewiesen, dass Entwicklungsunterschiede – besonders im Bereich der stark benachteiligten Regionen – reduziert und ausgeglichen werden.

► Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit, des Wirtschaftswachstums und der Arbeitsplätze
Grundsätzlich unterstützt die Regionalpolitik als Investitionspolitik heute vorwiegend die Wettbewerbsfähigkeit der EU, Wirtschaftswachstum und das Schaffen von Arbeitsplätzen. Analysiert man den EFRE, so gehören die Verminderung des Strukturwandels, der Abbau von Disparitäten und die Förderung der europäischen Kohäsion zu dessen Zielen; außerdem unterstützt der Fonds benachteiligte Gebiete. Ebenso fördert LEADER grundsätzlich den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt im ländlichen Raum und versucht, besonders den Spezifika der Landwirtschaft und den natürlichen beziehungsweise topographischen Ungleichheiten Rechnung zu tragen.

► Unterstützung strukturschwacher Regionen während 2007-09/13 stark an Gewicht verloren
Diese Definitionen und Schwerpunkte lassen den Schluss zu, dass die europäische Regionalpolitik auch den Bedürfnissen schrumpfender Regionen Rechnung trägt. Allerdings zeigt sich im Bereich der jeweiligen Gesamtstrategie je Förderperiode (00-06: Agenda 2000, 07-13: Strategie von Lissabon, beziehungsweise seit 2010 und zukünftig: Europa 2020), dass die damit einhergehenden Modifikationen auch immer Veränderungen in der Regionalpolitik nach sich ziehen, da die gegenwärtige Strategie jeweils den Koordinierungsrahmen der aktuellen Förderperiode darstellt. Hat die Vorperiode besonders strukturschwache Regionen und den innergemeinschaftlichen Ausgleich unterstützt, so werden im Zuge der aktuellen Haushaltsperiode vorwiegend Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Forschung und technologische Entwicklung gefördert; es herrscht eine Potentialorientierung im Gegensatz zum Ausgleich vor, und der Gedanke des Wachstums stellt seit der Strategie von Lissabon einen wesentlichen Schwerpunkt der europäischen Regionalpolitik dar. Im Bereich LEADER wird die endogene Regionalentwicklung unterstützt; basierte das LEADER-Programm vormals jedoch auf innovativen Ideen und Pilotstudien, so dominiert heute die Befürchtung einer zunehmend geschwächten Innovationskraft und Unterordnung der Programme in den Gesamtbereich der ländlichen Entwicklung.

Durch die reine Analyse der europäischen Regionalpolitik könnte die eingangs gestellte Fragestellung *„Zielen die analysierten EU-Förderungen und deren zugrundeliegenden Theorien und Konzepte auf die Unterstützung schrumpfender Regionen ab?“* sicherlich bestätigt werden, da es scheint, als würden auch Regionen mit negativen Entwicklungen – vorwiegend in der Vorperiode – Unterstützung erhalten (haben). Allerdings zeigt die Detailanalyse von ausgewählten OPs sowie der Kohäsionsleitlinien und des österreichischen NSRP, dass diese in den Zielformulierungen keinen spezifischen Bezug auf die Bedürfnisse schrumpfender Regionen nehmen.

- ▶ Problematik von Schrumpfung erkannt, Zielformulierungen fehlen weitgehend

Zwar wird das Problem beziehungsweise die damit einhergehenden Herausforderungen der Schrumpfungsthematik in den OPs erkannt, Lösungsideen fehlen aber vorwiegend und werden nicht ausreichend artikuliert. Der territorialen Analyse des demographischen Wandels, der Veränderungen der Wirtschaftsstruktur sowie allgemeinen Erreichbarkeitsfragen wird viel Raum gegeben, allerdings fehlen Zielformulierungen, welche diese Problemfelder dezidiert ansprechen. Das Thema der strukturschwachen Regionen wurde im Rahmen der Agenda 2000 von der EU verfolgt, taucht aber in den Ausführungen zur Strategie von Lissabon und deren Ausrichtung auf die Wachstumsförderung nicht mehr in diesem Ausmaß auf. Dagegen können wettbewerbsspezifische Festlegungen als Unterstützung benachteiligter Regionen benannt werden.

Die europäische Regionalpolitik – tatsächliche Förderungen in den Regionen

Doch bei der Analyse der tatsächlichen Förderungen in den ausgewählten Regionen wird erneut bestätigt, dass schrumpfende Gebiete durch die Regionalpolitik besonders stark gefördert werden. So zeigt sich für die Fragestellungen „*Wie werden schrumpfende Regionen im Rahmen der europäischen Regionalpolitik gefördert?*“ sowie „*Welche Unterschiede hinsichtlich europäischer Unterstützungen können zwischen verschiedenen Typen von Schrumpfungsregionen in Österreich erkannt werden?*“ eine durchaus differenzierte Beantwortung.

- ▶ Schrumpfende Regionen zeigen in der Vorperiode höhere Pro-Kopf-Förderquoten

Generell haben – vorwiegend stark – schrumpfende Regionen in der Vorperiode durchaus höhere Pro-Kopf-Förderquoten als wachsende und stabile Regionen gezeigt. Schrumpfende Regionen gehören nicht zu jenen Gebieten, welche die höchsten Gesamtfördersummen erhalten haben, weisen aber bei den durchschnittlichen Förderquoten pro Einwohner durchaus die höchsten Werte auf.

- ▶ Annäherung der durchschnittlichen Förderquoten in der aktuellen Förderperiode

Aktuell ist erkennbar, dass sich die Pro-Kopf-Förderquoten der unterschiedlichen Gebietstypen annähern, so beispielsweise im Rahmen des *Niederösterreichischen RWB-Programmes*. Dennoch wurden bis 2009 auch in der aktuellen Programmperiode vorwiegend stark und mäßig schrumpfende Regionen unterstützt, in der Steiermark liegt ein Fokus auf stark schrumpfende und stabile Regionen⁷⁰. Trotzdem gibt es in der aktuellen Periode keine so gravierenden Unterschiede der Förderintensität zwischen den unterschiedlichen Entwicklungstypen mehr. Es hat sich beispielsweise in beiden betrachteten Bundesländern der Unterschied der durchschnittlichen Pro-Kopf-Förderquote zwischen wachsenden und schrumpfenden Regionen bereits maßgeblich verringert. Zusätzlich dazu ist ein größerer Anteil der Regionen überhaupt förderfähig, da sich hier die Gebietsabgrenzungen für das RWB-Programm im Gegensatz zur Vorperiode verändert haben und Restriktionen über förderfähige Gebiete etwas aufgeweicht wurden; dies zeigt sich beispielsweise darin, dass auch stabile und wachsende Regionen – wie etwa die Region Graz – in der laufenden Periode durch das Programm unterstützt werden. Diese Modifikationen bestätigen außerdem die Einschätzungen von Gruber und Pohn-Weidinger, welche die gelungene Balance des RWB-Programmes (in Niederösterreich) zwischen Wettbewerbsorientierung und regionalem Ausgleich betont haben.

⁷⁰ Keine NUTS-III-Region der Steiermark wurde dem Entwicklungstyp mäßig schrumpfend zugeordnet.

► **Gemeindeebene: weniger Fördermittel für mäßig schrumpfende/„In-between“-Gemeinden**
 Auf kommunaler Ebene hat sich für *Niederösterreich*⁷¹ in der Vorperiode gezeigt, dass besonders die mäßig schrumpfenden Gemeinden weniger Fördermittel erhalten haben als die übrigen Entwicklungstypen. Es kann vermutet werden, dass wachsende, stabile und leicht schrumpfende Gemeinden durch das Ziel-2-Programm vorwiegend deshalb gefördert wurden, da hier endogenes Potential für Weiterentwicklung vorhanden war und in stark schrumpfenden Gemeinden vorwiegend exogene Regionalentwicklung initiiert wurde, um die weitere Entwicklung von außen anzustoßen. Es lässt erwarten, dass diese als mäßig schrumpfend typisierten Gemeinden zu schwach für die erste Gruppe und zu stark für die zweite Gruppe zu sein scheinen und daher nur mäßig durch die europäische Regionalpolitik gefördert wurden. Dies ist verwunderlich, betrachtet man die Absorptionsfähigkeit der Entwicklungstypen, da hier vorwiegend mäßig schrumpfende Gemeinden gute Werte gezeigt haben.⁷² Das lässt darauf schließen, dass Projekte gefördert wurden, diese aber in ihrem Volumen wesentlich kleiner waren als in anderen Entwicklungstypen, wo beispielsweise nur in wenigen Gemeinden Projekte unterstützt wurden, diese aber von wesentlich größerem Umfang waren. Für das Ziel RWB sieht diese Verteilung gänzlich anders aus, da vorwiegend leicht schrumpfende Gemeinden, gefolgt von wachsenden sowie stabilen Kommunen mit den höchsten Fördermitteln pro Kopf unterstützt werden; mäßig und stark schrumpfende Gemeinden werden hier mit durchwegs geringeren Mitteln unterstützt. Auch die Förderabsorption zeigt die höchsten Anteile an bereits unterstützten Gemeinden im Bereich der wachsenden, stabilen und leicht schrumpfenden Gemeinden. Die Balance, welche von Pohn-Weidinger und Gruber angesprochen wurde, scheint in der aktuellen Periode nicht mehr erkennbar zu sein. Allerdings muss hier erneut bemerkt werden, dass die analysierten Daten, welche lediglich bis 2009 reichen, nur einen Teil der Gesamtförderperiode abbilden.

► **Auch LEADER zeigt Fokus auf schrumpfende Regionen**

Auch im Bereich LEADER konnte erkannt werden, dass schrumpfende Regionen am stärksten gefördert werden, wobei allerdings die Daten zur aktuellen Periode kaum aussagekräftig sind. Im Bereich der thematischen Orientierung lassen sich beim Vergleich der Ergebnisse der Vorperiode aus der Steiermark mit den Ergebnissen aus Niederösterreich interessante Parallelen erkennen. So zeigen die wachsenden Regionen beider Bundesländer Schwerpunkte im Bereich der Unterstützung regionaler Wertschöpfung aber auch des LAG-Managements, was beispielsweise auch im Bereich der stark schrumpfenden Regionen beider Bundesländer – in Kombination mit nicht typisierten Maßnahmen – einen wesentlichen Fokus ausmacht. Interessant ist außerdem, dass lediglich die stabilen Regionen in beiden Bundesländern verstärkt das Thema der Förderung der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten unterstützten. Für die aktuelle Periode sind aufgrund des verspäteten Starts von LEADER nur vorsichtige Aussagen möglich und auch die Erklärungskraft der analysierten Daten ist als schwach zu definieren.

Thematische Schwerpunktsetzung zur Differenzierung der Entwicklungstypen

Besonders die Analyse der thematischen Schwerpunkte in den verschiedenen Entwicklungstypen soll zur Klärung der Fragestellung beitragen, wie *Regionen im Rahmen der Regionalpolitik gefördert werden* und *welche Unterschiede hinsichtlich europäischer Unterstützungen zwischen verschiedenen Typen von Schrumpfsregionen in Österreich erkannt werden können*.

⁷¹ Eine Analyse auf kommunaler Ebene war für die Steiermark aufgrund der Datenverfügbarkeit nicht möglich.

⁷² Hoher Anteil an Gemeinden innerhalb des Entwicklungstyps, welche tatsächlich Förderungen erhalten haben.

- ▶ Veränderungen der thematischen Ausrichtung zwischen 2000-06 und 2007-09: von KMU-Förderung hin zur Orientierung auf FTE und Innovation

Zwischen den beiden betrachteten Förderperioden ist eine ausgeprägte Verschiebung des thematischen Schwerpunktes erkennbar. So hat sich der Fokus stark von KMU und Tourismus, aber auch zum Teil von Regionalentwicklung und Stadterneuerung – welche vorwiegend Schwerpunkte in schrumpfenden Regionen dargestellt haben⁷³ – in der Vorperiode hin zu FTE und Innovation sowie Großunternehmen in der aktuellen Periode verschoben. Besonders der Bereich Regionalentwicklung und Stadterneuerung sowie Förderungen im Tourismus haben stark abgenommen, dennoch zeigt sich, dass vorwiegend mäßig wie auch stark schrumpfende Regionen auch in der aktuellen Periode noch einen höheren Anteil tourismusbezogener Förderungen verzeichnen. Die Unterstützungen sind im Vergleich zur Vorperiode gering, allerdings lässt sich hier ein markanter Unterschied in der thematischen Ausrichtung der unterschiedlichen Entwicklungstypen erkennen.

- ▶ Stabile niederösterreichische Region bereits in der Vorperiode auf FTE konzentriert

Interessant in der aktuellen Periode ist die überwiegende Konzentration der stark schrumpfenden Regionen auf FTE und Innovation in *Niederösterreich*, da diese Werte weit über dem Landesdurchschnitt liegen. Markant ist außerdem, dass der Bereich FTE in der stabilen Region St. Pölten bereits in Vorperiode ein wichtiges Thema war, in der aktuellen Periode bis 2009 bisher allerdings nur einen geringen Stellenwert einnimmt.

- ▶ Regionalentwicklung und Stadterneuerung sowie Tourismus noch stark in schrumpfenden Regionen

Um zur grundlegenden Fragestellung über die Differenzierung der Förderungen in den Entwicklungstypen zurückzukommen ist festzuhalten, dass im Bereich der stark schrumpfenden Kommunen eine andere Schwerpunktsetzung als in den übrigen Entwicklungstypen erkennbar ist; der Bereich der Regionalentwicklung und Stadterneuerung wie auch der Tourismus stellen in diesen Gebieten wesentliche Kernpunkte dar. Im Vergleich zu den Ergebnissen für Niederösterreich zeigt sich in der Steiermark eine nicht ganz so stark ausgeprägte Konzentration der Fördermittel auf den Bereich FTE und Innovation, da die Projekte in den steirischen Regionen tendenziell weniger stark konzentriert und thematisch breiter gestreut sind. Diese Ergebnisse lassen darauf schließen, dass in strukturschwachen und stark schrumpfenden Regionen möglicherweise vorwiegend die öffentliche Hand – im Gegensatz zu privaten Akteuren – als wichtiger Akteur fungiert und daher vorwiegend die Bereiche Regionalentwicklung und Stadterneuerung unterstützt worden sind.

- ▶ Fallbeispiele greifen den Strukturwandel in Verbindung mit FTE und Innovation auf

Die beiden Fallbeispiele, welche die Regionen Niederösterreich-Süd und Obersteiermark Ost behandeln, zeigen, dass sich zwei Regionen unterschiedlichen Entwicklungstyps (mäßig sowie stark schrumpfend) in ihrer thematischen Förderausrichtung dennoch ähnlich sind. Beide Regionen haben eine gemeinsame Tradition und historische Vergangenheit im Bereich der Industrie und trotz der unterschiedlichen Entwicklungen innerhalb der letzten Jahre versuchen beide Regionen mit durchaus vergleichbaren Projekten neue Entwicklungen zu initiieren. Die Region Niederösterreich-Süd hat in der aktuellen Förderperiode bisher einen Schwerpunkt auf die Un-

⁷³ Diese Fokussierung wurde besonders im Rahmen der kommunalen Analyse für Niederösterreich unterstrichen.

terstützung von Projekten im Bereich Regionalentwicklung und Stadterneuerung sowie Tourismus gesetzt, was sich nicht mit der gesamtniederösterreichischen Entwicklung deckt. Darüber hinaus nimmt die Kategorie FTE und Innovation ebenfalls nahezu 10 Prozent ein. Im Bereich LEADER verfolgt die Region eine ganz ähnliche Schwerpunktsetzung wie die Obersteiermark Ost, da in beiden Regionen in der Vorperiode vorwiegend die indirekte regionale Wertschöpfung gefördert wurde und in der aktuellen Periode hauptsächlich Projekte zur Verbesserung der Lebensqualität umgesetzt werden. Im Rahmen des RWB-Programmes setzt die Obersteiermark Ost vorwiegend auf FTE und Innovation und die Unterstützung von Großunternehmen. Dies zeigt sich auch in den Aktivitätsfeldern, da bis 2009 primär die Förderung von Innovationen in Unternehmen unterstützt wurde.

Regionalpolitische Einschätzung

Es zeigt sich also, dass auf rein konzeptioneller Ebene eine Veränderung der europäischen Regionalpolitik hin zur Unterstützung entwicklungsstarker Regionen erkennbar ist und auch im Rahmen der analysierten Programmdokumente eine Unterrepräsentation schrumpfender und sich negativ entwickelnder Regionen feststellbar ist. Daraus aber darauf zu schließen, dass diese Regionen keine oder nur geringe Fördermittel aus den jeweiligen Programmen erhalten, wäre vermutlich vorschnell; denn es wird ersichtlich, dass schrumpfende Regionen sehr wohl hohe Förderquoten (pro Kopf) aufweisen und in ihrer Entwicklung durch die Europäische Union durchaus intensiv unterstützt werden. Betrachtet man die Gesamtfördersummen, welche durch EFRE, EAGFL-A und ELER gewährt wurden, so dominieren hier wachsende sowie stabile Regionen, welche durchwegs einwohnerstärkere Gebiete darstellen.

Allerdings ist – hauptsächlich auf Gemeindeebene – erkennbar, dass durch die Union vorwiegend besonders starke wie auch besonders schwache Regionen und Gemeinden in ihrer Entwicklung unterstützt werden. Hauptsächlich werden jene Gemeinden, welche die mittlere Kategorie der mäßig schrumpfenden Kommunen darstellen, mit erheblich geringeren Mitteln unterstützt. Wie bereits erwähnt, könnte das daran liegen, dass einerseits die starken und prosperierenden Regionen und Gemeinden genügend endogenes Potential für die Umsetzung von EU-unterstützten Projekten aufweisen und hier positive Entwicklungen, basierend auf den bereits vorhandenen *territorialen assets*, indiziert werden. In diesen Regionen ist das territoriale Vermögen, also personelle Ressourcen aber auch ansässige Firmen und dergleichen, in ausreichendem Maß vorhanden um Projekte umzusetzen und positive Entwicklungen anzustoßen; dies folgt der von Hahne betonten wesentlichen Komponente von endogenen Entwicklungsstrategien, der „*Nutzbarmachung der regionalen Ressourcen anstelle der Förderung der interregionalen Ressourcenmobilität*“ (Hahne, 1985: 130, zit. nach Dujmovits, 1996: 40). Andererseits überwiegt in den besonders schwachen, stark schrumpfenden Regionen vorwiegend das Prinzip der exogenen Regionalentwicklung; die sogenannte Hilfe von außen, externe Impulse beziehungsweise die bereits erwähnte interregionale Mobilität von Ressourcen unterstützen diesen Gebietstyp in seiner Entwicklung, da das Gebiet selbst über wenig eigene Ressourcen verfügt. Dies kann beispielsweise auch im Bereich des aktuellen RWB-Programmes in Niederösterreich konstatiert werden, da hier gezielt auf die Stärkung von (mittleren) Zentren in strukturschwachen Räumen gesetzt wird. Durch die Förderung von stärkeren, wachsenden oder zumindest in ihrer Entwicklung stabilen Räumen, welche als sogenannte Wachstumspole fungieren, wird versucht, auch positive (Agglomerations-) Effekte auf deren Hinterland beziehungsweise auf umliegende schrumpfende Kommunen zu erreichen, da in diesen selbst das Verbes-

serungspotential oder schlicht die handelnden Akteure oft fehlen⁷⁴. Im Allgemeinen ist diese exogene Stärkung stark schrumpfender Gebiete wohl vorwiegend durch das Ziel-2-Programm beziehungsweise das RWB-Programm zu erkennen, denn das LEADER-Programm baut generell auf den endogenen Ressourcen einer Region auf. Wie bereits erwähnt wurden auch durch dieses Programm in der Vorperiode schrumpfende Regionen in Niederösterreich und der Steiermark am stärksten unterstützt.

Das bereits erwähnte begrenzte lokale Potential für die Projektumsetzung kann auch durch die Analyse der Absorptionfähigkeit der Gemeinden erkannt werden, da sich hier zum Beispiel für Niederösterreich im Rahmen des Ziel-2-Programmes⁷⁵ gezeigt hat, dass wohl in mehr als fünfzig Prozent der als mäßig schrumpfend typisierten Gemeinden Projekte umgesetzt wurden, diese Entwicklungskategorie gesamt aber lediglich geringe Pro-Kopf-Förderquoten verzeichnen. Dies lässt darauf schließen, dass Akteure zur Umsetzung größerer Projekte vor Ort schlichtweg fehlen. Bezogen auf stark schrumpfende Regionen hat sich beispielsweise auch im Rahmen informeller Gespräche mit der Steiermärkischen Landesregierung herausgestellt, dass die Akteure zur Projektumsetzung in den Regionen oft nicht oder nur zu einem geringen Teil vorhanden sind, wodurch in weiterer Folge die Umsetzung endogener Strategien nicht möglich ist.

Betrachtet man das Beispiel Niederösterreich so wird ersichtlich, dass sich stark schrumpfende Regionen und Gemeinden – aber auch konkret für das Fallbeispiel Niederösterreich-Süd – in der Vorperiode vorwiegend auf die Bereiche Regionalentwicklung und Stadterneuerung sowie Tourismus konzentriert haben. Auch in der aktuellen Periode zeigen jene Gemeinden, welche bis 2009 bereits Förderungen aus dem RWB-Programm erhalten haben, immer noch eine starke Konzentration auf den Tourismus. Diese Entwicklung geht nicht mit der strategischen Ausrichtung des Programmes beziehungsweise der Gesamtentwicklung für Niederösterreich einher, sondern stellt ein Spezifikum schrumpfender Gebietseinheiten dar.

Interessant ist darüber hinaus die Ausprägung des thematischen Schwerpunktes auf regionaler Ebene, da hier die Analyse des nördlichen Weinviertels – als stark schrumpfende Region in Niederösterreich – gezeigt hat, dass in dieser Region zwischen 2007 und 2009 rund 85% des Gesamtfördervolumens für den Bereich FTE und Innovation aufgewendet wurden. Im Vergleich dazu liegt der Niederösterreich-Durchschnitt bei einem Niveau von 60% der Gesamtaufwendungen für FTE und Innovation. Es kann angenommen werden, dass dieser starke Fokus auf innovationsorientierte Maßnahmen und Projekte, auf neue Spezialisierungsfelder beziehungsweise Bestrebungen zur Beschleunigung des Strukturwandels hinweist.

6.1.1 Grenzen der Arbeit

Der Analyse sind einerseits durch die Regions- und Gemeindetypisierung sowie die Verfügbarkeit von Förderdaten auf kommunaler wie auch regionaler Ebene Grenzen gesetzt. Andererseits ist es im Rahmen der Diplomarbeit nicht möglich, die durch die Förderungen erzielten Wirkungen auf die Regionalentwicklung abzubilden.

⁷⁴ Vgl. hierzu beispielsweise die Wachstumspoltheorie von Perroux 1955, sowie Maier et al., welche beschreiben, „dass bei ausreichender Wirtschaftskraft eines Zentrums die Ausbreitungseffekte über die Entzugseffekte dominieren, und [sie, Anm.: Perroux und weitere Vertreter der Theorie] sehen darin einen Ansatzpunkt für eine Entwicklungsstrategie“ (Maier et al., 2012: 86).

⁷⁵ Die kommunale Absorptionstätigkeit des aktuellen RWB-Programms ist für den Zeitraum 2007-2009 aufgrund des niedrigen Umsetzungsstandes noch wenig aussagekräftig.

Im Bereich der *Typisierung nach Entwicklungstyp* ist darauf hinzuweisen, dass das Indikatorenset einerseits aufgrund nicht verfügbarer Indikatoren als nicht vollständig gilt. So konnte beispielsweise die Siedlungsentwicklung der letzten Jahre nicht abgebildet und als Indikator für die Typisierung der Gebietseinheiten verwendet werden. Andererseits gilt die Auswahl der Indikatoren zur Typisierung als wesentlich für die gewonnenen Erkenntnisse. So wurden beispielsweise Indikatoren über die Entwicklung der Produktionsbeschäftigten in die Typisierung integriert, um Deindustrialisierung als mögliche Ursache für Schrumpfungsprozesse abbilden zu können. Wie bereits in Kapitel 4 erwähnt, gehen daher die Typisierungsergebnisse zur wirtschaftlichen Entwicklung nicht immer mit der Entwicklung des BRP pro Kopf einher (Beispiel Linz-Wels, Wiener Umland/Südteil).

In Bezug auf die *analysierten Förderdaten* war es aufgrund der Datenverfügbarkeit nicht möglich alle Daten, welche für die Entwicklung von schrumpfenden Regionen als relevant identifiziert wurden, in die Analyse mit einzubeziehen. Im Kapitel zur EU-Regionalpolitik wurden so beispielsweise auch Programme der INTERREG- und ETZ-Förderungen analysiert, die tatsächlich getätigten Förderungen in den Regionen konnten allerdings aufgrund der Verfügbarkeit nicht in die Datenanalyse integriert werden. Daher kann die Analyse kein vollständiges Bild über wichtige Förderprogramme geben.

Darüber hinaus waren nicht alle verfügbaren Daten auf demselben Datenniveau vorhanden, so waren die Ziel-2- und RWB-Förderdaten für Niederösterreich auf Gemeindeebene verfügbar, die Ziel-2- und RWB-Daten für die Steiermark waren lediglich auf NUTS-III-Ebene vorhanden und die LEADER-Daten für beide Bundesländer für 2000-2006 auf LAG-Ebene beziehungsweise für 2007-2009 auf NUTS-III-Ebene. Wenn es möglich wäre, alle Daten sowohl auf kommunaler als auch auf regionaler Ebene zu analysieren, könnte man detaillierter auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten der verschiedenen Förderinstrumente eingehen.

Auch die tatsächliche *Wirkung der Fördermittel auf die Entwicklung* von Regionen und Gemeinden in Österreich konnte durch die reine Betrachtung der Förderintensität beziehungsweise deren thematischen Ausrichtung nicht abgebildet werden. Eine weiterführende Betrachtung wäre hier besonders interessant, beispielsweise in Hinblick auf die Entwicklung von Arbeitsplätzen oder Nöchtigungen in der Region bei gezielter Förderung durch die europäische Regionalpolitik, um darzustellen, was die getätigten Förderungen in der Region tatsächlich verändern konnten. Bei der Abbildung von Wirkungen könnten so nicht nur Forschungsfragen über die Förderungsintensität von schrumpfenden Regionen durch die EU-Regionalpolitik untersucht werden, sondern darüber hinaus zusätzliche, detailliertere Fragestellungen zu einer gemeinsamen Vorgehensweise zur Reduktion von Schrumpfungserscheinungen in unterstützten Regionen diskutiert werden.

6.2 Empfehlungen für die Programmplanungsperiode 2014-2020

Bereits Ende 2011 wurde von der Europäischen Kommission ein Gesetzgebungsentwurf für die kommende Programmplanungsperiode vorgestellt, welcher auf der Europa 2020 Strategie aufbaut. Wesentliche Änderungen umfassen inhaltliche Bereiche wie die Fokussierung auf diese Strategie aber auch andere Festlegungen wie *„Leistungshonorierung; Unterstützung integrierter Programmplanung; Ergebnisorientierung – Monitoring der Fortschritte im Hinblick auf die vereinbarten Ziele; Stärkung des territorialen Zusammenhalts [und] vereinfachte Umsetzung“* (Europäische Kommission, 2011a: 1). Zentral für die Unterstützung schrumpfender Regionen sind hierbei sicherlich die Stärkung des territorialen Zusammenhalts sowie die Konzentration des jeweiligen Programmes auf ausgewählte thematische Ziele. *„Um die Bedienung der europäischen Prioritäten durch die Kohäsionspolitik zu optimieren, schlägt die Kommission eine Stärkung der strategischen Programmplanung vor. Hierzu ist in der Verordnung eine Liste der thematischen Ziele aufzustellen, die mit der Strategie Europa 2020 in Einklang stehen“* (Europäische Kommission, 2012e: 8).

- ▶ Thematische Orientierung und konkrete Zielformulierungen für schrumpfende Regionen basierend auf identifizierten Herausforderungen und Bedürfnissen

Bei der Analyse der OPs wurde deutlich, dass Schrumpfung an sich in vielen Programmen als Herausforderung erkannt wird, beispielsweise wurde auf den demographischen Wandel oder auf schlechte Erreichbarkeitsverhältnisse hingewiesen. Schrumpfung selbst wurde in den Zielformulierungen jedoch nicht dezidiert genannt. Der bisherige Gesetzesentwurf der Union für die kommende Förderperiode umfasst insgesamt elf Ziele, welche von der Förderung von FTE oder KMUs bis zur Beschäftigungsförderung reichen (vgl. Europäische Kommission, 2012e: 8). Darüber hinaus werden dezidiert Investitionsprioritäten genannt, welche diese thematischen Ziele näher erläutern und spezifizieren.

Die nächsten OPs sollten hier basierend auf der vorangegangenen Bestandsanalyse eine Auswahl von Zielen und Prioritäten treffen, die – wenn spezielle Bedürfnisse schrumpfender Gebiete identifiziert wurden – auch schrumpfende Regionen betreffen und konkrete Ziele wie auch Zielregionen benennen. Als Beispiele für thematische Ziele und korrespondierende Investitionsprioritäten können die *„Förderung von Nachhaltigkeit im Verkehr und Beseitigung von Engpässen in wichtigen Netzinfrastrukturen“* (Europäische Kommission, 2011b: 14) als Ziel sowie der *„Ausbau der regionalen Mobilität durch Anbindung sekundärer und tertiärer Knotenpunkte an die TEN-V-Infrastruktur“* (Europäische Kommission, 2011b: 14) als näher spezifizierende Investitionspriorität genannt werden, welche die oft genannten Erreichbarkeitsdefizite schrumpfender und benachteiligter Regionen ansprechen würden. Ein weiteres Beispiel ist das zukünftige Ziel zur *„Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut“* (Europäische Kommission, 2011b: 14) mit einer vorgeschlagenen Priorität zur *„Unterstützung der Sanierung und wirtschaftlichen Belebung benachteiligter städtischer und ländlicher Gemeinschaften“* (Europäische Kommission, 2011b: 15), was identifizierten Ursachen für Schrumpfungsprozesse oder negativen zirkulären Prozessen entgegenwirken könnte. Auch wenn die Analyse der getätigten Unterstützungen gezeigt hat, dass die europäische Regionalpolitik auch schrumpfende Regionen in ihrer Entwicklung unterstützt, wären klare Zielformulierungen für eine Bewertung der Zielerreichung in schrumpfenden Regionen wesentlich und für die Evaluierung der tatsächlichen Auswirkung von Förderprogrammen und gewährten Unterstützungen von Bedeutung.

► Unterstützungen im Bereich Regionalentwicklung und Tourismus stärken

Wie etwa die Diskussion des Fallbeispiels Niederösterreich-Süd gezeigt hat, sind die Bereiche Regionalentwicklung und Stadterneuerung aber auch der Tourismus wesentliche Interventionsbereiche in schrumpfenden Regionen. Bereits in der aktuellen Förderperiode waren in diesen beiden Kategorien Kürzungen erkennbar, welche besonders schrumpfenden Regionen und Gemeinden Möglichkeiten zur Umsetzung von Projekten geringeren Volumens nehmen. Insbesondere im Bereich Tourismus konnte mit teilweise geringen Fördermitteln eine hohe Anzahl an Projekten umgesetzt werden, was die Relevanz lediglich kleinteiliger Unterstützungen unterstreicht. Darüber hinaus kann angenommen werden, dass Projekte in diesem Bereich auch durch die öffentliche Hand als Projektträger umgesetzt werden können; es wird davon ausgegangen, dass besonders bei der Projektumsetzung in den – durch die europäische Regionalpolitik stark forcierten – Bereichen FTE und Innovation oder der Unterstützung von Großunternehmen die Projektträgerschaft durch private Akteure, welche oft in strukturschwachen, schrumpfenden Gebieten nicht vorhanden sind, übernommen werden muss. So kann es zu keiner Projektumsetzung beziehungsweise Förderung der Region kommen. Daher wird empfohlen, Regionalentwicklungs-, Stadterneuerungs- wie auch Tourismusprojekte auch in der kommenden Förderperiode zu unterstützen um Projektumsetzungen zu gewährleisten, beispielsweise im Bereich *„Umweltschutz und Förderung der nachhaltigen Nutzung der Ressourcen“* (Europäische Kommission, 2011b: 14) mit der Investitionspriorität *„Schutz, Förderung und Entwicklung des Kulturerbes“* (Europäische Kommission, 2011b: 14). Eine thematischen Schwerpunksetzung nach Entwicklungstyp und den damit einhergehenden Herausforderungen und Bedürfnissen – welche zwischen wachsenden und schrumpfenden Regionen stark divergieren – soll zukünftig stärker differenziert werden und eine starke Konzentration auf den Bereich FTE und Innovation soll nicht pauschal als Universalmittel für alle österreichischen beziehungsweise europäischen Regionen verwendet werden.

► Spezifischer Fokus auf „In-between“-Gemeinden

Die nähere Betrachtung der gewährten Förderungen auf kommunaler Ebene für Niederösterreich hat gezeigt, dass besonders die mäßig schrumpfenden Kommunen durchschnittlich geringere Pro-Kopf-Förderquoten aufweisen als prosperierende wie auch stark schrumpfende Gemeinden. Wie bereits erwähnt, lässt die Absorption von Fördermitteln in diesen Gemeinden darauf schließen, dass hier sehr wohl Fördermittel akquiriert und Projekte umgesetzt werden, diese aber von äußerst geringem Volumen sind.

Um eine weitere Benachteiligung dieser Gemeinden zu verhindern und Förderungen der europäischen Regionalpolitik für die verschiedenen Typen schrumpfender Gebiete zu gewährleisten, wird für die kommende Förderperiode eine räumliche Schwerpunksetzung vorgeschlagen. Daher soll in der kommenden Programmplanungsperiode besonders im Bereich der Fördergebietsabgrenzung auf die mäßig schrumpfenden Gemeinden geachtet werden und neue, alternative Konstellationen von privaten und öffentlichen Akteuren sollen forciert werden, um vorwiegend größere, fördermittelintensivere Projekte in diesen Gemeinden umsetzen zu können. Durch Kooperationen zwischen der öffentlichen Hand und dem privaten Sektor soll es in diesen mäßig schrumpfenden Gemeinden zu Wissenszuwachsen im Bereich Förderakquise und in weiterer Folge zur Umsetzung größerer Projekte kommen.

Zusammenfassung

Die Diplomarbeit behandelt schrumpfende Regionen in Österreich und deren Rolle im Rahmen der europäischen Regionalpolitik. Das Forschungsinteresse umfasst vorwiegend die Fragestellung, inwieweit die EU, welche spätestens seit 2007 auf eine Förderung des Wachstums abzielt, jene Regionen in ihrer Entwicklung unterstützt, die kein Wachstum mehr verzeichnen, sondern schrumpfen und sich inmitten negativer Transformationsprozesse befinden. Es wird analysiert, ob EU-Förderungen auch auf die Unterstützung schrumpfender Regionen abzielen beziehungsweise wie diese Gebiete dezidiert durch die Regionalpolitik gefördert werden. Darüber hinaus werden Unterschiede zwischen verschiedenen Entwicklungstypen – beispielsweise zwischen wachsenden und schrumpfenden Regionen – identifiziert. Neben einer Diskussion des Begriffs Schrumpfung an sich sowie einer Darstellung der Entwicklungen des Begriffs über die Zeit, werden neueste Ausprägungen und Tendenzen erörtert sowie das sogenannte Wachstumsparadigma – auch in der Raumplanung – diskutiert. Außerdem werden Regionen und Gemeinden nach ihrer Entwicklung typisiert und demographische sowie wirtschaftliche Entwicklungen analysiert. Darüber hinaus wird die europäische Regionalentwicklung sowie ihre Veränderung innerhalb der letzten Perioden untersucht und dahinter liegende Strategien und Konzepte betrachtet. Die Regionalpolitik wird hierbei insbesondere auf explizite wie auch implizite Aussagen zu schrumpfenden, strukturschwachen und peripheren Räumen hin untersucht. Im letzten Analyseschritt werden Praktiken der Regionalpolitik in Niederösterreich und der Steiermark betrachtet und regionale Unterschiede hinsichtlich Förderintensität und -höhe elaboriert.

Die Analyse zeigt, dass Schrumpfung an sich einen durchaus komplexen Transformationsprozess demographischer wie auch wirtschaftlicher und räumlicher Natur darstellt, welcher regionale Folgeprozesse mit sich zieht. Darüber hinaus stimmen Schrumpfungsprozesse wohl nicht mit dem noch immer allgegenwärtigen Wachstumsparadigma überein, sind aber bereits seit dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit fixer Bestandteil der Stadtentwicklung. Als Ursachen für Schrumpfung können heute Deindustrialisierung, Suburbanisierung sowie postsozialistische Transformationen genannt werden. Auch die Gleichzeitigkeit von Schrumpfungs- und Wachstumsprozessen, welche oft in geringer räumlicher Distanz stattfinden, wurde einerseits im Rahmen der Literaturanalyse, andererseits durch die Regionstypisierung bestätigt. Für Österreich zeigt sich, dass vorwiegend jene Gebiete in Grenzlage, alpiner Lage beziehungsweise altindustrielle Gebiete von Schrumpfungsprozessen betroffen sind; diese Regionen befinden sich vorwiegend in Niederösterreich, dem Burgenland, der Steiermark und in Kärnten.

Die Untersuchung der europäischen Regionalpolitik hat belegt, dass die Unterstützung von strukturschwachen Regionen in der aktuellen Förderperiode im Vergleich zur Vorperiode abgenommen hat und die analysierten OPs die Schrumpfungsthematik wohl zum Teil behandeln, aber dieser in den Zielformulierungen kaum Rechnung tragen. Umso verwunderlicher ist das Ergebnis der Förderdatenanalyse, da sich hier zeigt, dass vorwiegend schrumpfende Regionen überdurchschnittlich hohe Pro-Kopf-Förderquoten verzeichnen. Insgesamt haben sich die Förderquoten zwischen den unterschiedlichen Entwicklungstypen aber in der aktuellen Periode im Vergleich zur Vorperiode angenähert. Im Bereich der thematischen Projektausrichtung war in der Vorperiode ein großer Fokus im Bereich der KMU- und Tourismus-Förderung erkennbar, in der aktuellen Periode hat sich dies hin zur FTE und Innovation verlagert; diese Neuorientierung ist auch im Rahmen der Fallstudienanalyse im Bereich altindustrieller Regionen erkennbar.

Abstract

This thesis deals with shrinking regions in Austria and their status in the context of European regional cohesion policy. The research interest includes mainly the question of the extent of the Union's support for regions which do not record growth, but instead are shrinking and are located in the middle of negative transformation processes. Here especially the context of the European Union's former strategy of Lisbon and the current strategy "Europe 2020" – which mainly focuses on smart, sustainable and inclusive growth – is examined critically. Therefore it is analysed, whether the EU targets the support of shrinking regions, respectively if these areas are decidedly covered by the European regional cohesion policy. In addition, differences between diverse types of developments – for example between growing and shrinking regions – are identified. Besides the discussion of the term of shrinkage as well as an illustration of the development of the concept over time, the latest trends and characteristics are discussed and the so-called growth paradigm – especially its use within spatial planning – are reviewed. In addition, Austrian regions as well as the communities of Lower Austria and Styria are typified based on their regional/local development and analysed in terms of their demographic and economic developments within the last years. Beyond that, European regional cohesion policy, its recent modifications and the underlying concepts and strategies are considered and both, explicit as well as implicit statements about shrinking, structurally weak and peripheral areas are analysed. In the final step of analysis, the practice of regional cohesion policy in Lower Austrian and Styrian municipalities are considered and differences between the diverse types of development are elaborated, regarding the height and intensity of granted subsidies between 2000 and 2009.

In general, the analysis has shown that shrinkage itself constitutes a complex process of transformation, which often combines demographic, economic as well as spatial processes and which includes regional follow-up processes. In addition, shrinking processes probably do not match with the still ubiquitous paradigm of growth, but are an integral part of spatial development since the Middle Ages or the Early Modern Age. De-industrialisation, suburbanisation as well as post-socialist transformations can be identified as fundamental causes of shrinkage. Both, the analysis of literature as well as the typing of regions has shown, that simultaneously happening growth as well as shrinkage processes often take place within geographical minor distance to each other. For Austria it has shown, that border areas, alpine areas as well as old industrial areas are still most affected by shrinkage processes; these regions are primarily located in eastern Austria (Lower Austria, Burgenland, Styria and Carinthia). The analysis of European regional policy has shown that the support of structurally weak regions has decreased within the current period of funding. Additionally the analysed operational programmes (Objective 2, RCE, INTERREG, ETC, LEADER) do address the issue of shrinkage, but the challenge is only insufficiently targeted within the main objectives of the analysed programmes. More surprising is the result of the analysis of subsidies, because here predominantly shrinking regions show higher per capita subsidies than the average. Overall, the subsidies granted to shrinking regions have converged to the subsidies for growing regions within the current funding period. The thematic orientation of the supported projects focused in the previous period largely on the support of SMEs and tourism, in the current period this focus has moved towards RTD and innovation; this reorientation is also recognisable in the two case studies analysed, dealing with the southern part of Lower Austria and the north-eastern region of Styria.

7 Verzeichnisse

7.1 Quellenverzeichnisse

7.1.1 Literatur

- Adelsberger, Helmut; Lung, Ernst (2008): Erosionsprozesse in der österreichischen Siedlungsstruktur – Verkehr als Motor und Bremse. In: Österreichische Gesellschaft für Raumplanung - ÖGR (Hrsg.) (2008): Erosionsprozesse im Siedlungsgefüge Österreichs. FORUM Raumplanung, Bd. 16. LIT Verlag GmbH & Co. KG, Wien.
- Adrian, Hanns (1985): Anmerkungen zur Novellierung des Planungs- und Städtebaurechts. In: Stadtbauwelt 85, 20-24. Zitiert nach: Wirth, Peter (2007): Schrumpfung und Peripherie. In: Wirth, Peter; Bose, Marco (Hrsg.) (2007): Schrumpfung an der Peripherie. Ein Modellvorhaben – und was Kommunen daraus lernen können. oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, München.
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. Verlag der ARL, Hannover.
- Amt der Burgenländischen Landesregierung (2007): Ziel 1 – Burgenland 2000-2006. Einheitliches Programmplanungsdokument (EPPD). Version: Änderungsantrag Juni 2007. CCI 1999.AT.16.1.DO.001. Von der Europäischen Kommission mit Entscheidung K(2007)5330 vom 26.10.2007 genehmigt.
- Amt der Burgenländischen Landesregierung (2009): Operationelles Programm Phasing Out Burgenland 2007–2013 – EFRE. Fassung: Billigung durch den Begleitausschuss am 9. Juni 2009. Genehmigt durch die Europäische Kommission am 12.10.2009. Referenznr. Kommission CCI 2007AT161PO001.
- Amt der Kärntner Landesregierung (2005): Einheitliches Programmplanungsdokument. Ziel 2 Kärnten 2000-2006. Stand: Fassung vom Juni 2005. Von der Europäischen Kommission mit der Entscheidung K(2005) 3756 vom 4.10.2005 genehmigt.
- Amt der Kärntner Landesregierung (2013): Projektantrag LEADER+ Programm Österreich 2000 – 2006. URL: php.leader-austria.at/download/documentdocs.php?id=331 (abgerufen am: 30.01.2013)
- Amt der Niederösterreichischen Landesregierung (2007): Europäische Kommission. Regionalpolitik und Kohäsion. Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung. Ziel 2 Niederösterreich. Österreich. Einschließlich Übergangsunterstützung. Einheitliches Programmplanungsdokument 2000-2006. Von der Europäischen Kommission mit Entscheidung K(2007)517 vom 14.2.2007 genehmigt.
- Amt der Niederösterreichischen Landesregierung (2007b): Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Operationelles Programm: Stärkung der Regionalen Wettbewerbsfähigkeit Niederösterreich 2007–2013. Innovative Regionalentwicklung für NÖ. Europäische Kommission. Republik Österreich. Land Niederösterreich. CCI: 2007AT162PO001.
- Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik (Hrsg.) (2007c): Raumdialog. Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich. 1/2007.
- Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik (Hrsg.) (2007d): Raumdialog. Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich. 3/2007.
- Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik (Hrsg.) (2007e): Ziel 2 Niederösterreich 2000-2006: Die Erfolgsbilanz. St. Pölten.

- Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik (Hrsg.) (2011): Raumdialog. Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich. 1/2011.
- Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik (2012): Hintergrundinformationen zur Datenauswertung für die Diplomarbeit „Österreichs schrumpfende Regionen in der europäischen Regionalentwicklung. EU-Strukturförderungen und ihre Wirkung auf die österreichische Regionalentwicklung.“ Unveröffentlichtes Dokument. 7. Dezember 2012.
- Amt der Oberösterreichischen Landesregierung (2006): Ziel 2 Oberösterreich, Österreich. Europäische Kommission Regionalpolitik und Kohäsion Europäischer Fonds für regionale Entwicklung. Einheitliches Programmplanungsdokument einschließlich ex-ante-Evaluierung. Programmperiode 2000-2006. 6. Änderung 2. Umlaufbeschluss 2006. Fassung Dezember 2006. Von der Europäischen Kommission mit Entscheidung K(2007)592 vom 19.02.2007 genehmigt.
- Amt der Oberösterreichischen Landesregierung (2009): Operationelles Programm. Regionale Wettbewerbsfähigkeit Oberösterreich 2007-2013 „Regio 13“. Änderungsentscheidung der Kommission vom 18. November 2009 [K82009]9140]. Geänderte Fassung lt. Änderungsantrag vom 15. Juni 2009. Beschluss des Begleitausschusses vom 6. Juli 2009.
- Amt der Steiermärkischen Landesregierung (2006): Ziel 2 Steiermark. Einheitliches Programmplanungsdokument (EPPD) 2000-2006. Europäische Kommission. Regionalpolitik und Kohäsion. Amt der Steiermärkischen Landesregierung. Stand: Juni 2006. Von der Europäischen Kommission genehmigt mit Entscheidung K(2006)3997 vom 31. August 2006.
- Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 14 – Wirtschaft und Innovation (2007): Regionale Wettbewerbsfähigkeit Steiermark 2007-2013. Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EF-RE). Operationelles Programm genehmigt von der Europäischen Kommission am 4. Mai 2007. CCI: 2007AT162PO007. Version 2. Änderungen genehmigt vom Begleitausschuss am 27. Mai 2009.
- Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 16 – Landes- und Gemeindeentwicklung, Referat für Regionalentwicklung, Regionalplanung und RaumIS (2011): Raumplanung Steiermark, Regionsprofil Obersteiermark Ost. Wien. URL: http://www.raumplanung.steiermark.at/cms/dokumente/11142226_28444368/225619bc/Obersteiermark_Ost_2011.pdf (abgerufen am: 27.01.2013)
- Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Raumordnung-Statistik (2007): Einheitliches Programmplanungsdokument Tirol nach ZIEL-2 im Rahmen der ländlichen Gebiete mit rückläufiger Entwicklung gemäß VERORDNUNG (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21.06. 1999 zur 3. EU-Strukturfondsperiode 2000-2006. Fassung: November 2006. Stand: Begleitausschuss Juni 2006.
- Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Raumordnung-Statistik (2010): Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit Tirols 2007-2013. Operationelles Programm gemäß VERORDNUNG (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11.07.2006 zur 4. Strukturfondsperiode 2007-2013. CCI-Nummer: 2007AT162PO008. Version 2. Beschluss des Begleitausschusses vom 23. Dezember 2010.
- Amt der Vorarlberger Landesregierung (2001): Einheitliches Programmplanungsdokument (EPPD). Ziel 2 neu- und Ziel 2 Phasing out-Programm Vorarlberg 2000 – 2006. Europäische Kommission Regionalpolitik und Kohäsion. Genehmigt mit Entscheidung der Europäischen Kommission vom 16. März 2001, 2000.AT.16.2.DO.005 (Stand: Änderung BA 06-06-20).
- Amt der Vorarlberger Landesregierung (2007): Operationelles Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit Vorarlberg“ 2007 – 2013. 2007AT162PO003. (Stand 13. März 2007).
- Becker, Peter (2011): Die EU-Wachstumsstrategie Europa 2020. Der Prozess als Ziel. SWP-Studie. Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit. März

- 2006, Berlin. URL: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S06_bkr_ks.pdf (abgerufen am: 07.11.2012)
- Becker, Peter; Zaun, Natascha (2007): Die neue strategische Planung der europäischen Kohäsionspolitik in Theorie und Praxis. Diskussionspapier der FG 1, 2007/22, Dezember 2007 SWP Berlin. URL: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/bkr_Zaun_Kohaesionspolitik_KS.pdf (abgerufen am: 18.10.2012)
- Benke, Carsten (2004): Historische Umbrüche. Schrumpfung und städtische Krisen in Mitteleuropa seit dem Mittelalter. Magazin Städte im Umbruch, Ausgabe 1/04.
- Benke, Carsten (2005): Ungleichzeitigkeiten von Schrumpfung und Wachstum von Kleinstädten in Nordostdeutschland, Forschungskolloquium zur modernen Stadtgeschichte an der TU Berlin, 22.11.2005. URL: <http://www.carstenbenke.de/resources/Carsten+Benke+Schrumpfung+von+Kleinstaedten.pdf> (abgerufen am: 24.03.2013).
- Benke, Carsten (2008): Schrumpfung im Zeitalter des Wachstums. Städtische Niedergangs- und Stagnationsprozesse während der Urbanisierung und Industrialisierung im 19. Jahrhundert. In: Lampen, Angelika; Owzar, Armin (Hrsg.) (2008): Schrumpfende Städte. Ein Phänomen zwischen Antike und Moderne. Böhlau Verlag, Köln.
- Biwald, Peter (2012): Auswirkungen der Demographie auf kommunale Finanzen und Daseinsvorsorge. KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung. URL: http://www.kdz.or.at/webfm_send/1513 (abgerufen am: 13.11.2012)
- Bongardt, Annette; Torres, Francisco (2010): Europe 2020 – A Promising Strategy? The Competitiveness Rationale, Sustainable Growth and the Need for Enhanced Economic Coordination. In: Intereconomics, Vol. 45 2010/3. URL: http://www.ceps.eu/system/files/article/2010/06/136-170-Forum_IE_%2003_%202010.pdf (abgerufen am: 24.03.2013)
- Brandstetter, Benno; Lang, Thilo; Pfeifer, Anne (2005): Umgang mit der schrumpfenden Stadt – ein Debattenüberblick. In: Debatte Initial 2005/6. URL: <http://www.thilolang.de/projekte/downloads/0512debatte.pdf> (abgerufen am: 19.09.2012).
- Braumann, Christoph (2008): Erosionsprozesse im Siedlungssystem Österreichs – Situation und Perspektiven für die Raumplanung im Land Salzburg. In: Österreichische Gesellschaft für Raumplanung - ÖGR (Hrsg.) (2008): Erosionsprozesse im Siedlungsgefüge Österreichs. FORUM Raumplanung, Bd. 16. LIT Verlag GmbH & Co. KG, Wien.
- Bryman, Alan (2008): Social Research Methods. 3. Auflage, Oxford University Press, Oxford.
- Buchmüller, Lydia; Keller, Donald A.; Koch, Michael; Schuhmacher, Fritz; Selle, Klaus (2000): Planen Projekte Stadt? Weitere Verständigungen über den Wandel in der Planung. In: disP 36, Nr.141/2000, Zürich.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn. Zitiert nach: Giffinger, Rudolf; Kramar, Hans (2008): Schrumpfung und Erosion im österreichischen Siedlungssystem: strukturelle Kennzeichen und regionale Perspektiven. In: Österreichische Gesellschaft für Raumplanung - ÖGR (Hrsg.) (2008): Erosionsprozesse im Siedlungsgefüge Österreichs. FORUM Raumplanung, Bd. 16. LIT Verlag GmbH & Co. KG, Wien.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn. Zitiert nach: Megerle, Heidi (2009): Zukunftschancen von Schrumpfungregionen im Zeitalter der Metropolregionen. URL: http://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/ina/vortraege/2009_Gesellschaft_Megerle.pdf (abgerufen am: 03.10.2012)

- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2012a): Raumordnungsbericht 2011. Bonn.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2012b): Wachsende und schrumpfende Gemeinden in Deutschland. URL: http://www.bbsr.bund.de/nn_1067638/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/Wachs_Schrumpf_gem/Wachs_Schrumpf_Gemeinden_node.html?__nnn=true (abgerufen am: 27.08.2012)
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2006): Gemeinschaftsinitiative LEADER +. Programmplanungsdokument Österreich. Strukturfondsperiode 2000 – 2006. Genehmigt mit: Entscheidung der Kommission vom 26.03.2001 K(2001) 820. Geändert mit der Entscheidung der Kommission vom 6.10.2006 K(2006)4830 über die Gewährung eines Zuschusses aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds (EAGFL), Abteilung Ausrichtung, für ein Programm im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER+ in Österreich.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2009): Österreichisches Programm für die Entwicklung des Ländlichen Raums 2007-2013. Programmcode: CCI 2007 AT 06 RPO 001. Fassung nach 4. Programmänderung. Genehmigt mit Entscheidung K(2007) 5163 vom 25.10.2007, geändert mit Entscheidung K(2009) 10217 vom 14.12.2009. Annahme der 4. Programmänderung: Mitteilung der Kommission vom 17.03.2011.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (Hrsg.) (2012): Grüner Bericht 2012. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes. 53. Auflage, Wien. URL: http://www.gruenerbericht.at/cm2/component/docman/cat_view/82-gruener-bericht-oesterreich?orderby=dmdate_published (abgerufen am: 11.12.2012).
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2012a): 10 Jahre Stadtumbau Ost – Berichte aus der Praxis. 5. Statusbericht der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost. Berlin.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2012b): Stadtumbau Ost. URL: http://www.bmvbs.de/DE/StadtUndLand/Staedtebaufoerderung/StadtumbauOst/stadtumbau-ost_node (abgerufen am: 03.20.2012)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.) (2007): Nationaler Strategischer Rahmenplan für den Einsatz der EU-Strukturfonds in der Bundesrepublik 2007-2013. In: Becker, Peter; Zaun, Natascha (2007): Die neue strategische Planung der europäischen Kohäsionspolitik in Theorie und Praxis. Diskussionspapier der FG 1, 2007/22, Dezember 2007 SWP Berlin. URL: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/bkr_Zaun_Kohaesionspolitik_KS.pdf (abgerufen am: 18.10.2012)
- Bürkner, Hans-Joachim; Kuder, Thomas; Kühn, Manfred (2005): Regenerierung schrumpfender Städte. Theoretische Zugänge und Forschungsperspektiven. Working Paper, Erkner, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, 2005. URL: www.irs-net.de/download/wp_regenerierung.pdf (abgerufen am: 03.10.2012)
- Cavelti, Guido; Kopainsky, Birgit (2008): Potenzialarme Räume, Umgang mit ungenutzten Potenzialen Bericht Phase 2: Strategien zum Umgang mit potenzialarmen Räumen. Erarbeitet am Beispiel der Kantone Graubünden und Uri (Bericht Graubünden). URL: http://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/dvs/awt/dokumentation/Dokumente%20Themen%20und%20Projekte/Strategien_zum_Umgang_mit_potenzialarmen_Raeumen_2009.pdf (abgerufen am: 28.09.2012)
- Chew, Anna; Essig, Stephanie; Lang, Anja; Winter, Edward; Wuillai, Charlotte (2010): Change through eco-neighbourhoods? An analysis of the processes of power and participation bringing about 'car-

- free living' as well as changes in mobility structures of Vauban, Freiburg. 8th Semester Project in Urban Planning and management, Aalborg University, Denmark.
- Couch, Chris; Fraser, Charles; Percy, Susan (Hrsg.) (2003): Urban Regeneration in Europe. Blackwell Science Ltd, Oxford.
- Dangschat, Jens S. (2009): Stadtentwicklung zwischen Wachsen und Schrumpfen. In: Österreichischer Städtebund (Hrsg.): Stadtdialog . Schriftenreihe des Österreichischen Städtebundes Nr. 1/2009, Wien.
- Dax, Thomas (2008): Leader: das Programm der ländlichen Entwicklungspolitik zur Initiierung regionaler Entwicklungsimpulse. In: Österreichische Gesellschaft für Raumplanung - ÖGR (Hrsg.) (2008): Erosionsprozesse im Siedlungsgefüge Österreichs. FORUM Raumplanung, Bd. 16. LIT Verlag GmbH & Co. KG, Wien.
- Deutsches Institut für Urbanistik/DIFU (Hrsg.) (2008): Die Zukunft der städtischen Infrastruktur. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 47. Jg. (2008) II. Zitiert nach: Gutheil-Knopp-Kirchwald, Gerlinde (2012): Eisenbahn, NATO, Jazz und mehr. Der Begriff „Infrastruktur“ im Wandel der Zeiten. Zusammenfassung des Vortrags im Rahmen der IFIP-Jahrestagung „Öffentliche Infrastruktur im Wandel?“, 15. Juni 2012. Der öffentliche Sektor – The Public Sector, Vol. 38 (2-3), 2012.
- Dittrich, Dominik; Leuthner-Stur, Henriette; Schwarz, Wolfgang (2007): Stärkung der Regionalen Wettbewerbsfähigkeit NÖ 2007-2013: Aktionsplan, Finanzierung und Umsetzung. In: Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik (Hrsg.) (2007d): Raumdialog. Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich. 3/2007.
- Dittrich, Dominik; Schwarz, Wolfgang (2009): Neue Leitbilder für Niederösterreich. Impulse für Landesentwicklung und Regionalpolitik. In: Standort – Zeitschrift für Angewandte Geographie. 33/2009.
- Doehler-Behzadi, Marta; Keller, Donald A.; Klemme, Marion; Koch, Michael; Lütke-Daldrup, Engelbert; Reuther, Iris; Selle, Klaus (2005): Planloses Schrumpfen? Steuerungskonzepte für widersprüchliche Stadtentwicklungen. Verständigungsversuche zum Wandel der Planung. In: disP 161, Nr. 2/2005, Zürich.
- Dujmovits, Rudolf (1996): Eigenständige Entwicklung in ländlich-Peripheren Regionen. Erfahrungen, Ansätze und Erfolgsbedingungen. Peter Lang-Verlag, Frankfurt am Main.
- Ebert, Markus; Thaler, Andreas (2009): EU-Strategien im Dilemma von Zusammenhalt und Wettbewerb. In: RaumPlanung, Nr. 142/2009.
- Eser, Thimo W. (2005): Europäische Regionalpolitik. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. Verlag der ARL, Hannover.
- ETZ Austria-Czech Republic (2007): Operational Programme. Objective European Territorial Co-operation Austria- Czech Republic 2007-2013. CCI Nr. 2007 CB1 63 PO 002. Approval by EC 20th December 2007.
- ETZ Austria-Slovenia (2007): Objective 3 – European Territorial Cooperation . Operational Programme. CROSS-BORDER COOPERATION SLOVENIA – AUSTRIA 2007–2013. CCI Number: 2007CB163PO054. December 2007. As approved by Commission Decision. No. C(2007) 6607 as of 21/12/2007.
- ETZ Österreich-Italien (2007): ZIEL „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ 2007-2013. OPERATIONELLES PROGRAMM zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Grenzraum zwischen ÖSTERREICH – ITALIEN. CCI 2007CB163PO052.

- ETZ Slovakia-Austria (2007): Cross-Border Cooperation Programme Slovakia – Austria 2007-2013 (approved by the European Commission on 20 December 2007). CCI: 2007CB163PO003. C(2007)6517.
- Europäische Gemeinschaften (2002): Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. C 325/33.
- Europäische Kommission (2006): Der Leader-Ansatz: ein grundlegender Leitfaden. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
- Europäische Kommission (2007): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Umsetzung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung durch die Mitgliedstaaten und Regionen im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik, 2007-2013. KOM(2007) 798 endgültig. Brüssel.
- Europäische Kommission (2010): Mitteilung der Kommission EUROPA 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. KOM(2010) 2020 endgültig. Brüssel.
- Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik (2011a): Kohäsionspolitik 2014-2020. Investieren in Wachstum und Beschäftigung. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg. URL: http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/pdf/2014/proposals/regulation2014_leaflet_de.pdf (abgerufen am: 24.02.2013).
- Europäische Kommission (2011b): Vorschlag für Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit besonderer Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006. KOM(2011) 614 endgültig, Brüssel.
- Europäische Kommission (2012a): Agenda 2000: Eine stärkere und erweiterte Union. URL: http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/2004_and_2007_enlargement/l60001_de.htm (abgerufen am: 28.10.2012)
- Europäische Kommission (2012b): Regionalpolitik. Das Wohlstandsgefälle abbauen. URL: http://europa.eu/pol/reg/index_de.htm (abgerufen am: 28.10.2012)
- Europäische Kommission (2012c): Grundsätze. URL: http://ec.europa.eu/regional_policy/how/principles/index_de.cfm (abgerufen am: 28.10.2012)
- Europäische Kommission (2012d): Die Fonds. URL: http://ec.europa.eu/regional_policy/thefunds/regional/index_de.cfm (abgerufen am: 28.10.2012)
- Europäische Kommission (2012e): Vorschlag für eine Verordnung des europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds, für die die Gemeinsame Strategische Rahmen gilt, sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates. COM(2011) 615 final/2, Brüssel.
- Europäische Union (2005): Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). ABI. L277 vom 21.10.2005.
- Europäische Union (2006a): Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999.

- Europäische Union (2006b): Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999.
- Europäische Union (2006c): Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1784/1999.
- Europäische Union (2006d): Amtsblatt der Europäischen Union. Entscheidung des Rates vom 6. Oktober 2006 über strategische Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft (2006/702/EG).
- Europäische Union (2012): Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). URL: http://europa.eu/legislation_summaries/agriculture/general_framework/l60032_de.htm (abgerufen am: 29.10.2012)
- European Economic and Social Committee (2011): Opinion of the European Economic and Social Committee on ‚LEADER as a tool for local development‘ (own-initiative opinion). Official Journal of the European Union (2011/C 376/03). URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:376:FULL:EN:PDF> (abgerufen am: 08.11.2012)
- Exner, Gudrun; Kytir, Josef; Pinwinkler, Alexander (2004): Bevölkerungswissenschaft in Österreich in der Zwischenkriegszeit (1918-1938): Personen, Institutionen, Diskurse. Böhlau Verlag Wien, Köln, Weimar.
- Fachbereich Stadt- und Regionalforschung - SRF (2012): Vorlesungsunterlagen Entwicklungspotentiale peripherer Regionen. Technische Universität Wien, Sommersemester 2012. URL: <http://www.srf.tuwien.ac.at/> (abgerufen am: 15.06.2012).
- Fassmann, Heinz (2003): Demographie und Raumordnung – zum Verhältnis zweier benachbarter Disziplinen. In: Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK (Hrsg.) (2003): Raumordnung im Umbruch - Herausforderungen, Konflikte, Veränderungen. Festschrift für Eduard Kunze. Sonderserie Raum & Region, Heft 1.
- Fassmann, Heinz (2008): Wichtige Rahmenbedingungen und Trends der räumlichen Entwicklung in Österreich. In: Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK (Hrsg.) (2008): Zwölfter Raumordnungsbericht. Analysen und Berichte zur räumlichen Entwicklung Österreichs 2005-2007. Schriftenreihe Nr. 177, Wien.
- Fellner, Wolfgang (2012): Von der Güter- zur Aktivitätenökonomie. In: Der öffentliche Sektor – The Public Sector. Vol. 38 (2), 2012.
- Fidlschuster, Luis (2007): Leader+: Innovative und integrierte Strategien für ländliche Regionen. In: Ländlicher Raum. Online-Fachzeitschrift des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Jahrgang 2007. URL: www.ländlicherraum.at/lmat/dms/lmat/land/laendl_entwicklung/Online-Fachzeitschrift-Laendlicher-Raum/archiv/2007/Fidlschuster/Fidlschuster_pdf_END.pdf (abgerufen am: 07.11.2012)
- Föbker, Stefanie (2008): Wanderungsdynamik in einer schrumpfenden Stadt. Eine qualitative Untersuchung innerstädtischer Umzüge. Band 5, Schriften des Arbeitskreises Stadtzukünfte der Deutschen Gesellschaft für Geographie. LIT Verlag GmbH & Co. KG, Wien.
- Galbraith, John Kenneth (1970): Economics as a System of Belief. In: The American Economic Review, 60 (2). Zitiert nach: Fellner, Wolfgang (2012): Von der Güter- zur Aktivitätenökonomie. In: Der öffentliche Sektor – The Public Sector. Vol. 38 (2), 2012.
- Gans, Paul (2005): Schrumpfung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. Verlag der ARL, Hannover.

- Giffinger, Rudolf (2008): Vorwort. In: Österreichische Gesellschaft für Raumplanung - ÖGR (Hrsg.) (2008): Erosionsprozesse im Siedlungsgefüge Österreichs. FORUM Raumplanung, Bd. 16. LIT Verlag GmbH & Co. KG, Wien.
- Giffinger, Rudolf; Kramar, Hans (2008): Schrumpfung und Erosion im österreichischen Siedlungssystem: strukturelle Kennzeichen und regionale Perspektiven. In: Österreichische Gesellschaft für Raumplanung - ÖGR (Hrsg.) (2008): Erosionsprozesse im Siedlungsgefüge Österreichs. FORUM Raumplanung, Bd. 16. LIT Verlag GmbH & Co. KG, Wien.
- Gramsci, Antonio (1975): Quaderni del carcere, Turin. Zitiert nach: Weber, Gerlind (2010): Schrumpfen als Planungsauftrag. Der gestaltete Rückzug als neue Aufgabe der Raumplanung. In: Szene Alpen – Das Themenheft der CIPRA 93/2010, Wachstum auf Teufel komm raus?
- Grießer, Harald (2008): Hödlmosers Aufbruch. In: Österreichische Gesellschaft für Raumplanung - ÖGR (Hrsg.) (2008): Erosionsprozesse im Siedlungsgefüge Österreichs. FORUM Raumplanung, Bd. 16. LIT Verlag GmbH & Co. KG, Wien.
- Großmann, Katrin (2007): Am Ende des Wachstumsparadigmas? Transcript, Bielefeld. Zitiert nach: Pumberger, Andrea (2010): Planungsinstrumente in Schrumpfungsregionen - Anforderungen aus steuerungs- und planungstheoretischer Sicht. Diplomarbeit, Technische Universität Wien.
- Gruber, Markus (2008): Partnerschaftliche Umsetzung der EU-Regionalpolitik. In: Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK (Hrsg.) (2008): Zwölfter Raumordnungsbericht. Analysen und Berichte zur räumlichen Entwicklung Österreichs 2005-2007. Schriftenreihe Nr. 177, Wien.
- Gruber, Markus (2009): Strukturfondsförderung in Österreich – Eine Zwischen-Bilanz. Zusammenschau. In: Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK (Hrsg.) (2009a): EU-Kohäsionspolitik in Österreich 1995-2007. Eine Bilanz. Materialienband. Schriftenreihe Nr. 180, Wien.
- Gruber, Markus; Pohn-Weidinger, Simon (2011b): Programm Stärkung der Regionalen Wettbewerbsfähigkeit Niederösterreich (RWB) 2007-2013. Programmumsetzung 2007-2010. Unveröffentlichte Studie im Auftrag des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik, April 2011.
- Gutheil-Knopp-Kirchwald, Gerlinde (2012): Eisenbahn, NATO, Jazz und mehr. Der Begriff „Infrastruktur“ im Wandel der Zeiten. Zusammenfassung des Vortrags im Rahmen der IFIP-Jahrestagung „Öffentliche Infrastruktur im Wandel?“, 15. Juni 2012. Der öffentliche Sektor – The Public Sector, Vol. 38 (2-3), 2012.
- Hahne, Ulf (1985): Regionalentwicklung durch Aktivierung intraregionaler Potentiale. Florenz, München. Zitiert nach: Dujmovits, Rudolf (1996): Eigenständige Entwicklung in ländlich-Peripheren Regionen. Erfahrungen, Ansätze und Erfolgsbedingungen. Peter Lang-Verlag, Frankfurt am Main.
- Häußermann, Hartmut (2008): Schrumpfende Städte – katastrophale Perspektiven? In: Lampen, Angelika; Owzar, Armin (Hrsg.) (2008): Schrumpfende Städte. Ein Phänomen zwischen Antike und Moderne. Böhlau Verlag, Köln.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1987): Neue Urbanität. Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Heilig, Gerhard K. (2002): Stirbt der ländliche Raum? Zur Demographie ländlicher Gebiete in Europa: Zahlen, Fakten, Schlussfolgerungen. Vortrag auf der Bayerisch-Österreichischen Strategietagung am 11. und 12. April, 2002, in Salzburg. Laxenburg. URL: http://webarchive.iiasa.ac.at/Research/ERD/net/pdf/Papers/Doc5_all.pdf (abgerufen am: 09.11.2012)
- Heineberg, Heinz (2006): Stadtgeographie. Grundriss Allgemeine Geographie. 3. Auflage. UTB, Schöningh, Paderborn.

- Hesse, Markus (2003): Rückzug aus den Randregionen? Zwischenbilanz zur räumlichen Entwicklung in Brandenburg. In: IRS aktuell Nr. 41/2003, Erkner.
- Hesse, Markus (2008): Schrumpfende oder atmende Stadt? Überlegungen zur Einordnung von Schrumpfungprozessen in den Kontext der Urbanisierung. In: Lampen, Angelika; Owzar, Armin (Hrsg.) (2008): Schrumpfende Städte. Ein Phänomen zwischen Antike und Moderne. Böhlau Verlag, Köln.
- Höferl, Kar-Michael (2006): Schrumpfungsphänomene in Österreich – Eine Annäherung. Präsentation im Rahmen der Tagung des Kompetenzzentrums Stadt und Regionen Berlin-Brandenburg. 05.12.2006.
- Hoffmann-Rehnitz, Philip R. (2008): Städtische Schrumpfungsprozesse am Beispiel Lübecks. In: Lampen, Angelika; Owzar, Armin (Hrsg.) (2008): Schrumpfende Städte. Ein Phänomen zwischen Antike und Moderne. Böhlau Verlag, Köln.
- INTERREG Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (2007): Interreg IV-Programm „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ 2007 – 2013. Genehmigt durch die EU-Kommission am 26.09.2007. Nummer C(2007)4345.
- INTERREG Austria-Hungary IIIA (2005): Austria-Hungary INTERREG IIIA Community Initiative Programme 2000-2006. Based on the decision of the Commission C(2001) 2108 of 27th September 2001, revised by a decision of the Commission C(2002) 1703 of 26th July 2002 and revised by a decision of the Commission C(2004) 4156 of 19th October 2004 revised by a decision of the Commission K (2005) 5921 of 22nd December 2005.
- INTERREG Austria-Slovakia IIIA (2005): Austria-Slovakia INTERREG III A Community Initiative Programme 2000-2006. Based on the decision of the Commission C(2001) 2108 of 14th September 2001, revised by a decision of the Commission C(2002) 1703 of 26th July 2002, revised by a decision of the Commission C(2004)4457 and revised by a decision of the Commission K (2005) 5781 of 19th December 2005.
- INTERREG Bayern-Österreich (2007a): INTERREG IIIA 2000–2006 Österreich – Deutschland/Bayern. Programmplanungsdokument. CCI 2001 RG 16 0 PC 009. Geändertes Programm. Entscheidung der Europäischen Kommission K(2004)5739 vom 27. Dezember 2004. Entscheidung der Europäischen Kommission K(2005)4963 vom 05. Dezember 2005. Entscheidung der Europäischen Kommission C(2007)1571 vom 02. April 2007.
- INTERREG Bayern-Österreich (2007b): Operationelles Programm „Ziel Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ Deutschland/Bayern – Österreich 2007-2013. CCI-Nr. 2007CB163PO004. Genehmigt am 18.09.2007. Entscheidung der Kommission E/2007/1971 – C(2007)4242.
- Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (2006): Regionale Wettbewerbsfähigkeit Kärnten 2007-2013. Operationelles Programm gemäß Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11.07.2006. 21. März 2007, überarbeitete Einreichversion.
- Kil, Wolfgang (2004): Luxus der Leere. Vom schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt. Eine Streitschrift. Verlag Müller + Busmann KG, Wuppertal.
- Klaus, Karl (1936): Die Landflucht in Österreich. Dissertation, Wien/Mauthen. Zitiert nach: Exner, Gudrun; Kytir, Josef; Pinwinkler, Alexander (2004): Bevölkerungswissenschaft in Österreich in der Zwischenkriegszeit (1918-1938): Personen, Institutionen, Diskurse. Böhlau Verlag Wien, Köln, Weimar.
- Klemme, Marion (2005): Planloses Schrumpfen? Steuerungskonzepte für widersprüchliche Stadtentwicklungen. Ergebnisse eines Werkstattgesprächs in Leipzig – 06. Bis 08. Mai 2004. Dokumentiert

- von Marion Klemme. PT-Materialien 7. Pt Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtplanung RWTH Aachen.
- Krammer, Josef (2012): Vom Bergbauerninstitut zum Kompetenzzentrum für Berggebietsforschung. URL: http://www.berggebiete.eu/cms/dmdocuments/institut/krammer_25_jahre_babf.pdf (abgerufen am: 30.10.2012)
- Kress, Celina (2008): Schrumpfungsprozesse versus Wachstumsparadigma in der DDR. In: Lampen, Angelika; Owzar, Armin (Hrsg.) (2008): Schrumpfende Städte. Ein Phänomen zwischen Antike und Moderne. Böhlau Verlag, Köln.
- Kühn, Manfred; Weck, Sabine (2013): Peripherisierung – ein Erklärungsansatz zur Entstehung von Peripherien. In: Bernt, Matthias, Liebmann, Heike (Hrsg.) (2013): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Springer VS, Wiesbaden.
- Küntzel, Thomas (2008): Stadtwüstungen des Mittelalters und der Neuzeit. In: Lampen, Angelika; Owzar, Armin (Hrsg.) (2008): Schrumpfende Städte. Ein Phänomen zwischen Antike und Moderne. Böhlau Verlag, Köln.
- Lampen, Angelika; Owzar, Armin (Hrsg.) (2008): Schrumpfende Städte. Ein Phänomen zwischen Antike und Moderne. Böhlau Verlag, Köln.
- Land Salzburg (2006): Einheitliches Programmplanungsdokument. Ziel 2 Salzburg 2000-2006. Gem. VO (EG) Nr. 1260/99. Aktualisierte Fassung vom 5.12.2006. EK-Genehmigung K(2007)745 vom 1.3.2007.
- Land Salzburg (2007): Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region Salzburg. Operationelles Programm 2007-2013 gemäß Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11.07.2006. CCI 2007AT162PO006. 6. Februar 2007, überarbeitete Einreichversion.
- Lang, Thilo; Tenz, Eric (2003): Von der schrumpfenden Stadt zur Lean City. Prozesse und Auswirkungen der Stadtschrumpfung in Ostdeutschland und deren Bewältigung. Dortmund 2003. URL: <http://www.schrumpfende-stadt.de/projekt/definition.htm> (abgerufen am: 28.09.2012)
- Liebmann, Heike; Bernt, Matthias (2013b): Städte in peripherisierten Räumen – eine Einführung. In: Liebmann, Heike; Bernt, Matthias (Hrsg.) (2013a): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Springer VS, Wiesbaden.
- Liebmann, Heike; Bernt, Matthias (Hrsg.) (2013a): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Springer VS, Wiesbaden.
- Machold, Ingrid (2010): Regionale Ungleichheit in der Daseinsvorsorge Konzepte und Leitbilder. Facts & Features 44. Bundesanstalt für Bergbauernfragen. URL: www.lebensministerium.at/dms/lmat/publikationen/land/agrarumweltprogramm-biologische_landwirtschaft/publ_dienststellen/ungleichheit_dasein_FF44/FF44.pdf?1=1 (abgerufen am: 13.11.2012)
- Magistrat der Stadt Wien – Magistratsabteilung 27 EU-Förderungen (2006). Einheitliches Programmplanungsdokument. Ziel 2 Wien. 2000 bis 2006. Gemäß VO (EG) 1260/1999. CCI N° 2000 AT 16 2 DO 008. Genehmigt am 27. Dezember 2006 mit Entscheidung K(2006)7269 durch die Europäische Kommission.
- Magistrat der Stadt Wien – Magistratsabteilung 27 EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung (2011): Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) Operationelles Programm: Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und integrative Stadtentwicklung in Wien 2007 – 2013. CCI: 2007 AT 162 PO 004. Version 5.0. 11. November 2011.

- Maier, Gunther; Tödting, Franz; Tripl, Michaela (2012): Regional- und Stadtökonomik 2. Regionalentwicklung und Regionalpolitik. 4. Auflage, Springer-Verlag, Wien.
- Mayerhofer, Peter (2011): Strukturelle Charakteristika der österreichischen Regionen. Vorlesungsunterlagen zur LVA Stadt- und Regionalökonomie, Technische Universität Wien, WS 2011/12. URL: <http://peter.mayerhofer.wifo.ac.at/download.html> (abgerufen am: 22.11.2011)
- Mayerhofer, Peter (2012): Regionale Arbeitsmärkte und neuen Rahmenbedingungen. Vorlesungsunterlagen zur LVA Stadt- und Regionalökonomie, Technische Universität Wien, WS 2011/12. URL: <http://peter.mayerhofer.wifo.ac.at/download.html> (abgerufen am: 09.01.2012)
- Mayerhofer, Peter; Aigner, Birgit; Döring, Thomas (2010): Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen. Teilbericht 1: Räumliche Charakteristika des demographischen Wandels – Bevölkerung und Erwerbspotential. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien.
- Mayerhofer, Peter; Fritz, Oliver; Hierländer, Robert; Streicher, Gerhard; Grabmayer, Andrea; Hartmann, Andrea; Thalhammer, Maria (2009): Quantitative Effekte der EU-Regionalförderung in Österreich. Eine Pilotstudie. In: Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK (Hrsg.) (2009a): EU-Kohäsionspolitik in Österreich 1995-2007. Eine Bilanz. Materialienband. Schriftenreihe Nr. 180, Wien.
- McCann, Philip (2001): Urban and Regional Economics. Routledge, Oxford.
- Mecca Consulting (2007): Operational Programme for Objective 3 Cross-border Co-operation Austria-Hungary 2007-2013. CCI: 2007CB163PO010.
- Mergele, Heidi (2009): Zukunftschancen von Schrumpfungsregionen im Zeitalter der Metropolregionen. URL: http://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/ina/vortraege/2009_Gesellschaft_Megerle.pdf (abgerufen am: 03.10.2012)
- Müller, Bernhard (2003): Regionalentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen – Herausforderungen für die Raumplanung in Deutschland. Köln. Zitiert nach: Weber, Gerlind; Höferl, Karl-Michael (2012): Schrumpfung als Aufgabe der Raumplanung – eine Annäherung aus österreichischer Sicht. URL: http://homepage.boku.ac.at/khoeferl/papers/weith_weber_hoeferl.pdf (abgerufen am: 15.06.2012)
- Müller, Klaus (2004): Globale Geografie. In: Oswald, Philipp (Hrsg.) (2004): Schrumpfende Städte. Band 1: Internationale Untersuchung. Hatje Cantz Verlag, Ostfildern-Ruit.
- Munck, Ronaldo (2004): Deindustrialisierung: Großbritannien. In: Oswald, Philipp (Hrsg.) (2004): Schrumpfende Städte. Band 1: Internationale Untersuchung. Hatje Cantz Verlag, Ostfildern-Ruit.
- ÖIR-Managementdienste GmbH (2005a): Austria-Czech Republic. INTERREG IIIA. Community Initiative Programme 2000-2006. Based on the decision of the Commission C(2001) 2127 of 12th September 2001, revised by a decision of the Commission C(2002) 1703 of 26th July 2002 and revised by a decision of the Commission K(2004)4523 of 18th November 2004 revised by a decision of the Commission K (2005) 4972 of 5th December 2005.
- ÖIR-Managementdienste GmbH (2005b): Austria – Slovenia. INTERREG IIIA. Community Initiative Programme 2000-2006. Based on Commission decision C(2001) 2043 of 6th August 2001, revised by a Commission decision C(2002) 1703 of 26th July 2002 and revised by a Commission decision C(2004) 4154 of 19th October 2004 revised by a Commission decision K (2005) 4971 of 5th December 2005.
- Ossenbühl, F. (1977): Die verfassungsrechtliche Bedeutung des Postulats nach gleichwertigen Lebensverhältnissen für Raumordnung und Landesentwicklung. In: Der Landkreis, 46. Jahrgang, Heft 14.

- Zitiert nach: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2012a): Raumordnungsbericht 2011. Bonn.
- Österreichische Gesellschaft für Raumplanung - ÖGR (Hrsg.) (2008): Erosionsprozesse im Siedlungsgefüge Österreichs. FORUM Raumplanung, Bd. 16. LIT Verlag GmbH & Co. KG, Wien.
- Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK (Hrsg.) (1999a): Empfehlung Nr. 49. ÖROK-Abgrenzung nationaler Regionalförderungsgebiete gemäß EU-Wettbewerbsrecht. Beschluss: 24. Sitzung am 24. August 1999. URL: http://www.oerok.gv.at/fileadmin/Bilder/5.Reiter-Publikationen/OEROK-Empfehlungen/oerok_empfehlung_49.pdf (abgerufen am: 30.10.2012)
- Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK (Hrsg.) (1999b): Neunter Raumordnungsbericht. Schriftenreihe Nr. 150. Wien.
- Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK (Hrsg.) (2003): Raumordnung im Umbruch - Herausforderungen, Konflikte, Veränderungen. Festschrift für Eduard Kunze. Sonderserie Raum & Region, Heft 1, Wien.
- Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK (Hrsg.) (2006): STRAT.AT 2007-2013. Nationaler Strategischer Rahmenplan Österreich 2007-2013. Beschluss der Österreichischen Raumordnungskonferenz vom 27.10.2006. Entscheidung der Europäischen Kommission vom 4.4.2007. CCI 2007AT16UNS001, Wien.
- Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK (Hrsg.) (2008): Zwölfter Raumordnungsbericht. Analysen und Berichte zur räumlichen Entwicklung Österreichs 2005-2007. Schriftenreihe Nr. 177, Wien.
- Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK (Hrsg.) (2009a): EU-Kohäsionspolitik in Österreich 1995-2007. Eine Bilanz. Materialienband. Schriftenreihe Nr. 180, Wien.
- Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK (Hrsg.) (2009b): Neue Handlungsmöglichkeiten für periphere ländliche Räume. Stärkung der sozialen Vielfalt. Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit. Gestaltung der Landschaftsvielfalt. Schriftenreihe Nr. 181, Wien.
- Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK (Hrsg.) (2010): STRAT.AT Bericht 2009. 1. Strategischer Bericht Österreichs zur Umsetzung der EU-Kohäsionspolitik 2007-2013. Schriftenreihe Nr. 182, Wien.
- Oswalt, Philipp (2010): Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010: Weniger ist Zukunft - 19 Städte - 19 Themen. Jovis, Berlin.
- Oswalt, Philipp (2012): Hypothesen. URL: <http://www.shrinkingcities.com/index.php?id=400&L=0> (abgerufen am: 03.10.2012).
- Oswalt, Philipp (Hrsg.) (2004): Schrumpfende Städte. Band 1: Internationale Untersuchung. Hatje Cantz Verlag, Ostfildern-Ruit.
- Owzar, Armin (2008): Schrumpfen in der Gegenwart – Schrumpfen in der Geschichte. Zur Einführung. In: Lampen, Angelika; Owzar, Armin (Hrsg.) (2008): Schrumpfende Städte. Ein Phänomen zwischen Antike und Moderne. Böhlau Verlag, Köln.
- Palme, Gerhard (1995): Struktur und Entwicklung Österreichischer Wirtschaftsregionen. In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, 137. Jg. (Jahresband), Wien.
- Pohn-Weidinger, Simon; Gruber, Markus (2011a): Regionale Wettbewerbsfähigkeit 2007-2013 Niederösterreich – Eine Programm-Zwischenbilanz aus räumlicher Sicht. In: Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik (Hrsg.) (2011): Raumdialog. Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich. 1/2011.

- Prigge, Walter (2004): Schrumpfungspfade. In: Oswald, Philipp (Hrsg.) (2004): Schrumpfende Städte. Band 1: Internationale Untersuchung. Hatje Cantz Verlag, Ostfildern-Ruit.
- Pumberger, Andrea (2010): Planungsinstrumente in Schrumpfungsregionen - Anforderungen aus steuerungs- und planungstheoretischer Sicht. Diplomarbeit, Technische Universität Wien.
- Regionalpolitik-INFOREGIO (2012): Regionalpolitik. URL: http://ec.europa.eu/regional_policy/how/index_de.cfm (abgerufen am: 16.10.2012).
- Resch, Andreas; Dax, Thomas (2009): Der EAGFL-A im Rahmen von Österreichs Regionalpolitik 1995-2007. In: Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK (Hrsg.) (2009a): EU-Kohäsionspolitik in Österreich 1995-2007. Eine Bilanz. Materialienband. Schriftenreihe Nr. 180, Wien.
- Resch, Richard (2008): Umbruch – Aufbruch. Demographischer und struktureller Wandel – Situation und Handlungsansätze. In: Österreichische Gesellschaft für Raumplanung - ÖGR (Hrsg.) (2008): Erosionsprozesse im Siedlungsgefüge Österreichs. FORUM Raumplanung, Bd. 16. LIT Verlag GmbH & Co. KG, Wien.
- Rieniets, Tim (2004): Weltweites Schrumpfen. In: Oswald, Philipp (Hrsg.) (2004): Schrumpfende Städte. Band 1: Internationale Untersuchung. Hatje Cantz Verlag, Ostfildern-Ruit.
- Schaich, Eberhard (2012): Binnenwanderung. In: Gabler Wirtschaftslexikon. URL: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/binnenwanderung.html?referenceKeywordName=Landflucht> (abgerufen am: 12.10.2012)
- Schindegger, Friedrich (1999): Raum, Planung, Politik. Ein Handbuch zur Raumplanung in Österreich. Böhlau Verlag, Wien, Köln, Weimar.
- Schipfer, Rudolf K. (2005): Der Wandel der Bevölkerungsstruktur in Österreich. Auswirkungen auf Regionen und Kommunen. Paper Nr. 51/2005, Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF), Wien. URL: http://www.oif.ac.at/fileadmin/OEIF/Working_Paper/wp_51_demographischer_wandel.pdf (abgerufen am: 09.11.2012)
- Schleicher, Stefan (2012): Klassik, Neoklassik und Keynes. URL: http://stefan.schleicher.wifo.ac.at/download/ma1/ScrMa1_3.pdf (abgerufen am: 12.10.2012)
- Schremmer, Christof (2011): Stadt UND Land – Über wachsende und schrumpfende Regionen. Österreichisches Institut für Raumplanung (ÖIR), Wien. URL: www.umweltbildung.at/cms/download/1564.pdf (abgerufen am: 13.11.2012)
- Schroedter, Elisabeth (2007): Stellungnahme des Ausschusses für regionale Entwicklung für den Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten zur demographischen Zukunft Europas (2007/2156(INI)). URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-396.686+02+DOC+PDF+V0//DE&language=DE> (abgerufen am: 08.11.2012)
- Schubert, Dirk (2008): Interwar London: Verstädterte Landschaft oder verlandschaftete Stadt= Geplante Dekonzentration und Gleichzeitigkeiten von Wachstums- und Schrumpfungsprozessen. In: Lampen, Angelika; Owzar, Armin (Hrsg.) (2008): Schrumpfende Städte. Ein Phänomen zwischen Antike und Moderne. Böhlau Verlag, Köln.
- Schulitz, Antonia; Knoblauch, Britta (2011): Interkommunale Kooperation schrumpfender Kleinstädte. Analyse der Chancen und Grenzen für schrumpfende Kleinstädte im ländlichen Raum. AVM/ Martin Meidenbauer Verlagsbuchhandlung, München.
- Schwarz, Wolfgang (2007): Stärkung der Regionalen Wettbewerbsfähigkeit Niederösterreich. Das neue EU-Zielprogramm 2007-2013. In: Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung

- Raumordnung und Regionalpolitik (Hrsg.) (2007c): Raumdialog. Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich. 1/2007.
- Sedlacek, Sabine; Kurka, Bernhard; Maier, Gunther (2008): Periphere ländliche Regionen und deren Kampf gegen die Abwanderung – Das Beispiel „Waldviertler Wohlviertel“. In: Österreichische Gesellschaft für Raumplanung - ÖGR (Hrsg.) (2008): Erosionsprozesse im Siedlungsgefüge Österreichs. FORUM Raumplanung, Bd. 16. LIT Verlag GmbH & Co. KG, Wien.
- Statistik Austria (2013): Regionales BIP und Hauptaggregate nach Wirtschaftsbereichen und 35 NUTS 3-Regionen. URL: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/regionale_gesamtrechnungen/nuts3-regionales_bip_und_hauptaggregate/index.html (abgerufen am: 17.02.2013).
- Statistik Austria (Hrsg.) (2009b): Österreichs Städte in Zahlen. Herausgegeben von Statistik Austria und vom Österreichischen Städtebund. Wien. URL: www.statistik.at/web_de/Redirect/index.htm?dDocName=042373 (abgerufen am: 01.02.2013)
- Tenz, Eric; Lang, Thilo (2012): Stadtschrumpfung in Ostdeutschland. Hintergründe, Folgen, Perspektiven. URL: http://www.thilolang.de/projekte/downloads/0304tu_b.pdf (abgerufen am: 15.06.2012).
- Weber, Gerlind (2010): Schrumpfen als Planungsauftrag. Der gestaltete Rückzug als neue Aufgabe der Raumplanung. In: Szene Alpen – Das Themenheft der CIPRA 93/2010, Wachstum auf Teufel komm raus?
- Weber, Gerlind; Höferl, Karl-Michael (2012): Schrumpfung als Aufgabe der Raumplanung – eine Annäherung aus österreichischer Sicht. URL: http://homepage.boku.ac.at/khoeferl/papers/weith_weber_hoeferl.pdf (abgerufen am: 15.06.2012)
- Weith, Thomas (2008): Raumentwicklungsansätze in deutschen Schrumpfungsregionen. Aktivitäten, Governanceformen und Perspektiven. In: Österreichische Gesellschaft für Raumplanung - ÖGR (Hrsg.) (2008): Erosionsprozesse im Siedlungsgefüge Österreichs. FORUM Raumplanung, Bd. 16. LIT Verlag GmbH & Co. KG, Wien.
- Wirth, Peter (2007): Schrumpfung und Peripherie. In: Wirth, Peter; Bose, Marco (Hrsg.) (2007): Schrumpfung an der Peripherie. Ein Modellvorhaben – und was Kommunen daraus lernen können. oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, München.
- Wirth, Peter; Bose, Marco (Hrsg.) (2007): Schrumpfung an der Peripherie. Ein Modellvorhaben – und was Kommunen daraus lernen können. oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, München.
- Zumbusch, Kristina; Pech, Stephan; Hummelbrunner, Richard (2009): Dreizehn Jahre EFRE-Förderungen in Österreich. Qualitative Effekte und Auswirkungen. In: Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK (Hrsg.) (2009a): EU-Kohäsionspolitik in Österreich 1995-2007. Eine Bilanz. Materialienband. Schriftenreihe Nr. 180, Wien.

7.1.2 Websites

- AREA m styria (2013): <http://www.areasstyria.com/> (abgerufen am: 01.02.2013)
- BMWFJ (2012): Lissabon-Strategie. URL: <http://www.bmwfj.gv.at/wirtschaftspolitik/wirtschaftspolitik/seiten/lissabonstrategie.aspx> (abgerufen am: 28.10.2012)
- Diamond Aircraft (2013): Geschichte. URL: <http://diamond-air.at/geschichte.html> (abgerufen am: 01.02.2013).
- Innovation Steiermark (2012): Wettbewerbskulisse. URL: <http://www.innovation-steiermark.at/de/dokumente/glossar/w.php?b=23> (abgerufen am: 30.09.2012)

- JVA Vechta (2013): Förderschulabschluss/Hauptschule. URL: http://www.jva-vechta.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=23784&article_id=82871&_psmand=174 (abgerufen am: 16.02.2013)
- ÖBB – Österreichische Bundesbahnen (2012): Reisen in Österreich. URL: http://www.oebb.at/de_old/Reisen_in_Oesterreich/index.jsp (abgerufen am: 06.01.2013)
- Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) (Hrsg.) (2012a): Ziel Konvergenz. URL: <http://www.oerok.gv.at/eu-regionalpolitik/eu-strukturfonds-in-oesterreich-2007-2013/ziel-konvergenz.html> (abgerufen am: 25.10.2012).
- Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) (Hrsg.) (2012b): Ziel Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. URL: <http://www.oerok.gv.at/eu-regionalpolitik/eu-strukturfonds-in-oesterreich-2007-2013/ziel-rwb-efre.html> (abgerufen am: 25.10.2012).
- Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) (Hrsg.) (2012c): Ziel ETZ – grenzüberschreitende Kooperation. URL: <http://www.oerok.gv.at/eu-regionalpolitik/eu-strukturfonds-in-oesterreich-2007-2013/ziel-etz-grenzueberschreitend.html> (abgerufen am: 25.10.2012).
- Österreichischer Gemeindebund (2008): Landflucht als Bedrohung für ländliche Regionen. URL: <http://www.gemeindebund.gv.at/news.php?id=721&m=5&sm=16&v=g&PHPSESSID=7e4c86ffb5eb3946930b8a82084dbf46> (abgerufen am: 12.10.2012)
- Österreichische Städtebund (2013): AREA m styria Kommunale Zusammenarbeit in der Werkstoffregion Obersteiermark Ost. URL: <http://www.staedtebund.gv.at/gemeindezeitung/oegz-beitraege/oegz-beitraege-details/artikel/area-m-styriakommunale-zusammenarbeit-in-der-werkstoffregion-obersteiermark-ost.html> (abgerufen am: 01.02.2013).
- Tirol Atlas (2013): NUTS-3 Region Östliche Obersteiermark (Österreich). Tirol Atlas. Geographie Innsbruck. URL: <http://tirolatlas.uibk.ac.at/places/show.py/index?id=163;lang=de> (abgerufen am: 27.01.2013)
- Wiener Neustadt (2013): Wiener Neustadt - Geschichte einer 800 Jahre alten Stadt. URL: http://www.wiener-neustadt.gv.at/Stadt_Geschichte_Allgemeine+Geschichte (abgerufen am: 01.02.2013)

7.1.3 Gespräche

- Dittrich, Dominik (2013): Informelles Gespräch mit Herrn Dominik Dittrich, Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik, am 31.01.2013, Wien.
- Werderitsch, Jochen (2013): Informelles Gespräch mit Herrn Jochen Werderitsch, Regionalmanager der RM Obersteiermark Ost GmbH, am 18.02.2013, telefonisch.

7.1.4 Datenquellen zu Kapitel 4

- Eurostat: Statistiken, Bevölkerung und soziale Bedingungen 2012
- Fachbereich Finanzwissenschaften und Infrastrukturpolitik (2012): GemBon: Analyse- und Informationssystem zur Beurteilung der Bonität der österreichischen Gemeinden, Gembon Version 2.2/2012, Software des Fachbereichs Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik, E280-3, der Technischen Universität Wien (J. Bröthaler) auf Basis der kommunalen Finanzstatistikdaten der Statistik Austria aller österreichischen Gemeinden 1992-2011, Wien.
- Statistik Austria: Arbeitsstättenzählung 1981, 1991, 2001
- Statistik Austria: Erwerbsstatistik 2008
- Statistik Austria: Finanzstatistik 1992-2011

Statistik Austria: ISIS Datenbank 2012

Statistik Austria: Registerzählung 2009

Statistik Austria: statCube 2012.

Statistik Austria: Volkszählung 1981, 1991, 2001 Zeitreihen nach regionalen Merkmalen

Statistik Austria: Wanderungsstatistik 2011

7.1.5 Datenquellen zu Kapitel 5

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung/ Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik (2012b): Daten zu den Ziel 2 Förderungen in Niederösterreich 2000-06. Eigene Auswertung der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik, Dezember 2012.

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung/ Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik (2012c): Daten zu den Ziel RWB Förderungen in Niederösterreich 2007-09. Eigene Auswertung der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik, Dezember 2012.

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung/Abteilung Landwirtschaft (2012d): Daten zu den LEADER-Förderungen in Niederösterreich 2000-06. Eigene Auswertung der Abteilung Landwirtschaft, Jänner 2013.

Österreichisches Institut für Raumplanung (ÖIR) (2012): Auswertung der LEADER-Förderungen 2007-2009 auf Regionsebene (NUTS-III). Wien.

Amt der Steiermärkischen Landesregierung/Abteilung Wirtschaft, Tourismus, Sport (2013a): Daten zu den Ziel 2 Förderungen in der Steiermark 2000-06. Eigene Auswertung der Abteilung Wirtschaft, Tourismus, Sport, Jänner 2013.

Amt der Steiermärkischen Landesregierung/Abteilung Wirtschaft, Tourismus, Sport (2013b): Daten zu den Ziel RWB Förderungen in der Steiermark 2007-09. Eigene Auswertung der Abteilung Wirtschaft, Tourismus, Sport, Jänner 2013.

Amt der Steiermärkischen Landesregierung/Abteilung Landes- und Gemeindeentwicklung (2013c): Daten zu den LEADER-Förderungen in der Steiermark 2000-06. Eigene Auswertung der Abteilung Landes- und Gemeindeentwicklung, Jänner 2013.

7.2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Konzept und Aufbau der Diplomarbeit. Quelle: Eigene Konzeption und Darstellung, 2013. Bildquelle: JVA Vechta, 2013: online.	2
Abbildung 2: Methodendarstellung und Ablauf. Quelle: Eigene Konzeption und Darstellung, 2012.	5
Abbildung 3: Analysierte Programmplanungsdokumente. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.	7
Abbildung 4: Ablauf Regions- und Gemeindetypisierung. Quelle: Eigene Darstellung, 2013. Bildquelle: ÖBB, online: 2013.....	8
Abbildung 5: Ablauf Förderdatenanalyse. Quelle: Eigene Darstellung, 2013.....	9
Abbildung 6: Negative Faktoren für die Stadtentwicklung. Quelle: Küntzel, 2008: 129. Eigene Bearbeitung.	15
Abbildung 7: Trends in der Raumentwicklung Deutschland. Quelle: BBR, 2005: 85, zit. nach Mergele, 2009: 11.	19
Abbildung 8: Analysierte Programmplanungsdokumente. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.	43
Abbildung 9: Der strat.at und seine Stellung gegenüber europäischen/nationalen Strategiedokumenten. Quelle: ÖROK, 2006: 26; eigene Darstellung.	49
Abbildung 10: Grundlegende Erkenntnisse der OP-Analyse. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.	65

Abbildung 11: Strukturschwache und strukturstarke Gemeinden Österreichs 2001. Quelle: Höferl, Jelinek, 2007: 785 zit. nach Weber, Höferl, 2012: o.S.	71
Abbildung 12: Wirtschaftsregionen in Österreich/ Bezirksebene. Quelle: Palme, 1995: 401, zit. nach Mayerhofer, 2011: 45.....	75
Abbildung 13: Ablauf der Analyseschritte – Regionstypisierung. Quelle: Eigene Darstellung, 2013. Bildquelle: ÖBB, online: 2013.	79
Abbildung 14: Regionstypisierung der österreichischen NUTS-III-Regionen. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung 2013.....	80
Abbildung 15: Regionstypisierung der österreichischen NUTS-III-Regionen nach demographischen und wirtschaftlichen Merkmalen. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung 2013.	82
Abbildung 16: Ablauf der Analyseschritte – Gemeindetypisierung. Quelle: Eigene Darstellung, 2013. Bildquelle: ÖBB, online: 2013.	86
Abbildung 17: Typisierung der niederösterreichischen und steirischen Gemeinden. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung, 2013.....	87
Abbildung 18: Typisierung der Region Niederösterreich-Süd nach demographischen und wirtschaftlichen Merkmalen. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung, 2013.....	92
Abbildung 19: Typisierung der Region Östliche Obersteiermark nach demographischen und wirtschaftlichen Merkmalen. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung 2013.	93
Abbildung 20: Gesamtsumme der ausbezahlten EFRE-Förderungen nach kommunalem Entwicklungstyp in Mio. € (Gemeindelevel), Ziel 2 NÖ 2000-06. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b; eigene Darstellung, 2013.....	106
Abbildung 21: Durchschnittlich ausbezahlte EFRE-Förderungen pro Kopf nach kommunalem Entwicklungstyp (Gemeindelevel), Ziel 2 NÖ 2000-06. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b; eigene Darstellung, 2013.....	107
Abbildung 22: Förderabsorption nach Entwicklungstyp (Gemeindelevel), Ziel 2 NÖ 2000-06. Quelle eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b; eigene Darstellung, 2013.....	108
Abbildung 23: Gesamtsumme der ausbezahlten EFRE-Förderungen nach kommunalem Entwicklungstyp in Mio. € (Gemeindelevel), RWB NÖ 2007-09. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c; eigene Darstellung, 2013.	109
Abbildung 24: Durchschnittlich ausbezahlte EFRE-Förderungen pro Kopf nach kommunalem Entwicklungstyp, RWB NÖ 2007-09. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c; eigene Darstellung, 2013.	110
Abbildung 25: Förderabsorption nach kommunalem Entwicklungstyp, RWB NÖ 2007-09. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c; eigene Darstellung, 2013.....	110
Abbildung 26: Thematischer Fokus nach regionalem Entwicklungstyp für das Ziel-2-Programm Niederösterreich. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.	114
Abbildung 27: Thematischer Fokus nach regionalem Entwicklungstyp für das RWB-Programm Niederösterreich. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c.	115
Abbildung 28: Thematische Ausrichtung EFRE-Förderungen nach kommunalem Entwicklungstyp, Ziel 2 NÖ 2000-06. Quelle: eigene Berechnung basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b; eigene Darstellung, 2013.	117

Abbildung 29: Thematischer Fokus nach regionalem Entwicklungstyp für das RWB-Programm Steiermark. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013b.	118
Abbildung 30: Geographische Lage der Region Niederösterreich-Süd in Österreich, maßstabslos. Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung, 2012/2013. Karteninhalt basierend auf basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012.....	121
Abbildung 31: Ziel 2 NÖ 2000-06 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, Gesamtausgaben in € nach Entwicklungstyp. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.	124
Abbildung 32: Ziel 2 NÖ 2000-06 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, Gesamtfördermittel nach thematischem Fokus und kommunalem Entwicklungstyp. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.	125
Abbildung 33: RWB NÖ 2007-09 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, Gesamtausgaben in € nach Entwicklungstyp. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c.	127
Abbildung 34: RWB NÖ 2007-09 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, Gesamtfördermittel nach thematischem Fokus und kommunalem Entwicklungstyp. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c.....	128
Abbildung 35: Geographische Lage der Region Obersteiermark Ost in Österreich, maßstabslos. Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung, 2012/2013. Karteninhalt basierend auf basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012.....	132
Abbildung 36: Typisierung der niederösterreichischen und steirischen Gemeinden – Variante A. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung, 2013.....	H
Abbildung 37: Typisierung der niederösterreichischen und steirischen Gemeinden – Variante B. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung, 2013.....	J
Abbildung 38: Regionstypisierung der österreichischen NUTS-III-Regionen – Variante A. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung 2013.....	M
Abbildung 39: Regionstypisierung der österreichischen NUTS-III-Regionen – Variante B. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung 2013.....	O

7.3 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Veränderung der inhaltlichen Ausrichtung der Förderperioden 2000-06 und 2007-13. Quelle: Gruber, 2009: 13, eigene Bearbeitung/Darstellung.....	35
Tabelle 2: Kurzanalyse der ausgewählten Programmdokumente nach Schrumpfungsbezug. Quelle: Ausgewählte OPs, Aufstellung siehe Anhang.....	45
Tabelle 3: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „Strategische Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.	48
Tabelle 4: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „Nationaler Strategischer Rahmenplan Österreich 2007-2013 / strat.at“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.....	50
Tabelle 5: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „Ziel 2 Operationelles Programm Niederösterreich“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.	52
Tabelle 6: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „Ziel 2 Operationelles Programm Steiermark“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.	54
Tabelle 7: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „Gemeinschaftsinitiative LEADER“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.....	55

Tabelle 8: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „Gemeinschaftsinitiative INTERREG-III-A Österreich- Tschechien“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.	57
Tabelle 9: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „Gemeinschaftsinitiative INTERREG-III-A Österreich-Slowenien“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.	58
Tabelle 10: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „RWB Operationelles Programm Niederösterreich“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.	59
Tabelle 11: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „RWB Operationelles Programm Steiermark“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.	61
Tabelle 12: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „Ländliches Entwicklungsprogramm Österreich - Schwerpunkt 4 LEADER“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.	62
Tabelle 13: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „ETZ Österreich-Tschechien“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.	63
Tabelle 14: Zusammenfassende Matrix zur Dokumentanalyse „ETZ Österreich-Slowenien“. Quelle: Eigene Darstellung, 2012.	64
Tabelle 15: Räumliche Probleme sektoraler Leistungserbringung. Quelle: Höferl, 2006: 14. Eigene Darstellung.	73
Tabelle 16: EFRE-Gesamtfördersumme in Niederösterreich für das Ziel-2-Programm und das Ziel RWB. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b,c.	102
Tabelle 17: durchschnittliche EFRE-Förderung pro Kopf in Niederösterreich für das Ziel-2-Programm und das Ziel RWB. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b, c.	103
Tabelle 18: EFRE-Gesamtfördersumme in der Steiermark für das Ziel-2-Programm und das Ziel RWB. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013a, b.	104
Tabelle 19: durchschnittliche EFRE-Förderung pro Kopf in der Steiermark für das Ziel-2-Programm und das Ziel RWB. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013a,b.	105
Tabelle 20: EAGFL-A- und ELER-Gesamtfördersumme (in €) in Niederösterreich. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012d; ÖIR, 2012.	111
Tabelle 21: Durchschnittliche EAGFL-A- und ELER-Förderungen pro Kopf in Niederösterreich. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012d; ÖIR, 2012.	112
Tabelle 22: EAGFL-A- und ELER-Gesamtfördersumme (in €) in der Steiermark. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013c; ÖIR, 2012.	112
Tabelle 23: Durchschnittliche EAGFL-A- und ELER-Förderungen pro Kopf in der Steiermark. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013c; ÖIR, 2012.	113
Tabelle 24: Thematische Ausrichtung LEADER 2000-06 in Niederösterreich. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012d.	119
Tabelle 25: Thematische Ausrichtung LEADER 2007-09 in Niederösterreich. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf ÖIR, 2012.	119
Tabelle 26: Thematische Ausrichtung LEADER 2000-06 in der Steiermark. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013c.	120
Tabelle 27: Regionsprofil Niederösterreich-Süd. Quelle: basierend auf den Ausarbeitungen von Kapitel 4.3, eigene Berechnungen basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012.	122
Tabelle 28: Ziel 2 NÖ 2000-06 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, Themenfokus. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.	123
Tabelle 29: Ziel 2 NÖ 2000-06 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, umgesetzte Maßnahmen. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.	123
Tabelle 30: Ziel RWB NÖ 2007-09 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, Themenfokus. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c.	126

Tabelle 31: Ziel RWB NÖ 2007-09 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, umgesetzte Aktivitäten. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c.....	126
Tabelle 32: LEADER NÖ 2000-06 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, Themenfokus. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012d.	129
Tabelle 33: LEADER NÖ 2007-09 Fallbeispiel Niederösterreich-Süd, Themenfokus. Quelle: eigene Berechnung, basierend auf ÖIR, 2012.....	129
Tabelle 34: Fallbeispiel Wiener Neustadt – TFZ und Diamond Aircraft. Quelle: eigen Darstellung basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2007e: 28, 38; Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.	131
Tabelle 35: Regionsprofil Östliche Obersteiermark. Quelle: Basierend auf den Ausarbeitungen von Kapitel 4.3, eigene Berechnungen basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012.....	133
Tabelle 36: Ziel RWB Steiermark 2007-09 Fallbeispiel Östliche Obersteiermark, Themenfokus. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013b.	134
Tabelle 37: Ziel RWB Steiermark 2007-09 Fallbeispiel Östliche Obersteiermark, umgesetzte Aktivitäten. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013b.	135
Tabelle 38: LEADER-Programm Steiermark 2000-06, Fallbeispiel Östliche Obersteiermark, Themenfokus. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013c.	135
Tabelle 39: LEADER-Programm Steiermark 2000-06, Fallbeispiel Östliche Obersteiermark, umgesetzte Interventionsbereiche. Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2013c.	136
Tabelle 40: Aufstellung der Analysierten Förderprogramme. Eigene Darstellung, 2012.....	A
Tabelle 41: Merkmalsgruppen, Merkmale und Indikatoren. Eigene Darstellung, 2012.	D
Tabelle 42: Entwicklungspunkte und Indikatoren – Gemeindetypisierung. Eigene Darstellung, 2012.	F
Tabelle 43: Verwendete Gewichtung der Indikatoren Variante A – Gemeindetypisierung. Eigene Darstellung, 2012.....	G
Tabelle 44: Verwendete Gewichtung der Indikatoren Variante B – Gemeindetypisierung. Eigene Darstellung, 2012.....	I
Tabelle 45: Entwicklungspunkte und Indikatoren – Regionstypisierung. Eigene Darstellung, 2012.	K
Tabelle 46: Verwendete Gewichtung der Indikatoren Variante A – Regionstypisierung. Eigene Darstellung, 2012.....	L
Tabelle 47: Verwendete Gewichtung der Indikatoren Variante B – Regionstypisierung. Eigene Darstellung, 2012.....	N
Tabelle 48: Themenbereich nach kommunalem Entwicklungstyp, Ziel RWB NÖ - Niederösterreich-Süd. Quelle: eigene Berechnung basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c.	P
Tabelle 49: Aktivitäten nach kommunalem Entwicklungstyp, Ziel RWB NÖ - Niederösterreich-Süd. Quelle: eigene Berechnung basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c.....	Q
Tabelle 50: Themenbereich nach kommunalem Entwicklungstyp, Ziel 2 NÖ - Niederösterreich-Süd. Quelle: eigene Berechnung basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.	R
Tabelle 51: Maßnahmen nach kommunalem Entwicklungstyp, Ziel 2 NÖ - Niederösterreich-Süd. Quelle: eigene Berechnung basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.	S
Tabelle 52: Maßnahmen nach kommunalem Entwicklungstyp, Ziel 2 NÖ - Niederösterreich-Süd. Quelle: eigene Berechnung basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.	T

Anhang A – Beitrag der europäischen Regionalpolitik

Tabelle 40: Aufstellung der Analysierten Förderprogramme. Eigene Darstellung, 2012.

FÖRDERPROGRAMM		Finanziert durch			Finanziert durch			Schrumpfungsthematik direkt angesprochen [quantitativ]				
		2000-2006			2007-2013			Schrumpfung/s hrinkage	schrumpfend/ shrinking	Landflucht/rural exodus, rural flight, urbanisation	Verödung/d esolation	Rückgang/d ecline
		EFRE	ESF	EAGFL-A	EFRE	ESF (Kofina nzieru ng)	ELER/ LEADER	Anzahl Nennungen	Anzahl Nennungen	Anzahl Nennungen	Anzahl Nennungen	Anzahl Nennungen
ZIEL 1												
1	OP Burgenland	1	1	.	1	1	8
ZIEL 2												
2	OP Wien	1	1	3
3	OP NÖ	1	1	2	.	.	1	27
4	OP OÖ	1	1	16
5	OP Salzburg	1	1	10
6	OP Steiermark	1	1	3	.	.	18
7	OP Kärnten	1	1	1	10
8	OP Tirol	1	1	6
9	OP Vorarlberg	1	1	6

FÖRDERPROGRAMM		Finanziert durch			Finanziert durch			Schrumpfungsthematik direkt angesprochen [quantitativ]				
		2000-2006			2007-2013			Schrumpfung/s hrinkage	schrumpfend/ shrinking	Landflucht/rural exodus, rural flight, urbanisation	Verödung/d esolation	Rückgang/d ecline
		EFRE	ESF	EAGFL-A	EFRE	ESF (Kofina nzieru ng)	ELER/ LEADER	Anzahl Nennungen	Anzahl Nennungen	Anzahl Nennungen	Anzahl Nennungen	Anzahl Nennungen
GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN												
10	LEADER	.	.	1	-	-	-	.	1	.	.	7
11	INTERREG-III-A: Ö-Bayern	1	13
12	INTERREG-III-A: Ö-Slowenien	1	11
13	INTERREG-III-A: Ö-Ungarn	1	1	.	6
14	INTERREG-III-A: Ö-Slowakei	1	1	.	8
15	INTERREG-III-A: Ö-Tschechien	1	1	1	.	.	11
Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (EFRE)												.
16	OP Wien	.	.	.	1	1	8
17	OP NÖ	.	.	.	1	.	.	1	1	.	.	6
18	OP OÖ	.	.	.	1	4
19	OP Salzburg	.	.	.	1	1
20	OP Steiermark	.	.	.	1	2
21	OP Kärnten	.	.	.	1	2
22	OP Tirol	.	.	.	1	1
23	OP Vorarlberg	.	.	.	1	.	.	2	.	.	.	4

FÖRDERPROGRAMM		Finanziert durch			Finanziert durch			Schrumpfungsthematik direkt angesprochen [quantitativ]				
		2000-2006			2007-2013			Schrumpfung/s hrinkage	schrumpfend/ shrinking	Landflucht/rural exodus, rural flight, urbanisation	Verödung/d esolation	Rückgang/d ecline
		EFRE	ESF	EAGFL-A	EFRE	ESF (Kofina nzieru ng)	ELER/ LEADER	Anzahl Nennungen	Anzahl Nennungen	Anzahl Nennungen	Anzahl Nennungen	Anzahl Nennungen
Konvergenz/Phasing Out (EFRE)												
24	OP Burgenland	.	.	.	1	3
ETZ GRENZÜBERSCHREITENDE KOOPERATION												
25	ETZ: Ö-Bayern	.	.	.	1	2
26	ETZ: Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein	.	.	.	1	1
27	ETZ: Ö-Italien	.	.	.	1	8
28	ETZ: Ö-Slowenien	.	.	.	1	6
29	ETZ: Ö-Ungarn	.	.	.	1	1	.	1
30	ETZ: Ö-Slowakei	.	.	.	1	4
31	ETZ: Ö-Tschechien	.	.	.	1	2
LEADER												
32	Ländlichen Entwicklungsprogramm	1	.	.	.	1	14
Generelle Programme												
33	Kohäsionsleitlinien 2007-13	3
34	strat.at 2007-13	2	7
35	Kohäsionsleitlinien Ländliche Entwicklung 200	2

Anhang B – Österreichische schrumpfende Regionen und Gemeinden

Tabelle 41: Merkmalsgruppen, Merkmale und Indikatoren. Eigene Darstellung, 2012.

Merkmalsgruppe	Merkmal	Indikator	Quelle
Demographie	Abwanderung	Wanderungsbilanz	Giffinger et al., 2008: 15; Palme, 1995: 410
	Niedrige Fertilität	Geburtenbilanz	Giffinger et al., 2008: 15
	Überalterung	Anteil der Über-60-Jährigen	Giffinger et al., 2008: 15
	Überalterung	Anteil der Unter-15-Jährigen	Giffinger et al., 2008: 15; Weber et al., 2012: o.S.
	Bevölkerung	Bevölkerungsbilanz	Palme, 1995: 410; Weber et al., 2012: o.S.
Wirtschaft	Rückgang der Wirtschaftsleistung	Entwicklung von Regionalprodukt	Giffinger et al., 2008: 15; Weber et al., 2012: o.S.
	Rückgang der Wirtschaftsleistung	Entwicklung von Kaufkraft	Giffinger et al., 2008: 15; Weber et al., 2012: o.S.
	Rückgang der Wirtschaftsleistung	Entwicklung von Steueraufkommen	Giffinger et al., 2008: 15
	Negative Arbeitsplatzentwicklung	Veränderung der Beschäftigtenzahl	Giffinger et al., 2008: 15; Palme, 1995: 410; Weber et al., 2012: o.S.
	Zunahme wenig produktiver Branchen	Veränderung des Anteils von Landwirtschaft	Giffinger et al., 2008: 15
	Zunahme wenig produktiver Branchen	Veränderung des Anteils von Low-Tech-Industrien	Giffinger et al., 2008: 15
	Zunahme wenig produktiver Branchen	Veränderung des Anteils von persönlichen Dienstleistungen	Giffinger et al., 2008: 15
	Wachsende Arbeitslosigkeit	Veränderung der Arbeitslosenrate	Giffinger et al., 2008: 15; Weber et al., 2012: o.S.
	Niedrige Innovationsaktivität	Investitionen in Forschung und Entwicklung	Giffinger et al., 2008: 15
	Niedrige Innovationsaktivität	Zahl der Patentanmeldungen	Giffinger et al., 2008: 15
	Betriebsschließungen	Zahl der Konkurse	Giffinger et al., 2008: 15
	Betriebsschließungen	Standortauslagerungen	Giffinger et al., 2008: 15
	Hoher Auspendleranteil	Anteil der Tagespendler an der Erwerbsbevölkerung	Giffinger et al., 2008: 15; Palme, 1995: 410
	Hoher Auspendleranteil	Anteil der Wochenpendler an der Erwerbsbevölkerung	Giffinger et al., 2008: 15; Palme, 1995: 410
Siedlungsentwicklung	Sinkende Immobilienpreise	Veränderung von Grundstückspreisen	Giffinger et al., 2008: 15
	Sinkende Immobilienpreise	Veränderung von Gebäudepreisen	Giffinger et al., 2008: 15
	Sinkende Immobilienpreise	Veränderung von Wohnungspreisen	Giffinger et al., 2008: 15

	Sinkende Immobilienpreise	Veränderung von Geschäftsmieten	Giffinger et al., 2008: 15
	Sinkende Immobilienpreise	Veränderung von Wohnungsmieten	Giffinger et al., 2008: 15
	Sinkende öffentliche Investitionen in die technische und soziale Infrastruktur	Veränderung der öffentlichen Ausgaben	Giffinger et al., 2008: 15; Weber et al., 2012: o.S.
	Verschlechterung der Nahversorgung, der Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen	Veränderung der Beschäftigten im Einzelhandel sowie im Bereich der öffentlichen DL	Giffinger et al., 2008: 15; Weber et al., 2012: o.S.
	Verschlechterung der Erreichbarkeit im ÖV	Veränderung der Fahrzeiten und der Bedienungshäufigkeiten im ÖV	Giffinger et al., 2008: 15
	Geringe Wohnbautätigkeit	Neu errichtete Wohnflächen im Verhältnis zum Bestand	Giffinger et al., 2008: 15
	Wohnungsleerstand	Leerstehende Geschäfts- und Wohnungsflächen	Giffinger et al., 2008: 15; Weber et al., 2012: o.S.
Soziale Entwicklung	Verringerung des Gemeinschaftslebens	-	Weber et al., 2012: o.S.
	Verlust der optimistischen Grundstimmung	-	Weber et al., 2012: o.S.
Politische Entwicklung	Verlust an politischem Einfluss	-	Weber et al., 2012: o.S.

Entwicklungspunkte und Indikatoren/ Gemeindetypisierung

Tabelle 42: Entwicklungspunkte und Indikatoren – Gemeindetypisierung. Eigene Darstellung, 2012.

Indikator	Zeitraum	stark schrumpfend	mäßig schrumpfend	leicht schrumpfend	stabil	wachsend
Bevölkerungsveränderung	1981-2011 in %	mehr als -30%	zwischen -10% und -29,99%	zwischen -2% und -9,99%	zwischen 0% und -1,99%	mehr als 0%
Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung	1981-1991 in % p.a.	mehr als -1,5%	zwischen -1% und -1,49%	zwischen -0,1% und -0,99%	zwischen 0% und -0,09%	mehr als 0%
	1991-2001 in % p.a.					
	2001-2011 in % p.a.					
	1981-2011 in % p.a.					
Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - unter 15-Jährige	1981-2001 in % p.a.	mehr als -4%	zwischen -2% und -3,99%	zwischen -0,1% und -1,99%	zwischen 0% und -0,09%	mehr als 0%
Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - über 60-Jährige	1981-2001 in % p.a.	mehr als -4%	zwischen -2% und -3,99%	zwischen -0,1% und -1,99%	zwischen 0% und -0,09%	mehr als 0%
Natürliche Bevölkerungsentwicklung	1981-1991 in %	mehr als -10%	zwischen -4% und -9,99%	zwischen -0,1% und -3,99%	zwischen 0% und -0,09%	mehr als 0%
	1991-2001 in %					
Wanderungsentwicklung	1981-1991 in %	mehr als -15%	zwischen -9% und -14,99%	zwischen -0,1% und -8,99%	zwischen 0% und -0,09%	mehr als 0%
	1991-2001 in %					
Arbeitsplatzveränderung	1981-2009 in %	mehr als -25%	zwischen -7% und -24,99%	zwischen -0,1% und -6,99%	zwischen 0% und -0,09%	mehr als 0%
Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung	1981-1991 in % p.a.	mehr als -4%	zwischen -2% und -3,99%	zwischen -0,1% und -1,99%	zwischen 0% und -0,09%	mehr als 0%
	1991-2001 in % p.a.					
	2001-2009 in % p.a.					
	1981-2009 in % p.a.					
Durchschnittliche jährliche Veränderung Kommunalsteuer pro Kopf	1992-2001 in % p.a.	mehr als -10%	zwischen -3% und -9,99%	zwischen -0,1% und -2,99%	zwischen 0% und -0,09%	mehr als 0%
	2001-2011 in % p.a.					
Veränderung der Produktionsbeschäftigten	1981-1991 in %	mehr als -30%	zwischen -10% und -29,99%	zwischen -0,1% und -9,99%	zwischen 0% und -0,09%	mehr als 0%
	1991-2001 in %					
	1981-2001 in %					
	1981-2001 in % p.a.	mehr als -10%	zwischen -5% und -9,99%	zwischen -0,1% und -4,99%	zwischen 0% und -0,09%	mehr als 0%

Variante A/ Gemeindetypisierung**Verwendete Gewichtung der Indikatoren****Tabelle 43:** Verwendete Gewichtung der Indikatoren Variante A – Gemeindetypisierung. Eigene Darstellung, 2012.

<i>Merkmalsgruppe</i>	<i>Indikator</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Gewichtung nach Merkmalsgruppe</i>
Bevölkerungsentwicklung	Bevölkerungsveränderung in Dekaden (1981-2011 in %)	0,03	20%
Bevölkerungsentwicklung	Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung in Dekaden 1981-1991 in % p.a.	0,03	
Bevölkerungsentwicklung	Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung in Dekaden 1991-2001 in % p.a.	0,03	
Bevölkerungsentwicklung	Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung in Dekaden 2001-2011 in % p.a.	0,03	
Bevölkerungsentwicklung	Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung in Dekaden 1981-2011 in % p.a.	0,08	
Wanderungsentwicklung	Wanderungsentwicklung 1981-1991 in %	0,0625	12,50%
Wanderungsentwicklung	Wanderungsentwicklung 1991-2001 in %	0,0625	
Natürliche Bevölkerungsentwicklung	Natürliche Bevölkerungsentwicklung 1981-1991 in %	0,0625	12,50%
Natürliche Bevölkerungsentwicklung	Natürliche Bevölkerungsentwicklung 1991-2001 in %	0,0625	
Überalterung der Bevölkerung	Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - unter 15-Jährige 1981-2001 in % p.a.	0,025	5%
Überalterung der Bevölkerung	Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - über 60-Jährige 1981-2001 in % p.a.	0,025	
Arbeitsplatzentwicklung	Arbeitsplatzveränderung in Dekaden 1981-2009 in %	0,04	20%
Arbeitsplatzentwicklung	Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung der Dekaden 1981-1991 in % p.a.	0,04	
Arbeitsplatzentwicklung	Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung der Dekaden 1991-2001 in % p.a.	0,04	
Arbeitsplatzentwicklung	Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung der Dekaden 2001-2009 in % p.a.	0,04	
Arbeitsplatzentwicklung	Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung der Dekaden 1981-2009 in % p.a.	0,04	
Entwicklung der komm. Wirtschaftskraft	Durchschnittliche jährliche Veränderung Kommunalsteuer pro Kopf in Dekaden 1992-2001 in % p.a.	0,05	10%
Entwicklung der komm. Wirtschaftskraft	Durchschnittliche jährliche Veränderung Kommunalsteuer pro Kopf in Dekaden 2001-2011 in % p.a.	0,05	
Entwicklung der Produktionsbeschäftigten	Veränderung der Beschäftigten im sekundären Sektoren in Dekaden 1981-1991 in %	0,05	20%
Entwicklung der Produktionsbeschäftigten	Veränderung der Beschäftigten im sekundären Sektoren in Dekaden 1991-2001 in %	0,05	
Entwicklung der Produktionsbeschäftigten	Veränderung der Beschäftigten im sekundären Sektoren in Dekaden 1981-2001 in %	0,05	
Entwicklung der Produktionsbeschäftigten	Veränderung der Beschäftigten im sekundären Sektoren in Dekaden 1981-2001 in % p.a.	0,05	
	Summe:	1	100%

Ergebniskarte Gemeindetypisierung Variante A

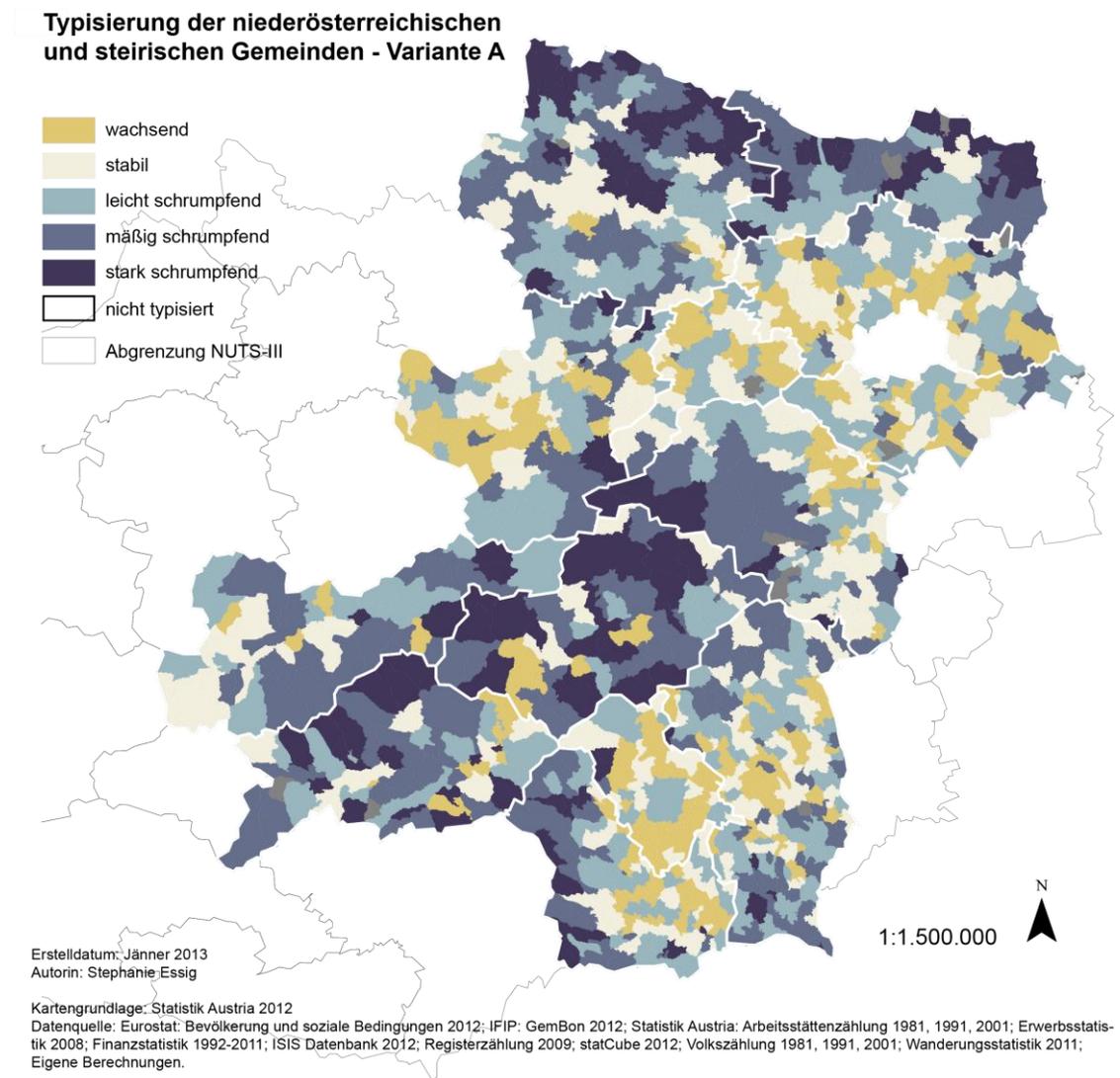


Abbildung 36: Typisierung der niederösterreichischen und steirischen Gemeinden – Variante A. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung, 2013.

Variante B/ Gemeindetypisierung**Verwendete Gewichtung der Indikatoren****Tabelle 44:** Verwendete Gewichtung der Indikatoren Variante B – Gemeindetypisierung. Eigene Darstellung, 2012.

<i>Merkmalsgruppe</i>	<i>Indikator</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Gewichtung nach Merkmalsgruppe</i>
Bevölkerungsentwicklung	Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung in Dekaden 1981-2011 in % p.a.	0,100	30%
Bevölkerungsentwicklung	Bevölkerungsveränderung in Dekaden (1981-2011 in %)	0,050	
Bevölkerungsentwicklung	Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung in Dekaden 1981-1991 in % p.a.	0,050	
Bevölkerungsentwicklung	Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung in Dekaden 1991-2001 in % p.a.	0,050	
Bevölkerungsentwicklung	Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung in Dekaden 2001-2011 in % p.a.	0,050	
Wanderungsentwicklung	Wanderungsentwicklung 1981-1991 in %	0,050	10%
Wanderungsentwicklung	Wanderungsentwicklung 1991-2001 in %	0,050	
Natürliche Bevölkerungsentwicklung	Natürliche Bevölkerungsentwicklung 1981-1991 in %	0,025	5%
Natürliche Bevölkerungsentwicklung	Natürliche Bevölkerungsentwicklung 1991-2001 in %	0,025	
Überalterung der Bevölkerung	Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - unter 15-Jährige 1981-2001 in % p.a.	0,025	5%
Überalterung der Bevölkerung	Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - über 60-Jährige 1981-2001 in % p.a.	0,025	
Arbeitsplatzentwicklung	Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung der Dekaden 1981-2009 in % p.a.	0,050	25%
Arbeitsplatzentwicklung	Arbeitsplatzveränderung in Dekaden 1981-2009 in %	0,050	
Arbeitsplatzentwicklung	Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung der Dekaden 1981-1991 in % p.a.	0,050	
Arbeitsplatzentwicklung	Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung der Dekaden 1991-2001 in % p.a.	0,050	
Arbeitsplatzentwicklung	Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung der Dekaden 2001-2009 in % p.a.	0,050	
Entwicklung der komm. Wirtschaftskraft	Durchschnittliche jährliche Veränderung Kommunalsteuer pro Kopf in Dekaden 1992-2001 in % p.a.	0,040	8%
Entwicklung der komm. Wirtschaftskraft	Durchschnittliche jährliche Veränderung Kommunalsteuer pro Kopf in Dekaden 2001-2011 in % p.a.	0,040	
Entwicklung der Produktionsbeschäftigten	Veränderung der Beschäftigten im sekundären Sektoren in Dekaden 1981-1991 in %	0,043	17%
Entwicklung der Produktionsbeschäftigten	Veränderung der Beschäftigten im sekundären Sektoren in Dekaden 1991-2001 in %	0,043	
Entwicklung der Produktionsbeschäftigten	Veränderung der Beschäftigten im sekundären Sektoren in Dekaden 1981-2001 in %	0,043	
Entwicklung der Produktionsbeschäftigten	Veränderung der Beschäftigten im sekundären Sektoren in Dekaden 1981-2001 in % p.a.	0,043	
	Summe:	1	100%

Ergebniskarte Gemeindetypisierung Variante B

Typisierung der niederösterreichischen und steirischen Gemeinden - Variante B

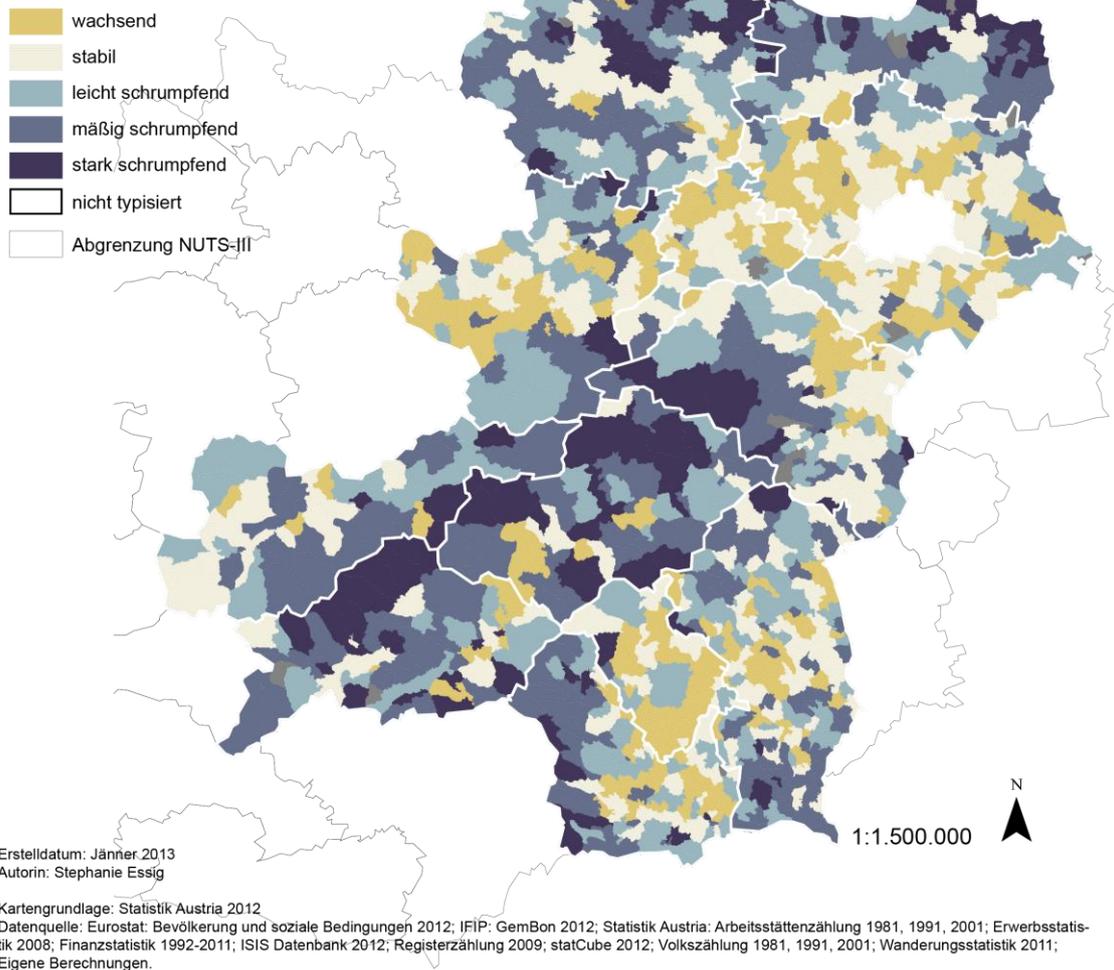


Abbildung 37: Typisierung der niederösterreichischen und steirischen Gemeinden – Variante B. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung, 2013.

Entwicklungspunkte und Indikatoren/ Regionstypisierung**Tabelle 45:** Entwicklungspunkte und Indikatoren – Regionstypisierung. Eigene Darstellung, 2012.

<i>Indikator</i>	<i>Zeitraum</i>	<i>stark schrumpfend</i>	<i>mäßig schrumpfend</i>	<i>stabil</i>	<i>wachsend</i>
Bevölkerungsveränderung	1981-2011 in %	mehr als -2%	zwischen -0,1% und -1,99%	zwischen 1% und -0,099%	mehr als 1%
Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung	1981-1991 in % p.a.	mehr als -0,2%	zwischen -0,1% und -0,2%	zwischen 0,5% und 0%	mehr als 0,5%
	1991-2001 in % p.a.				
	2001-2011 in % p.a.				
	1981-2011 in % p.a.				
Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung unter 15-Jährige	2002-2011 in % p.a.	mehr als -2%	zwischen -0,1% und -1,99%	zwischen 0% und -0,09%	mehr als 0%
Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung über 60-Jährige	2002-2011 in % p.a.				
Natürlichen Bevölkerungsentwicklung	2002-2010 in %	mehr als -20%	zwischen -1,5% und -20%	zwischen 0% und -1,49%	mehr als 0%
Wanderungsentwicklung	2002-2010 in %	mehr als -20%	zwischen -1,5% und -20%	zwischen 0% und -1,49%	mehr als 0%
Arbeitsplatzveränderung	1991-2009 in %	mehr als -1%	zwischen -0,1% und -1,99%	zwischen 0% und -0,09%	mehr als 0%
Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung	1991-2001 in % p.a.	mehr als -2,5%	zwischen -0,1% und -2,49%	zwischen 0% und -0,09%	mehr als 0%
	2001-2009 in % p.a.				
	1991-2009 in % p.a.				
Durchschnittliche jährliche Veränderung Kommunalsteuer pro Kopf	1992-2001 in % p.a.	mehr als -0,5%	zwischen -0,1% und -0,49%	zwischen 1,5% und -0,09%	mehr als 0%
	2001-2011 in % p.a.				
Veränderung der Produktionsbeschäftigten	1981-1991 in %	mehr als -20%	zwischen -1,5% und -19,99%	zwischen 0% und -1,49%	mehr als 0%
	1991-2001 in %				
	1981-2001 in % p.a.	mehr als -3%	zwischen -0,5% und -2,99%	zwischen 0% und -0,49%	mehr als 0%

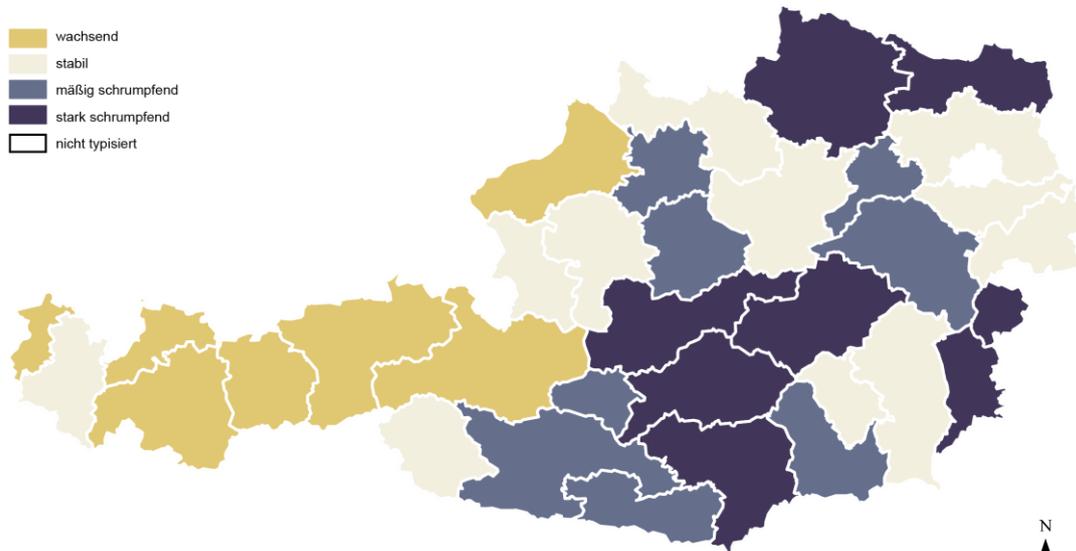
Variante A/ Regionstypisierung**Verwendete Gewichtung der Indikatoren****Tabelle 46:** Verwendete Gewichtung der Indikatoren Variante A – Regionstypisierung. Eigene Darstellung, 2012.

<i>Merkmalsgruppe</i>	<i>Indikator</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Gewichtung nach Merkmalsgruppe</i>
Bevölkerungsentwicklung	Bevölkerungsveränderung in Dekaden (1981-2011 in %)	0,08	40%
Bevölkerungsentwicklung	Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung in Dekaden 1981-1991 in % p.a.	0,08	
Bevölkerungsentwicklung	Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung in Dekaden 1991-2001 in % p.a.	0,08	
Bevölkerungsentwicklung	Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung in Dekaden 2001-2011 in % p.a.	0,08	
Bevölkerungsentwicklung	Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung in Dekaden 1981-2011 in % p.a.	0,08	
Wanderungssaldo	Wanderungsentwicklung 2002-2010 in %	0,05	5%
Natürliches Bevölkerungssaldo	Natürliche Bevölkerungsentwicklung 2002-2010 in %	0,025	2,50%
Überalterung	Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - unter 15-Jährige 2002-2011 in % p.a.	0,0125	2,50%
Überalterung	Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - über 60-Jährige 2002-2011 in % p.a.	0,0125	
Negative Arbeitsplatzentwicklung	Arbeitsplatzveränderung in Dekaden 1991-2009 in %	0,05	20%
Negative Arbeitsplatzentwicklung	Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung der Dekaden 1991-2001 in % p.a.	0,05	
Negative Arbeitsplatzentwicklung	Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung der Dekaden 2001-2009 in % p.a.	0,05	
Negative Arbeitsplatzentwicklung	Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung der Dekaden 1991-2009 in % p.a.	0,05	
Entwicklung der komm. Wirtschaftsleistung	Durchschnittliche jährliche Veränderung Kommunalsteuer pro Kopf in Dekaden 1992-2001 in % p.a.	0,025	5%
Entwicklung der komm. Wirtschaftsleistung	Durchschnittliche jährliche Veränderung Kommunalsteuer pro Kopf in Dekaden 2001-2011 in % p.a.	0,025	
Entwicklung der Produktionsbeschäftigten	Veränderung der Beschäftigten im sekundären Sektoren in Dekaden 1981-1991 in %	0,0833	25%
Entwicklung der Produktionsbeschäftigten	Veränderung der Beschäftigten im sekundären Sektoren in Dekaden 1991-2001 in %	0,0833	
Entwicklung der Produktionsbeschäftigten	Veränderung der Beschäftigten im sekundären Sektoren in Dekaden 1981-2001 in % p.a.	0,0833	
	Summe	1	100%

Ergebniskarte Regionstypisierung Variante A

Regionstypisierung der österreichischen NUTS-III-Regionen

Variante A



Erstelldatum: Jänner 2013
Autorin: Stephanie Essig

1:3.000.000



Kartengrundlage: Statistik Austria 2012

Datenquelle: Eurostat: Bevölkerung und soziale Bedingungen 2012; IFIP: GemBon 2012; Statistik Austria: Arbeitsstättenzählung 1981, 1991, 2001; Erwerbsstatistik 2008; Finanzstatistik 1992-2011; ISIS Datenbank 2012; Registerzählung 2009; statCube 2012; Volkszählung 1981, 1991, 2001; Wanderungsstatistik 2011; Eigene Berechnungen.

Abbildung 38: Regionstypisierung der österreichischen NUTS-III-Regionen – Variante A. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung 2013.

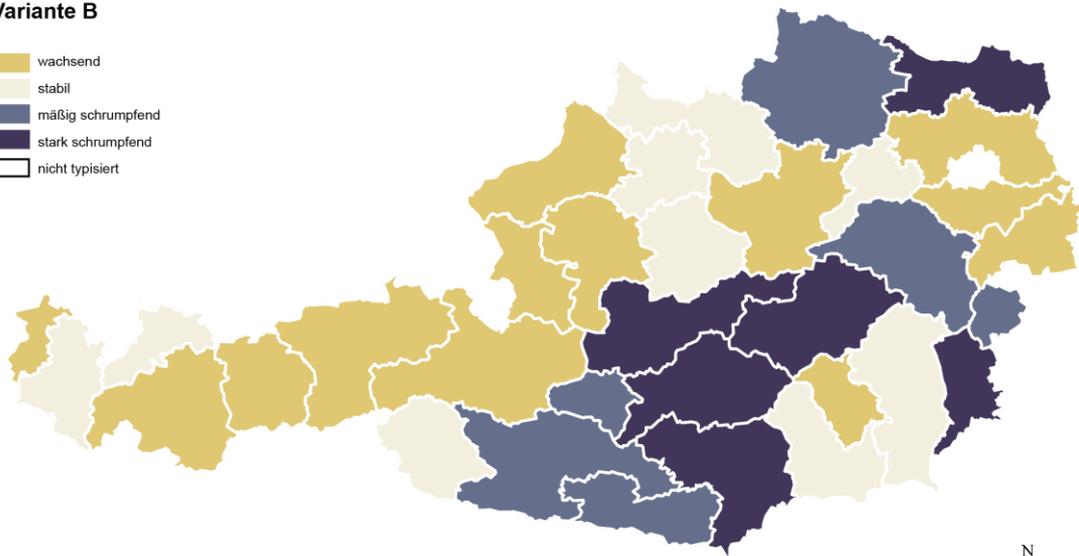
Variante B/Regionstypisierung**Verwendete Gewichtung der Indikatoren****Tabelle 47:** Verwendete Gewichtung der Indikatoren Variante B – Regionstypisierung. Eigene Darstellung, 2012.

<i>Merkmalsgruppe</i>	<i>Indikator</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Gewichtung nach Merkmalsgruppe</i>
Bevölkerungsentwicklung	Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung in Dekaden 1981-2011 in % p.a.	0,100	30%
Bevölkerungsentwicklung	Bevölkerungsveränderung in Dekaden (1981-2011 in %)	0,050	
Bevölkerungsentwicklung	Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung in Dekaden 1981-1991 in % p.a.	0,050	
Bevölkerungsentwicklung	Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung in Dekaden 1991-2001 in % p.a.	0,050	
Bevölkerungsentwicklung	Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung in Dekaden 2001-2011 in % p.a.	0,050	
Wanderungssaldo	Wanderungsentwicklung 2002-2010 in %	0,100	10%
Natürliches Bevölkerungssaldo	Natürliche Bevölkerungsentwicklung 2002-2010 in %	0,050	5%
Überalterung	Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - unter 15-Jährige 2002-2011 in % p.a.	0,025	5%
Überalterung	Durchschnittliche jährliche Altersgruppenveränderung - über 60-Jährige 2002-2011 in % p.a.	0,025	
Arbeitsplatzentwicklung	Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung der Dekaden 1991-2009 in % p.a.	0,063	25%
Arbeitsplatzentwicklung	Arbeitsplatzveränderung in Dekaden 1991-2009 in %	0,063	
Arbeitsplatzentwicklung	Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung der Dekaden 1991-2001 in % p.a.	0,063	
Arbeitsplatzentwicklung	Durchschnittliche jährliche Arbeitsplatzveränderung der Dekaden 2001-2009 in % p.a.	0,063	
Entwicklung der komm. Wirtschaftskraft	Durchschnittliche jährliche Veränderung Kommunalsteuer pro Kopf in Dekaden 1992-2001 in % p.a.	0,040	8%
Entwicklung der komm. Wirtschaftskraft	Durchschnittliche jährliche Veränderung Kommunalsteuer pro Kopf in Dekaden 2001-2011 in % p.a.	0,040	
Entwicklung der Produktionsbeschäftigten	Veränderung der Beschäftigten im sekundären Sektoren in Dekaden 1981-1991 in %	0,057	17%
Entwicklung der Produktionsbeschäftigten	Veränderung der Beschäftigten im sekundären Sektoren in Dekaden 1991-2001 in %	0,057	
Entwicklung der Produktionsbeschäftigten	Veränderung der Beschäftigten im sekundären Sektoren in Dekaden 1981-2001 in % p.a.	0,057	
	Summe:	1	100%

Ergebniskarte Regionstypisierung Variante B

Regionstypisierung der österreichischen NUTS-III-Regionen

Variante B



Erstelldatum: Jänner 2013
Autorin: Stephanie Essig

1:3.000.000



Kartengrundlage: Statistik Austria 2012

Datenquelle: Eurostat: Bevölkerung und soziale Bedingungen 2012; IFIP: GemBon 2012; Statistik Austria: Arbeitsstättenzählung 1981, 1991, 2001; Erwerbsstatistik 2008; Finanzstatistik 1992-2011; ISIS Datenbank 2012; Registerzählung 2009; statCube 2012; Volkszählung 1981, 1991, 2001; Wanderungsstatistik 2011; Eigene Berechnungen.

Abbildung 39: Regionstypisierung der österreichischen NUTS-III-Regionen – Variante B. Quelle: Eigene Berechnungen 2012 basierend auf Eurostat, 2012; IFIP, 2012; Statistik Austria 1981-2012. Eigene Darstellung 2013.

Anhang C – EU-Förderungen in schrumpfenden Regionen

Fallbeispiel Niederösterreich-Süd – Thematische Ausrichtung nach Entwicklungstyp

Tabelle 48: Themenbereich nach kommunalem Entwicklungstyp, Ziel RWB NÖ - Niederösterreich-Süd. Quelle: eigene Berechnung basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c.

Themenbereich	wachsende Gemeinden (n=2)				stabile Gemeinden (n=15)			
	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt
Energie- und Umweltbereich	2	397.550,00	5,59%	198.775,00
FTE & Innovation	1	90.000,00	26,47%	90.000,00	4	1.133.712,75	15,95%	283.428,19
Regionalentwicklung und Stadterneuerung	1	250.000,00	73,53%	250.000,00	8	5.434.408,42	76,47%	679.301,05
Tourismus	1	141.284,19	1,99%	141.284,19
Themenbereich	leicht schrumpfende Gemeinden (n=9)				mäßig schrumpfende Gemeinden (n=1)			
	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt
Energie- und Umweltbereich
FTE & Innovation	2	145.711,00	4,75%	72.855,50
Regionalentwicklung und Stadterneuerung	2	959.985,00	31,28%	479.992,50
Tourismus	5	1963758,9	63,98%	392751,78	1	133.000,00	100,00%	133.000,00

Tabelle 49: Aktivitäten nach kommunalem Entwicklungstyp, Ziel RWB NÖ - Niederösterreich-Süd. Quelle: eigene Berechnung basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012c.

Aktivität	wachsende Gemeinden (n=2)				stabile Gemeinden (n=15)			
	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt
Wirtschaftsnahe und Technologieinfrastruktur	1	4.000.000,00	56,28%	4.000.000,00
Regionale Forschungs- und Technologieprojekte	3	1.365.340,11	19,21%	455.113,37
Kooperation und Internationalisierung von Unternehmen	1	10.158,75	0,14%	10.158,75
Forschung, Entwicklung, Innovation	3	79.352,50	1,12%	26.450,83
Innovative Investitionen	2	340000	1	170000	3	1.196.990,00	16,84%	398.996,67
Softmaßnahme zur touristischen Wettbewerbsstrategie	3	340.200,00	4,79%	113.400,00
Impulsprojekte	1	114.914,00	1,62%	114.914,00
Aktivität	leicht schrumpfende Gemeinden (n=9)				mäßig schrumpfende Gemeinden (n=1)			
	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt
Wirtschaftsnahe und Technologieinfrastruktur
Regionale Forschungs- und Technologieprojekte
Kooperation und Internationalisierung von Unternehmen
Forschung, Entwicklung, Innovation	4	409469,9	0,133401504	102367,475
Innovative Investitionen	4	2530000	0,824250586	632500	1	133.000,00	100,00%	133.000,00
Softmaßnahme zur touristischen Wettbewerbsstrategie
Impulsprojekte	1	129985	0,04234791	129985

Tabelle 50: Themenbereich nach kommunalem Entwicklungstyp, Ziel 2 NÖ - Niederösterreich-Süd. Quelle: eigene Berechnung basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.

Themenbereich	wachsende Gemeinden (n=5)				stabile Gemeinden (n=18)				leicht schrumpfende Gemeinden (n=12)			
	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt
Energie- und Umweltbereich	3	841.128	3,83%	280.376	3	34.073	1,34%	11.358
FTE & Innovation	5	806.715	14,41%	161.343	11	1.679.427	7,64%	152.675	9	441.917	17,37%	49.102
Unterstützung von Großunternehmen	3	1.436.861	25,67%	478.954	7	1.066.463	4,85%	152.352	4	41.539	1,63%	10.385
Unterstützung von KMU	6	3.354.795	59,92%	559.133	39	9.553.571	43,49%	244.963	31	1.579.712	62,08%	50.958
Regionalentwicklung und Stadterneuerung	12	5.381.554	24,50%	448.463	8	286.132	11,24%	35.766
Technische Hilfe
Tourismus	21	3.446.602	15,69%	164.124	14	161.291	6,34%	11.521
Themenbereich	mäßig schrumpfende Gemeinden (n=5)				stark schrumpfende Gemeinden (n=12)							
	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt				
Energie- und Umweltbereich				
FTE & Innovation	1	143.259	8,49%	143.259	8	1.126.857	8,20%	140.857				
Unterstützung von Großunternehmen	7	804.746	5,85%	114.964				
Unterstützung von KMU	2	312.077	18,49%	156.039	24	2.884.521	20,99%	120.188				
Regionalentwicklung und Stadterneuerung	2	800.581	47,44%	400.291	12	5.045.023	36,70%	420.419				
Technische Hilfe	1	52.100	3,09%	52.100				
Tourismus	2	379.567	22,49%	189.784	24	3.884.469	28,26%	161.853				

Tabelle 51: Maßnahmen nach kommunalem Entwicklungstyp, Ziel 2 NÖ - Niederösterreich-Süd. Quelle: eigene Berechnung basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.

Maßnahme	wachsende Gemeinden (n=5)				stagnierende Gemeinden (n=18)				leicht schrumpfende Gemeinden (n=12)			
	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt
M 1.3: Kleinregionale Entwicklung, Attraktivierung von Städten	9	211.378	0,96%	23.486	35	457.267	17,97%	13.065
M 1.5: Technologieinfrastruktur und -transfer	1	674.434	3,07%	674.434
M 1.7: Wirtschaftsnaher Infrastruktur	6	1.622.460	7,39%	270.410
M 1.8: Regionale Leitprojekte	1	580.500	10,37%	580.500	1	38.250	0,17%	38.250
M 2.1: Erweiterung und Strukturverbesserung bestehender Betriebe	5	1.745.995	31,19%	1.745.995	24	13.009.968	59,22%	542.082	7	1.009.989	39,69%	144.284
M 2.10: Umweltmanagement, Ökologische Betriebsberatung	7	26.186	0,12%	3.741	4	14.398	0,57%	3.600
M 2.2: Betriebsneugründungen und -ansiedlungen	3	1.165.295	20,81%	1.165.295	6	2.803.085	12,76%	467.181
M 2.3: Forschung und Entwicklung	1	50.000	0,89%	50.000	12	1.691.472	7,70%	140.956
M 2.4: Vorwettbewerbliche Entwicklung	2	48.685	0,87%	48.685	4	482.358	2,20%	120.590	2	188.005	7,39%	94.002
M 2.5: Betriebliche Kooperationen, Markterschließung	3	47.032	0,21%	15.677	2	26.000	1,02%	13.000
M 2.8: Betriebliche Umweltinvestitionen	11	566.660	2,58%	51.515	9	437.126	17,18%	48.570
M 2.9: Betriebliche Investitionen für nachhaltiges Wirtschaften	1	2.913	0,05%	2.913	8	67.212	0,31%	8.402	4	25.340	1,00%	6.335
M 3.1: Investitionen Tourismus und Freizeitwirtschaft	1	2.004.982	35,81%	2.004.982	1	728.250	3,31%	728.250	5	376.707	14,80%	75.341
M 3.2: Touristische Software und Kooperationen	1	9.833	0,39%	9.833

Tabelle 52: Maßnahmen nach kommunalem Entwicklungstyp, Ziel 2 NÖ - Niederösterreich-Süd. Quelle: eigene Berechnung basierend auf Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 2012b.

Maßnahme	schrumpfende Gemeinden (n=5)				stark schrumpfende Gemeinden (n=12)			
	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt	Anzahl Projekte	EU-Förderung	Anteil an Gesamtförderung	Ø Förderung pro Projekt
M 1.3: Kleinregionale Entwicklung, Attraktivierung von Städten	2	2.875	0,02%	1.437
M 1.5: Technologieinfrastruktur und -transfer
M 1.7: Wirtschaftsnaher Infrastruktur	1	108.331	6,42%	108.331	3	1.262.241	9,18%	420.747
M 1.8: Regionale Leitprojekte	1	692.250	41,02%	692.250	14	6.426.742	46,75%	459.053
M 2.1: Erweiterung und Strukturverbesserung bestehender Betriebe	3	785.974	46,57%	261.991	10	3.148.320	22,90%	314.832
M 2.10: Umweltmanagement, Ökologische Betriebsberatung	2	4.560	0,03%	2.280
M 2.2: Betriebsneugründungen und -ansiedlungen
M 2.3: Forschung und Entwicklung	2	99.667	5,91%	49.834	8	502.584	3,66%	62.823
M 2.4: Vorwettbewerbliche Entwicklung	2	19.189	0,14%	9.595
M 2.5: Betriebliche Kooperationen, Markterschließung
M 2.8: Betriebliche Umweltinvestitionen	1	1.362	0,08%	1.362	9	187.960	1,37%	20.884
M 2.9: Betriebliche Investitionen für nachhaltiges Wirtschaften	5	88.278	0,64%	17.656
M 3.1: Investitionen Tourismus und Freizeitwirtschaft	15	1.529.009	11,12%	101.934
M 3.2: Touristische Software und Kooperationen	5	573.860	4,17%	114.772